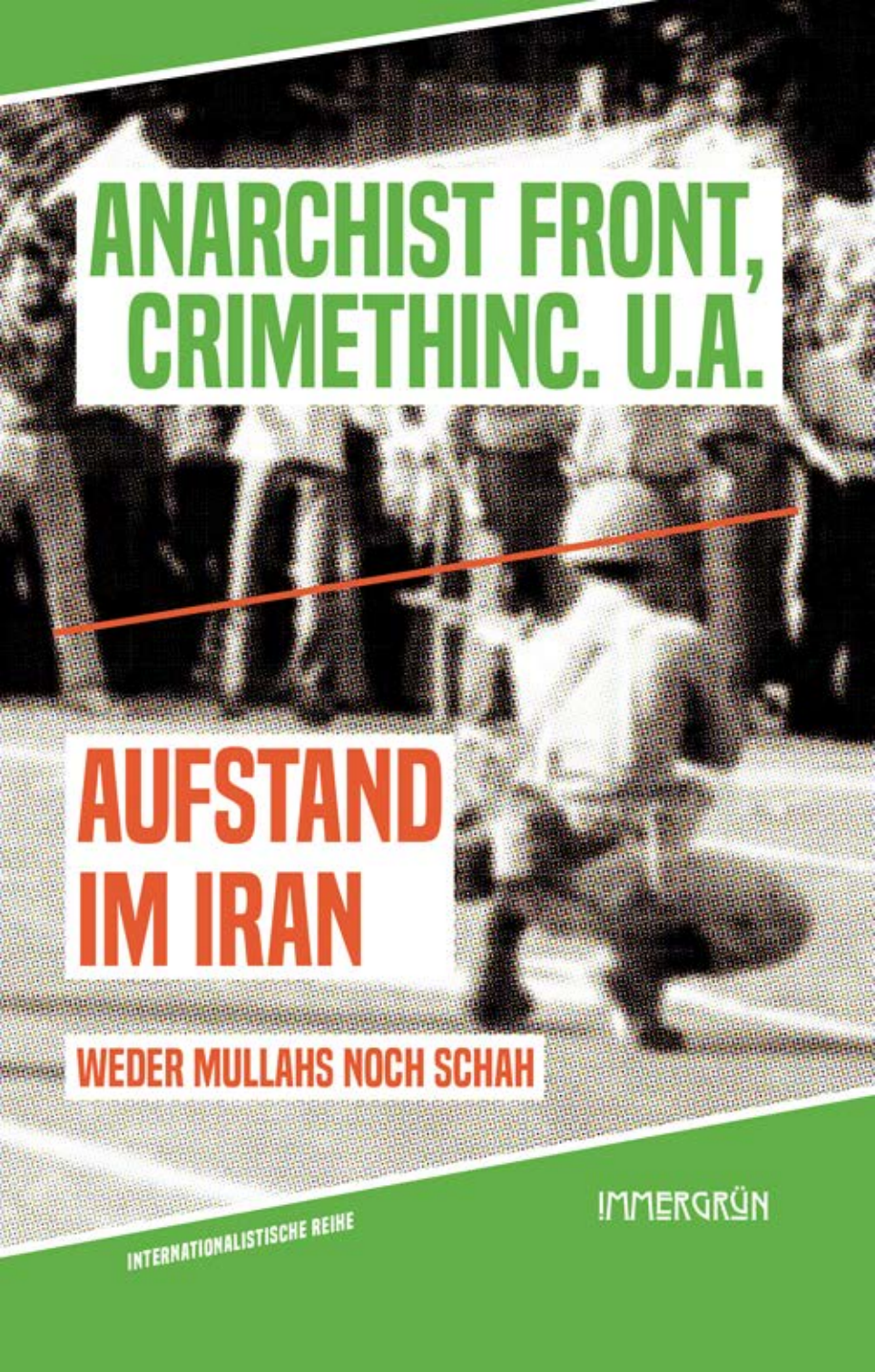

ANARCHIST FRONT, CRIMETHINC. U.A.

AUFSTAND IM IRAN

WEDER MULLAHS NOCH SCHAH

INTERNATIONALISTISCHE REIHE

IMMERGRÜN

Aufstand im Iran

Weder Mullahs noch Schah

IMMERGRÜN

Impressum:

Creative Commons
aktualisierte Neuauflage: April 2026
Verlag Immergrün
berlin@verlag-immergruen.de

Cover: Martina Zaninelli
Satz: elemer
Druck: mcp druk

ISBN 978-3910281-29-5

www.verlag-immergruen.de

Cover-Bild: Demonstration während der iranischen Revolution 1978,
(Black Friday, 7. September 1978)

Inhalt

Vorwort zur aktualisierten Neuauflage 5

Aufstand im Iran 7

Kurdische linke Feministinnen zum Aufstand im Iran 25

Das schlagende Herz der Arbeiter*innenbewegung im Iran 29

»Es gibt unendlich viel Hoffnung, nur nicht für uns.« 57

Die Frauen an vorderster Front eines gemeinsamen Kampfes 83

Linke weltweit, steht den Demonstrierenden im Iran bei! 89

Wir sind Dasgoharān: Die Stimme der belutschischen Frauen 99

Nieder mit der Diktatur, sei es eine im Namen des Islam oder der Monarchie! 101

Wir sind hier« – Das erste Manifest des Queer Communists Committee 109

Solidaritätsflyer für Marginalisierte 115

Gegen die Hinrichtungen: Das Geheimkomitee der Frauen wird auf der Straße aktiv 119

Prekäre Arbeit bedeutet prekäres Leben 123
Ein Aufstand, der von innen und außen unter Beschuss steht – Drei Perspektiven 135
Der Aufstand ist »echte Selbstorganisation durch einfache Menschen« 157
Erste Erklärung – 30. April 2025 165
Die Logik der Macht im Iran! 167
Iran unter Kriegsrecht 171
Eine politische Analyse ob der Möglichkeit eines Krieges im Iran aus anarchistischer Perspektive 175
Eine umfassende Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen politisch-sozialen Lage im Iran aus anarchistischer Perspektive 187
»Wir organisieren uns weiter und leisten Widerstand« 201
Der Iran zwischen Unterdrückung, Kooption und Krieg 207
Die politische Zukunft des Iran 235
Verwüstete Landschaft: Die Regierungen zerstören den Iran von Grund auf 247

Vorwort zur aktualisierten Neuauflage

»Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«

2022 haben wir das Buch *Aufstand im Iran. Die feministische Revolte* herausgebracht. Es sollte über die damaligen Aufstände, die im sogenannten Jina-Aufstand mündeten, informieren und den deutschsprachigen Leser*innen Einblicke in verschiedene aktivistische Milieus und deren Einschätzungen bieten. Seitdem ist viel passiert. Die Hoffnungen unserer iranischen Genoss*innen wurden im Januar diesen Jahres zusammengeschossen, zusammen mit ihnen selbst. Es war die blutigste Unterdrückung der lauten Opposition seit den Massakern des Schah-Regimes und des SAVAK (iranischer Geheimdienst unter dem Schah). Es bleibt nach wie vor ungeklärt, wie viele Menschen, ob Aktivist*innen oder nicht, unabhängig von Alter, Geschlecht, Schicht oder Ethnie unter den Kugeln, Folterungen, sexualisierten Gewalt und Gerichtsentscheidungen ums Leben kamen. Zu alledem, platzten in die Trauer und Wut der Hinterbliebenen und Aktivist*innen die Bomben der USA. Im altbekannten Zynismus der US-imperialistischen Politik wird, während die Zerstörungen von Tag zu Tag zunehmen und immer mehr Menschen zerfetzen, weiterhin davon schwadroniert, dass Bomben und Zerstörungen der Infrastruktur durch USA und Israel Freiheit bringen. Der Krieg und die Niederschlagung der Opposition halten nach wie vor an. Es ist nicht absehbar was die iranische Bevölkerung noch zu ertragen hat und welche Folgen das rowdyhafte Abenteuertum der USA für den Iran, die Region und international noch haben wird. Es sieht momentan nicht danach aus, dass ein Ende des klerikal-faschistischen Regimes im Iran in Sicht wäre. Um nochmal darauf

hinzuweisen: Das was von der Opposition noch übriggeblieben ist, nach den Massakern des Regimes, scheint im Anschluss von US-amerikanischen Fliegern zerbombt zu werden. Parallel zum Krieg im Iran nutzt Israel die Chance weitere Gebietsannektionen im Libanon durchzuführen. Nachdem Gaza weitestgehend zerbombt wurde, wird ebendiese Strategie (vorerst) auch auf den Südlibanon und Beirut angewandt. Zur israelischen Kriegsführung und dem zionistischen Projekt »Groß-Israel« finden sich keine Texte in dem Buch.
Ziel ist es aktivistischen Stimmen aus dem Iran Gehör zu verschaffen und verschiedene Themenbereiche der Proteste und Aufstände der letzten Jahre sichtbar und einem deutschsprachigem Publikum zugänglich zu machen. Wir sind der Überzeugung dass wir mehr Informationen benötigen um besser gemeinsam diskutieren zu können und um uns eine breitere Basis zu schaffen, von der aus wir Solidarität praktizieren können (ohne in die Falle der Ignoranz oder Idiotie zu tappen). Daher versteht sich die Aktualisierung dieses Buches als erneute Intervention in die marginalisierte deutsche Debatte zur Unterstützung der kämpfenden iranischen Bevölkerung und als Aufruf die Solidarität mit dieser nicht den Feind*innen der Freiheit (Schah-Anhänger*innen, Trump-Fans, Steinzeit-Anti-Imperialist*innen usw.) zu überlassen.

Lasst uns zärtlich werden!

CrimethInc.

Aufstand im Iran

Die feministische Revolte und der Anfang vom Ende des Regimes

28.09.2022

Am 16. September 2022 ermordete die Sittenpolizei in Teheran eine 22-jährige Frau, die angeblich den Hijab nicht in Übereinstimmung mit den iranischen Gesetzen trug. Als Reaktion darauf gehen Menschen in ganz Iran seit über zwei Wochen auf die Straße, stellen sich der Polizei entgegen und erkämpfen sich Räume unregierbarer Freiheit. Für viele Menschen im Iran scheint es, als sei ein revolutionärer Prozess im Gange.

In Zusammenarbeit mit Collective 98, einer antikapitalistischen und antiautoritären Gruppe, die sich auf die Kämpfe im Iran konzentriert, konnten wir iranische und kurdische Feministinnen zu dieser Lage befragen. Der Name des Kollektivs 98 leitet sich von »*Aban 98*« ab, dem Aufstand, der sich im November 2019 – dem Jahr 1398 nach dem iranischen Kalender – im Iran ausbreitete. Im folgenden Text beleuchten sie die historische Bedeutung dieser Aufstandswelle und die auslösenden Kräfte, die sie in Gang setzten.

Die Frau, deren Tod diese Bewegung ausgelöst hat, ist dank der Berichterstattung und der Hashtags in den sozialen Medien vor allem als Mahsa Amini bekannt. Tatsächlich ist ihr kurdischer Name Jina; unter diesem Namen ist sie bei ihrer Familie, ihren Freund*innen und im ganzen kurdischen Teil Irans bekannt. Kurdische Menschen im Iran – eine ethnische Minderheit – wählen oft einen persischen »Zweitnamen«, um ihre kurdische Identität zu verbergen. Im Kurdischen bedeutet Jina Leben, ein politischer Begriff, der in dem Slogan auftaucht, den kurdische Frauen seit



Jina bedeutet Leben: Jina Mahsa Amini.

2013 in den kurdischen Teilen der Türkei und in Rojava verbreitet haben und der zum zentralen Refrain dieses Kampfzyklus geworden ist: »Jin, Jian, Azadî« [»Frauen, Leben, Freiheit«].

Von der Revolte im Iran bis zu den Anti-Kriegs-Protesten in Russland, von der Verteidigung von Exarchia bis zu den Student*innenstreiks gegen die Anti-Trans-Politik in den Vereinigten Staaten – der Widerstand gegen das Patriarchat ist von grundlegender Bedeutung für die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und dem Staat. Ein Sieg im Iran würde eine Vielzahl ähnlicher Kämpfe in anderen Teilen der Welt anspornen.

Um über die Entwicklungen im Iran auf dem Laufenden zu bleiben, empfehlen wir SarKhatism / und Blackfishvoice auf *Telegram* (beide auf Farsi) sowie die Websites des Slingers Collective und des Kurdistan Human Rights Network (beide auf Englisch).

»Der Anfang vom Ende« ist der Ausdruck, der in einer Erklärung verwendet wird, die am 25. September 2022 von ›The Teachers Who Seek Justice‹ zum aktuellen Zyklus der Kämpfe im Iran veröffentlicht wurde – eine Woche nach der Ermordung von Mahsa / Jina Amini. Diese Formulierung bringt die Bedeutung dieses historischen Moments auf den Punkt. Er impliziert, dass die Proletarier*innen auf den Straßen, insbesondere Frauen und ethnische Minderheiten, das Ende der 44 Jahre währenden islamischen Diktatur als sehr nah ansehen. Sie sind in eine explizit revolutionäre Phase eingetreten, in der es keine andere Lösung als die Revolution gibt.

Der Aufstand von Dezember 2017 bis Januar 2018 stellte einen Wendepunkt in der Geschichte der Islamischen Republik dar, als Millionen von Proletarier*innen im ganzen Land in mehr als 100 Städten gegen die herrschende Oligarchie rebellierten und sagten: »Genug ist genug« zu einem Leben, das von Elend, Prekarität, Diktatur, islamistischer Autokratie und autoritärer Unterdrückung bestimmt wird. Es war das erste Mal, dass die Gesellschaft, insbesondere die linken Student*innen in Teheran, die Ablehnung des Systems als Ganzes zum Ausdruck brachten: »Reformisten, Hardliner, das Spiel ist aus!«

In den letzten fünf Jahren stand das ganze Land in Flammen. Mensch könnte sagen, es brennt von beiden Seiten: zwischen chronischen landesweiten Unruhen und organisierten Kämpfen, an denen Lehrer*innen, Student*innen, Krankenpfleger*innen, Rentner*innen, Arbeiter*innen und andere Bereiche der Gesellschaft beteiligt sind.[1] Die Lehrer*innen, um nur ein Beispiel zu nennen, haben in den letzten sechs Monaten sechs massive Demonstrationen und Streiks organisiert, die jeweils in mehr als 100 Städten stattgefunden haben. Die Anführer*innen und bekannten Aktivist*innen dieser Bewegung wurden verhaftet und

1 Hintergrundinformationen zum Novemberaufstand 2019 finden sich in der Erklärung des Collective 98 im *Roar Magazine*, die von mehr als 100 Aktivist*innen und Akademiker*innen unterzeichnet wurde (s.u.).

befinden sich jetzt im Gefängnis, aber die Lehrer*innenbewegung mobilisiert weiter.

Diese beiden Ebenen des Kampfes – der spontane Massenaufstand und die stärker organisierten Formen des Widerstands – sind miteinander verbunden. Jeder Zyklus des Kampfes wird intensiver und ›militanter‹ als der vorhergehende, und die zeitlichen Abstände zwischen den Zyklen werden immer kürzer.

Nichtsdestotrotz hat der Tod von Mahsa / Jina etwas qualitativ Neues ausgelöst, das als Bruch mit der historischen Periode betrachtet werden muss, die mit dem Aufstand von Dezember 2017 bis Januar 2018 begann.

Der vorangegangene Zyklus von Aufständen wurde durch explizit wirtschaftliche Intrigen ausgelöst (z.B. Verdreifachung der Treibstoffpreise im November 2019[2]) und richtete sich gegen das weit verbreitete Elend, das der autoritäre Neoliberalismus in den letzten 30 Jahren strukturell erzeugt hat. Die Wirtschaftskrise und die extrem harte Klassendifferenzierung im Iran sind nicht einfach das Ergebnis der US-Sanktionen – wie uns die Pseudo-Antiimperialist*innen glauben machen wollen – und auch nicht einfach das Ergebnis der vom Internationalen Währungsfonds nach dem Iran-Irak-Krieg in den 1990er Jahren auferlegten Strukturanpassungen. Obwohl dies absolut wichtige Faktoren sind, sehen wir die sozialen Probleme nicht einfach abstrakt und ›extern‹, sondern vielmehr als das Ergebnis eines tieferen und länger andauernden historischen Prozesses, in dem die herrschende Oligarchie viele Bevölkerungsgruppen enteignet, die Arbeit prekär gemacht, verschiedene Bereiche der sozialen Reproduktion kommodifiziert und Syndikate, Gewerkschaften und jede andere organisierte Form der politischen Arbeit brutal unterdrückt hat.[3]

---

2 Weitere Informationen über den Aufstand im November 2019 sind im Text, den das Collective 98 zu seinem ersten Jahrestag geschrieben hat.

3 Weitere Informationen zur Frage des Pseudo-Antiimperialismus findet ihr unter: https://www.opendemocracy.net/en/north-africa-west-asia/iranian-pseudo-anti-imperialism/

Wir sollten die katastrophalen und zerstörerischen Auswirkungen der Sanktionen der USA und der EU auf das tägliche Leben der Menschen nicht unterschätzen, und wir wollen auch nicht die Bedeutung der vergangenen Geschichte des »Halbkolonialismus« im Iran bis in die Gegenwart herunterspielen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die britische Labour-Partei an dem von der Central Intelligence Agency eingefädelten Putsch von 1953 beteiligt war, um den demokratisch gewählten Premierminister Mohammad Mossadegh zu stürzen, der sich für die Verstaatlichung der Ölindustrie im Iran einsetzte. Es waren genau solche imperialistischen Interventionen, die die gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Aufstieg von Islamisten wie Khomeini schufen, die die fortschrittliche Revolution von 1979 entführten und eine autokratische Diktatur errichteten.[4] Unsere Position ist vielmehr eine politische Negation, die mit der Logik des Weder-noch arbeitet und gleichzeitig die Islamische Republik und die USA und ihre Verbündeten kritisiert. Diese doppelte Negation ist von grundlegender Bedeutung für die Bildung echter internationaler Solidaritäten und für die Sache des Internationalismus selbst.[5]

Trotz aller Zyklen von Kämpfen und Formen der politischen Organisierung in den letzten fünf Jahren ist es diesmal anders, denn die Unruhen entzünden sich an der Ermordung von Jina Amini, einer kurdischen Frau, aufgrund der Hijab-Pflicht – einem strukturellen Pfeiler der patriarchalen Herrschaft in der Islamischen Republik seit der Revolution von 1979. Die ethnische

4 John Newsinger, *The Blood Never Dried: A People's History of the British Empire* (London: Bookmarks Publication, 2006), »Iranian Oil«, pp. 174–77. Asef Bayat, *Revolution Without Revolutionaries: Making Sense of Arab Spring* (Standford, California: Stanford University Press, 2017), pp. 2–7

5 Siehe den offenen Brief des Collective98 an ACTA, eine der wichtigsten linken Plattformen in Frankreich, die einen katastrophal ideologischen Beitrag aus dem Blickwinkel des Pseudo-Antiimperialismus zum Lob von Ghassem Suleimani, dem Militärgeneral der Revolutionsgarde, veröffentlicht hat, der nicht nur Dissident*innen im Iran unterdrückt hat, sondern auch den Irak, Syrien und die gesamte Region destabilisierte. https://collective98.blogspot.com/2020/03/lettre-ouverte-lacta-concernant-sa.html

und geschlechtsspezifische Dimension dieser staatlichen Ermordung hat die politische Dynamik im Iran verändert und zu nie dagewesenen Entwicklungen geführt.

Erstens spielte die Tatsache, dass die Proteste in Kurdistan begannen – in Saghez, der Heimatstadt von Jina, in der sie geboren und begraben wurde – eine entscheidende Rolle für das, was danach geschah. Kurdistan nimmt in der Geschichte der politischen Bewegungen und sozialen Kämpfe gegen die Islamische Republik eine besondere Stellung ein. Nach der Revolution von 1979, als die Mehrheit der Perser*innen im Iran bei einem Referendum über die Gründung einer Islamischen Republik mit ›Ja‹ stimmte, sagte Kurdistan entschieden »Nein«. Khomeini erklärte Kurdistan den Krieg, genauer gesagt den »Dschihad«. Was folgte, war ein bewaffneter Kampf zwischen der kurdischen Bevölkerung (und kurdischen, linksgerichteten Parteien) und der Revolutionsgarde (d.h. islamistischen Kräften, die die Macht übernommen und die Revolution gekapert hatten). Auch viele nicht-kurdische Linke schlossen sich damals Kurdistan an, weil sie Kurdistan als die ›letzte Bastion‹ sahen, die es zu verteidigen galt – die soziale Geografie, in der es noch eine Möglichkeit gab, die fortschrittlichen und linken Ideale der Revolution zu verwirklichen. Obwohl Kurdistan nach fast einem Jahrzehnt des bewaffneten Kampfes und zahlreicher anderer Formen der politischen Organisation besiegt wurde, hat Kurdistan dennoch nie das Knie vor der Islamischen Republik gebeugt.

Einer der Slogans, die nach der Ermordung von Jina aufkamen, war daher »Kurdistan, Kurdistan, die Grabstätte der Faschisten«. Unmittelbar nach der Ermordung von Jina waren es kurdische Frauen, die begannen, »*Jin, Jian, Azadî*« (Frauen, Leben, Freiheit) zu skandieren, den berühmten Slogan, der ursprünglich von kurdischen Frauen in der Türkei und in jüngerer Zeit in Rojava (dem nördlichen und nordöstlichen Teil Syriens) gerufen wurde. Im Iran hat sich dieser Slogan inzwischen über Kurdistan hinaus im ganzen Land verbreitet, so dass die aktuelle

Bewegung, die in der Tat eine feministische Revolution ist, unter diesem Namen bekannt ist: *Jin, Jian, Azadî*[6]

Von den drei Begriffen des Slogans weist der zweite, Jian [Leben], einige auffällige Merkmale auf. Während Jin [Frauen] sich auf die Befreiung der Geschlechter und Azadî auf Autonomie und Selbstverwaltung bezieht, erinnert Jian in erster Linie an den Namen der symbolischen Märtyrerin der Bewegung, Jina Amini (denn Jina bedeutet im Kurdischen auch Leben). Auf Jinas Grab hat ihre Familie den folgenden Satz eingraviert: »Liebe Jina, du bist nicht tot, dein Name wurde zum Kodex.« Sie wurde zum universellen Symbol für alle früheren Märtyrer*innen, stellvertretend für alle anderen Jinas, deren Leben von der Islamischen Republik direkt oder indirekt aufgrund ihres Genders, ihrer Klasse, ihrer Sexualität oder der Zerstörung ihres ökologischen Umfelds ruiniert wurde.

Es gibt eine existenzielle Komponente in dieser Bewegung, die auch auf Twitter (mit #Mahsa_Amini oder #Jina_Amini) unter den iranischen Nutzer*innen zum Ausdruck kommt, die davon berichten, wie ihr Leben und das ihrer Freund*innen und Familien in den letzten 44 Jahren vergeudet wurde – gefoltert, auf extralegale Weise und in Schauprozessen inhaftiert, ihr Leben außerhalb des Gefängnisses im Alltag vergeudet, ohne jede Chance, sich voll zu verwirklichen. »Das Leben lebt nicht«, wie es der deutsche Philosoph Theodor Adorno ausdrückte.[7] Doch diese melancholische Rückbesinnung auf die Vergangenheit ist auf die Zukunft gerichtet, mit dem Bestreben, der islamischen Zombie-Republik, die unsere Lebenskräfte und Lebensprozesse auslaugt, endlich ein Ende zu setzen. Es gibt eine Zukunft, die es zurückzufordern gilt, eine Zukunft, in der niemand wegen Geschlechtsidentität oder ihrer Haare getötet wird, in der

6 Weitere Informationen zu diesem Slogan finden sich in dem Interview, das *RadioZamaneh* mit den linken Aktivist*innen im Iran geführt hat, die zum Generalstreik aufgerufen haben.

7 Theodor Adorno, *Minima Moralia*

niemand gefoltert wird und niemand unter Armut leidet – eine klassenlose Gesellschaft, in der eine echte und nicht nur formale Freiheit herrscht (auch wenn nicht alle dieses letzte Ziel teilen).

Denn was bedeutet Klassenkampf, wenn nicht die Rückgewinnung des Lebens in seiner Gesamtheit durch die Befreiung von der Kolonialisierung durch die kapitalistische Akkumulation und alle anderen Formen der Herrschaft, die diese aufrechterhalten und sichern?

Die Angst, sich gegen ein monströses autoritäres Regime zu stellen, das keinerlei Werte hat, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt: Wut, Macht und Solidarität. Die unterdrückten Klassen waren seit der Revolution von 1979 noch nie so geeint. Die Videos, die den Zusammenhalt der Frauen im Kampf gegen die misogynen Repressionskräfte zeigen, haben allen eine Gänsehaut beschert.[8] Die Solidarität zwischen dem so genannten ›Zentrum‹ und der »Peripherie« im ganzen Land sowie zwischen traditionell verfeindeten ethnischen Minderheiten (zwischen Kurd*innen und Türk*innen in der Provinz West-Aserbaidschan) ist beispiellos. Der Mut und die Entschlossenheit der Jugendlichen, Barrikaden zu bauen und mit bloßen Händen oder Pflastersteinen gegen die Polizei zu kämpfen, sind erstaunlich und bewundernswert.

Als die soziale Klasse, die vor allen anderen unterdrückt, beherrscht und ausgebeutet wird, stehen Frauen an vorderster Front, wenn es darum geht, Angst in Wut, Unterordnung in kollektive Selbstbestimmung und Tod in Leben zu verwandeln. Die Demonstrantinnen nehmen mutig ihre Schals ab, schwenken sie in der Luft und verbrennen sie in den brennenden Barrikaden, die errichtet wurden, um die Polizeigewalt zu verhindern.[9] Es

8 Siehe das berühmte Foto, das wenige Minuten nach Mitternacht in Teheran aufgenommen wurde und auf dem drei Frauen, die sich an den Händen halten, hinter brennenden Barrikaden mit ihren Schals in der Luft winken.

9 Siehe z. B. das virale Video, in dem Frauen ihre Schals verbrennen und um ein Feuer tanzen. Für einige iranische Feministinnen erinnerte dies an die Hexen vor dem Aufstieg des Kapitalismus. https://www.instagram.com/tv/CjAiArPN-sB/



gibt nichts Ermächtigenderes als das Verbrennen von Schals im Iran: Es ist wie das Verbrennen eines Hakenkreuzes unter Hitlers Regime in den 1930er Jahren. Im Gegensatz zu den Berichten der westlichen Medien geht es bei den Protesten im Iran nicht einfach nur um die »Sittenpolizei« – sie stellen eine Ablehnung der strukturellen sozialen, politischen und rechtlichen Beziehungen dar, die systematisch das kapitalistische Patriarchat in Verbindung mit islamistischen Codes reproduzieren.

Als soziale Beziehung steht der Hijab für eine Reihe von konstitutiven Elementen der Islamischen Republik. Erstens repräsentiert der obligatorische Hijab symbolisch gesehen das Regime des Patriarchats als Ganzes. Die obligatorische Verhüllung des Körpers erinnert die Frauen täglich daran, dass sie in der Gesellschaft eine untergeordnete Stellung einnehmen, dass sie das zweite Geschlecht sind, dass ihr Körper strukturell der Familie, ihren Brüdern, Vätern, männlichen Partnern und natürlich den Chefs und dem Staat gehört. Zweitens steht der Hijab auch für die religiöse, autokratische Autorität, die in der Lage ist – oder zumindest in der Lage war –, den Körpern der beherrschten Klassen, insbesondere den Frauen, islamische Kleidervorschriften aufzuerlegen. Ein



Nein zum Hijab bedeutet eine radikale Infragestellung der Autorität und Legitimität der Islamischen Republik als Ganzes. Drittens wird der Hijab als »islamische Tugend« von den herrschenden Klassen auch als wichtigster Repräsentant des »Antiimperialismus« verstanden, und zwar aus internationaler Sicht. So wie Adolf Hitler das Hakenkreuz systematisch einsetzte, um ideologisch den »Wohlstand« und das »Wohlergehen« einer vom Nationalsozialismus beherrschten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen, so hat die Islamische Republik den Frauen den Hijab auferlegt, um den Eindruck zu vermitteln, dass die iranische Gesellschaft durch die Verwirklichung islamischer Tugenden und Ideale konstituiert ist und sich daher grundlegend gegen das westliche Imperium und

seine moralischen Werte und sozialen Normen richtet. Der Hijab stellt so angeblich eine ideologische und praktische Alternative zum Imperium dar.

Unmittelbar nach der Revolution, am 8. März 1979, demonstrierten Zehntausende Frauen in den Straßen von Teheran gegen die Einführung der Hijab-Pflicht und skandierten »Ein Kopftuch oder eine Kopfverletzung?« und »Wir haben die Revolution nicht gemacht, um zurück zu gehen« – eine Anspielung auf den reaktionären Aspekt der Hijab-Pflicht, die darauf abzielt, das Rad der Geschichte ›zurückzudrehen‹. Damals bezeichneten die islamistischen Medien und Khomeini die Feminist*innen und andere Frauen auf der Straße als Unterstützer*innen des Imperialismus, die der ›westlichen Kultur‹ anhingen. Tragischerweise hörte niemand die Stimmen der Frauen oder beachtete ihre Warnungen, nicht einmal die Linken, die – katastrophalerweise – dem Kampf gegen den Imperialismus eine ontologische Priorität einräumten und alle anderen Formen der Herrschaft als ›zweitrangig‹ relativierten und herunterspielten. Wenn heute Frauen auf der Straße Kopftücher verbrennen und die gesamte Gesellschaft die Hijab-Pflicht entschieden ablehnt, erschüttert dies die gesamte patriarchale und autokratische Autorität bis ins Mark, ebenso wie die pseudo-antiimperialistische Legitimität der Islamischen Republik. Dies sind die Pfeiler der Klassenherrschaft im Iran, und die gesamte Bevölkerung lehnt sie ab. Die Islamische Republik ist in den Köpfen der Menschen bereits tot, jetzt muss die Bevölkerung sie in der Realität töten.

Um es klar zu sagen: Das Verbrennen von Kopftüchern ist keine rechtsgerichtete Geste, die auf eine faschistische Islamophobie abzielt. Niemand stellt die Religion von irgendjemandem in Frage. Vielmehr ist es eine Geste, die die Emanzipation vom Hijab-Zwang proklamiert, der den Körper der Frauen kontrolliert. Der Hijab hat nichts mit der ›Kultur der Frauen‹ im Nahen Osten zu tun, wie einige postkoloniale Denker behaupten. Im Kontext der Islamischen Republik ist der Hijab eine Methode der Klassenherrschaft, ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Patriarchats, und muss

ohne Kompromisse kritisiert werden. Als ein historisch spezifisches soziales Verhältnis hat der Kapitalismus die Fähigkeit, ›nicht-kapitalistische‹ soziale Beziehungen in den Dienst seiner eigenen Akkumulation und Reproduktion zu stellen. Religion ist ebenso wie das Patriarchat keine Sache der Vergangenheit; sie ist kein anachronistisches Überbleibsel, das unter der Oberfläche der modernen Gesellschaft liegt und keine soziale Wirkung entfaltet. In einer kapitalistischen Gesellschaft wie dem Iran wird die Klassenherrschaft insgesamt durch islamische Codes vermittelt und umcodiert. Der obligatorische Hijab ist ein entscheidendes Element des Patriarchats der Islamischen Republik, das Frauen an den Rand gedrängt und ihre Körper systematisch kontrolliert hat. Dies hat auch zu einer Spaltung innerhalb der Arbeiter*innenklasse im weitesten Sinne des Begriffs durch geschlechtsspezifische Hierarchien und zwischenmenschliche Herrschaft geführt.

Die Pseudo-Antiimperialist*innen, die glauben, dass die Menschen auf der Straße einfach nur Marionetten Israels, Saudi-Arabiens und der Vereinigten Staaten sind, berauben die Menschen nicht nur auf typisch orientalistische Weise ihrer Handlungsfähigkeit und Subjektivität, indem sie ein »abstraktes Wesentliches« für eine Gesellschaft wie den Iran voraussetzen – sie reproduzieren auch den reaktionären Diskurs und die Praxis der Islamischen Republik selbst. Dies zu verstehen ist entscheidend für die internationale Solidarität mit den Frauen im Iran und den unterdrückten Klassen im Allgemeinen. Auffallend ist, dass selbst religiöse muslimische Frauen, die islamische Kleider wie den Tschador tragen, die Hijab-Pflicht nachdrücklich abgelehnt und diese Bewegung auf der Straße und in den sozialen Medien unterstützt haben.

Mit den Frauen an der Spitze der Kämpfe, die mutig gegen den repressiven Staatsapparat kämpfen, ist die Islamische Republik noch nie so schwach erschienen. Die Frage ist nicht, »was zu tun ist«, sondern wie man es zu Ende bringt.

Kurdistan hat die Proteste initiiert und feministische und antiautoritäre Slogans eingeführt. Dies war der Auslöser dafür, dass die Student*innen – der soziale Sektor, der bei politischen Ereig-

nissen immer an vorderster Front steht – an den Universitäten, insbesondere in Teheran, Proteste organisierten und den Aufstand durch ihre Versammlungen und Sitzstreiks ausweiteten. Wie COVID-19 breitete sich der Aufstand innerhalb von zwei Tagen nach Jinas Tod auf das ganze Land aus; bisher haben die unterdrückten Klassen in mehr als 80 Städten im ganzen Land mit allen Mitteln gegen die Repressionskräfte des Regimes gekämpft.

Weil wir in eine explizit revolutionäre Phase eingetreten sind, sind die Konflikte auf der Straße zwischen den Demonstrant*innen auf der einen Seite und der Polizei und den *Basij* (der Milizorganisation der Islamischen Revolutionsgarden) auf der anderen Seite weniger »einseitig« geworden als zuvor. Die Menschen haben erkannt, dass sie mit sozialer Zusammenarbeit, Solidarität und Übung auch die repressiven Kräfte erschöpfen und schließlich ausschalten können. Vor allem junge Menschen lernen verschiedene Methoden der Selbstverteidigung, wie z.B. die Herstellung einer »handgefertigten Nagelschraube«, die den Reifen von Polizeimotorrädern durchsticht und sie daran hindert, sich frei zu bewegen und Angriffe auszuführen. Unabhängige Ärzt*innen geben ihre Handynummern im Internet bekannt, um denjenigen zu helfen, die bei den Protesten verletzt werden, da der Weg ins Krankenhaus oft gefährlich ist. Es wird auch zu einer »Nachbarschaftsorganisation« aufgerufen, einer lokalen Struktur, die diejenigen, die in derselben Gegend leben, miteinander verbindet.

Da der ideologische Apparat der Regierung für den größten Teil der Gesellschaft nicht mehr funktioniert, ist das Hauptmedium, mit dem die Islamische Republik sich weiterhin reproduziert, der Repressionsapparat, der allein während dieses Aufstands bereits 80 Menschen getötet und Tausende Demonstrant*innen verhaftet hat.[10] Vergessen wir nicht, dass dies während einer Internetsperre geschah, einer brutalen Methode, die

10 Statistiken zu den Tötungen und Verhaftungen in Kurdistan sind in diesem Bericht zu finden: https://kurdistanhumanrights.org/en/iran-protests-forces-kill-17-civilians-injure-435-detain-570-across-kurdistan/

die Islamische Republik in der Vergangenheit wiederholt angewandt hat, insbesondere während des Aufstands im November 2019 – *Abaan-e-Khoonin* [»Blutiger November«] – als die Behörden das Internet an vier aufeinanderfolgenden Tagen vollständig abschalteten und das Land in eine große Blackbox verwandelten, in der sie die Menschen ungestraft abschlachteten. [11] Jina Amini vertritt auch hunderte Märtyrer*innen, die damals ermordet wurden, und ruft sie in Erinnerung.[12] Diejenigen, die die Islamische Republik mit der Begründung unterstützen, sie sei eine antiimperialistische Kraft in der globalen Geopolitik, ignorieren bequemerweise, dass sie ihr eigene Bevölkerung auf offener Straße ermordet, sie illegal inhaftiert und foltert, um ihnen falsche Geständnisse zu entlocken.

Jetzt, nach zehn Tagen, hängen die Aussichten dieses Zyklus eines spontanen Massenaufstands von den stärker organisierten Formen des Widerstands ab, insbesondere vom Streik der Arbeiter*innen, Lehrer*innen und Student*innen. Im Gegensatz zu den fortgeschrittensten kapitalistischen Gesellschaften sind im Iran die Gewerkschaften und Syndikate nicht in das kapitalistische System integriert. Die Gewerkschaften zielen im Iran nicht nur auf die Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen ab und behindern so nicht die Entstehung einer radikaleren Bewegung. Vielmehr streben sie grundlegende Veränderungen an, die von den herrschenden Klassen als existenzielle Bedrohung angesehen werden. Aus diesem Grund befinden sich derzeit Hunderte von Gewerkschaftsmitgliedern (Lehrer*innen, Student*innen, Arbeiter*innen, Rentenaktivist*innen) im Gefängnis, einige von ihnen wurden gefoltert.

In den letzten vier Tagen gab es viele Aufrufe zum »Generalstreik« von fortschrittlichen Student*innen und Lehrer*innen

11 Wie in der Erklärung, die über das *ROAR Magazine* veröffentlicht wurde, beschrieben (s.u.).

12 304 bis 1500 – die tatsächliche Zahl der Opfer ist unklar. Amnesty International bestätigt, dass mindestens 304 Menschen getötet wurden, während Reuters von 1500 Menschen spricht.



sowie von einigen anonymen Aktivist*innen, die Agitationsvideos mit revolutionären Liedern aus der Zeit nach der Revolution von 1979 produziert haben. Auch die Ölarbeiter*innen haben mit einem Streik gedroht, falls die Islamische Republik die Proteste auf den Straßen weiterhin unterdrückt.[13] Wenn dies geschieht, wird sich die gesamte Dynamik ändern.

Sicher ist, dass der Aufstand neue Energie braucht, ein Ereignis, das es ihm ermöglicht, weiterzumachen, denn es ist sehr schwierig, einen solchen Aufstand über einen langen Zeitraum täglich aufrechtzuerhalten. Ganz allgemein hängt der Sturz der Islamischen Republik über die unmittelbaren Erfordernisse der Gegenwart hinaus sehr stark von entscheidenden organisatorischen Fragen ab, die nicht nur einen »kollektiven Intellekt« erfordern, sondern auch Zeit, um ihn durch Versuch und Irrtum in die Praxis umzusetzen. Das fehlende Glied ist eine organische

13 Für eine Analyse des jüngsten Streiks der Ölarbeiter*innen siehe Iman Ganji und Jose Rosales, *The Bitter Experience of Workers in Iran – A Letter from Comrades.*

Beziehung zwischen dem spontanen Massenaufstand und anderen organisierten Formen des Kampfes. Das bedeutet, dass jede Seite dieses Verhältnisses sich intern besser organisiert, durch die Bildung von lokalen und landesweiten Organisationen und besser koordinierte Aktionen zwischen den Gewerkschaften und Syndikaten.

Vor allem aber – und das ist entscheidend für die internationale Solidarität – müssen die radikalen Strömungen innerhalb der Bewegung gefördert und die reaktionären Elemente kritisiert werden. Die Revolution, die die Gesellschaft anstrebt, ist nicht nur eine politische Revolution, bei der die autokratische Islamische Republik durch eine andere – etwa eine demokratisch-liberalere – politische Form ersetzt wird. Es handelt sich auch um eine soziale Revolution, bei der nicht nur die individuellen Subjektivitäten der Menschen, sondern auch die wichtigsten gesellschaftlichen Strukturen umgestaltet werden. Konzernmedien im Westen (z.B. *BBC Persian* und *Iran International*) sowie prominente Aktivist*innen wie Masih Alinejad (die mit den konservativsten Kräften in den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten, die für ein Abtreibungsverbot und einen »Regimewechsel« durch militärische Intervention eintreten) tun ihr Bestes, um die reaktionären Tendenzen innerhalb der Bewegung zu fördern, und reduzieren das gesamte Problem auf die Frage der »Menschenrechte«. Sie stellen die sozialen Beziehungen, die sich aus den Strukturen der kapitalistischen Gesellschaften ergeben, fälschlicherweise als rein juristische dar. Ihre manipulative Propaganda stellt eine reaktionäre Alternative dar, indem sie der Bevölkerung eine Dosis »Loyalismus« einflößt: eine Politik, die darauf abzielt, die durch die Revolution von 1979 gestürzte sozialpolitische Ordnung wiederzubeleben.

Die Menschen auf den Straßen sind nicht dumm; sie schenken dieser Erzählung keinen Glauben. Es ist wichtig, dass unsere internationalistischen Genoss*innen in der ganzen Welt die radikalen Tendenzen und Slogans der Bewegung unterstützen und sich der loyalistischen Diaspora entgegenstellen, die Nationalis-



mus verbreitet, indem sie die Flagge Persiens vor der Revolution von 1979 auf Demonstrationen trägt.

Das Problem ist nicht nur, wie man die Islamische Republik stürzt, sondern wie man die Revolution und ihre fortschrittlichen Kräfte nach ihrem Sturz verteidigt. Je mehr Unterstützung radikale Kräfte und progressive Elemente erhalten, desto leichter wird es sein, die Revolution gegen reaktionäre Kräfte zu verteidigen. Die Islamische Republik spielt eine entscheidende Rolle bei der globalen Kapitalakkumulation (durch die Lieferung von Rohstoffen wie Öl und Gas) und auch bei den geopolitischen Machtbeziehungen im Nahen Osten. Es liegt auf der Hand, dass

die regionalen und globalen Mächte alles tun werden, um den revolutionären Prozess und sein Ergebnis so zu gestalten, dass es ihren eigenen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen entspricht. Nur mit einer starken internationalen Solidarität, die die radikalsten Tendenzen innerhalb der Bewegung unterstützt, könnte sich die noch junge Revolution gegen die reaktionären Kräfte des Loyalismus, gegen geopolitische Interventionen und gegen die gewaltsame Einbindung in globale Akkumulationskreisläufe behaupten.

Die Zukunft ist von Ungewissheit geprägt. Dennoch wird der Klassenkampf von unten gegen alle Formen von Herrschaft eine bedeutende treibende Kraft im Verlauf der Geschichte des Kapitalismus bleiben. Dessen sind wir uns sicher.

Kurdische linke Feministinnen zum feministischen Aufstand im Iran

30.09.2022

Eine von linken Feministinnen aus Kurdistan verfasste und unterzeichnete Erklärung zum aktuellen feministischen Aufstand im Iran.

Sie hören hier unsere Stimme aus Kurdistan. Dies ist eine kollektive Stimme von linken und marginalisierten Feministinnen aus einer Region, deren Geschichte von Diskriminierung, Inhaftierung, Folter, Hinrichtung und Exil geprägt ist. Dies ist seit den ersten Tagen der Revolution von 1979 der Fall. Wir sind kurdische Frauen und queere Menschen, die eine Geschichte geerbt haben, die nicht nur von Gewalt, sondern auch von Kampf und Widerstand geprägt ist. Wir mussten immer an mehreren Fronten kämpfen: auf dem einen Schlachtfeld gegen das Patriarchat der kurdischen und nicht-kurdischen Männer, auf dem anderen gegen den islamistischen Fundamentalismus des Regimes und die Auferlegung seiner geschlechtsspezifischen Hierarchie. Gegen die chauvinistischen Feministinnen haben wir sehr hart gekämpft, um die Unterdrückung der Geschlechter in ihrer Überschneidung mit verschiedenen Formen der Herrschaft zu artikulieren, die uns als ethnisch-nationale Minderheit aufgezwungen werden.

Heute sind wir alle Zeugen einer feministischen Revolution im Iran, was Form und Inhalt betrifft. Der kurdische Slogan »*Jin–Jiyan–Azadî*« (»Frauen–Leben–Freiheit«) ist zum zentralen Refrain dieses Kampfzyklus geworden und verleiht ihm neues

und frisches Leben. Wir bringen unsere kompromisslose Unterstützung für die Kämpfe der Menschen im Iran zum Ausdruck, insbesondere für die mutigen und unaufhaltsamen Kämpfe der Frauen auf den Straßen. Da der gegenwärtige Aufstand aus der Ermordung von Jina Amini durch die staatliche Femizidbewegung hervorgegangen ist, möchten wir diesen Aufstand nach Jina benennen: »die Bewegung von *Jina*« [»die Bewegung für das Leben«]. Der Name *Jina* bedeutet im Kurdischen sowohl Leben als auch lebensspendend und erinnert uns an *Jiyan*, den mittleren Teil des Slogans, der jetzt überall skandiert wird. Für uns ist *Jina* ein passender Name, weil wir glauben, dass »*Berxwedan jiyan e*« [ein Verweis auf den kurdischen Slogan »Leben ist Widerstand«].

Dieser Aufstand hat nicht nur die Frage der geschlechtsspezifischen und sexuellen Unterdrückung zu einem öffentlichen Anliegen gemacht, sondern auch in der Praxis gezeigt, wie geschlechtsspezifische, ethnische und klassenbezogene Formen der Unterdrückung auf radikale Weise artikuliert werden können, nämlich als wechselseitig aufeinander bezogen. Diese politische Artikulation hat es den Demonstrant*innen ermöglicht, eine starke und geeinte Front gegen Diktatur, politischen Islam, Chauvinismus, Patriarchat und die Herrschaft des Kapitals zu bilden. Die Frauen und queeren Menschen, die die sozialen Kämpfe aus dem so genannten »privaten« Bereich in den »öffentlichen« Bereich, aus dem häuslichen Bereich auf die Straße gebracht haben, sind für uns wirklich inspirierend, denn sie haben gezeigt, dass die Befreiung von Patriarchat, Staat und Kapital tief miteinander verwoben ist.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns in einer kritischen Phase befinden, an einem entscheidenden Wendepunkt der Geschichte. *Jina* ist zu unserem gemeinsamen Code geworden, der uns in dieser vielschichtigen und schwierigen Situation vereint. Wir sehen uns als Teil der sozialen Bewegungen, die Gerechtigkeit für die Ermordung aller Jinas anstreben, insbesondere der feministischen und linken Bewegung, die sich gegen die Ermordung von Femizid und Queer wendet und sich gleichzeitig gegen

»exklusive Nationalismen« (sei es auf der Seite der Linken oder der Rechten) wendet.

Jin–Jiyan–Azadî tauchte ursprünglich in den Kämpfen der kurdischen Frauen in der Türkei auf und wurde vor kurzem zu einem der wichtigsten Slogans in Rojava; im Iran verbreitete er sich in Windeseile in alle Ecken des ganzen Landes. Das Inspirierende an diesem Slogan ist, dass er die Grenzen überwinden kann, die historisch von kolonialen und imperialistischen Kräften im Nahen Osten errichtet wurden – so wie es die Kurdinnen und Kurden, eine Nation ohne Staat, in der Region getan haben, insbesondere die kurdischen Frauen. Wir betrachten diese transnationale und grenzüberschreitende Einheit als ein Zeichen für die Stärke der kurdischen Frauenbewegung, ja als ein gutes Omen. So wie wir uns als integraler Bestandteil der Frauenproteste und der queeren Gemeinschaften im Iran verstehen, nutzen wir auch den Aufbau der historischen Erfahrungen von Frauen und queeren Menschen in anderen Teilen Kurdistans im Irak, der Türkei und Syrien. *Jin–Jiyan–Azadî*, das traditionell bei der Beerdigung kurdischer Märtyrer*innen verwendet wird, wird nun auch bei der Beerdigung unserer Märtyrerin Jina Amini gesungen. Dies ermöglicht es uns, von der Macht, der Subjektivität und dem Mut der Frauen in ihrem Kampf gegen die patriarchalen Kräfte zu sprechen, die von Tod und Versklavung angetrieben werden.

Ausgelöst durch den staatlichen Femizid an Jina entwickelte sich der aktuelle Aufstand schnell zu einer Bewegung gegen die Hijab-Pflicht im Besonderen und für den Sturz des Regimes im Allgemeinen. Die Bewegung war in der Lage, die vorherrschenden Narrative und Bilder, die kurdische Frauen wie auch Frauen anderer Ethnien im Iran darstellen, in zweierlei Hinsicht in Frage zu stellen, ja zu dekonstruieren. Erstens die rassistische Falschdarstellung der Nationalisten, die Frauen aus ethnischen Minderheiten als bloße Marionetten in den Händen politischer Parteien ohne eigene Macht darstellen. Zweitens die westliche orientalistische Sicht auf die Frauen des Nahen Ostens.

Die Repressionen und Gräueltaten des Regimes sind für niemanden eine Neuigkeit. Seit ihrer gewaltsamen Errichtung im Gefolge der Revolution von 1979 hat die islamische Republik auf alle sozialen Konflikte stets mit Repressionen reagiert, d.h. mit der Inhaftierung und Tötung von Demonstranten. Wie viele andere Menschen im Iran wurden auch Hunderte von Frauen und feministischen Aktivist*innen in den letzten zwei Wochen verhaftet und befinden sich nun im Gefängnis. Frauen und queere Menschen haben jedoch gezeigt, dass Angst sie nicht länger davon abhalten kann, sich an den verschiedenen, in der Gesellschaft wachsenden Bewegungen zu beteiligen. Sie können zu Vorreitern des Sturzes männlicher Diktatoren und Oligarchen in der gesamten Region werden und sind es bereits.

Was jetzt im Iran geschieht, verspricht den Beginn einer neuen historischen Ära des Kampfes gegen Gewalt, Fundamentalismus und die Vorenthaltung des Rechts auf Leben. Wir sehen uns als Teil dieser Bewegung und laden linke und feministische/queere Gruppen in der gesamten Region und im globalen Süden ein, sich uns in diesem Kampf anzuschließen. Wir rufen kurdische, türkische, arabische und belutschische Feministinnen auf, sich uns anzuschließen, um die Intersektionalität der verschiedenen Formen von Herrschaft, die uns allen auferlegt sind, auf fortschrittliche Weise neu zu definieren, nämlich jenseits der patriarchalen Formulierungen ethnischer Unterdrückung. Wir rufen auch die antikapitalistischen und antirassistischen Feministinnen im »Westen« und in anderen Teilen der Welt auf, unsere Sache zu unterstützen und uns zur Seite zu stehen. Die Ideale der Freiheit und der Emanzipation können nicht verwirklicht werden, ohne das Recht auf unser Leben zurückzufordern; das ist genau das, was in *Jin–Jiyan–Azadî* widerhallt. Unsere feministische Revolution folgt diesem Slogan sehr genau und fordert eine wirklich globale Solidarität, um ihn in die Praxis umzusetzen.

Slingers Collective

Das schlagende Herz der Arbeiter*innenbewegung im Iran

3. Mai 2022

Anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit befasst sich dieser Artikel mit der Lage der Arbeiter*innenklasse im Iran und den wirtschaftlichen und politischen Problemen, mit denen sie konfrontiert ist. Wir geben einen kurzen Überblick über einige der größten gewerkschaftlichen Aktivitäten des vergangenen Jahres und über die strukturellen Hindernisse, denen sich die Gewerkschaftsbewegung im Iran gegenübersieht. Der Kampf der iranischen Arbeiter*innenschaft ist vergleichbar mit den umfassenderen Kämpfen der weltweiten Arbeiter*innenklasse – vor allem im globalen Süden – für sichere Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und angemessene Sozialleistungen. Wir glauben von ganzem Herzen an das, was Marx im Manifest festgehalten hat: »Der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie ist zunächst ein nationaler Kampf.« Um die politische Vorherrschaft zu erlangen, muss die Arbeiter*innenklasse zunächst ihre eigene Bourgeoisie besiegen. Im Kontext der beschleunigten Globalisierung und des Aufstiegs einer globalen Bourgeoisie sind die Bedingungen am Arbeitsplatz jedoch eng mit dem globalen politischen und wirtschaftlichen Kontext verbunden. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, muss sich die Arbeiter*innenbewegung daher mit den Problemen am Arbeitsplatz auf nationaler und internationaler Ebene auseinandersetzen. Unter diesen Bedingungen ist die internationale Solidarität ein unverzichtbarer Schritt für die endgültige Emanzipation der Arbeiter*innenklasse vom Joch des globalen Kapitalismus.

Die historischen Lektionen lehren uns, dass die Solidarität aufgebaut werden muss; es ist ein Irrtum anzunehmen, dass sie aufgrund der Ähnlichkeit der Krise bereits existiert. Unser Versuch in dieser Serie und dem folgenden Artikel ist es, die analogen Bedingungen der Arbeit im Iran zu beleuchten, mit besonderem Augenmerk auf den neuartigen Widerstand, mit dem die Arbeiter*innenklasse solche Hindernisse überwindet. Wir hoffen, dass die Lehren aus der iranischen Arbeiter*innenbewegung zu weiteren Gesprächen und eventuellen Bündnissen mit anderen Arbeiter*innen der Welt führen, um eine zukünftige Alternative zu entwickeln.

Arbeiter*innenbewegung im Iran

Seit 2010 hat der Klassenkampf im Iran exponentiell an Militanz und Organisation gewonnen. An der Spitze der fortschrittlichsten Fraktionen der Arbeiter*innenbewegung haben die Industriearbeiter*innen der Haft-Tappeh Sugar Cane Co und der Ahwaz Steel Co Showras und die Betriebsräte wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. In anderen Sektoren erhoben sich die Arbeiter*innen gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und organisierten einige der größten und längsten Arbeiter*innenproteste in der modernen Geschichte des Iran. Diese Phase des Gewerkschaftsaktivismus steht in krassem Gegensatz zu den frühen 2000er Jahren, als sich die Gewerkschaftsorganisationen in erster Linie darauf konzentrierten, bei den lokalen Regierungen Lobbyarbeit für punktuelle Reformen des Rechtssystems zu leisten. Heute jedoch, mit der Verschärfung der neoliberalen Angriffe und der brutalen Unterdrückung jeglicher Opposition, wird sich die Arbeiter*innenklasse zunehmend der Unwirksamkeit von Reformen bewusst und geht dazu über, direkte Aktionen von unten durchzuführen.

2021 gab es eine Wiedergeburt der Militanz unter Öl-Arbeiter*innen, Lehrer*innen, Rentner*innen, Bahnhofsarbeiter*in-

nen, Eisenbahner*innen und Gemeindearbeiter*innen. In den verschiedenen Sektoren haben die Arbeitnehmer*innen ihren Widerstand gegen die ungezügelte Deregulierung des Arbeitsmarktes, die zu einer rapiden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt hat, zunehmend koordiniert. Viele der im 20. Jahrhundert errungenen grundlegenden Arbeitnehmer*innenrechte, wie Mindestlöhne und der 8-Stunden-Arbeitstag, wurden zerstört. Diese Veränderungen haben die Existenzgrundlage der Arbeitnehmer*innen bedroht und zu unsicheren Arbeitsplätzen, niedrigeren Löhnen und einer weit verbreiteten Zerstörung der Arbeitsplatzsicherheit geführt. Angesichts dieser aggressiven neoliberalen Politik finden die Arbeitnehmer*innen oft nur durch Proteste und direkte Aktionen eine Lösung.

Im Folgenden gehen wir kurz auf einige der strukturellen Bedingungen ein, die durch die neoliberale Marktliberalisierung entstanden sind und die Existenzgrundlage der Arbeitnehmer*innen bedrohen. Anschließend gehen wir auf einige der wichtigsten Fälle von Arbeiter*innenmilitanz im vergangenen Jahr ein.

Neoliberalismus und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Iran

Durch die Umsetzung der neoliberalen Politik hat der Iran die Arbeitsrechte ausgehöhlt, industrielle Vorschriften abgeschafft und viele staatliche Industrien und Ländereien für Privatbesitz oder staatlich sanktionierte Ausbeutung geöffnet. Wie alle Länder, die das neoliberale Projekt übernommen haben, nutzte die iranische herrschende Klasse eine soziale, wirtschaftliche und politische Krise, insbesondere die durch den Iran-Irak-Krieg verursachte Krise, um diese neue Form des Klassenkriegs zu beginnen. Als Gegenleistung für die finanzielle Unterstützung durch den von den USA unterstützten Internationalen Währungsfonds hat die iranische Regierung politische und wirtschaftliche Reformen, die die iranische Arbeiter*innenklasse zerstören sollten, von ganzem Herzen

mitgetragen. Preissubventionen wurden allmählich abgeschafft, der internationale Handel wurde gegenüber der inländischen Produktion bevorzugt, Gesetze zur Sicherheit am Arbeitsplatz und zur Entlohnung der Arbeiter*innen wurden reduziert oder abgeschafft, und staatliches Eigentum wurde allmählich durch private und halbprivate Unternehmen ersetzt. Diese Politik ermöglichte es der herrschenden Klasse, das Kapital und die Ressourcen des Irans in einer Weise zu zentralisieren, wie es zuvor nicht möglich war, was zu einer nie dagewesenen Ungleichheit führte.

Die Flexibilisierung der Arbeit ist ein wichtiges Instrument für die Kapitalisten, um die Beschäftigungssicherheit und den Schutz der Arbeitsplätze zu verringern. Sie veränderte auch die Arbeitsstruktur hin zu einem flexibleren, kurzfristigen und unsicheren Arbeitsverhältnis. Die Flexibilität des Arbeitsmarktes ist zum Standard der Arbeitsverhältnisse in der ganzen Welt geworden. Zu den Faktoren, die zur Flexibilisierung im Iran beigetragen haben, gehören gesetzliche Bestimmungen, darunter die weit verbreitete Privatisierung ehemals staatlicher Industrien, Änderungen im Rechtssystem, die Zunahme von nicht standardisierten Kurzzeitverträgen und der Aufstieg von Subunternehmern.

Die Aushöhlung der Arbeitsrechte hat zu einer exponentiellen Zunahme der Prekarität geführt, dem unverzichtbaren Instrument des Neoliberalismus zur Zerstörung der Macht der Arbeiter*innenklasse. Die herrschende Klasse hat die sichere, vertraglich geregelte Arbeit ersetzt und damit begonnen, die Arbeiter*innen gegeneinander und die Arbeiter*innen gegen sich selbst auszuspielen, indem sie Arbeiter*innen tageweise einstellte oder nach Lust und Laune entließ. Durch das Verbot unabhängiger Gewerkschaften, Tarifverhandlungen und anderer Arbeitnehmer*innenrechte trug die Regierung maßgeblich zur Entwicklung der Prekarität im Iran bei. Als Reaktion auf die Selbstverteidigung der Arbeiter*innenklasse führte der Staat militärische Überwachung, gewaltsame Unterdrückung und rechtliche Verfolgung ein. Die beispiellose Niederschlagung der Anti-Austeritätsaufstände vom Dezember 2017 und 2018 sowie der blutige November 2019 verfolgen die Regierung noch immer.

Schauen wir uns nun die beliebtesten Methoden der herrschenden Klasse in ihrem Klassenkrieg an:

Privatisierung der staatlichen Unternehmen

Im Jahr 2004 wurde die Privatisierung als Zusatz in die iranische Verfassung aufgenommen, der den Verkauf von Staatsbetrieben an private Unternehmen und Personen erlaubt. Im Jahr 2006 wurde ihr Schicksal besiegelt, als der Oberste Führer Khamenei verfügte, dass 80% des öffentlichen Sektors privatisiert werden sollten. Die Regierung folgte diesem Erlass und privatisierte bis 2015 mehr als 97% der Industrieunternehmen, so dass sich nur noch 1,17% aller Unternehmen im Iran in öffentlicher Hand befinden.[1] Vor der Privatisierung war die Existenz der meisten dieser Unternehmen jahrzehntelang stark von staatlicher Unterstützung und der Regulierung des Marktes abhängig. Angesichts der Deregulierung des Marktes, die Zölle und Importsubstitutionen aufhob, brachen viele dieser neu privatisierten Unternehmen und Fertigungsindustrien unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs zusammen.

Hinzu kommt, dass mit der Finanzialisierung der Wirtschaft viele der neuen privaten Arbeitgeber zunehmend unproduktive Kapitalinvestitionen in Form von Finanzierungen, Immobilien, Derivaten und anderen Finanzinstrumenten als förderlicher für die Maximierung der Kapitalakkumulation ansehen. Dies war ein zusätzlicher Grund für die hohe Rate von Betriebsschließungen nach der Privatisierung. In den vergangenen zwei Jahrzehnten drehten sich viele der Arbeiter*innenproteste um Forderungen nach der Wiederverstaatlichung von Industrien, die nach ihrer Privatisierung in großem Umfang in Konkurs gegangen waren.

Der Druck des internationalen Marktes hat die verarbeitende Industrie des Irans weiter geschwächt und die Abhängigkeit von mineralgewinnenden Industrien wie Öl und Bergbau erhöht. Das

1 Statistisches Zentrum des Iran, 2021

Wirtschaftswachstum begann, sich auf Öl- und Mineralexporte zu stützen, wobei die Wirtschaft des Landes von der Höhe der Ölpreise auf dem Weltmarkt abhing. Die imperialistischen globalen Wirtschaftssanktionen verschärften diese Abhängigkeit von den Bodenschätzen noch, da das Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, auf nicht-gewinnende Industrien umzusteigen, und die Schwankungen auf dem Weltmarkt die Arbeiter*innenklasse noch mehr verrohen lassen.

Das Aufkommen von Subunternehmern

Ein weiterer Faktor, der die Arbeitsbedingungen verschlechtert, ist das Aufkommen von Personalvermittlungsfirmen oder Dreiecksarbeitsverhältnissen. Um die Löhne weiter zu senken und den minimalen gesetzlichen Schutz zu umgehen, verlassen sich die Arbeitgeber auf Subunternehmer, die die Arbeitskräfte anwerben und die Projekte bis zur Fertigstellung überwachen. Oftmals sind an einem einzigen Projekt neben den eigenen Mitarbeiter*innen des Unternehmens auch zahlreiche Vertragsfirmen beteiligt. So kann beispielsweise das Ölministerium ein Subunternehmen für ein Rohrleitungsprojekt beauftragen. Dieser Subunternehmer würde dann andere Subunternehmer beauftragen, um verschiedene Aspekte des Projekts zu übernehmen (Rohrleitungen, Schweißen, Pflügen, Bauarbeiten usw.). Es entsteht eine Hierarchie von Subunternehmern, die als komplexes System zur Verschleierung der Verantwortlichkeiten dient.

Darüber hinaus erschwert dieses labyrinthische System der Unterauftragsvergabe es den Arbeitnehmer*innen, den tatsächlichen Arbeitgeber zu identifizieren und bessere Arbeitsbedingungen und Leistungen zu fordern. Wenn sie rechtliche Schritte einleiten, schieben das Vertragsunternehmen und der Arbeitgeber im Laufe des Verfahrens die Schuld von sich, so dass die Arbeitnehmer*innen beweisen müssen, wer letztendlich für die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsrechte verantwortlich ist. Es gibt keine offizi-

ellen Angaben über die Zahl dieser Unternehmen, aber es wird geschätzt, dass mindestens 3 Millionen Arbeitnehmer*innen über diesen Mechanismus eingestellt wurden.[2]

Kurzfristige Nicht-Standard-Arbeitsverträge

Kurzfristige Arbeitsverträge wurden erstmals in den 90er Jahren eingeführt und ersetzten zunehmend langfristige Verträge. Kurzfristige Verträge werden im Allgemeinen in drei Arten unterteilt: Sie garantieren eine Arbeitsdauer von einer Stunde bis zu einem Tag, einem Monat oder bis zu einem Jahr. In allen Fällen haben die Arbeitnehmer*innen keine Garantie auf eine Verlängerung des Vertrags. Wichtig ist, dass ein Arbeitnehmer*innen mit einem befristeten Vertrag, der keinerlei Schutz oder Vorteile bietet, unbegrenzt wieder eingestellt werden kann – ein Arbeitnehmer*innen kann zehn Jahre lang an derselben Stelle arbeiten und jederzeit entlassen werden. Zusätzlich zur Kurzzeitbeschäftigung erlauben die Verträge die sofortige Entlassung aus beliebigen Gründen vor Ablauf des Vertrags. Es wird geschätzt, dass über 90% der iranischen Arbeitskräfte diesen Kurzzeitverträgen unterliegen.[3]

Gesetzliche Ausnahmen für kleine Werkstätten, Freihandelszonen und Einwanderer vom Arbeitsrecht

Erschwerend kommt hinzu, dass eine beträchtliche Zahl von Arbeitnehmer*innen von den wenigen gesetzlichen Schutzmaßnahmen und Rechten, die es gibt, ausgeschlossen ist. Beschäftigte in kleinen Werkstätten, in kritischen Industriezweigen (z.B.

2 Mohammad Maljoo, *The Vicious Circle Trapping Iranian Workers since the 1990s*, 2017

3 Kheirollahi, 2018 (in Farsi)

Öl), Beschäftigte in einer Freihandelszone (FTZ), Wanderarbeitskräfte, Beschäftigte in den Kommunen, in Gefängnissen und Beschäftigte in Unternehmen, die sich teilweise im Besitz des Staates befinden (halbstaatliche Organisationen wie Bonyad Shahid, Komiteh Emdad usw.), sind vom Arbeitsrecht ausgeschlossen. Schätzungsweise 13 Millionen Arbeitnehmer*innen, d.h. über 15% der Bevölkerung, sind von den Gesetzen, die Mindestlöhne, Renten, Sicherheit am Arbeitsplatz und Versicherungen garantieren, ausgeschlossen.[4]

Die Arbeitgeber nutzen diese destruktive Politik, um die Arbeitnehmer*innen daran zu hindern, am Arbeitsplatz Solidarität zu entwickeln. Indem sie Spannungen aufgrund von Alter, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache, Qualifikationen und anderen Formen der Identität schüren, haben Manager und Industrieeigentümer niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen aufrechterhalten, indem sie die Arbeitnehmer*innen gegeneinander aufbringen. Die Arbeitgeber drohen einheimischen Arbeitnehmer*innen damit, sie durch billigere Arbeitskräfte aus Einwandererfamilien zu ersetzen, und schüren damit Ressentiments gegenüber den Einwanderern, während sich die eingewanderten Arbeitnehmer*innen über ihren niedrigen Status und die ständige Diskriminierung ärgern.

Da das neoliberale Projekt einen Klassenkrieg führt, indem es versucht, den Arbeiter*innen mit wenig Schutz und vielen Feinden zurückzulassen, musste die Arbeiter*innenklasse die Solidarität innerhalb der Klasse und ihre kämpferischen Organisationen völlig neu aufbauen. Obwohl die Plötzlichkeit und Brutalität des Neoliberalismus einige überrumpelt hat, beginnen wir, die Keimlinge eines organisierten und aggressiven Gegenangriffs zu sehen. Dieser Gegenangriff und sein Erfolg hängen zunehmend von einer branchen- und ethnienübergreifenden Zusammenarbeit ab, auch wenn er sich noch in einem frühen Stadium befindet.

---

4 Kheirollahi, 2018 (in Farsi)

Werfen wir nun einen Blick auf einige der langwierigen Arbeitskämpfe im Jahr 2021

Erdöl und Ölarbeiter

Die Streiks in der Erdölindustrie – bekannt als die »10 – 20-Kampagne« (10 Tage Ruhezeit für 20 Tage Arbeit) – gehörten zu den bedeutendsten Arbeitskampfmaßnahmen des vergangenen Jahres, sowohl was die Organisation als auch den Umfang betrifft. Da es sich um einen der größten und längsten Streiks in der Ölindustrie handelte, erinnerten diese Streiks stark an die Ölstreiks, die 1979 die Revolution auslösten. Die Streiks wurden von Facharbeitern in der Schweiß- und Rohrleitungsabteilung begonnen, weiteten sich aber schnell auf mehr als 100 Zulieferbetriebe in der gesamten Erdölindustrie in mehr als 15 Provinzen aus. Die Streikenden forderten bessere Arbeitsbedingungen, u. a. kürzere Arbeitszeiten, das Recht auf einen offiziellen Vertrag und die Wiedereinstellung der über 300 entlassenen Streikenden. Die Bedeutung dieser Streiks ist besonders bemerkenswert, da sie von den prekärsten Arbeitnehmer*innen in der Ölindustrie organisiert werden, die oft auf Tages- oder Stundenbasis ohne rechtlichen Schutz und ohne Gewerkschaften angestellt sind.

Die Streiks begannen im Juli 2021 in der Pars Special Economic Energy Zone (PSEEZ) in Asaluyeh, einem der größten Gasfelder der Welt. Ähnlich wie in der Freihandelszone (FTZ) sind die Beschäftigten in der PSEEZ von den wenigen gesetzlichen Schutzmaßnahmen und Rechten ausgenommen, die im Arbeitsgesetzbuch vorgesehen sind. Die von Subunternehmern angeheuerten Wanderarbeiter leben und arbeiten unter extrem schwierigen Bedingungen und ohne Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz. Da die Temperaturen im Sommer bis zu 140 Grad Celsius erreichen können, was besonders für die Arbeiter in der Schweißabteilung gefährlich ist, und sie unter unmenschlichen Bedingungen in kleinen Schlafsälen ohne grundlegende sanitäre

Einrichtungen leben, sind die Arbeiter zahlreichen gesundheitlichen Problemen und sogar dem Tod ausgesetzt. Darüber hinaus haben die prekär Beschäftigten keine rechtliche Handhabe, um für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu verhandeln.

Darüber hinaus werden die Arbeitsbedingungen durch die Auslagerung der Arbeitskräfte an ein Labyrinth von Subunternehmern noch prekärer, da die Subunternehmer für die von ihnen eingestellten Arbeitnehmer*innen niedrigere Löhne und Leistungen festlegen. Im Gegensatz dazu haben formelle Arbeitnehmer*innen, die meist direkt vom Ölministerium eingestellt werden, einen sicheren, unbefristeten Vertrag mit Löhnen, die oft 3 bis 5 Mal höher sind als die der Zeitarbeiter. In der Ölindustrie stehen die qualifizierten Arbeiter, die von Subunternehmern eingestellt werden (die mit den Streiks begonnen haben), in der Hierarchie ganz unten, während die Weißen, zumeist formelle Arbeiter, an der Spitze stehen. Dieses arbeitsteilige System hat in der Vergangenheit die Mobilisierungsversuche der prekär Beschäftigten stark behindert, da sie auf den Widerstand der formellen Beschäftigten stießen. Im Jahr 2021 wurde der von den prekär Beschäftigten organisierte Generalstreik jedoch zum ersten Mal nicht von den formellen Beschäftigten verurteilt. Dies ist ein wichtiger Fortschritt für die Arbeitskämpfe in der Ölindustrie, da sich die Beschäftigten erfolgreich über die trennenden Beschäftigungspraktiken hinwegsetzten und sich auf den verschiedenen Einstellungsebenen organisierten.

Diese Streiks wurden vom Organizing Council of Contract Oil Workers organisiert. Ein dezentraler Rat, der nicht als gewähltes Vertretungsorgan auftrat, sondern sich aus fortschrittlichen Arbeitnehmer*innen aus verschiedenen Unternehmen mit beeindruckenden organisatorischen Fähigkeiten zusammensetzte. Der Rat stellte auch einen kohärenten Forderungskatalog auf, der wichtige Themen umfasste, darunter Lohnerhöhungen in Höhe der Inflationsrate, die Abschaffung der FTZ und der Subunternehmer, Sicherheit am Arbeitsplatz und schließlich das Streik- und Gewerkschaftsrecht. Um die Streiks zu brechen, grif-

fen die Arbeitgeber auf verschiedene Taktiken zurück, darunter die Unterbrechung der Wasserversorgung in den Wohnheimen, die Entlassung von Streikenden und die Gründung gelber Gewerkschaften. Der Rat ging jedoch erfolgreich auf diese Probleme ein und hielt die Streiks trotz ihrer Länge am Leben.

Letztlich blieben die Ergebnisse uneinheitlich, was auf die vielschichtige Beschäftigungsstruktur verschiedener Subunternehmen mit unterschiedlichen Leitungsgremien und Managementstrategien zurückzuführen war. Einige Auftragsnehmer gaben den Forderungen der Arbeitnehmer*innen nach, während andere sie weiterhin ignorierten, indem sie die Belegschaft ersetzten. Obwohl einige Unternehmen anfangs versprachen, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen, blieben die Hauptforderungen, darunter Arbeitsplatzsicherheit, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne, weitgehend unbeantwortet.

Plattformarbeiter (Snapp!)

2021 gab es einen weiteren breit angelegten Streik der Fahrer von Snapp Food. Snapp ist die größte Mitfahrzentrale und das größte Startup-Unternehmen im Iran. Trotz erdrückender Sanktionen stammen über 80% des Anteils von Snapp von ausländischem Investitionskapital (siehe Artikel). Nach dem Vorbild von Uber funktioniert Snapp über ein Peer-to-Peer-Netzwerk, das Kuriere/Fahrer mit Personen verbindet, die eine Fahrt oder Lieferung benötigen. Dieses Modell basiert auf maximaler Ausbeutung, indem es Prekarität und Arbeitslosigkeit zum Kernstück seines Geschäftsmodells macht. Unter Ausnutzung der chronischen Arbeitslosigkeit, der Prekarität und der Sparmaßnahmen der Regierung bietet Snapp einer Masse von arbeitslosen Arbeitnehmer*innen, die dringend ein Einkommen benötigen, ein bloßes Mindesteinkommen, wodurch die Löhne unterboten werden und die Prekarität weiter zunimmt. Diese Überausbeutung wird

noch dadurch verschärft, dass Snapp alle mit dem Geschäft verbundenen Risiken und Verantwortlichkeiten auf die Fahrer abwälzt und alle Kosten wie Versicherung, Benzin und Wartung den Arbeitern aufbürdet. Dies hat dazu geführt, dass Snapp jährlich über 1 Milliarde Dollar Gewinn erwirtschaftet und eine Bewertung von 2 Milliarden Dollar erreicht hat.

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsformen ist Snapp nicht Eigentümer des Kapitals, das seinen Wert schafft. Das Kapital (d.h. das Auto, das Fahrrad), das für das Unternehmen Werte schafft, gehört den Arbeitnehmer*innen, die immer weniger Mehrwert erhalten. Trotz des Etiketts »Unternehmer«, das das Unternehmen seinen Arbeitern anheftet, hat Snapp seine Arbeiter in nichts anderes als Leibeigene verwandelt. In diesem Sinne ist das Uber/Snapp-Modell sowohl ein Symptom als auch eine Ursache des zunehmend prekären Arbeitsmarktes.

Die Snapp-Beschäftigten werden in mehrfacher Hinsicht ausgebeutet. Da sie nicht als Angestellte des Snapp-Unternehmens, sondern als unabhängige Auftragsnehmer mit flexiblen Vereinbarungen betrachtet werden, sind sie von dem mageren Schutz ausgeschlossen, den Arbeitsvorschriften wie Mindestlöhne und Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz bieten. Darüber hinaus sind sie nicht versichert, erhalten keinen Schutz gegen Unfälle und mögliche Verletzungen während des Dienstes und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Rentenpläne. Die Fahrer werden außerdem durch willkürliche Unternehmensrichtlinien eingeschränkt. So werden beispielsweise Fahrer mit mehr als 20 Kündigungen automatisch aus ihrem Konto gestrichen, ohne dass der Arbeitgeber ein rechtliches Verfahren für die Entlassung von Arbeitnehmer*innen einleiten muss; nur selten haben sie die Möglichkeit, gegen solche Entscheidungen Einspruch zu erheben. Darüber hinaus führt die alleinige Verantwortung der Arbeitnehmer*innen für fast alle Betriebskosten, einschließlich Benzin, Versicherung, Fahrzeugwartung und alle Kosten im Zusammenhang mit möglichen Auseinandersetzungen oder Streitigkeiten mit Kunden, zu einer erheblichen

Lohnunsicherheit, da der Verdienst oft durch die Betriebskosten verloren geht.

Diese Kombination aus Arbeitsplatz- und Einkommensunsicherheit und der schwindelerregenden Inflationsrate hat die Unzufriedenheit der Snapp-Fahrer in den letzten Jahren erhöht. In den letzten vier Jahren sind die Snapp-Fahrer fünfmal in den Streik getreten. Jedes Mal waren niedrige Löhne und Arbeitsbedingungen die Hauptforderungen der Arbeitnehmer*innen. Die Streiks im letzten Jahr umfassten Forderungen nach Lohnerhöhungen und weitreichendere wirtschaftliche und soziale Themen, darunter Arbeitsplatzunsicherheit, Versicherungen, Diskriminierung bei der Einstellung aufgrund der ethnischen Herkunft, Disziplinarmaßnahmen des Unternehmens und die Forderung nach Wiedereinstellung von Arbeitnehmer*innen, die aus Protest entlassen wurden.

Zwar gelang es den Arbeitnehmer*innen, eine große und weit verstreute Gruppe von Beschäftigten zu organisieren, doch wurde ihr Streik umgehend beendet, als das Unternehmen eine magere Erhöhung des Fahrpreises anbot. Ihre umfassenderen Forderungen nach einem sicheren Arbeitsumfeld blieben erneut ungehört. Dieses Problem hängt mit dem Wesen der Plattformökonomie und der äußerst prekären Lage ihrer Beschäftigten zusammen. Die mit dem Neoliberalismus verbundenen geteilten Arbeitsbeziehungen und der zeitlich begrenzte Charakter der Arbeit haben erhebliche Hindernisse für die Organisierung der Arbeiter*innenklasse geschaffen. Dies wird für Snapp-FahrerInnen noch verschärft, da sie relativ isoliert arbeiten, nicht an einem ähnlichen Ort oder zu einer ähnlichen Zeit mit anderen Arbeiter*innen; die meisten Arbeiter*innen kennen sich also nicht. Darüber hinaus bestechen die Arbeitgeber einige Arbeitnehmer*innen mit zusätzlichem Geld oder höheren Positionen, um die entstandene Spaltung unter den Arbeitnehmer*innen auszunutzen. Das Zusammentreffen dieser Probleme stellt ein großes Hindernis für die Bildung langfristiger Organisationen mit einer klaren Strategie und engagierten Mitgliedern dar, die

mit früheren Kämpfen vertraut sind und das Unternehmen und seine räuberischen Praktiken kennen.[5]

Rentner*innen

Die Bewegung der Rentner*innen steht seit Jahren an der Spitze der Arbeiter*innenproteste. Im Jahr 2021 organisierte sie mindestens neun gleichzeitige Proteste in mehreren Provinzen. Als die meisten Protestaktivitäten aufgrund der COVID-19-bedingten Schließung der öffentlichen Einrichtungen eingestellt wurden, setzten die Rentner ihren Kampf fort, während viele andere Gruppen ihre Aktivitäten aufgrund der Schließung vorübergehend einstellten. Dies spiegelt sich in einem der wichtigsten Slogans der Rentner*innenbewegung wider, der die Bedeutung des öffentlichen Raums für die Erreichung ihrer Ziele hervorhebt. Unter diesen Bedingungen spielten die Rentner*innen eine wichtige Rolle dabei, die Arbeiter*innenklasse zu ermutigen, die Straßen zurückzuerobern und die sozialen Beziehungen nach einer langen Zeit des Schweigens wiederherzustellen.

Die Rentner*innenbewegung setzt sich aus verschiedenen Sektoren wie der Ölindustrie, den Lehrer*innen und den Gemeindearbeiter*innen zusammen. Obwohl sie als Zusammenschluss von Arbeiter*innen und Angestellten verschiedener Produktions- und Dienstleistungssektoren nach dem Eintritt in den Ruhestand gedacht ist, sind auch diejenigen, die wegen gewerkschaftlicher Betätigung entlassen wurden, Teil der Rentner*innenbewegung und ihrer Organisationen. Diese Kombination führt zu einer großen Bewegung, in der sich Arbeitnehmer*innen aus allen Branchen in zentralen Fragen zusammenschließen. Diese Merkmale haben die Rentner*innenbewegung auch zu

5 Analyse der Snapp-Lebensmittelstreiks im Iran: https://slingerscollective.net/analysis-of-snappfood-strikes-in-iran-part-1/

einer der Hochburgen der iranischen Arbeiter*innenbewegung gemacht.[6]

Die Rentner*innen sind in zwei nationalen Organisationen organisiert, darunter die Rentnerallianz Iran und der iranische Rentnerrat. Diese Organisationen sind relativ klein, haben aber eine beachtliche Basis, da die Rentner ihnen ihr Vertrauen schenken. Neben diesen nationalen Organisationen gibt es noch zwei weitere Formen von Organisationen, die unter den Rentner*innen weit verbreitet sind. Zum einen die lokalen Organisationen, die die Rentner*innen je nach geografischem Standort zusammenführen, wie die Rentnerorganisationen in den Städten Ahvaz und Rasht. Die zweite Form der Rentner*innenorganisation besteht aus Sektoren und Gilden, in denen die Rentner*innen über ihre Arbeitsplätze verbunden und organisiert sind. So ist beispielsweise die Rentner*innenorganisation der Ahwaz Steel Company oder der Homa Airline Company auf betrieblicher Basis entstanden.

Zu den wichtigsten Forderungen gehören die Anhebung der Renten entsprechend der Inflationsrate und das Recht auf Tarifverhandlungen. Unabhängig von ihrer Form waren alle diese Organisationen Ziel staatlicher Repressionen, einschließlich Einschüchterung, Verhaftung und Inhaftierung ihrer Mitglieder. Trotz des harten Vorgehens der Regierung gegen diese Organisationen zeugt ihre Fähigkeit, in kurzer Zeit zahlreiche gemeinsame Proteste zu organisieren, von ihrem Einfluss unter den Rentnern und ihrem taktischen Wissen.

Lehrer*innen

Nach zwei Jahrzehnten des Kampfes hat sich die Lehrer*innenbewegung zu einer der einheitlichsten und am weitesten verbreiteten Arbeiter*innenbewegungen unserer Zeit entwickelt.

6 Über die Bedeutung der Protestbewegung der Rentner im Iran, 2021: https://slingerscollective.net/on-the-importance-of-the-pensioners-protest-movement-in-iran/

Zwischen Januar und März 2021 gingen die Lehrer*innen mindestens fünfmal in mehr als 100 Städten auf die Straße. Diese Proteste umfassten große Sitzstreiks vor dem Gebäude des Bildungsministeriums in Teheran, die fast vier Wochen dauerten. An der Bewegung beteiligen sich Lehrkräfte mit befristeten oder unbefristeten Verträgen, tage- oder stundenweise angestellte Lehrkräfte ohne Vertrag, Vorschullehrer, Schulpersonal (z.B. Hausmeister) und pensionierte Lehrkräfte. Die Lehrer*innenbewegung hat auch eine breite Koalition mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gebildet. Die Gewerkschaftsbewegung, die Studentenbewegung und in jüngster Zeit eine große Zahl politischer und zivilgesellschaftlicher Aktivisten haben sich immer wieder mit der Lehrer*innenbewegung solidarisch erklärt.

Die Lehrer*innenbewegung war nicht nur bei der Organisation, sondern auch bei der wirksamen Artikulation ihrer Forderungen erfolgreich. Die Forderungen der Lehrer*innen gingen oft über Fragen des täglichen Lebensunterhalts hinaus und umfassten eine Reihe gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Themen wie die sozialen Rechte von Schüler*innen und Lehrer*innen, Privatisierung und staatliche Repressionen. Häufige Forderungen waren beispielsweise das Recht auf freien und »ideologiefreien« Unterricht für alle Schüler*innen, einschließlich der afghanischen Einwanderer*innen, das Recht auf Unterricht in den Muttersprachen (Belutschisch, Türkisch, Kurdisch, Gilaki, Arabisch usw.), bessere Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit und Sozialleistungen, die Anerkennung des Rechts auf eine unabhängige Vereinigung sowie die Freilassung inhaftierter Lehrer*innen.

Das Bildungswesen war eine der ersten Institutionen, die vom Neoliberalismus unmittelbar vor Kriegsende 1988 ins Visier genommen wurde. In den letzten Jahrzehnten hat die rasche Privatisierung von Schulen dazu geführt, dass hochwertige Bildung zu einem Luxusgut geworden ist, das für Arbeiter*innenkinder unerreichbar ist. Daten zeigen, dass Privatschulen eine deutlich höhere Aufnahmequote an Universitäten haben als öffentliche Schulen. Öffentliche Schulen sind nicht völlig kostenlos, da sie Einschreibe-

und Zeugnisgebühren erheben. Diejenigen, die diese Gebühren nicht zahlen können, meist Kinder aus der Arbeiter*innenklasse und ethnische Minderheiten, sind gezwungen, die Schule ganz abzubrechen und ins Berufsleben einzutreten. Die Kommodifizierung der Bildung schafft somit die materiellen Voraussetzungen für die Schaffung und Ausbeutung von Kinderarbeit. Die Forderungen der Lehrer*innenbewegung nach dem Recht auf kostenlose Bildung und Bildungsgerechtigkeit für die Arbeiter*innenklasse, Einwanderer*innen und ethnische Minderheiten verdeutlichen die tiefgreifenden Probleme, die mit der Kommerzialisierung der Bildung in den letzten drei Jahrzehnten verbunden sind.

Die neoliberale Politik hat auch die Art der Arbeit für Lehrer*innen verändert. Ähnlich wie in anderen Sektoren hat die Flexibilisierungspolitik zu einer Stratifizierung der Arbeitskräfte im Bildungswesen geführt. Zwar sind alle Lehrkräfte von Arbeitsplatz- und Lohnunsicherheit betroffen, aber einige sind noch stärker von Unsicherheit betroffen. Die stundenweise beschäftigten Lehrkräfte sind die am meisten gefährdeten Arbeitskräfte im Bildungswesen. Das Bildungsministerium bedient sich einer massiven Reservearmee arbeitsloser Hochschulabsolventen und stellt sie ohne Verträge oder Sozialleistungen ein, wobei sich die Bezahlung oft um Monate verzögert. Anders als in den meisten Fällen, in denen die Spaltung der Arbeitskräfte zu einer Isolierung der prekär Beschäftigten führte (wie z.B. in der Ölindustrie), hat die Lehrer*innenbewegung die Forderungen der prekär Beschäftigten unermüdlich in den Mittelpunkt der Bewegung gestellt. Auf diese Weise ist es der Lehrer*innenbewegung relativ gut gelungen, die Arbeiter*innenschaft im Bildungssystem zu vereinheitlichen.

Das wichtigste Organisationszentrum der Lehrerbewegung ist der Coordinating Council of Teachers Associations of Iran, eine unabhängige Basisorganisation, die in den letzten Jahren zunehmend an Einfluss und Bedeutung gewonnen hat. Der Koordinierungsrat entstand Anfang der 2000er Jahre aus der historischen Notwendigkeit heraus, dass sich die Lehrer*innenverbände und die Lehrer*innengewerkschaft auf nationaler Ebene organisie-

ren. Zuvor diente die Existenz von Lehrer*innengewerkschaften und -verbänden dazu, die Bewegung zu demobilisieren, indem Forderungen lokalisiert und durch den bürokratischen Apparat kanalisiert wurden. Nach der Verschärfung der neoliberalen Politik in den 2010er Jahren und der systematischen Unterdrückung der Opposition in der Bevölkerung verloren die Lehrer*innengewerkschaften jedoch ihre Glaubwürdigkeit und machten den Weg frei für neue, vom Staat unabhängige Organisationen mit militanteren Strategien. Dieser Wandel veranlasste die jüngeren und radikalen Kräfte innerhalb der Lehrer*innenbewegung, die zuvor eher am Rande aktiv waren, die Kontrolle über die Bewegung zu übernehmen. 2017 wurde der Coordinating Council of Teachers Associations (Koordinationsrat der Lehrerverbände) wieder zur wichtigsten mobilisierenden Kraft, die in der Lage ist, sich über alle Positionen und geografischen Bereiche hinweg zu organisieren, von Vertragslehrer*innen über stundenweise Beschäftigte bis hin zu pensionierten Lehrer*innen.[1]

Es ist offensichtlich, dass sich die Lehrer*innenbewegung zu einer stärker organisierten Bewegung mit aggressiveren Widerstandsstrategien entwickelt hat. Während frühere Proteste, insbesondere während der Kämpfe 2018 und 2019, räumlich auf Schulen in Form von Schließung von Klassenräumen und Sitzstreiks innerhalb des Schulgeländes beschränkt waren, haben die jüngsten Protestwellen den Kampf außerhalb der Schulmauern und in den öffentlichen Raum verlagert. So haben die jüngsten Streiks vor allem die Form von Besetzungen wichtiger öffentlicher Räume, einschließlich Regierungsgebäuden, angenommen. Diese Strategie hat der Bewegung zu mehr Schwung und Sichtbarkeit verholfen. Der Staat hat versucht, die Bewegung zu schwächen und zu unterdrücken, indem er aktive Lehrer*innen entließ, sie strafrechtlich verfolgte und aufgrund falscher Anschuldigungen verklagte und zu langen Haftstrafen verurteilte.

1 Die Bewegung der Lehrer im neuen Schuljahr: https://slingerscollective.net/iranian-teachers-movement-in-the-new-academic-year/

Diese Methoden haben die Lehrer*innenbewegung kaum zum Schweigen gebracht, sondern im Gegenteil zu ihrem Wachstum und ihrer zunehmenden Militanz beigetragen.[2]

Beschäftigte im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Dienst

Weitere Sektoren, in denen die Beschäftigten im vergangenen Jahr gestreikt haben, sind die städtischen Beschäftigten, einschließlich der Landschaftspfleger und der Müllabfuhr. Diese Beschäftigten werden häufig mit Zeitverträgen von Subunternehmern eingestellt, die von der Stadt beauftragt wurden. Die Hauptforderungen der Beschäftigten betreffen überfällige Löhne, Lohnerhöhungen und Arbeitsplatzsicherheit. Aufgrund des Fehlens bestehender Organisationen und der Unbeständigkeit der Arbeit war die Zahl der Streiks in kleinen und abgelegenen Städten größer. In diesen Gebieten spielen lokale Beziehungen und Bekannte eine vermittelnde Rolle bei der Zusammenführung von Arbeitnehmer*innen, die weder eine Gewerkschaft noch eine politische Organisation haben. Trotz dieser Hindernisse traten die städtischen Beschäftigten in einigen Großstädten, darunter Ahvaz, eine der wichtigsten Städte im Süden Irans, in einen groß angelegten Streik, der eine Woche dauerte. Während dieses Streiks weigerten sich die Beschäftigten, Müll abzuholen. Der Streik profitierte von der Solidarität der Bevölkerung, die ihren Müll vor dem Stadtgebäude von Ahvaz ablud. Im Februar 2022 protestierten die städtischen Beschäftigten erneut in Solidarität mit den protestierenden Arbeitern der Ahvaz-Stahlfabrik, einem der wichtigsten Zentren der Arbeitskämpfe im Iran. In beiden Fällen erlaubten es jedoch die fehlende Organisation und die befristeten Arbeitsbedingungen den Regierungsbeamten und Arbeitgebern, die Forderungen der Beschäftigten nicht zu ignorie-

2 Zur Verteidigung der LehrerInnen-Bewegung: https://manjanigh.de/wp-content/uploads/2022/04/falakhan210.pdf (auf farsi)

ren. In verschiedenen Städten wurden Beschäftigte im Dienstleistungssektor von Sicherheitskräften festgenommen und inhaftiert, und Tagelöhner wurden ersetzt, um die Streiks zu brechen.

Auch Busfahrer, die bei Subunternehmen beschäftigt sind, streikten und erhielten Solidarität vom Syndikat der Teheraner Busfahrer und Vorstadtbusfahrer. In einem seltenen Fall protestierten im Januar 2021 Feuerwehrleute vor dem Gebäude der Stadtverwaltung in Teheran, was ein Zeichen dafür war, dass sich neue Teile der iranischen Arbeiter*innenschaft an den Arbeiter*innenprotesten beteiligten. Weitere Proteste gab es bei zahlreichen Regierungsangestellten, und erstaunlicherweise schlossen sich auch Gefängnisbedienstete den Protesten an, was die Tiefe der Krise verdeutlicht.

Im Eisenbahnsektor gab es nach zwei groß angelegten landesweiten Streiks in den Jahren 2018 und 2019 im vergangenen Jahr keinen landesweiten Streik, was möglicherweise auf den Einfluss regierungsnaher Gewerkschaftsströmungen unter den Streikorganisatoren zurückzuführen ist. Trotz der Demobilisierung führte die Weigerung der privaten Arbeitgeber, die Löhne pünktlich zu zahlen, im vergangenen Jahr zu vereinzelten, aber zahlreichen Protesten und Kundgebungen. Außerdem werden wichtige Gewerkschaftsorganisationen wie der halb geheime Koordinierungsrat der Eisenbahner und des Personals durch den Druck der Regierung zum Schweigen gezwungen. In Ermangelung eines solchen wichtigen Organisationsgremiums gelang es den Arbeitgebern, die Proteste durch leere Versprechungen und Schuldzuweisungen an das Ministerium für Straßenwesen zu unterbinden. In der Zwischenzeit nutzte der Islamische Arbeitsrat, die regierungsnahe Arbeitnehmer*innenorganisation, seine Macht und seinen Einfluss, um den Koordinierungsrat der Eisenbahner, Instandhaltungsarbeiter und technischen Angestellten, ein wichtiges und unabhängiges Organ der Eisenbahner, zu zerstören. Dieses vom Arbeitsminister in Zusammenarbeit mit den regierungsnahen Gewerkschaftsorganisationen organisierte Komplott scheint erfolgreich gewesen zu sein.

Neben den Beschäftigten des Dienstleistungssektors streikten im vergangenen Jahr auch die Bergleute in verschiedenen Minen mehrmals. Einer der bedeutendsten Streiks fand im Mai 2021 statt, als Hunderte von Chromitbergleuten in der Provinz Kerman, einer der zentralen Provinzen Irans, einen massiven Streik führten und gemeinsam mit ihren Familien eine Straßenblockade errichteten. Der Streik war so massiv und militant, dass die örtlichen Behörden trotz des Einsatzes von Spezialkräften zur Aufstandsbekämpfung aus den beiden Nachbarprovinzen schließlich zu kleineren Zugeständnissen gezwungen wurden. Die Hauptforderungen der Bergleute waren die Ablösung der Auftragnehmer, die Einführung von Einjahresverträgen und eine allgemeine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiter*innen, die zwar versprochen, aber nicht eingehalten wurden. Die Zugeständnisse waren jedoch nicht mehr als eine Finte. Nachdem die Regierung alle Vereinbarungen rückgängig gemacht und weitere Verhandlungen verweigert hatte, nahmen die Beschäftigten den Streik wieder auf, um ihn im November 2021 mit aller Härte zu unterdrücken. Im Laufe des vergangenen Jahres kam es zu mehreren Streiks in anderen Bergwerken, die ebenfalls gewaltsam unterdrückt wurden.

Schlussfolgerung

In diesem Artikel haben wir die sich verändernde Struktur des Arbeitsmarktes und ihre Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Organisierung im Iran untersucht. Wir haben einige der wichtigen Gesetzesreformen hervorgehoben, die den Weg für eine weitere »Flexibilisierung« und Ausbeutung der Arbeitskräfte im Iran geebnet haben. Wir haben aufgezeigt, wie die Entfremdung und Entfremdung der Arbeitnehmer*innen durch spezifische rechtliche Mittel wie Privatisierung, Zeitarbeit und atypische Arbeitsverhältnisse sowie das verflochtene System der Unterauftragsvergabe zugenommen hat. Willkürliche und abrupte Kündigungen wurden

eingesetzt, um die Löhne zu drücken und als Disziplinarmaßnahme gegen abweichende Meinungen. In einer Übergangszeit, in der die Beschäftigten von verschiedenen Subunternehmern angeworben werden, ist die Organisierung eines einheitlichen Gremiums äußerst schwierig. Unter solchen Bedingungen befindet sich ein Großteil der Beschäftigten in einem ständigen Wandel: Sie werden von einem Unternehmen eingestellt, um eine Arbeit in einem anderen Unternehmen zu erledigen, und unterliegen den Unternehmensrichtlinien, während sie von ihren Kolleginnen und Kollegen, die nicht zu ihrem Unternehmen gehören, getrennt sind. Diese Trennung wird noch verschärft durch eine Hierarchie verschiedener Lohn- und Leistungsstufen, die zwischen den Arbeitnehmer*innen auf der Grundlage ihres Grades an Prekarität eingerichtet wurde. Dieser hierarchische Mechanismus dient dem Kapital dazu, die Arbeitnehmer*innen gegeneinander auszuspielen und die Solidarität einzuschränken. Dies zeigte sich bei den Ölstreiks im Jahr 2020, als prekär Beschäftigte den Gegenschlag von Arbeitnehmer*innen mit langfristigen Verträgen zu spüren bekamen.

Die störenden und isolierenden Arbeitsbedingungen, die zu Entfremdung und Entfremdung führen, haben in allen Sektoren im Iran zu Militanz geführt. In dem Maße, wie die Arbeit prekärer wird, halten die Arbeitnehmer*innen die Konzentration der bürokratischen Gewerkschaften auf die rechtliche Vertretung für unzureichend, um ihren Bedürfnissen unter den neuen Formen der kapitalistischen Ausbeutung gerecht zu werden. Dies veranlasste die prekär Beschäftigten dazu, ihre kämpferischen Organisationen neu zu gründen. In einigen Fällen forderten die Arbeitnehmer*innen die bestehenden Organisationen erfolgreich heraus, ihre Interessen zu vertreten (wie im Fall der Lehrerbewegung). In anderen Fällen gründeten die Arbeitnehmer*innen ihre eigenen parallelen Organisationen, entweder weil es keine bestehende Institution gab oder weil die reaktionären Kräfte die bestehende Organisation fest im Griff hatten. Dies war sowohl in der Ölindustrie als auch bei den Snapp-Fahrern der Fall. In allen Fällen sind die prekär Beschäftigten gezwun-

gen zu erkennen, dass bürokratische Prozesse nicht in der Lage sind, ihre materiellen Bedingungen zu verbessern. Da es keine anerkannten Gewerkschaften gibt, sind die Ergebnisse dieser Arbeitskämpfe gemischt. Dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass die Gewerkschaftsbewegung zunehmend an Zugkraft gewinnt und einige kleinere Erfolge und Verbesserungen erzielt.

Außerdem werden den Arbeitnehmer*innen sowohl von den Arbeitgebern als auch vom Staat rechtliche Hindernisse für eine unabhängige Organisierung in den Weg gelegt. Um ein sicheres Umfeld für die Kapitalakkumulation zu gewährleisten, hat der Staat zunehmend einen aggressiven und autoritären Ton angenommen und reagiert auf den Widerstand der Bevölkerung mit einem noch nie dagewesenen Maß an Unterdrückung und militärischer Überwachung. Der Staat ist nicht die einzige oppositionelle Kraft zur Arbeiter*innenbewegung im Iran. Wenn der Staat versucht, die Arbeiter*innenbewegung physisch und rechtlich zu zerstören, so versucht die reaktionäre rechte Opposition, sie zu zerstören, um die Islamische Republik schließlich zu stürzen und zu erobern. Mit Hilfe der von ihren imperialistischen Herren im Überfluss zur Verfügung gestellten Ressourcen versuchen die Reaktionäre, den Widerstand des Volkes zu kapern und umzulenken, und bleiben dabei Kompradoren im Exil. Unterstützt von einer Vielzahl von Medien, Stiftungen, Meinungsforschungsinstituten und NRO, die von den USA, Großbritannien, Saudi-Arabien (selbst eine Marionette der USA) und der Europäischen Union finanziert werden, hat die rechte Opposition die imperialistische Hegemonie genutzt, um eine falsche Eigentümerschaft an politischen Fragen zu beanspruchen und wirtschaftliche Fragen zu vermeiden, um zu argumentieren, dass ihr Stiefel stattdessen im Nacken der Arbeiter*innen sitzen sollte. Obwohl die Arbeiter*innenklasse dieses Narrativ international aufrechterhält, ist sie zu kämpferisch, um sich einfach mit Plattitüden zufrieden zu geben. Die rechte Opposition im Land, die sich in einer Hegemoniekrise befindet, hat begonnen, eine unheilige Allianz mit dem bestehenden Staat einzugehen. Vor kurzem griffen der Staat und der extre-

me, protofaschistische Flügel der rechten Opposition gleichzeitig die Lehrerbewegung an, eine der fortschrittlichsten Fraktionen der Arbeiter*innenbewegung im Iran.

Letzten Endes vereinen sich die konkurrierenden Fraktionen der Bourgeoisie gegen das, was sie am meisten fürchten: eine kämpferische, hoch organisierte Arbeiter*innenklasse mit Forderungen, die über bloßen Reformismus hinausgehen. Die Forderungen nach freier, ethnisch orientierter Bildung und Rätedemokratie sind Beispiele für Forderungen, die mit dem bürgerlichen Staat unvereinbar sind. Eine Arbeiter*innenbewegung mit solchen Merkmalen ist eine wichtige gesellschaftliche Kraft mit revolutionärem Potenzial und der einzige Weg, um sicherzustellen, dass sich der Imperialismus nicht festsetzt, wenn der gegenwärtige Staat fällt.

Trotz grundlegender wirtschaftlicher und soziopolitischer Zwänge ist die iranische Arbeiter*innenklasse heute stärker als je zuvor in den letzten drei Jahrzehnten seit der blutigen Unterdrückung der Linken und der Arbeiter*innenbewegung. Die aus den Fällen von Arbeiter*innenmilitanz gezogenen Beweise deuten darauf hin, dass in der Arbeiter*innenklasse eine tiefgreifende Bewegung mit revolutionärem Potenzial im Entstehen begriffen ist. Die organisatorische Vertretung ist in allen Fällen der Arbeiter*innenbewegung untergeordnet, wobei die Arbeiter*innen gezwungen sind, über die herkömmlichen gewerkschaftlichen Forderungen nach schrittweisen Reformen hinauszugehen, um ihre oft kurzfristigen Ziele zu erreichen. Wie Gramsci es treffend formuliert, »entwickelt sich die Struktur der Arbeiter*inneninstitutionen nicht aus innerer Notwendigkeit, sondern aufgrund äußerer Einflüsse (dem gewaltigen Druck der von der kapitalistischen Konkurrenz abhängigen Ereignisse).« Im Einklang mit anderen Beispielen von Anti-Austeritäts- und anti-neoliberalen Widerstandsprotesten unserer Zeit setzt die iranische Arbeiter*innenklasse zunehmend auf die Mobilisierung an der Basis und direkte Aktionen wie die Besetzung wichtiger öffentlicher Plätze, Straßenblockaden und andere öffentlich sichtbare Störaktionen. Insgesamt zeigt der Kampf

der iranischen Arbeiter*innenklasse in den oben genannten Fällen, dass die Arbeiter*innen sich zunehmend weigern, ignoriert zu werden. Die neue Arbeiter*innenbewegung ist im Entstehen begriffen, und sie wird das Kapital an allen Fronten herausfordern.

Das Slingers Collective

Das Slingers Collective ist der internationale Ableger von *Manjanigh* (Katapult auf Farsi), einer revolutionären kommunistischen Organisation im Iran, die enge Verbindungen zu Bewegungen der Unterdrückten im Iran hat.

Wir engagieren uns für die Förderung von Kämpfen an mehreren Fronten: prekäre Arbeiter*innen, Frauen- und Queer-Themen sowie ethnisch marginalisierte Menschen. Unsere Arbeit wird durch die folgenden Ausschüsse organisiert:

- Der Arbeiterausschuss: Unterstützung von Basisorganisationen der Arbeiter*innen, Arbeitnehmer*innenrechte und Kampf gegen zunehmende Ausbeutung.

- Der kommunistische Queer-Ausschuss: Ein Kollektiv von Queers innerhalb und außerhalb des Iran, das Queer-Politik mit Klassenanalyse verbindet und sich auf die Lebensbedingungen von Queers im Iran konzentriert.

- Das geheime Nesvan-Komitee: Ein geheimes Frauenkomitee im Iran, das sich mit Klassen- und Geschlechterfragen wie reproduktiven Rechten und körperlicher Selbstbestimmung befasst.

- Das Komitee für ethnisch marginalisierte Menschen: Konzentriert sich auf die Probleme von Klassen und

ethnisch marginalisierten Menschen im Iran, wie Araber*innen, Kurd*innen usw.

- Die verbotenen Archive: Archivierung zensierter revolutionärer Ereignisse und Materialien aus der zeitgenössischen iranischen Geschichte.

Unsere Mission ist es, die Kämpfe in Nordafrika und Westasien voranzutreiben und sie mit den laufenden Kämpfen im Iran zu verbinden. Die Kämpfe der Arbeiter*innenklasse in dieser Region haben ein gemeinsames Merkmal: den Kampf sowohl gegen lokale reaktionäre Kräfte als auch gegen imperialistische Interventionen. Das Leben der Menschen in der gesamten Region ist nicht nur durch den Einfluss des Imperialismus, sondern auch durch den Wettbewerb zwischen den regionalen Mächten miteinander verbunden. In diesem Zusammenhang ist für den Erfolg einer Revolution in einem Land ein transformativer Wandel in anderen Ländern notwendig. Eine Veränderung in einem Land kann einen Dominoeffekt in der gesamten Region auslösen und sich auf die Geopolitik aller Staaten auswirken. Daher glauben wir an die Notwendigkeit einer regionalen Revolution, bei der die Region wie miteinander verbundene Mosaiksteine funktionieren kann.

Wir wollen diese Kämpfe miteinander verbinden und streben eine regionale Revolution an, die über die Grenzen hinweg Resonanz findet. Wir sind uns bewusst, dass die Krise des revolutionären Kommunismus in der Region die allgemeine globale Krise widerspiegelt. Wir erkennen zwar die Existenz vieler linker und revolutionärer kommunistischer Gruppen in der Region an, die oft mit globalen Bewegungen verbunden sind, aber unser Ziel ist es, einen neuen Weg zur Organisation des internationalen revolutionären Kommunismus zu beschreiten,

ausgehend von lokalen Kämpfen und Kontexten. Unser Ansatz ist in den spezifischen Realitäten dieser Region verwurzelt, aber wir glauben, dass Internationalismus für jede echte Befreiungsbewegung unerlässlich ist. Unsere Organisation hat sich verpflichtet, revolutionäre Ideen sowohl aus der Region als auch aus der ganzen Welt zu nutzen und Solidarität aufzubauen, die nationale Grenzen überschreitet.

Um diese revolutionäre Front voranzubringen, besteht der erste Schritt darin, eine Einheitsfront zu bilden, die die vielfältigen Kämpfe der Region repräsentiert. Solche Bemühungen müssen lokale Bewegungen auf eine Weise verbinden, die ihre einzigartigen Kontexte respektiert und es ihnen gleichzeitig ermöglicht, ihre Stimmen gemeinsam auf der internationalen Bühne zu verstärken. Gleichzeitig bleiben wir der Förderung praktischer internationalistischer Verbindungen über die Region hinaus verpflichtet. Diese Verbindungen müssen über bloße Kommunikation und gegenseitige Anerkennung hinausgehen und sich zu einer sinnvollen Zusammenarbeit in Solidarität mit revolutionären Kämpfen weltweit entwickeln.

Wenn Du diese Vision teilst, laden wir Dich herzlich ein, dich mit uns in Verbindung zu setzen. Dies ist kein Aufruf, zu folgen oder sich führen zu lassen, sondern vielmehr eine Einladung, sich für ein gemeinsames Ziel zu vereinen. Während unser Fokus auf den transformativen Kämpfen in Nordafrika, Westasien und im Iran liegt, stehen wir dabei aber an der Seite aller, die für die Befreiung kämpfen, egal wo auf der Welt sie sich befinden. Gemeinsam können wir die Bande der internationalen Solidarität stärken und den historischen Kampf für die Abschaffung der Ausbeutung und den Triumph der proletarischen Emanzipation vorantreiben.

CrimethInc.

»Es gibt unendlich viel Hoffnung, nur nicht für uns.«

Ein Interview über die Pandemie, Wirtschaftskrise, Repression und Widerstand im Iran

08.10.2020

Auf der ganzen Welt brechen die Kompromisse die den Kapitalismus im 20. Jahrhundert stabilisiert hatte zusammen – und die Menschen sehen sich zunehmend autoritären Maßnahmen ihrer Regierungen (egal welcher Couleur) gegen über. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass soziale Bewegungen in unterschiedlichen Kontexten voneinander lernen, um einen weltweiten Widerstand gegen den Kapitalismus und die staatlichen Strukturen, die ihn aufzwingen, zu entwickeln. In diesem Interview erkunden zwei iranische Radikale, welche Arten von radikaler Organisierung und Theoretisierung heute im Iran im Kontext der jüngsten Protestbewegungen und staatlichen Repression stattfinden.

Dieses Interview begann als ein Gespräch zwischen ein paar Gefährt*innen. Ursprünglich als ein Gespräch über ein paar Wochen gedacht, wurden daraus drei Monate, in denen wir uns die Zeit stahlen, um einige Gedanken niederzuschreiben, während wir mit der staatlichen Repression durch das iranische Regime konfrontiert waren. Trotz dieser Verzögerung ist der Hauptzweck dieses Interviews von Anfang an unverändert geblieben: die Genoss*innen im globalen Norden über den aktuellen Stand der Dinge im Iran

zu informieren und auf den neuesten Stand zu bringen, über die Jahre des Kampfes 2015–2018, die in einer landesweiten Streikwelle gipfelten, darüber, wie die COVID-19-Pandemie die sozialen Bewegungen beeinflusst hat, über die anhaltenden Auswirkungen von Sparmaßnahmen und internationalen Sanktionen und über die Reaktion der Regierung sowohl auf die Proteste als auch auf die zunehmenden geopolitischen Spannungen, seit die USA ihre Unterstützung für den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (d.h., den »Iran Nuclear Deal«) im Mai 2018 zurück nahm.

Die Identitäten der beiden Genoss*innen werden angesichts der drohenden Repressionen durch die iranische Regierung anonym bleiben.

Hier in den USA wurde die Medienberichterstattung von zwei Ereignissen dominiert: der globalen Pandemie und dem jüngsten Aufstand gegen die Polizei, der als Reaktion auf die Tötung von George Floyd durch die Polizei am 25. Mai ausbrach. Wenn man bedenkt, dass die US-Medien wenig Informationen über das tägliche Leben der Iraner*innen und den Zyklus der Kämpfe, die sich in den letzten Jahren über das Land ausgebreitet haben, liefern, kann man mit Sicherheit sagen, dass die amerikanische Öffentlichkeit und die US-Linke weitgehend im Dunkeln darüber tappen, was es bedeutet, heute im Iran zu leben und zu kämpfen. Könntet ihr damit beginnen, uns über die Zusammensetzung und die verschiedenen Strömungen innerhalb der iranischen Linken, wie sie derzeit existiert, aufzuklären? Wie haben die verschiedenen Gruppen und Organisationen auf die sich verschärfenden Auswirkungen der wirtschaftlichen, politischen und epidemiologischen Krisen reagiert?

J: Lasst mich mit einem Kommentar zu eurem ersten Punkt beginnen, der natürlich wahr ist. Das Leiden des täglichen Lebens im Iran ist unterrepräsentiert, nicht nur in den US-Me-

dien, sondern in allen internationalen Medien, die sich auf die Nachrichten aus dem Iran über geheime Explosionen, nukleare Kontroversen, militärische Spannungen mit den USA und ihren Verbündeten usw. stürzen. Die große Politik ist blind für dieses Leiden; die Mainstream-Medien sind es auch. Und die Situation ist in den letzten Monaten nur noch schlimmer geworden. Die Landeswährung wertet so schnell ab, wie die Kosten für die wesentlichen Güter und Dienstleistungen steigen. Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet. Die Zahl der Selbstmorde hat zugenommen. Es gibt einen Mangel an Medikamenten für verschiedene chronische Krankheiten. Die Wohnungspreise sind in die Höhe geschnellt. Die Menschen in den Großstädten, vor allem in Teheran, haben auf tragisch »innovative« Lösungen für die Unterbringung zurückgegriffen: Sie leben in provisorischen Zelten, leben in einfachen, schutzraumähnlichen Strukturen, mieten die Dächer anderer Häuser und Wohnungen und stellen dort ihre Zelte auf, leben in ihren Autos… Nach offiziellen Statistiken lebt mindestens ein Drittel der städtischen Bevölkerung in Slums.

Nun, lasst mich auf eure Frage zurückkommen. Von linken Organisationen im Sinne des »gesunden Menschenverstandes« zu sprechen, ist im Kontext des Iran schwierig. Die Islamische Republik betrachtet jede beständige oppositionelle Kollektivität als Bedrohung. Selbst wenn man sich organisiert, um Filme zu sehen, Bücher zu lesen usw., besteht eine gute Chance, zum Verhör vorgeladen zu werden. Dennoch haben wir in einer solchen Atmosphäre eine Vervielfachung der Organisationsbemühungen unter Fabrikarbeitern, Lehrer*innen, Pflegekräften, Lastwagenfahrern, Bahnarbeiter*innen und anderen so genannten essentiellen Arbeiter*innen gesehen. Darüber hinaus hat sich die linke Student*innenbewegung in den letzten Jahren reorganisiert und auch die am meisten verbreiteten Slogans der jüngsten Proteste kreiert. Es gibt eine Frauenbewegung, die ein breites Spektrum an politischen Positionen umfasst, die stark unterdrückt wurde, als sie sich in den letzten Jahren stärker durchsetzte. Wenn wir uns auf einen Oberbegriff wie

»linke Politik« im Iran konzentrieren und Linke hier als von verschiedenen marxistischen Traditionen inspiriert betrachten, dann können wir vier Trends aufzeigen: Syndikalismus, linker Nationalismus, Anti-Neoliberalismus und Antiimperialismus. Es ist in vielerlei Hinsicht nicht die beste Kategorisierung, und es gibt Überschneidungen zwischen diesen Trends, aber wie ich weiter erläutern werde, wird sie unserem Zweck dienen, die linke Politik im Iran zu kartieren.

Es gibt zwei Tendenzen des Syndikalismus unter den organisierten Arbeiter*innen im Iran. Das Haft-Tappeh Sugar Cane Factory Workers Independent Syndicate ist ein bemerkenswertes Beispiel. Die Arbeiter*innen des Haft-Tappeh-Industriekomplexes im Süden des Irans, in der Provinz Khuzestan, haben sich autonom organisiert und in den letzten Jahren einen harten Kampf geführt, bei dem alle ihre Hauptorganisatoren verhaftet und einige gezwungen wurden, im nationalen Fernsehen Geständnisse abzulegen. Erzwungene Fernsehgeständnisse dienen in der Islamischen Republik seit langem als Strategie der Unterdrückung. Ihr Kampf gegen die Privatisierung des Unternehmens und die Korruption der Eigentümer, Manager und Beamten dauert jedoch bis heute an. Sie haben die Verwaltung der Fabrik und ihrer Ressourcen durch die Arbeiter*innen gefordert. Sie sind auch ein Beispiel für eine basisdemokratische, nicht-hierarchische und autonome Organisation. Sie wählen die Repräsentant*innen des Syndikats, aber die Repräsentant*innen entscheiden nicht im Namen der Arbeiter*innen, und alle Entscheidungen bezüglich der Vorschläge des Managements und der Eigentümer in Verhandlungen mit ihnen werden einer Art Arbeiter*innversammlung vorgelegt, die diskutiert und angenommen oder abgelehnt wird. Das Haft Tappeh Syndikat ist die Verkörperung eines Syndikalismus, der lokal ist und lokal bleibt, mit einem Beharren auf lokaler, autonomer Arbeiter*innenverwaltung.

Eine andere Form des Syndikalismus wird durch die Free Trade Union of Iran verkörpert. Die Anführer dieser Gewerkschaft sind ebenfalls alle verhaftet und strafrechtlich verfolgt worden.

Sie fordern eine landesweite Gewerkschaft und eine unabhängige Organisation der Arbeiter*innen in jedem lokalen Kontext, aber sie haben eine eher von oben nach unten gerichtete Organisationsstruktur und konzentrieren sich nicht primär auf den lokalen Kontext.

Der linke Nationalismus hat auch seine verschiedenen Strömungen. Einige sind die Erben der kommunistischen Parteilinie vom Beginn der 1980er Jahre, die ideologisch den Sowjets nahe standen, aber auch die Regierung der Islamischen Republik unterstützen (was sich hier mit dem überschneidet, was ich als Antiimperialismus erwähnt habe). Diese Linken konzentrieren sich auf »nationale Sicherheit« und »nationale Interessen« und die Verteidigung der nationalen Integrität im Sinne von Grenzen. Ein Teil von ihnen hat Probleme mit den Bewegungen von Minderheiten, wie Kurd*innen oder Araber*innen, und brandmarkt sie manchmal als »Separatisten«. Ein anderer Teil in der Opposition würde sogar mit rechtsgerichteten Oppositionsparteien oder Royalisten zusammenarbeiten, um eine »nationale« Koalition gegen die Islamische Republik zu bilden.

Der Antiimperialismus ist in den letzten Jahren angesichts der Spannungen mit den USA und der Wahrscheinlichkeit eines Krieges auf dem Vormarsch. Aber die antiimperialistische Linke hat nun zwei unterschiedliche Linien: eine, die sich ausschließlich über ihren Antiimperialismus definiert, und eine, die den Antiimperialismus als Teil ihres Diskurses hat. Während beide weitgehend theoretische Strömungen sind, ist die letztere vor allem eine Form der zeitgenössischen kritischen Theorie und die erstere eine Rückkehr des kommunistischen Mainstream-Diskurses der 1970er und 80er Jahre, der eine Koalition mit der Islamischen Republik gegen den amerikanischen Imperialismus eingehen würde. Diese Antiimperialisten verteidigen nun die Islamische Republik und ihre Interventionen in Syrien und im Irak und anderswo. Nicht anders als die »offizielle« kommunistische Partei in Syrien selbst, die zuerst

Assads brutale Durchführung des Endokolonialismus (Kolonisierung im Inneren) und seine Konterrevolution unterstützte und viele ihrer Mitglieder an die Wellen der Revolution verlor. Die ultrarechte Opposition, die hauptsächlich aus Royalisten besteht, die die Trump-Administration unterstützen und von ihr unterstützt werden, führt diese Strömung der iranischen Linken in ihrer Propaganda auf, um die Linke als Ganzes zu dämonisieren.

Anti-Neoliberalismus ist ein Überbegriff für eine andere heterogene Strömung des linken Denkens im Iran: von studentischen Aktivist*innen, die ihren Kampf klar als »gegen den Neoliberalismus« bezeichnen und sich mit ähnlichen Bewegungen gegen neoliberale Wirtschaftspolitik und Gouvernementalität in Frankreich und im Libanon und in Chile solidarisieren, über Fraktionen der syndikalistischen Linken bis hin zu anderen Gruppen und Kreisen, die vor allem im Bereich der zeitgenössischen Theorie, der kritischen Theorie und der politischen Ökonomie arbeiten. Es gibt noch andere Kräfte, die in meiner Schematisierung der iranischen Linken nicht erfasst werden können – die verschiedenen Kräfte unter den militanten Minderheiten: Kurd*innen, Araber*innen, Belutsch*innen, usw. Wir sollten auch bedenken, dass es eine Kluft gibt zwischen einer Linken, die eher zur Aktion/Praxis neigt, und einer Linken, die eher zur Theorie/Schriftstellerei neigt (manchmal als »kulturelle« Marxist*innen[3] bezeichnet). Eine weitere Kluft ergibt sich aus der allgemeinen Perspektive dieser politischen Positionen in Bezug auf die Frage des Staates: Ist die Rückeroberung der Macht und

3 In Bezug auf den Begriff »Kulturmarxist« ist es wichtig, hier die Unterschiede in der Konnotation und Bedeutung zwischen der Art und Weise, wie der Begriff in den Vereinigten Staaten verwendet wird, und der Art und Weise, wie er im Iran verwendet wird, zu beachten. Während der Ausdruck in den Vereinigten Staaten den verschwörerischen Mythos des Aufstiegs eines jüdisch-bolschewistischen Schattens hinter den liberal-demokratischen Regierungen heraufbeschwört, der versucht, die weiße, europäische Rasse zu verunreinigen, ist »Kulturmarxist« im Iran ein pejorativer Begriff, der verwendet wird, um radikale Akademiker zu beschreiben, die sich als »öffentliche Intellektuelle« wohler fühlen und mehr Zeit in Reden und geschriebene Texte investieren als in die praktischen Erfordernisse der konkreten Kämpfe vor Ort.

die Neukonzipierung der Funktionalität des Staates notwendig für eine emanzipatorische Politik oder sollte jede emanzipatorische politische Bewegung über die Frage des Staates und seiner hierarchischen Organisation hinausgehen? Es gibt auch eine allgemeine Kluft in dieser Frage zwischen den Linken innerhalb und außerhalb des Irans.

Nun, es gibt Fälle von Solidarität unter einigen dieser Strömungen. Ein Beispiel dafür war eine Erklärung, die viele Linke aus unterschiedlichen politischen Positionen und Standpunkten nach der Coronavirus-Krise unterzeichneten und in der eine Umverteilung des Reichtums, eine universelle Gesundheitsversorgung, Freiheit für politische Gefangene sowie für andere Gefangene, die gewaltfreier Verbrechen beschuldigt werden, sozialer Wohnungsbau, besondere Aufmerksamkeit für Slums und so weiter gefordert wurden.

Bis auf einzelne Ausnahmen sind alle Kräfte der Linken gegen die US-Sanktionen und ihre Politik des Regimewechsels im Iran. Nicht, weil diese Kräfte das theokratische Regime nicht stürzen wollen, sondern weil die amerikanische Regierung ihre Unterstützung für die neoliberalsten, rechtsgerichteten, nationalistischen Kräfte in der Opposition gezeigt hat und schließlich kommt nichts Gutes aus neokolonialen Auslandsinterventionen – wie zum Beispiel im Fall von Westasien und Nordafrika.

J-P: Natürlich ist es nachvollziehbar, dass die Medien bedeutenden Ereignissen wie der Pandemie oder den antirassistischen Protesten in den USA so viel Aufmerksamkeit schenken. Das Problem liegt aber in der Herangehensweise und in der Darstellung dieser Ereignisse. Ich glaube, sie wissen genau, dass die Revolution nicht im Fernsehen übertragen wird, nicht in den USA und schon gar nicht im Nahen Osten. Aber das ist hier nicht das Problem.

Der Grund dafür, dass ihr das Gefühl habt, im Dunkeln zu tappen und in dieser Angelegenheit aufgeklärt werden zu müs-

sen, liegt zum Teil an der inkohärenten Situation der verschiedenen Strömungen innerhalb der iranischen Linken. Dieser zersplitterte Zustand könnte als Überlebensstrategie betrachtet werden, da jede Art von Artikulation oder Vermittlung zwischen diesen Strömungen mit allen Mitteln unterbrochen wird. Aber sie stellt auch ein Hindernis dar, das die iranische Linke überwinden muss, wenn sie irgendeine Art von konkreter Veränderung erreichen will. Außerdem impliziert diese Situation, dass auch wir die Notwendigkeit teilen, uns über dieses Thema zu informieren, und wir suchen nach Antworten auf ähnliche Fragen. Am wichtigsten ist, dass dieser diffuse Zustand es unmöglich macht, ein wahres Bild aller Strömungen innerhalb der Linken zu behaupten, da jede Komponente besser über ihr unmittelbares Aktionsfeld Bescheid weiß und möglicherweise einige andere Komponenten vernachlässigt. Anstatt also eine detaillierte Liste zu erstellen, müssen wir vom Gesamtbild der iranischen Linken ausgehen. Es gibt eine große Kluft zwischen dem, was die iranische Linke heute tatsächlich ist, und dem vielversprechenden Potenzial, das sie für einen radikalen Wandel in der Region in sich trägt.

Wenn man sich die tatsächliche Position der Linken heute ansieht, erkennt man verschiedene intellektuelle und diskursive Verbesserungen in Bezug auf Themen wie Gender, Prekarität, Minderheiten usw. Aber das hat keine tatsächliche Auswirkung auf den Ausgang vieler entscheidender Fragen, vom Coronavirus bis zu Sanktionen, von der Unterdrückung von Minderheiten bis zu traditionell linken Fragen wie einem existenzsicherenden Lohn. Es muss nicht erwähnt werden, dass wir in einer überdeterminierten Situation mit so vielen in- und ausländischen Akteur*innen leben und kämpfen, die trotz ihrer divergierenden und unterschiedlichen Interessen letztlich in ihrer Opposition zur Linken integriert sind. So ist es unvermeidlich, dass die Linke in Ermangelung einer tragfähigen Organisation oder eines greifbaren Programms in unmittelbaren Angelegenheiten keine dominante Rolle spielt. Aber wenn man sich den Verlauf

der Ereignisse ansieht, und angesichts der vielfältigen und sich verstärkenden Auswirkungen verschiedener Krisen – von der politischen Legitimität bis zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, von sozialen Fragen bis zu Naturkatastrophen wie Erdbeben – und jeden Tag mit einer neuen Krise aufwacht, wird man feststellen, dass keiner dieser Akteure eine kohärente Antwort auf all diese Fragen präsentieren kann. Die Linke hingegen schafft trotz ihrer organisatorischen Inkohärenz einen Diskurs, der unsere sozialen, politischen und kulturellen Probleme gleichermaßen angehen könnte. Das ist der Grund, warum unsere Regierung ein eigens gefälschtes linkes Bild fördert, das gemeinhin als »Achse des Widerstands« bezeichnet wird. Aber das ist ein so wichtiges Thema, dass wir es separat diskutieren werden.

Was die Zusammensetzung und die Strömungen innerhalb der iranischen Linken anbelangt – so unpassend es auch erscheinen mag – könnten die Kategorien, die die Regierung verwendet, um diese Strömungen zu klassifizieren, ein aufschlussreicher Ansatzpunkt über die Dynamik innerhalb dieser Strömungen sein. Vor nicht allzu langer Zeit hatten die Geheimdienste drei Kategorien für alle linken Aktivist*innen. Erstens das, was sie die »Arbeiterlinke« nannten, was sich offensichtlich auf linke Strömungen unter den Arbeiter*innen bezog; dann gab es die »marxistische Linke«, die sich hauptsächlich auf organisierte Aktivist*innen bezog, die gewöhnlich mit linken Parteien in Verbindung gebracht wurden; und schließlich gab es die »kulturelle Linke«, die manchmal als »neue Linke« bezeichnet wurde, die die Intellektuellen waren, die gewöhnlich in größeren Städten ansässig waren und manchmal Verbindungen zu anderen Komponenten der Bürgerbewegungen hatten. Sie hatten eine klare Vorstellung von den Potenzialen dieser Kategorien – und natürlich auch davon, wie man jede von ihnen unterdrücken kann.

Aber seit 2017 hat eine Veränderung in der internen Dynamik dieser Kategorien, kombiniert mit einer zunehmenden Popularität der Linken unter anderen Aktivist*innen und progressiven Kräften, diese Konzeption obsolet gemacht. Seitdem nimmt die

sogenannte kulturelle Linke aktiv an Arbeiter*innendemonstrationen teil, die sogenannte marxistische Linke hat neue Ansätze gegenüber »unorganisierten« Massen angenommen, und die Arbeiterlinken führen eine neue Ebene des Kampfes, indem sie sich auf ihre Genoss*innen außerhalb des Arbeitsplatzes verlassen. Daher ist die Zusammensetzung der iranischen Linken ein *work in progress*, und sie hat noch so viele neue Bedeutungen zu entfalten. Was man mit Sicherheit sagen kann, ist, dass das alte (Selbst-)Verständnis irrelevant für den neuen Weg ist, den die Linke seit 2017 eingeschlagen hat. Heute kann man eine starke linke Strömung in den meisten Organisationen und Affinitätsgruppen beobachten; unter Lehrer*innen, Arbeiter*innen, Student*innen, Frauenaktivist*innen, Intellektuellen, etc. Es scheint, dass die Menschen weniger auf ihre Identität als »links« fixiert sind, sondern dass linke Strömungen und Tendenzen in vielen dieser Gruppen die Initiative ergreifen.

Was waren die Ergebnisse der Streikwelle 2018, die im ganzen Iran stattfand – die Arbeiter*innen von Haft Tapeh Sugar Cane im Norden, die Arbeiter*innen von National Steel in Ahvaz im Süden und die LKW-Fahrer*innen des Landes, die drei landesweite Streiks organisierten? Damals schien es, dass dieser Kampfzyklus durch zwei Schlüsselfaktoren bedingt war, die beide viel mit der Frage des globalen Kapitalflusses in Richtung Finanzen und Liquidität zu tun haben (die beiden Indikatoren dafür, dass sich das Kapital von der Produktion weg und hin zur Zirkulation verlagert hat): die Wirtschaftssanktionen der USA, die aus ihrem Rückzug aus dem Iran-Atomabkommen im Jahr 2019 resultierten, und der Verfall des Rial auf dem Weltmarkt. Wäre es richtig zu sagen, dass dies Schlüsselfaktoren waren, die zu der Streikwelle geführt haben? Und wie hat sich die Situation im Land seither verändert, insbesondere mit den sich verstärkenden Auswirkungen der Sanktionen neben der COVID-19-Pandemie?

J: Der antiwestliche Diskurs der Islamischen Republik sollte niemanden täuschen. Von ihrem Obersten Führer Khomenei bis zu ihrem Präsidenten Rouhani unterstützt das Regime die freie Marktwirtschaft und einen groß angelegten Privatisierungsplan, der schon seit Jahrzehnten im Spiel ist. Es ist eines der größten in der Region, neben der Türkei, Pakistan und neuerdings auch Saudi-Arabien. Das iranische Regime wollte schon immer der Welthandelsorganisation beitreten und hat die Restrukturierungsprogramme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) befolgt. Die Auswirkungen dieser neoliberalen Politik sind sichtbar in der »Reform« des Gesundheitssystems, des Wohnungssektors, des Rentensystems, der Entsubventionierung von Energiequellen, einer starken Bewegung in Richtung Privatisierung durch den Börsenmarkt, dem exponentiellen Wachstum der Finanzinstitutionen und des privaten Bankwesens, der Aufstellung von Sparhaushalten und massiven Entlassungen in ehemals staatlichen Fabriken und großen Unternehmen.

Das ist die Situation, die als Hintergrund für die Streikwelle diente, die ihr erwähnt. Es handelt sich um einen Zyklus von Kämpfen, der um das Jahr 2015 herum begann und eine Intensivierung der täglichen Aktionen unter den von dieser Politik betroffenen Arbeiter*innen, den Bürgern, die von den neuen privaten Finanzinstituten (die mit den Revolutionsgarden in Verbindung stehen und in wenigen Jahren bankrott gingen) verschuldet oder buchstäblich ausgeraubt wurden, Minderheiten und marginalisierten Gemeinschaften, deren Lebensgrundlage durch die umweltfeindliche Entwicklungspolitik oder einfach durch die Nachlässigkeit der Zentralregierung gefährdet war. Berichten zufolge gab es in dieser Zeit im Durchschnitt täglich sechs bis acht lokale Proteste im ganzen Land.

Es ist wahr, dass die US-Sanktionen zu den Protesten beigetragen haben, allerdings indirekt. Die Sanktionen erschwerten das tägliche Leben und entzogen der Regierung die finanziellen Mittel. Aber wie gesagt, die Neoliberalisierung und der

allmähliche Abbau des nach der Revolution etablierten Semi-Wohlfahrtsstaates sollten als Hauptursache für die Proteste gesehen werden. Wie ein berühmter Slogan der *Aban*-Proteste es formulierte: »Unser Feind ist hier/sie lügen, dass er in den USA ist«. Nun, ich erwähnte den Semi-Wohlfahrtsstaat, der nach der Revolution eingerichtet wurde… hier gibt es eine wichtige Überlegung. Selbst wenn es eine Art Wohlfahrtssystem für die normalen Bürger*innen gab, wurde dies, wie in jedem anderen rassistische Staat, auf Kosten der Minderheiten etabliert. Belutschische, arabische und kurdische Gebiete sind viel unterentwickelter, und die Umweltprobleme, die aus der nicht nachhaltigen Entwicklung zugunsten des Zentrums resultieren, sind schlimmer. Die tief verwurzelten identitätsbasierten (religiösen oder ethnischen) Diskriminierungen sind ein weiterer Grund für soziale Proteste.

Wie ihr zu Recht erwähnt habt, haben die COVID-19-Epidemie und die damit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderungen die Unzufriedenheit verstärkt. Aber die iranische Regierung, die sich bereits inmitten einer Wirtschaftskrise befand, hat die Wirtschaft viel früher wieder geöffnet, als es nötig gewesen wäre, und die Arbeiter*innen mussten trotz der Bedrohung durch das Coronavirus arbeiten. Dies ist ein weiteres Zeichen für die neoliberale Herangehensweise der iranischen Regierung an soziale Probleme, bei der sie alle Aspekte des Lebens auf die Tauschwirtschaft reduziert. Die Krise hat jedoch zu einer Verschärfung der Proteste von Gesundheitsarbeiter*innen und Krankenpflegenden geführt, die während der Pandemie mit 89-Tage-Verträgen beschäftigt waren, ohne erkennbare Anerkennung für diese harte Arbeit.

Im Moment wüten die Proteste wieder im Iran. Die Arbeiter*innen von Haft-Tappeh befinden sich an ihrem 78. Streiktag und ihre Hauptforderung ist die Rücknahme der Privatisierung, neben anderen Forderungen bezüglich Lohn- und Arbeitsplatzsicherheit und Krankenversicherung. Zusätzlich haben einige Arbeiter*innen auf den Ölfeldern Streiks durchgeführt. Fabrikarbeiter*innen u. a. in Tabriz, Arak, Mahshahr

und Asaluyeh, Eisenbahnarbeiter*innen in Teheran und Khorasan und Semnan, Lehrer*innen und Gemeindearbeiter*innen und viele andere protestieren wieder täglich. Die Linke im Iran ist darauf bedacht, sich von jeder amerikanischen Initiative gegen die Islamische Republik fernzuhalten, und sie lehnt zu Recht Sanktionen und jede Idee einer ausländischen Intervention ab. Als eine Gruppe aus der royalistischen Pro-Trump-Opposition begann, Unterstützung für den Haft-Tappeh-Kampf zu äußern, veröffentlichte der Telegramm-Kanal der streikenden Arbeiter*innen einen Beitrag, in dem sie ihre Unterstützung zurückwiesen und sagten: »Ihr seid Agenten von Staaten, keine Unterstützer der Menschen.«

J-P: Lasst mich die Antwort auf diese Frage mit einem beliebten Meme beginnen, das vor der neuen Sanktionswelle viral ging. Das erste Bild war ein alter, offenbar unterprivilegierter älterer Mann, der mit einem Blick äußerster Verzweiflung auf einer Treppe sitzt. Die Bildunterschrift lautete »vor dem Atomdeal«. Darunter war das exakt gleiche Foto mit der Bildunterschrift »nach dem Atomdeal«. Die Sanktionen sind nicht die Wurzel des Problems; sie verschärfen die Situation nur. Die Privatisierung und die Anweisungen des IWF sind die Hauptfaktoren, die zur Streikwelle geführt haben. Die Politik begann unmittelbar nach dem Krieg zwischen dem Iran und dem Irak (1988), und sie ist seitdem Hand in Hand mit unvorstellbarer Korruption gewachsen. Die Probleme in den beiden von euch erwähnten Unternehmen (beide liegen im Süden des Irans) begannen, nachdem sie an den privaten Sektor übergeben wurden. Die Dokumente darüber, wie und unter welchen Bedingungen Haft Tapeh übergeben wurde, sind immer noch vertraulich; heute, da die neue Streikwelle in Haft Tapeh stattfindet (und sie demonstrieren seit drei Monaten in der Stadt Shush), mussten die Arbeiter*innen den Raubritter von Besitzer davon abhalten, die Ausrüstung des Unternehmens zu verkaufen. Einige Gelehrte wie Mehrdad Vahabi nennen dies den

»Raubstaat«, der mit einigen kapitalistischen Aspekten unserer Gesellschaft koexistierte.

Der räuberische Staat und die so genannte Privatisierung, die Schlüsselfaktoren der Degradierung der Arbeiter*innenklasse, bestanden also schon vor den Sanktionen und setzten sich auch nach ihnen fort. Das Problem mit den Sanktionen ist, dass sie auf das wirkliche Potenzial unserer Gesellschaft abzielen, einen radikalen Wandel zu vollziehen. Sie sind dazu gedacht, die Massen unter Druck zu setzen – um es noch schwieriger zu machen, sich zu organisieren –, und sie bieten die beste Ausrede für gewaltige innenpolitische Repressionen und eine geeignete Plattform für die immer größer werdende Korruption der Raubrittertruppen.

Wie hat die iranische Regierung auf die Pandemie reagiert? Welche Auswirkungen haben die US-Sanktionen auf die Reaktion der Regierung gehabt? Und hat die Pandemie der iranischen Linken neue Wege der Mobilisierung und neue Bündnislinien eröffnet?

J: Wie ich in der Antwort auf die vorherige Frage kurz sagte, war die Regierungspolitik, dass der Tauschwert wichtiger ist als der Wert des menschlichen Lebens. Aber das ist keineswegs einzigartig für die islamische Regierung, genauso wie die vielen Fehler und Vertuschungen im Umgang mit der Corona-Krise. Um nur einige zu nennen: die Regierung hat die wahren offiziellen Statistiken verschleiert, wie durchgesickerte Dokumente gezeigt haben. Die offizielle, aber nicht bekannt gegebene Zahl der Todesopfer ist dreimal so hoch wie die öffentlich gemachte Statistik, und auch die Zahl der Erkrankten nähert sich diesem Verhältnis. Das Virus war bereits im Iran, etwa zu der Zeit, als Wuhan in China unter Quarantäne gestellt wurde, aber weil die von der Regierung organisierten Demonstrationen zum Jahrestag der Revolution von 1979 sowie die Parlamentswahlen vorangingen, meldete man es nicht an die Öffentlichkeit, so die durchgesickerten Dokumente.

Gleichzeitig gewährte die Regierung weder finanzielle Erleichterungen oder Unterstützung für die Bürger*innen, noch stellte sie den zumeist afghanischen Flüchtlingen und Einwander*innen, die keine ordnungsgemäßen Dokumente besitzen, die notwendige Unterstützung zur Verfügung.

Die US-Sanktionen haben einen Einfluss auf die Reaktion auf COVID-19 im Iran gehabt. Washington sagt, dass die Sanktionen nicht die Einfuhr von Medikamenten und medizinischen Geräten und anderen humanitären Gütern blockieren. Technisch gesehen ist das richtig. Aber ihre sekundären Sanktionen auf Finanztransaktionen mit iranischen Banken, ihre rücksichtslose Verfolgung der Händler*innen und die Notwendigkeit, eine Ausnahmegenehmigung für den »humanitären« Handel mit dem Iran zu beantragen, haben dazu geführt, dass viele Exporteure von medizinischen Geräten Angst haben, mit dem Iran Geschäfte zu machen. Laut der Statistik des US-Finanzministeriums ist die Zahl der Anträge auf Sanktionsbefreiung im Falle des medizinischen Handels mit dem Iran von 220 im letzten Quartal 2016 (Obamas letztes Quartal) auf nur 36 Fälle im ersten Quartal 2019, den letzten verfügbaren Daten zu diesem Thema, zurückgegangen.

Aber noch einmal: Die Schwierigkeiten, die sich aus den US-Sanktionen ergeben, sollten uns nicht blind machen für die jahrzehntelange Neoliberalisierung der iranischen Wirtschaft, die Kürzungen des Gesundheitsbudgets und die Erhöhungen des Militärbudgets, die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, die Prekarisierung der wesentlichen Arbeitskräfte und ähnliches. Was den letzten Punkt der Frage betrifft, kann ich keine eindeutige Antwort geben. Zu Beginn der Epidemie sind neue kollektive und lokale Initiativen entstanden, die Pflege und Unterstützung anbieten. Aber mit der Verschärfung der Krise wurden sie schwächer. Die Pandemie im Iran, wie auch an vielen anderen Orten der Welt, hat ein Licht auf die strukturelle Gewalt geworfen, die durch klassenbasierte Ungleichheiten, Neoliberalisierung und verschiedene Formen der Diskriminierung

verursacht wird. Muss sich dies in einer Art von weit verbreiteter gesellschaftlicher Solidarität niederschlagen? Che Guevara sagt: »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«, und Massumi beschreibt eine solche affektive Solidarität als eine »Zugehörigkeit im Werden«. Die Situation im Iran führt unter diesem Gesichtspunkt nicht zu einem massenhaften revolutionären Werden, zu einer weit verbreiteten Solidarität. Die sozialen Spaltungen sind verschärft; die Zersplitterung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die Negri als »Salami aus sozialem Fleisch machen« bezeichnet, ist überwältigend. Und eine revolutionäre Bewegung, die so mächtig ist, dass sie alle Unterschiede in einem strategischen Kampf gegen das Regime vereinen kann, steht noch aus.

J-P: Die Reaktion der Regierung auf die Pandemie war im Grunde ähnlich wie bei anderen rechten Regierungen rund um den Globus. Zuerst waren auch sie überrascht und leugneten die Existenz oder später die Bedeutung der Pandemie. Später organisierten sie sich neu, um die Öffentlichkeit mit diesem Problem allein fertig werden zu lassen, und sie gaben der Öffentlichkeit sogar die Schuld an der Pandemie. Es wurde also keine offizielle Quarantäne verkündet, da die Regierung nur eine minimale Verantwortung übernehmen musste, und seither haben sie nur die Bedürfnisse der großen Unternehmen berücksichtigt.

Unsere besonderen Probleme rund um dieses Thema rühren von zwei Faktoren her. Der eine sind die ideologischen Elemente, die für das Machtgefüge wichtig sind – zum Beispiel haben wir in diesen Tagen die *Moharram*-Zeremonie, eine Art Karneval ohne soziale Distanzierung, und es war die Regierung, die beschlossen hat, diese Zeremonie abzuhalten. Der andere Faktor ist die Privatisierung des Gesundheitssystems und anderer Formen der Reproduktions- oder Pflegearbeit, was die kollektive Selbstfürsorge noch schwieriger macht.

Die Sanktionen sind Teil des Verhandlungsprozesses zwischen der politischen und wirtschaftlichen Elite; sie haben keine greifbaren Auswirkungen auf dieses Thema. Außerdem würde sich

mit oder ohne Sanktionen die Lage der Bevölkerung angesichts der Pandemie nicht verbessern. Auf der anderen Seite hat die Linke verheerende Belastungen erfahren. Als Teil unserer verletzlichen Öffentlichkeit musste die Linke mit der Pandemie allein fertig werden (wir haben eine glaubwürdige und einflussreiche Ikone, Fariborz Raees-Danna, durch das Virus verloren); der wirtschaftliche Druck und die Arbeitslosigkeit haben die iranische Linke damit beschäftigt, über die Runden zu kommen, und das wird nur noch schlimmer werden; und das Fehlen einer kohärenten Politik hat es der Linken und anderen fortschrittlichen Kräften unmöglich gemacht, Treffen abzuhalten oder sich auch nur in geschlossenen Räumen zu treffen. Es gab also keine besonderen Wege oder Möglichkeiten für die Linke, aber die Pandemie hat verschiedene Klüfte vergrößert, am wichtigsten zwischen der Regierung und der Bevölkerung.

Was sind eurer Meinung nach einige der wichtigsten Konsequenzen aus den Wahlen im Februar? Wenn wir die Abfolge der Ereignisse richtig verstehen, gibt es einen zweiten Wahlgang, der wegen der Pandemie auf September verschoben wurde. Was seht ihr in der Zwischenzeit als einige der Schlüsselfaktoren, die zu einem günstigen Ergebnis für die »Hardliner« oder prinzipielle Fraktion geführt haben? Und wie war die Reaktion der Linken, ob parlamentarisch oder außerparlamentarisch?

J: Ich habe erwähnt, dass die Islamische Republik die Ausbreitung des Virus in seinem Anfangsstadium vertuscht hat, um die Parlamentswahlen durchzuführen; sie wurde erst in der Nacht vor dem Urnengang bestätigt. Warum? Weil der Wächterrat der Verfassung, ein dem Obersten Führer nahestehendes Regierungsgremium, dafür sorgte, dass die Konservativen das Parlament dominieren würden, indem er auch viele »unbedrohliche« Reformisten disqualifizierte. Die Konservativen gewannen die Wahl mit der niedrigsten Wahlbeteiligung in der Geschichte der

Islamischen Republik. Nun ist der Chef des Parlaments der ehemalige Bürgermeister von Teheran, ein ehemaliger Kommandeur der Revolutionsgarden und ehemaliger Polizeichef, dem immense Korruption vorgeworfen wird, der aber dem Obersten Führer gegenüber sehr loyal ist.

Das einheitliche konservative Parlament ist eines der Puzzlestücke in der »Übergangsperiode«, womit die Auswahl des nächsten Obersten Führers gemeint ist. Und das Puzzle ist eine einheitliche konservative Regierung, die homogen genug ist, um sicherzustellen, dass der Übergang zum neuen Obersten Führer reibungslos verläuft. Das Parlament, alle Institutionen der so genannten »Republik« und ihr Repräsentationsapparat sind außer Gefecht gesetzt. In der Krise der Islamischen Republik geht es nicht mehr um »Legitimität« – es ist eine Krise an den Wurzeln der Gouvernementalität selbst. Einer der wichtigsten Slogans der Bewegungen der letzten drei Jahre war »Reformistisch, konservativ – das ist das Endspiel«. Der Slogan ist ein Echo ähnlicher Parolen, die auf dem Syntagma-Platz in Athen oder der »Puerta del Sol« in Madrid oder in den Straßen von Beirut in Bezug auf alle Parteien und Vertreter gerufen wurden: »Ihr seid alle raus«. Die Linke hat also nicht an den Wahlen teilgenommen, und historisch gesehen, nimmt sie auch nicht teil. Es gab einen kurzen Moment im Jahr 2016, bei den Stadtratswahlen, bei denen eine Art sozialdemokratische Linke eine Liste gebildet hat und versucht hat, in den Rat zu kommen, aber die konventionellen Reformisten haben mit überwältigender Mehrheit gewonnen und diese Linken haben nicht wirklich viele Stimmen bekommen.

An dieser Stelle ist es vielleicht aufschlussreich, die politischen Kräfte in der Islamischen Republik zu erklären, um sich über all die Begriffe klar zu werden, die wir hier im internationalen Kontext verwenden, denn im postrevolutionären Iran haben sie eine besondere Bedeutung.

Die Islamische Republik Iran (IRI) festigte ihre Macht, indem sie sowohl Rechtsliberale als auch linke Sozialisten und Kommunisten gewaltsam unterdrückte. Bis zum überraschenden Sieg

von Mohammad Khatami bei den Präsidentschaftswahlen 1997 wurden die wichtigsten politischen Strömungen im postrevolutionären Iran jedoch als »die Linke« und »die Rechte« bezeichnet. Die Unterschiede zwischen diesen beiden politischen Strömungen innerhalb der Elite der Islamischen Republik traten nach der Amtsenthebung und anschließenden Flucht von Abolhassan Banisadr, dem ersten gewählten Präsidenten, in den Vordergrund.

Der rechte Flügel der IRI bestand aus traditionellen Kaufleuten (Bazaaris), dem traditionellen Klerus sowie Gegnern von Landreformen und Kritikern des staatlichen Interventionismus in der Wirtschaft. Der linke Flügel der Islamischen Republik hatte in den ersten Jahren der Revolution die Unterstützung von Ruhollah Khomeini. Sie forderten die Umverteilung des Reichtums durch Subventionen, die direkte Verteilung von lebenswichtigen Gütern und die Einführung starker Regulierungen auf den freien Märkten. Beide politischen Flügel unterstützten die Islamisierung, die Vormundschaft des islamischen Juristen (Velayat-e-Faghih) und antiimperialistische Diskurse.

Das dritte Parlament wurde von der Linken kontrolliert. Nach dem Tod Khomeinis und dem Aufstieg Khameneis zum Obersten Führer als Rechtsaußen wurde die Linke jedoch immer schwächer. Das vierte und fünfte Parlament wurden von der Rechten kontrolliert. Nach der Wahl Khatamis 1997 wurde die Dualität zwischen links und rechts in eine andere Dualität umformuliert, Reformisten versus Konservative (oder Prinzipalisten). Die früheren Differenzen zwischen links und rechts in Bezug auf die Wirtschaftspolitik sind hier nicht mehr trennend, da viele Reformisten und Konservative jetzt Befürworter des freien Marktes, des globalisierten Handels und der Privatisierung sind.

J-P: Die Wahlen im Iran waren schon immer systematisch ungerecht. In diesem Zusammenhang konnten nur nationale Wahlen (wie die Präsidentschaftswahlen) einen kleinen Unterschied machen. Diese Wahlen waren früher ein Medium, um interne Unstimmigkeiten und Widersprüche innerhalb der herrschen-

den Klasse zu lösen oder zu verschieben, indem man die Angelegenheit an die Öffentlichkeit verwies (was normalerweise deren Dissens und Wut gegen eine Gruppe von politischen Eliten mobilisierte). Obwohl dieser Prozess früher sorgfältig geplant und durchgeführt wurde, bot er immer noch einen gewissen Anschein von politischem Ausdruck für unsere Zivilgesellschaft.

Dieser Vermittlungsprozess wurde mit den Präsidentschaftswahlen 2009 aufgehoben. Zum einen wurden die internen Widersprüche zwischen der politischen und wirtschaftlichen Elite so offensichtlich, dass sie nicht einmal in eine unfaire Wahl passen konnten, und zum anderen wurde die interne Kluft in eine größere Kluft zwischen der Bevölkerung und der Regierung als Ganzes projiziert. Von nun an waren die Wahlen eine Reihe von Versuchen, den Bruch zu heilen, meist innerhalb der herrschenden Klasse und manchmal mit einem ausgewählten Teil unserer Zivilgesellschaft – namentlich der städtischen Mittelschicht bei der anschließenden Präsidentschaftswahl.

Innerhalb dieser Geschichte könnte man sagen, dass die Wahlen im Februar für sich genommen keine bedeutende Rolle spielen und die zweite Runde sogar noch weniger bedeutend sein wird. Aber sie markieren einen Wendepunkt in der Integrität der herrschenden politischen Elite. Man beachte, dass die so genannten Rivalen der letzten Präsidentschaftswahlen heute die Chefs der Exekutive, der Judikative und der Legislative sind. Die Wahlen im Februar markierten den Endpunkt in diesem Integrationsprozess – was selbstverständlich nicht bedeutet, dass ihre internen Interessenkonflikte gelöst sind. Die Leiter der drei Zweige haben bereits extralegale Entscheidungen getroffen, eine davon war die Erhöhung der Benzinpreise im vergangenen November, die zu einem beispiellosen nationalen Aufstand und einem Blutbad führte, bei dem Demonstrant*innen getötet wurden. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen werden wahrscheinlich die unbestreitbare Annullierung jeglicher Bezugnahme auf die Wahlurne ankündigen.

Was die Reaktion der Linken betrifft, so sollte ich anmerken, dass die Begriffe parlamentarisch und außerparlamentarisch auf

die iranische Linke nicht zutreffen, da sie unter keinen Umständen anerkannt sind und seit 1983 alle linken Organisationen als illegal gelten. Aber im Rückblick auf den Aufstand im Dezember und Januar 2017 haben die Demonstrant*innen einen Slogan geschmiedet, der die Haltung der Linken in dieser Frage zum Ausdruck bringt: »Reformisten und Hardliner, eure Show ist vorbei!« Dieser Slogan, der weithin populär wurde, zeigte an, dass die Bevölkerung an den internen Konflikten der herrschenden Elite desinteressiert ist. Natürlich bieten diese Konflikte immer wieder eine Gelegenheit für ein politisches Ventil der Bevölkerung, aber keine der beiden Fraktionen vertritt die Interessen der Bevölkerung.

In den letzten Monaten haben Bilder und Artikel die Verbindung zwischen der Polizeiarbeit hier in den Vereinigten Staaten, in Hongkong und in Palästina hergestellt. Haben die Nachrichten über den Anti-Polizeiaufstand hier in den Staaten die Strategie der Linken, so wie sie derzeit existiert, im Iran ermutigt oder wurden sie beachtet? Wie hat die iranische Regierung auf den laufenden Aufstand hier reagiert oder darüber berichtet?

J: Das iranische Radio und Fernsehen steht unter der alleinigen Kontrolle des Obersten Führers und sie senden immer jede Art von Krise, Protest und Skandal in den USA. Die Linken wurden inspiriert, auf die gleiche Diskriminierung afghanischer Geflüchteter im Iran hinzuweisen und unterstützten ihr *Afghan Lives Matter*, aber das ging nicht über Social-Media-Hashtags hinaus. Die Kommunikation zwischen den Protestbewegungen in den USA und der iranischen Linken war meist eine emotionale, keine Übertragung von Taktiken oder Strategien. Das Gleiche gilt für die Protestbewegung in Hongkong.

Palästina jedoch ist anders. Es hat traditionell einen besonderen Status in der iranischen Linken. Viele linke Guerillakämpfer gegen die Diktatur des Schahs wurden von den Palästinensern

ausgebildet oder arbeiteten mit Organisationen zusammen, die für die Sache Palästinas kämpfen. Jetzt bedeutet für einen Teil der Bevölkerung die Unterstützung Palästinas die Unterstützung der Islamischen Republik, da Teheran nach der Revolution die Hisbollah, den Libanon und die Hamas finanziell unterstützt hat.

J-P: Methoden der Polizeiarbeit, der Kontrolle und der Unterdrückung zirkulieren zunehmend unter den herrschenden Klassen der Welt, genauso wie Protesttaktiken und Nachrichten über Aufstände kursieren und die Menschen durch andere Proteste weltweit inspiriert und ermutigt werden. Ich würde zu sagen wagen, dass diese zweifache Beschleunigung gewisse Zusammenhänge mit dem immer stärker werdenden Kapitalfluss in der Zeit des Neoliberalismus hat. Aber die Untersuchung der Reaktionen der iranischen Regierung offenbart einen sehr entscheidenden Punkt. Pro-Regierungskräfte zündeten Kerzen zum Gedenken an George Floyd an, während vor einigen Monaten das Anzünden einer Kerze für die Opfer des Ukraine International Airlines Fluges 752 mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft wurde. Die regierungsfreundlichen Medien berichteten über alle Proteste nach dem Tod von George Floyd und betonten die ungerechte und illegale Tötung eines Bürgers – während die Sicherheitskräfte vor ein paar Monaten, im November 2019, Tausende von Demonstrant*innen töteten und sogar die Familien verhafteten, die Beerdigungen für ihre Angehörigen abhalten wollten. Ich möchte keine überzogenen Vergleiche anstellen, aber das internationale Bild der iranischen Regierung ist zutiefst verzerrt, und die internationale Linke und die progressiven Kräfte sind teilweise dafür verantwortlich. Die Regierung hat sich eine falsches antiimperialistisches Bild geschaffen, die von Progressiven, die gegen die imperialistische Macht der USA sind, unkritisch übernommen wird. Ich erinnere daran, dass ein Teil unserer Intellektuellen von einer glaubwürdigen Ikone wie David Harvey enttäuscht ist, nicht wegen seiner Theorie, sondern weil er an einer offiziellen Konferenz teilnahm, die implizit die

antiimperialistische Haltung der iranischen Regierung bestätigte. Eine ähnliche Geschichte spielte sich ab, als Angela Davis eine Petition unterschrieb, die dieses Narrativ über die Regierung bestätigte, während Menschen auf den Straßen abgeschlachtet wurden. Glücklicherweise war Angela Davis so erfahren in den Überschneidungen verschiedener Unterdrückungen, dass sie ihren Namen bald von der Petition zurückzog. Die internationale Legitimität der Regierung hängt stark von der Förderung dieses falschen Bildes ab, und die progressiven Kräfte rund um den Globus kümmern sich normalerweise nicht genug darum, die Details zu untersuchen, sondern ziehen es vor, einen leichten Verbündeten gegen die imperiale Macht der USA zu umarmen.

Dieses Bild hat eine innenpolitische Projektion, die ich bereits als »Achse des Widerstands« erwähnt habe, eine Strömung von arbeiterorientierten orthodoxen Marxisten, die die Freiheit der Rede und der politischen Praxis genießen (was selbstverständlich ihr unveräußerliches Grundrecht ist, aber dass es ihnen gewährt wird, steht in krassem Gegensatz zu allen anderen linken und progressiven Strömungen hier). Sie sind furchtlose Kämpfer gegen eine abstrakte Vorstellung von Neoliberalismus und Imperialismus, während sie zu den konkreten Maßnahmen der neoliberalen Politik im Iran schweigen. Darüber hinaus billigen und fördern sie die imperialistischen Interventionen des Irans in der umliegenden Region mit der Begründung, dies bedeute Widerstand gegen den größeren Imperialisten. Diese komplexe Propagandamaschinerie hat die Solidarität, die unsere Gesellschaft sonst für unterdrückte Menschen auf der ganzen Welt empfinden würde, beeinträchtigt. Nationalisten nutzen die Situation aus, indem sie Slogans wie »Lasst Gaza in Ruhe, denkt an unser eigenes Volk« propagieren – und die Linke findet es schwer, inmitten dieser Propagandamaschinen einen echten Standpunkt einzunehmen.

Für diejenigen von uns in den USA ist die imperiale Präsenz Amerikas in ganz Lateinamerika eine bekannte Tatsache. Die

iranische Präsenz in der Region findet jedoch weniger Beachtung in den Medien. Wie ist die iranische Präsenz in Lateinamerika angesichts der jüngsten Äußerungen von General Salami zu interpretieren, der die Lieferung von Erdölprodukten durch den Iran nach Venezuela verteidigte und die fortgesetzte Allianz der beiden Länder feierte? Würdet ihr sagen, dass sie Teil einer größeren geopolitischen Strategie ist, oder läuft diese Allianz zwischen Venezuela und dem Iran auf die einfache Tatsache hinaus, dass beide Länder ein gegenseitiges Interesse daran haben, die durch die US-Sanktionen verursachten Auswirkungen zu mildern?

J: Ich habe kein umfassendes Wissen über diese Angelegenheit und ich habe nicht viel darüber recherchiert. Allerdings ist der Iran in Lateinamerika durch seine Beziehungen zu Kuba und Venezuela und auch durch seinen Einfluss in der schiitischen Gemeinschaft in Brasilien und in geringerem Maße auch in Argentinien präsent. Der Rechtspopulismus von Ahmadinejad und der Linkspopulismus von Chavez werden durch ihren antiimperialistischen, antiamerikanischen Diskurs vereint. Und jetzt, wie ihr erwähnt, stehen beide Länder unter US-Sanktionen und profitieren von einer gemeinsamen Allianz.

J-P: Es ist irreführend, die Präsenz Amerikas in ganz Lateinamerika mit der Präsenz des Irans zu vergleichen. Aber wenn man sich die Geschichte der Interaktionen zwischen lateinamerikanischen Ländern und ihren antiimperialistischen Verbündeten ansieht (Kuba und die Sowjetunion ist ein exemplarischer Fall), kann man keine strategische Allianz zwischen lateinamerikanischen populistischen Regierungen und dem Iran erkennen. Selbst zwischen dem Iran und Venezuela hat es kein organisches Wachstum der Beziehungen gegeben, und es ist unwahrscheinlich, dass es aufgrund der wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Parteien dazu kommen wird. Andererseits ist es auch falsch, die Wechselwirkungen auf eine Reihe von Maßnahmen

zu reduzieren, die die durch die US-Sanktionen verursachten Auswirkungen lindern. Die Bedeutung des internationalen Auftretens der iranischen Regierung übersteigt diese Maßnahmen von gegenseitigem Interesse. Der Iran kann die Klassenunterdrückung und die innenpolitische Unterdrückung nur aufrechterhalten, indem er sich auf das falsche antiimperialistische Bild stützt, das er auf der globalen Bühne präsentiert. Auf der anderen Seite stimmt Venezuela in Ermangelung eines echten Verbündeten diesem Bild eines internationalen Bündnisses zu, das hauptsächlich dazu dient, seine inneren Probleme zu verschleiern.

Wie sieht die Zukunft für iranische Linke innerhalb des Irans sowie für diejenigen aus, die im Ausland leben, als politische Exilanten oder anderweitig?

J: Diese Frage kann ich nur aus einer eher persönlichen Perspektive beantworten. Lasst mich hier also Kafka zitieren: »Es gibt unendlich viel Hoffnung, nur nicht für uns.« Ich denke, es gibt keine Hoffnung auf etwas. Jedes »Etwas«, das entstanden ist, hat auch die Hoffnung konditioniert, sie zu einer Aktualität verfestigt, die es zu übertreffen gilt. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass Hoffnungslosigkeit in diesem Sinne – die Bestätigung der Katastrophe, die wir durchleben – auch der erste Schritt zu einer radikalen Politik sein kann: Es gibt keinen Platz mehr dafür, sich die Hände nicht schmutzig zu machen, es gibt nichts außerhalb des neoliberalen »integrierten Weltkapitalismus«, um einen Begriff von Antonio Negri und Félix Guattari zu entlehnen. Dennoch gibt es eine Hoffnung: Hoffnung auf einen kommenden Kampf, der den Raum für Hoffnung öffnet.

J-P: Bisher waren wir die No-Future-Generation der iranischen Linken, sowohl im Iran als auch im Ausland. Sicherlich sehen sich viele Generationen als »No Future«, aber ich beziehe mich

nicht auf allgemeine Tendenzen oder abstrakte Konzepte. Wenn man erkennt, dass die eigene unmittelbare Geschichte jede wünschenswerte Zukunft ausschließt, lernt man allmählich, seine Wurzeln in der Gegenwart zu entwickeln. Du bist gezwungen, jedes Zwischenstadium abzulehnen und nur noch an den besten nächsten Schritt zu denken. Paradoxerweise wirst du lernen, so zu leben, als ob die Zukunft ungeschrieben wäre; eine Situation ähnlich dem Slogan »Sei realistisch – fordere das Unmögliche«

Doch das Potenzial einer ungeschriebenen Zukunft wird als Überlebenskampf auf die Gegenwart projiziert; wir können nicht überleben, ohne unsere Bedingungen sofort und radikal zu ändern. Deshalb müssen wir unsere eigene Politik des Überlebens, neue Bündnislinien, neue Formen der Selbstorganisation und der kollektiven Selbstfürsorge entwickeln. Das scheint langweilig und weit entfernt vom revolutionären Selbstverständnis vieler iranischer Linker – vor allem derer, die im Ausland leben. Aber nur dann kann die iranische Linke ihr aktuelles Potenzial in eine konkrete Alternative umsetzen – und diese Alternative würde von der Gesellschaft breit akzeptiert werden, während die gegnerischen Kräfte nicht in der Lage wären, sie zu terrorisieren.

Übersetzung aus dem Buch *Covid-19 – internationale Perspektiven und Berichte*

Revolutionärer Aufbau Schweiz

Die Frauen an vorderster Front eines gemeinsamen Kampfes

8. Oktober 2022

Nach dem Mord an der 22-jährigen Kurdin Mahsa Amini (Jîna Emînî) durch die iranische Polizei breiten sich im ganzen Land Proteste aus. Wir konnten mit zwei Aktivist_innen der iranischen Widerstandsbewegung Ida und Meytham sprechen und einen Überblick über den Hintergrund und die Bedeutung der aktuellen Aufstände gewinnen.

Die massiven Proteste im Iran breiten sich explosionsartig aus. Das Mullah-Regime reagiert mit massiver Gewalt und Repression, im Zuge derer auch das Internet eingeschränkt wurde. So dringen nur wenige Informationen raus. Der folgende Artikel basiert auf einem Interview, welches wir am 27. September im Radio *LoRa* aufgenommen haben.

Kumulation vergangener Kämpfe

Meytham ist seit Jahrzehnten in der iranischen Arbeiter*innenbewegung aktiv, war wiederholt im Knast und wohnt nun seit 2021 in der Schweiz. Gleich zu Beginn des Interviews stellt er klar, dass die Proteste der iranischen Frauen Ausdruck und Resultat des revolutionären Frauenkampfes des globalen Südens, insbesondere Rojava, sind. Ida, die aktuell in den USA lebt und sehr nahe an der feministischen Bewegung im Iran ist, ergänzt: Für die Analyse der

jetzigen Aufstände ist es zentral, die Geschichte des Widerstands im Iran zu kennen. Es wäre falsch anzunehmen, dass die aktuellen Aufstände plötzlich aus dem Nichts über den Iran rollten, denn es sind keine von der Geschichte losgelöste Momente. Sie sind das Resultat der Geschichte des Widerstandes des iranischen Volkes, insbesondere von intensivierten Protesten seit 2017. Dies waren verstreute Aufstände rund um materielle Interessen und der Verarmung der Bevölkerung infolge der ökonomischen Rezession. Dass es nun jedoch die Frauen sind, die eine solche Explosion verursachen, ist das Ergebnis einer reichen Geschichte an Frauenkämpfen. Für die erfolgreiche Revolution gegen die Monarchie des Schahs 1979 waren die revolutionären Frauen zentral. Als dann jedoch die Islamische Partei die Macht übernahm und den Frauen das Tragen des Hijabs aufzwang, gab es einen dreitägigen Frauenstreik. So wie damals geht es heute jedoch nicht einfach nur um den Hijab, sondern gegen die Unterdrückung der Frauen und für die Gleichheit aller Geschlechter. Der Streik führte damals zum Rücktritt der Regierung und das Hijab-Obligatorium wurde zurückgezogen. Dies änderte sich mit dem Iran-Irak Krieg in den 1980ern, welcher als Vorwand für massive Repression gegenüber den oppositionellen linken Organisationen und Parteien und die Einführung der Scharia diente. Doch der Widerstand auf den Straßen hielt immer an und bereitete den Boden für die aktuellen Kämpfe. Ida stellt die Beobachtung auf, dass während der Revolution von 1979 der Fehler gemacht wurde, dass der Frauenkampf nicht zentral geführt und von den männlichen Genossen vernachlässigt wurde. Dies sei kritisiert worden und habe sich verändert. Heute gebe es in der iranischen Bevölkerung und insbesondere in der Linken einen Konsens hinsichtlich des Kampfes für Geschlechtergerechtigkeit, Selbstbestimmung und der Rechte von LGBTIQ. Sie betont, dass verschiedene Bewegungen und Widerstandsfelder im Kampf für Geschlechtergleichheit einen gemeinsamen Bezugspunkt fänden.

Jin, Jiyan, Azadî

Die kurdischen Frauen sind der Auslöser der aktuellen Protestwelle, die insbesondere von den ethnischen Minderheiten getragen wird. In den Wochen vor der Ermordung von Mahsa gingen in Rojhilat (dem auf dem Gebiet des Irans liegenden Teil Kurdistans) die Frauen bereits gegen Femizide auf die Straße. Der Auslöser war der Tod einer anderen kurdischen Frau, welche sich von einem Dach stürzte, um einer Vergewaltigung zu entgehen. Meytham wie auch Ida weisen wiederholt darauf hin, dass die Parole *Jin, Jiyan, Azadî* (Frauen, Leben Freiheit) bei allen Protesten durch die Straßen hallt. Dies ist die zentrale Parole der kurdischen Frauenbewegung und der Frauenrevolution in Rojava, welche als Bezugspunkt und Perspektive eine wahnsinnige Strahlkraft im gesamten sogenannten »Nahen Osten« hat. Auch die Frauen in Afghanistan benutzen diese Parole. Dass nun *Jin, Jiyan, Azadî* auf kurdisch, arabisch, beludschi, farsi und türkisch gesungen wird, zeigt, wie multiethnisch und progressiv die Aufstände sind, und verweist auf die Einheit des Kampfes. »Die Stimmen der unterdrückten Frauen sind die Stimmen aller Unterdrückten«, so Meytham. Er sieht in den Parolen der Straße die Ansammlung des Widerstands der letzten Jahre gegen die Apartheid und Unterdrückung der ethnischen Minderheiten, die Forderung nach Jobs, nach ausreichend Wasser, nach Gleichberechtigung.

Brot, Arbeit, Freiheit!

Die aktuellen Aufstände haben ihren Auslöser zwar im Kampf gegen die Frauenunterdrückung. Die Frauen gehen aber nicht nur gegen den Hijab auf die Straße, sie singen auch: Brot, Arbeit, Freiheit! Von der Frauenbewegung ausgehend weiten sich die Proteste auf verschiedene Teile der Bevölkerung aus. Die Arbeiter*innenbewegung mobilisiert, die Studierenden kämpfen

in den Universitäten und die Gewerkschaft der Lehrer_innen, deren zentrale Führungspersonen im Knast sind, haben zu einem nationalen Lehrer_innenstreik aufgerufen. Ida weist darauf hin, dass ökonomische Aspekte zentral für den Aufstand der Frauen sind. Die aktuellen Proteste beziehen sich auf und werden unterstützt durch die Arbeiter*innenbewegung. Die Wirtschaftspolitik der iranischen Regierung ist im Einklang mit dem Westen und den Forderungen von IWF und Weltbank. Die vergangenen Jahrzehnte waren gezeichnet von Privatisierungen und haben zu einer massiven Verarmung geführt. Als Resultat wird die Arbeiter*innenbewegung immer stärker und ist insbesondere seit 2017 sehr aktiv. Ergänzend erzählt Meytham von der geographischen Ausweitung der radikalen Proteste. Plötzlich hörten sie von Aufständen in Städten, welche in den vergangenen Protestzyklen noch ruhig gebliebenen waren. Dieser radikale Widerstand werde aus der Frauenbewegung geboren und zu einer Tradition. Das sich im Land ausbreitende Zusammenkommen verschiedener Bewegungen in der militanten Straßenpraxis unterscheidet die jetzige Protestwelle von vorangegangenen und lässt tatsächlich die Hoffnung zu, dass sie der Auslöser einer Revolution sein könnten. Ida kritisiert diesbezüglich die westliche Berichterstattung insofern, dass die gesamten Proteste auf die Frage des Hijabs reduziert würden, jedoch auf den Straßen Irans die Systemfrage gestellt wird.

Kämpfende und keine Opfer

Meytham drückt die Entschlossenheit der Protestierenden in starken Worten aus: »Unsere wichtigste Nachricht an die Welt ist das: Wir sind keine Opfer, wir sind Kämpfende. Wir sind zu Kämpfenden geworden durch unseren Widerstand auf der Straße. Wir kamen zu diesem Radikalismus durch Wissen, Bewusstsein und durch den Straßenkampf. Wir waren nie Opfer, welche um die Aufmerksamkeit internationaler Organisatio-

nen gebettelt haben. Nein, wir haben immer zusammen gekämpft und jetzt gerade kämpfen wir zusammen. Die Herrschenden haben immer versucht uns entlang religiöser oder ethnischer Linien zu spalten. Aber die aktuellen Proteste kommen von den Frauen aus und beziehen sich auf das Bewusstsein der Arbeiter*innenbewegung. Die proletarischen Organisationen hatten nie nur eine Sprache oder eine Ethnie, wir waren immer multiethnisch. Die Frauenbewegung heute führt diese Tradition fort und singt in verschiedenen Sprachen: Frauen, Arbeit, Freiheit.« Er richtet sich in seinen Worten gegen die Bestrebungen des Westens, sich im Iran einzumischen und ihre imperialistischen Interessen so durchzusetzen. Ida weist darauf hin, dass die Bewegung im Iran diesbezüglich ihre Lehren aus dem Arabischen Frühling – der zu einem Herbst geworden sei – gezogen habe. Die Frauen, die ethnischen Minderheiten, die LGBTIQ-Personen seien alle auf der Straße und kämpften für ihre Freiheit. Auf der Straße erleben die Menschen ihre kollektive Kraft und sie werden es nicht zulassen, dass ihre Revolution von irgendeiner Macht gestohlen werde.

Hoch die internationale Solidarität – Es ist auch unsere Revolution

Als Internationalist_innen und Kommunist_innen fragten wir die beiden danach, wie wir die Proteste unterstützen könnten. Für Ida ist es zentral, dass sie nicht die Solidarität der Regierungen suchen. In keiner Parole sei die Forderung nach internationaler Einmischung gehört worden. Hingegen brauche es die Solidarität der Bevölkerung, denn: »Wir als Bevölkerung, als Iraner_innen, als Schweizer_innen, als Menschen aus Südamerika, aus Europa, wir als Menschen haben mehr Gemeinsamkeiten als wir gemeinsame Interessen mit unseren Regierungen haben.«, so Ida. Meytham: »Unsere Hoffnung liegt auf unseren Straßen und nicht auf Staaten. Denn wir wissen, dass das ira-

nische Öl für ausländische Regierungen wichtiger ist als unsere Menschen.« Der Kampf im Iran ist ein universeller Kampf für Geschlechtergerechtigkeit, für politische und ökonomische Freiheit. Wir im Westen können von der iranischen Bewegung lernen und so bleibt die Aufforderung klar: Auf die Straße in Solidarität! Denn die Kämpfe der iranischen Bevölkerung sind auch unsere Kämpfe, denn sie kämpfen für eine gemeinsame Perspektive. Wir brauchen alle die gegenseitige Unterstützung, um eines Tages siegreich zu sein.

Interview aus der *Roten Welle*

Aufruf

Linke weltweit, steht den Demonstrierenden im Iran bei!

25.11.2019, Roar Collective

Eine von mehr als 70 Akademiker*innen, Aktivist*innen und unabhängigen politischen Gruppen unterzeichnete Erklärung ruft die globale Linke auf, ihr Schweigen zu brechen und ihre Solidarität mit dem iranischen Volk zu bekunden.

Das Folgende ist eine Erklärung der iranischen linken Diaspora im Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland, die eine lose Koalition von Akademiker*innen und Aktivist*innen gebildet haben, um ihre Unterstützung für den laufenden Volksaufstand im Iran zum Ausdruck zu bringen.

Eine vollständige Liste der Unterzeichner*innen dieser Erklärung, darunter David Harvey, Catherine Malabou und Etienne Balibar, findet ihr im Anhang des Textes.

> Wir protestieren gegen Probleme im gesamten System im Allgemeinen. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir merken, dass das System es nicht mehr aushält.
>
> – ein Demonstrant in Chile

Unsere Welt steht in Flammen. Nicht nur Wälder, sondern auch Städte brennen überall auf der Welt. Soziale Konflikte jeglicher Art brechen aus und verbreiten ihre Flammen über den ganzen Planeten: Algerien, Chile, Ecuador, Haiti, Hongkong, Irak, Libanon, Sudan und so weiter. In diesem globalen Kontext der Kämpfe gegen die soziale Hölle des neoliberalen, finanzialisier-

ten Kapitalismus gibt es seit dem 15. November 2019 einen weiteren Massenaufstand im Iran.

Ausgelöst durch die plötzliche Verdreifachung der Treibstoffpreise haben zehntausende Iraner in mehr als 100 Städten im ganzen Land protestiert. Natürlich war nicht der Treibstoffpreis an sich der Auslöser für einen so großen und weit verbreiteten Aufstand. Vielmehr sind es 40 Jahre Herrschaft der privilegierten Oligarchie auf der Grundlage von Autoritarismus, systematischer Ausgrenzung von Gegnern, Enteignung und Enteignung, die Millionen von Menschen arbeitslos und extrem prekär gemacht und ihnen die grundlegenden Lebensbedingungen (Bildung, Gesundheitsfürsorge, Nahrung und Wohnung) vorenthalten haben.

So wie die Erhöhung der U-Bahn-Tarife um 30 Pesos das bereits wütende Feuer in Chile in ein Inferno verwandelt hat, so hat auch der Treibstoffpreis den jüngsten Aufstand im Iran ausgelöst (dasselbe gilt für die *WhatsApp*-Steuer im Libanon, die Streichung der Treibstoffsubventionen in Ecuador usw.). »Es geht nicht um 30 Pesos«, verkündete ein chilenisches Plakat, »sondern um 30 Jahre Neoliberalismus.«

Seit Freitag kämpfen die Menschen im Iran mutig gegen die schwer bewaffneten Mitarbeiter des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) des Regimes sowie gegen bewaffnete Schlägertrupps in Zivil (bekannt als *Basij*), die wirtschaftlich vom Regime abhängig sind. Die Menschen hatten jedes »Recht« dieser Welt, sich gegen die systematische Staatsgewalt zu wehren, Barrikaden auf den Straßen zu errichten, Autobahnen zu blockieren und lokale Plätze und Kreisverkehre zu besetzen.

Die Vergessenen und Unsichtbaren im Iran machten sich sichtbar, indem sie Brände legten. Das Feuer ist für diese Menschen wie die gelbe Weste für die französische Überschussbevölkerung und die Proletarier*innen. Beide geben den Stummen eine Stimme. Während das persische *BBC*-Fernsehen und die reaktionären loyalistischen Medien (*Iran International, Manoto* usw.) die liberale Doktrin des »friedlichen, zivilen Protests« ver-

künden, ist sich die iranische Jugend der Tatsache bewusst, dass »ein Volk ohne Hass nicht triumphieren kann«, dass »materielle Gewalt durch materielle Gewalt gestürzt werden muss« und dass sie das Recht hat, sich legitim gegen die staatliche Gewalt zu wehren, die systematisch darauf abzielt, die Bürger zu töten.

»Genug ist genug« ist die Botschaft der Menschen im Globalen Süden und darüber hinaus. Wie Student*innen in einer Teheraner Universität skandiert haben, »das Volk hat die Nase voll, genug von der Sklaverei«. Wie unsere Schwestern und Brüder im Irak und im Libanon hat auch das iranische Volk die Nase voll von dem autoritären Kapitalismus, der sein Leben auf ein bloßes vegetarisches Dasein reduziert, von der systematischen Korruption, die dem mafiösen Kapitalismus innewohnt, und vom Subimperialismus der Islamischen Republik im Irak, im Libanon, in Palästina, in Syrien, im Jemen und in der gesamten Region.

Sie wenden sich nicht nur gegen die Verdreifachung des Kraftstoffpreises, sondern gegen die Islamische Republik in ihrer Gesamtheit. Kein anderer Slogan, der von unseren Genossinnen und Genossen im Libanon skandiert wird, kann den Geist der Kämpfe in der gegenwärtigen Situation besser ausdrücken: »Alles bedeutet alles« (كلن يعني كلن).

Die herrschende Klasse hat auf diese radikale, praktische Negation aller bestehenden Mächte mit eiserner Faust geantwortet. Die systematische Gewalt, die die Islamische Republik anwendet, um den Aufstand zu lähmen, ist in ihrem Ausmaß und ihrer Intensität beispiellos. Die Behörden haben das Internet an vier aufeinanderfolgenden Tagen vollständig abgeschaltet und das Land in eine große Blackbox verwandelt, in der die Bevölkerung ungestraft abgeschlachtet wird. Nach Angaben von Amnesty International wurden Hunderte verletzt, Tausende verhaftet und »mindestens 106 Demonstrant*innen in 21 Städten getötet«, obwohl »die tatsächliche Zahl der Todesopfer viel höher sein könnte, einige Berichte sprechen von bis zu 200«.

Es gibt viele Videos, auf denen zu sehen ist, wie die Polizei Demonstrant*innen in den Kopf und in die Brust schießt – wie

wir bereits im Fall des Irak beobachtet haben. Dies geschah vor allem in den kurdischen und arabischen Provinzen, deren diskriminierte Bevölkerung wieder einmal an vorderster Front des Aufstandes steht und den höchsten Preis bezahlt hat.

Die Islamische Republik war bei der Verwirklichung ihrer Ziele bisher erfolgreich. Sie hat die durch die US-Sanktionen gebotene Gelegenheit genutzt, ihre neoliberalen Träume zu verwirklichen, um sowohl das aktuelle Haushaltsdefizit auszugleichen als auch ihre militärischen Operationen in der Region zu verstärken. Zu diesem Zweck haben sie das Internet abgeschaltet und damit ihre Gegner brutal abgeschlachtet. Auf internationaler Ebene gab es keine spezifische Medienberichterstattung, keine internationale Verurteilung der staatlichen Repression und nur sehr wenig Solidarität von Seiten der globalen Linken – mit anderen Worten, das Blutbad findet im Stillen statt. Dies ist möglich, weil die unterdrückten Klassen im Iran und im Nahen Osten zwar keine Illusionen über die »antiimperialistische« Rolle der Islamischen Republik haben, viele in der Linken aber immer noch an die ideologische Selbstdarstellung des Regimes als antiimperialistische Kraft glauben, die sich gegen die USA und ihre regionalen Verbündeten stellt.

Die Linke muss von den unterdrückten Klassen lernen, sich gleichzeitig dem US-Imperialismus (insbesondere den US-Sanktionen) und den Interventionen der Islamischen Republik in der Region zu widersetzen.

Wir, die unterzeichnenden Akademiker*innen und Aktivist*innen, fordern die globale Linke auf, ihr Schweigen zu brechen und ihre Solidarität mit dem iranischen Volk und seinem Widerstand zu bekunden.

Es ist sinnlos für uns, irgendetwas von der Islamischen Republik zu fordern, aber wir werden von unseren Genoss*innen und fortschrittlichen Kräften auf der ganzen Welt verlangen, dass sie – in

jeder möglichen Form – die Stimme des unterdrückten Volkes im Iran sind, das durch die erzwungene Isolation erstickt wird. Wir rufen auch die internationale Linke dazu auf, die Gräueltaten des Regimes gegen das eigene Volk zu verurteilen.

Schließlich solidarisieren wir uns mit den iranischen Demonstrant*innen, die ihre Würde zurückfordern, indem sie sich gegen Austerität, Autoritarismus, die Militarisierung der Gesellschaft sowie gegen jede andere Form der Herrschaft wehren, die ihre Autonomie und Freiheit unterdrückt.

Unterzeichnende:

Abbas Vali (Professor of Sociology, Bogazici University, Emeritus); *Adrienne Bonnet* (Comédienne/Metteure en scène); *Agitations* (France); *Ahmed Shawki* (Chicago, Illinois); *Akbar Masoumbaigi* (Autor und Mitglied von »The Iranian Writers Association«); *Alain Deneault* (directeur de programme au Collège international de philosophie, Paris); *Ali Zohdi-Tehrani*; *Alison Thorne* (Organiser, Australian Section of the Freedom Socialist Party); *Alliance of Middle Eastern and North African Socialists*; *Amin Hosouri* (Leftist militant, Germany); *Amir Kianpour*; *Amirmohammad Ghovati*; *Anahita Hosseini* (Exiled Iranian leftist, University of Sussex); *Dr. Andrea Brock* (Lecturer, University of Sussex); *Andrew Berman* (Peace and Justice activist, Veterans for Peace, USA); *Dr. Andrew Newsham* (Senior Lecturer in International Development, Department of Development Studies); *Dr. Angela Dimitrakaki* (University of Edinburgh); *Antifascist Culture* (Αντιφασιστικός Πολιτισμός, Greece); *Arash Ganji* (writer and translator, secretary of the Iranian Writers Association); *Arash Marashi*; *Arnaud François*; *Arpita Das* (Founder-Publisher, Yoda Press, New Delhi, India); *Aurélie Jeantet* (Enseignante-chercheure, Université Sorbonne Nouvelle Paris 3); *Azar Khalili* (Ex-political prisoner); *Azadeh Shourmand* (Feminist militant); *Dr. Barbara Umrath* (Researcher, Germany); *Béatrice Rettig*; *Behnam Amini* (York University, Canada); *Behrang Pourhosseini* (ATER Chargé de

Cours au Département de Philosophie, Université Paris 8 Vincennes Saint-Denis); *Beyond Europe*; *Bijan Kiarasi* (Militant Leftist, Germany); *Bill Fletcher, Jr.* (Executive editor, organization for identification only,USA); *Bita Samimizad* (University of Bonn); *Brian Gibbons* (Fairview Park, Ohio, USA); *Brian Slocock* (Merseyside Syria Solidarity, Britain); *Bob Brecher* (Professor of Moral Philosophy Director, Centre for Applied Philosophy, Politics & Ethics University of Brighton); *The Campaign to Defend Haft Tapeh Prisoners* (Iran); *Catherine Malabou*; *Clint Burnham* (Professor and Chair of Graduate Program Department of English Simon Fraser University); *Cinzia Arruzza*; *Christiane Vollaire* (Philosopher, CNAM, Paris, France); *Committee in Solidarity with the People of Syria* (CISPOS); *Committee of Solidarity with Hong Kong* (Independent, militant collective, Hong Kong); *Cyrus Bina* (Distinguished Research Professor of Economics at the University of Minnesota and Fellow, Economists for Peace and Security); *Dariush Arjmandi* (Sweden); *Dr. Daryoush Navidi* (Socialist academic exile from Iran and political activist); *David Harvey* (Distinguished Professor, The Graduate Center, The City University of New York); *David McNally* (Professor, Houston, Texas); *Debbie Brennan* (Radical Women, Organizer for Australia); *Dinah Rajak* (University of Sussex); *Emad aldin shoori*; *Éric Alliez* (Professor of Philosophy, Paris 8); *Éric Michaud* (directeur d'études Ehess, Paris); *Etienne Balibar* (Ancien Professeur à l'Université de Paris-Nanterre); *Farhad Nomani* (Professor Emeritus, The American University of Paris); *Farokh Ghahremani* (Ex-political pisoner and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Fatemeh Karimi*; *Fatemeh Masjedi* (Academic activist, Berlin); *Gemma Durany* (IT Researcher, Heidelberg, Deutschland); *Gene Ray* (Geneva School of Art and Design); *Gholam Khiabany*; *Gianmaria Colpani* (lecturer at Utrecht University); *Glenda Andrade* (CRESPPA – GTM, Université Paris 8); *Gordon Asher* (Independent Scholar); *Greg Albo* (Professor York University, Toronto); *Hadi Enayat* (Aga Khan Centre); *Hamid Nowzari*; *Hemad Sheybani* (Leftist militant, journalist); *Helen Gilbert (*National Orga-

nizer Radical Women, U.S.); *Homayon Iwani* (Ex-political prisoner and editorial member of the »In Defence of Marxism«); *Hostis Journal*; *Hushang Dinarvand* (Leftist militant); *Iman Ganji* (Freie Universität Berlin); *International Marxist-Humanist Organization* (http://www.imhojournal.org/); *Ivana Bago* (Independent Scholar, Zagreb); *Jacob Rogozinski* (philosopher, professor at Strasbourg University); *Jamila Mascat* (Lecturer, Utrecht University); *Jaleh Jane Mansour*; *Jean-Christophe Goddard* (Université de Toulouse Jean-Jaurès Coordinateur du Consortium Erasmus Mundus EuroPhilosophie); *Jean-Claude Bonne* (directeur d'études École des Hautes Études en Science Sociale Paris); *Jeff Derksen*; *John Malamatinas* (freelance journalist); *John Simoulidis* (Assistant Professor, Department of Social Science, York University); *Jose Rosales* (PhD candidate, Stony Brook University); *JuanCarlos Cruz* (Militant member of Black Rose Anarchist Federation (San Antonio, TX); *Judith Rodenbeck* (Associate Professor Media & Cultural Studies University of California, Riverside); *Jules Falquet* (Sociologist, feminist, Université de Paris); *Kamran Matin* (Sussex University, International Relations Department); *Kamal Khosravi* (Marxist author and theorist); *Kanishka Goonewardena* (Associate Professor, University of Toronto, Department of Geography and Planning); *Karen morabi* (writer and literary critic); *Kaveh Kermanshahi* (Human rights activist); *Ken Kawashima* (Associate Professor, Department of East Asian Studies – University of Toronto); *Kollektiv aus Bremen* (Germany); *Leila Jadidi (*Member of OIPFG Organization of Iranian People Fadaee Guerrillas); *Mahdi Ghanbari* (PhD student at York University, Canada); *Mahmoud Khalili* (Ex-political prisoner and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Manjanigh Collective* (Slingers, Germany); *Mariana Silva* (Artist); *Maryam Azimi*; *Matthieu Renault* (Associate Professor, University Paris 8); *Mehrdad Emami* (Phd Candidate, Middle East Technical University, Turkey); *Mehri Abbassi* (Ex-political prisoner and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Meredith Tax* (writer, New York); *Michael Hardt*; *Michael Pröbsting* (Editor of www.thecommunists.net);

Mila Mossafer (Leftist militant and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Mohadese Zare*; *Mohammad Moravej*; *Mohammed Reza Nikfar*; *Mohammad Salemy* (Organizer, The New Centre for Research & Practice); *Mohsen Ziaei*; *Mojdeh Arassi* (Ex-political prisoner and editorial member of the »In Defence of Marxism«); *Myriem Auger* (Docteure en sociologie Université Paris 8); *Nader Naji*; *Nanna Heidenreich* (Professor for Digital Narratives/Theory at ifs/internationale filmschule köln, Cologne/Germany); *Nancy Holmstrom* (Professor of Philosophy Emerita, Rutgers University – Newark); *Nantes Révolté* (Militant, Independent Collective, France); *Nara Cladera* (Réseau syndical international de solidarité et de lutes); *Narges Nassimi* (Leftist militant, journalist); *Nasser Teymourpour* (Conceptual artist); *Nazanin Noori*; *Dr. Nikolaus Brauns* (historian and author, Berlin); *Nicolas Jaoul* (Anthropologist, CNRS, France); *Nicholas S.M. Matheou* (Researcher at the Institute of Historical Research, University of London); *Omid Shams* (PhD research fellow University of Portsmouth, School of Law); *Patricia Morton* (Associate Professor, Media and Cultural Studies Department University of California, Riverside); *Peter Hallward* (The author of 'Damming the Flood'); *Peter Hudis* (Professor of Philosophy, Oakton Community College, USA); *Philippe Bazin* (Affilié à Ecole Nationale Supérieure d'Art de Dijon); *Pierre Rousset* (Europe solidaire sans frontières – ESSF, France); *Plan C, Kurdistan Cluster* (Independent Collective, London); *Plateforme d'enquêtes militants* (Militant, Independent Collective, France); *Pouya boustani*; *Prison's Dialogue* (An initiative of Iran's exiled former political prisoners); *Ralf Streck* (freier Journalist, Baskenland/Deutschland); *Raymond Bellour* (Directeur de recherche honoraire au CNRS); *Richard Lachmann (*Professor Department of Sociology University at Albany – SUNY); *Rohini Hensman* (writer, researcher and activist, India); *Ronald W. Cox* (Professor Department of Politics and International Relations Florida International University Miami, Fl. 33199); *Rosa Lehmann* (University of Jena, Germany); *Rose-Anne Gush* (Lecturer in Art Theory / Art History, University

of Applied Arts, Vienna.); *Rouen dans la rue* (Militant, Independent Collective, France); *Sabine Bitter*; *Sai Englert*; *Sara Cvetkovska* (Utrecht University); *Sasan Sedghinia* (independent left Researcher); *Sama Khosravi Ooryad* (Utrecht University); *Saman Aftabkaaran* (independent researcher and militant); *Sandro Chignola* (Professeur, Università di Padova); *Sanem Güvenç* (Emily Carr University of Art and Design); *Sara Tileria Durango* (doctorante en Sociologie, Université Paris 8 – Cresppa / GTM); *Saygın Salgırlı* (University of British Columbia); *Sebastian Budgen*; *Shahin Navai*; *Shahrzad Mojab* (University of Toronto); *Shekoufeh Mohammadi* (Researcher-Professor, Universidad Autónoma de México, Mexico); *Shokoufeh Sakhi* (Ph.D. Independent scholar, York University); *Chowra Makaremi* (Anthropologist, research fellow, CNRS Paris); *Sina Zekavat* (Anti-war activist and member of the Alliance of MENA Socialists); *Siavash Mahmoudi* (Ex-political prisoner and editorial member of the »In Defence of Marxism«); *SOAS Students Union*; *Soheila Lindhorst* (Leftist Militant); *Sohrab Behdad* (Professor, Denison University, USA); *Stephan Dobson* (Contract Faculty, Department of Social Science, York University); *Stefan Jaffrin* (Ph.D. scholar, in CRESSPA/GTM, France); *Stefan Kipfer* (Associate Professor, Faculty of Environmental Studies, York University); *Syrian Cantine* (Paris, France); *Syrous kafaei* (Activist of the labor movement and editorial member of the »Prison's Dialogue«); *Tatiana Mellema* (PhD student Art History UBC); *Dr. T'ai Smith* (University of British Columbia); *Trevor Stark* (Assistant Professor of Art History, Department of Art, University of Calgary); *Ulla Jelpke* (MdB Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE); *l'Union Communiste Libertaire* (France); *Dr. Ute Navidi* (Former academic; children's rights and human rights campaigner); *VASSIGH Chidan*; *Véronique Bontemps* (Research Fellow at CNRS – Centre Nationale de la recherche scientifique, Iris, France); *Warren Montag* (Occidental College, Los Angeles); *Yasmin Nardi* (Researche Fellow, Centre National de la Recherche Scientifiqe (CNRS), Paris)

Wir sind Dasgoharān: Die Stimme der belutschischen Frauen

14. Oktober 2022

Nach unserer ersten Erklärung haben uns viele von Euch gefragt, wer wir sind. Wir antworten kurz:

Wir sind Aktivistinnen aus verschiedenen Teilen der Provinz Sistan und Belutschistan, die seit vielen Jahren in verschiedenen Bereichen und Gruppen tätig sind.

Wir haben Kindern Bücher vorgelesen.

Wir haben uns für die Rechte von Menschen ohne Papiere eingesetzt und sind dabei in einem Labyrinth aus Bürokratie gefangen.

Wir haben Ehrenmorde so weit wie möglich zu einem öffentlichen Thema gemacht. Wir haben über Kinderheirat gesprochen und geschrieben.

Wir haben uns für das Recht eingesetzt, in der eigenen Muttersprache zu sprechen und zu schreiben. Wir haben uns an der Bildung marginalisierter Frauen und Kinder beteiligt. Wir haben versucht, unser unsichtbares und vergessenes Erbe zu bewahren.

Und entsprechend den Zeiten haben wir bisher nur sehr kleine Schritte unternommen. Wir sind gescheitert und wurden oft ignoriert und abgelehnt.

Wir sind in unserer Gesellschaft oft auf Gleichgültigkeit gestoßen und konnten unsere Stimmen nicht einmal den in- und ausländischen Medien vermitteln.

Aber jetzt sind neue Zeiten angebrochen, die »Dasgohari«-Zeiten.

Wir waren nicht in den sozialen Medien aktiv. Und wir gehören keiner Partei oder Organisation an.

Um uns von anderen Gruppen zu unterscheiden, die in diesem Bereich tätig sind, nennen wir uns »Dasgoharān«.

Dasgoharān setzt den Weg von »Frau, Leben, Freiheit« fort.

* Dasgohari ist eine freundschaftliche soziale Tradition unter belutschischen Frauen, die für Empathie, Zusammenhalt, Hilfe und Schwesternschaft steht.

Die Stimme der belutschischen Frauen

Nieder mit der Diktatur, sei es eine im Namen des Islam oder der Monarchie!

21. Januar 2023

Hinsichtlich des Bündnisprojekts veröffentlichte «Die Stimmen der belutschischen Frauen« eine Erklärung. Dieses Projekt bezieht sich auf die nominelle Koalition bekannter Persönlichkeiten aus der rechten Opposition gegen die Islamische Republik. Der Sohn des gestürzten Schahs, Reza Pahlavi, Masih Alinejad, Hamed Esmaeilion und Nazanin Boniadi sind Beispiele für diejenigen Personen, die alle denselben Beitrag getwittert haben, in dem sie 2023 als das Jahr der Einheit unter den Iraner*innen bezeichneten. Unsere Erklärung lautet wie folgt:

Belutschistan wird in den Nachrichten boykottiert. Während die Proteste in Belutschistan weitergehen, hat das Regime, das in dieser Zeit keine Mühen gescheut hat, alle möglichen Verbrechen in der Region zu begehen, auch die Angriffe und Verhaftungen verstärkt. Die Hinrichtung von Gefangenen, die keine bekannten Aktivist*innen sind, wurde beschleunigt, und verhaftete Demonstrant*innen werden immer häufiger zum Tode oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die Verhaftungen von Student*innen und Social-Media-Aktivist*innen sowie die Übergriffe auf arme Stadtviertel haben ihren Höhepunkt erreicht. Dies ist nur ein kleiner Teil dessen, was letzte Woche passiert ist, seit ein Mitglied der Revolutionsgarde zum Gouverneur der Provinz ernannt wurde. Dennoch findet Belutschistan nur wenig Beachtung in den Mainstream-Medien der Opposition.

Diese Medien berichten nur dann über Belutschistan, wenn sie dies politisch ausnutzen und den Aufstand des belutschischen Volkes in ein »Allianzprojekt« verwandeln können.

Da Medienexpert*innen, Hashtag-Aktivist*innen und verbündete Prominente es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Reaktion der Aria-Mehr-Dynastie (Pahlavi) zu schützen und zu verteidigen, wird Belutschistan derzeit sowohl glorifizierend als auch verzerrt dargestellt, und die Kämpfe der Menschen in der Region werden zensiert. Vor dem Jina-Aufstand waren wir uns der eliminatorischen Politik und Zensur in diesen Medien in diesem Ausmaß nicht bewusst und haben diese Politik im Fall Belutschistans nicht so deutlich wahrgenommen.

Die wichtigste Frage ist jedoch, welche Bedeutung hinter diesen Medien und Allianzen steckt und für wen? Welche Positionen werden als legitim dargestellt? Was wird über Belutschistan zensiert und welchen dominanten Personen oder Gruppen dient diese Zensur? Warum sind die radikalsten Slogans einer Region, die mit den mächtigsten dominanten Kräften und der kapitalistischen patriarchalen Herrschaft sowohl der Mullahs als auch vom Schah zu kämpfen hat, es nicht wert, von den Medien dargestellt und erwähnt zu werden? Leider wird Belutschistan als eine feststehende, homogenisierte »Einheit« ohne politische und religiöse Vielfalt dargestellt – ein Bild, das die Medien jede Woche durch Ausgrenzung und Zensur zu festigen versuchen. Diese Ausgrenzung offenbart die Politik der »Allianz« und des »Angebots einer Alternative für die Zukunft«, die von Chefs, Medieninhabern und denjenigen gestaltet wird, die die Stimmen in den Medien übertönen: Das ist die Politik, über die wir jetzt mehr denn je sprechen müssen.

In einem derart ausgrenzenden Umfeld ist es eine Erleichterung, dass zumindest die digitalen und scheinbar unabhängigen Medien Belutschistans die Bilder und Berichte über die Freitage in Zahedan veröffentlichen, jenseits der rassistischen und zentristischen politischen Überlegungen der Mainstream-Opposition und der Darstellung der ausländischen Medien. Andernfalls

wäre nicht klar gewesen, wo und wie populäre Parolen wie »Nieder mit dem Unterdrücker, sei es ein König oder ein oberster Führer« dokumentiert werden könnten. Es besteht kein Zweifel, dass die [rechtsgerichteten] Verbündeten diese unabhängigen Stimmen zum Schweigen gebracht hätten, wenn sie könnten, um ein homogenes Bild der »Normalität« nach ihrem Willen zu schaffen. Ein solches Bild würde die Belutsch*innen als Teil eines kollektiven »Wir« und als eine Stimme darstellen, die sich nach Einheit mit den rechtsgerichteten Gemäßigten sehnt.

Die Koalitionsmitglieder und ihre Anhänger*innen würden es vorziehen, wenn das Volk der Belutsch*innen die Augen vor allen Formen institutionalisierter und historisch bedingter Unterdrückung verschließen würde. Sie ziehen es vor, ein vertrautes und verdauliches Bild zu präsentieren, das fernab von bestehenden Spannungen ist und stattdessen mit ihren Bestrebungen, Hoffnungen und Alternativen im Einklang steht. Das ist die falsche Realität, die sie aufbauen wollen. Sie ignorieren die politischen Forderungen des Volkes der Belutsch*innen, die nicht nur die religiöse Herrschaft, sondern auch jede Form der Monarchie ablehnen. Es ist bedauerlich, dass auf diesem Weg sogar einige belutschische Aktivist*innen der Diaspora – die ihre Glaubwürdigkeit durch die umfangreichen und blutigen Proteste des belutschischen Volkes erlangt haben – zu den Kräften der Bilder und Videos der Demonstranten mit »Allianz« stehen und die progressiven Forderungen der Belutsch*innen zensieren. Auch sie veröffentlichen und teilen keine Anti-Mullah- und Anti-Schah-Slogans. Für die Allianz – gestärkt durch Geld und Medien – sollen sich die Belutsch*innen einfach für ihr Land opfern, damit sich die Verbündeten in den Medien als Fürsprecher des Volkes darstellen und behaupten können, dass die Motivation hinter der Allianz die Rettung der Belutsch*innen sei. Es ist klar, dass der Slogan »Nein zur Rückständigkeit der Mullahs und des Königs« keinen Anklang innerhalb der rechten Opposition findet, da diese nicht aus dem Kern einer Gesellschaft stammt, die noch immer um den Verlust der belut-

schischen Revolutionär*innen trauert. Vielmehr zielt sie darauf ab, das Leben der Belutsch*innen für ihre Sache zu »opfern«.

Wir haben bereits in früheren Texten erklärt, wie einige Kräfte versuchen, die Probleme von Sistan und Belutschistan auf die Zeit nach der Revolution, also ab 1979, zu reduzieren, indem sie die Geschichte fälschen und verzerren. Sie tun so, als sei die Unterdrückung der Belutsch*innen lediglich ein Produkt und eine Besonderheit der religiösen Herrschaft. Sie haben kein Problem mit dem ungleichen Wirtschaftssystem, der hierarchischen patriarchalen Macht und der ethnischen Assimilation. Stattdessen isolieren und beschränken sie alles auf die Rolle der Islamischen Republik und betrachten alle wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Probleme als Ergebnis der zentralen religiösen Regierung. Sie tun dies, indem sie die langjährige Ausgrenzung der Belutsch*innen enthistorisieren und stattdessen die anhaltende Ausgrenzungspolitik nur auf Außenpolitik und wirtschaftliche Korruption zurückführen.

Aus diesem Grund werden Slogans wie »Nein zu grenzüberschreitender Arbeit, nein zu Arbeit im Kraftstoffschmuggel, ja zu Freiheit und Gleichheit« von oben genannten Kräften ihrer Bedeutung nach sinnentleert, indem sie sich diese zu eigen machen. Sie ignorieren die jahrzehntelangen Kämpfe des belutschischen Volkes für seine religiösen, politischen, sprachlichen und ethnischen Rechte unter beiden Regime. Angesichts all dessen ist es nicht verwunderlich, dass keiner der Expert*innen für Belutschistan-Fragen erwähnt, dass das Volk der Belutsch*innen die Monarchie nicht begrüßt, ein Teil Belutschistans sich sogar ausdrücklich gegen das monarchistische System ausgesprochen hat. Aus unserer Sicht bedeutet eine solche Politik nichts anderes als die Kontrolle und Auslöschung der Kultur der Freiheit, die Auslöschung der Erinnerungen an den Antikolonialismus und die Geschichte unserer Unterdrückung.

Wie bereits erwähnt, lehnt das Volk der Belutsch*innen jedoch nicht nur die Reaktion des Schahs ab, sondern auch die Reaktion der Mullahs. Als eine der frauenfeindlichsten Regierungen der

Geschichte hat das islamische Regime auf betrügerische Weise und mit der Absicht, die Demonstrant*innen zum Schweigen zu bringen, die Aufmerksamkeit auf die »Unterdrückung der belutschischen Frauen« gelenkt. Indem es Frauenfragen als Mittel zur Eliminierung belutschischer Dissident*innen und Oppositioneller nutzt, macht das herrschende Regime diese Frauen zu Opfern, um seine eigenen Ziele zu erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, schafft der Staat eine giftige und vergiftete Atmosphäre in der Gesellschaft, sodass alle Aktivitäten und Diskurse der belutschischen Frauen diffamiert und mit Misstrauen betrachtet werden. Infolgedessen marginalisiert die belutschische Gesellschaft selbst jede emanzipatorische Aktion von Frauen unter dem Vorwand, die Identität und die Kämpfe des Volkes zu schädigen.

Das islamische Regime will Abdolhamid Ismaeelzahi (Imam der Makki-Moschee in Zahedan) zum Schweigen bringen. Trotzdem haben Abdolhamids Worte in den letzten Wochen nicht nur die Aufmerksamkeit der im Ausland lebenden gemäßigten Oppositionellen und Teile der Mittelschicht in den zentralen und peripheren Gebieten auf sich gezogen, sondern auch Teile des benachteiligten und unterdrückten Volkes der Belutsch*innen.

Wir haben bereits in unseren früheren Texten unsere Kritik an Abdolhamid Ismaeelzahi zum Ausdruck gebracht und unsere klaren Gründe unter Berücksichtigung des sozialen und politischen Kontexts der Gesellschaft dargelegt. Als Gruppe von Frauen, die dieser politischen Strömung kritisch gegenüberstehen, haben wir versucht, unsere Meinung deutlich zu äußern und auf die Gefahr der politischen Strömung der Makki als Alternative zum totalitären und repressiven autoritären Staat der Region hingewiesen. Unserer Meinung nach ist niemand und keine Institution heilig, und das Hinterfragen und zur Rechenschaft ziehen von autoritären Institutionen ist emanzipatorische Politik. Wir können jedoch nicht leugnen, dass in einer Gesellschaft, in der die kleinsten Gruppen und Kreise von den Geheimdiens-

ten und Sicherheitsbehörden bedroht und unterdrückt werden, die organisierte Institution und der Apparat von Makki von der Massenverbitterung profitieren und die Situation zu ihrem eigenen Vorteil nutzen können.

Was die Islamische Republik jedoch mehr als zuvor erschreckt, sind nicht einmal Abdulhamid und seine zahlreichen Anhänger*innen, sondern die anhaltende Präsenz marginalisierter Menschen bei den Freitagsdemonstrationen für Gerechtigkeit in Zahedan. Viele der kürzlich Getöteten und Verhafteten stammen aus den untersten wirtschaftlichen Schichten der Gesellschaft. Die meisten von ihnen sind vertriebene, verlassene und unorganisierte Jugendliche, für die die Moschee der einzige Ort ist, an dem sie sich versammeln und Gerechtigkeit suchen können und dessen Türen ihnen offenstehen. Gleichzeitig haben sie die Straßen als Ort des gemeinsamen Handelns zurückerobert und zueinander gefunden. Durch verschiedene Formen des Widerstands gegen die herrschende Ordnung haben sie sowohl das normale Alltagsleben als auch das Verständnis der herrschenden Klasse von ihnen gestört. Viele der Verhafteten haben keine Geburtsurkunde und laufen Gefahr, abgeschoben zu werden. Es sind diejenigen, die außer ihren Ketten nichts zu verlieren haben. In dieser Atmosphäre will die Islamische Republik nun weibliche Aktivistinnen ins Visier nehmen, die an der Schnittstelle von geschlechtlicher, religiöser und ethnischer Unterdrückung leben. Sie werden gegen die Demonstrant*innen ausgespielt und die sensibelsten religiösen Gefühle manipuliert, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: die Frauen zu eliminieren und die Demonstrant*innen zu unterdrücken. Infolge dieses Szenarios werden einerseits Frauen gezwungen sein, sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen, und andererseits werden einige der Jugendlichen und marginalisierten Menschen in einem unglaublich beschleunigten Tempo entweder von ihrer eigenen Gesellschaft oder vom Regime unterdrückt werden, wie in den vergangenen Jahren. Die Vergeltungshinrichtungen der letzten Monate werden ebenfalls mit dem gleichen Ziel durch-

geführt, um die untersten Schichten der Marginalisierten und Arbeiter*innen einzuschüchtern.

Der Kampf gegen diese reaktionären Kräfte ist eine komplizierte und schwierige Aufgabe in einer Zeit, in der die Koalitionäre die Kämpfe des belutschischen Volkes ersticken und missbrauchen. Dennoch setzt das belutschische Volk den Kampf auf verschiedenen Ebenen fort. Es zeigt, dass solche Reaktionen der Mullahs und des Schahs Erinnerungen an die nicht repräsentierte und verschwiegenen Geschichte der Unterdrückung, Unterentwicklung, des Polizeistaats und der Normalisierung von Armut und Elend für sie sind. Widerstand gegen die Kräfte der Reaktion und ihre Diskreditierung ist nur möglich, wenn wir historische Narrative überdenken und revidieren, Erinnerungen zurückgewinnen und uns im Feld des Kampfes positionieren.

Wir sind hier« – Das erste Manifest des Queer Communists Committee

08.06.2024

Wir sind hier, queere Revolutionär*innen

Wir, die Queers, sind hier und überall: auf den Straßen, in Fabriken, Werkstätten, Schulen, Universitäten, Städten und Dörfern. Dieses Manifest, das vom iranischen Queer Communists Committee verfasst wurde, beschreibt organisatorische Strategien für unseren Kampf und initiiert einen Weg für grundlegende Veränderungen gegen Institutionen, die uns unterdrücken wollen, wie Gefängnisse, Verfolgung und Hinrichtungen, sowie gegen die »Menschenrechte«, mit denen ihr uns in seltenen Fällen bewerft.

Im vergangenen Jahr zierte unser Slogan »Queer, Trans, Emanzipation« die Wände in Städten weit und breit. Videos, in denen wir uns auf großen Stadtplätzen küssen, wurden in den sozialen Medien verbreitet, begleitet von unserem Schlachtruf »Brot, Arbeit, Freiheit/Queer, Trans, Emanzipation«. Unsere lauten Stimmen haben sowohl die religiöse neoliberale Diktatur der Islamischen Republik als auch die fest verankerten Strukturen der normalisierten Anti-Queer-Rhetorik erschüttert. Ja! Wir sind jetzt stärker und entschlossener denn je zurück, gestützt durch jahrelangen Widerstand und gestärkt durch die Lehren, die unsere Genoss*innen im Dezember 2017 und Oktober 2019 gezogen haben; durch den Widerstand unserer Genoss*innen in Khuzestan, Belutschistan und Kurdistan; durch die Streiks und Proteste der Lehrer*innen und Arbeiter*innen; die Kämpfe unserer weiblichen und queeren aktivistischen Genoss*innen und schließlich mit einer Fülle von Erfahrungen aus dem Aufstand für Zhina.

Wie stellen wir uns vor?

Wir, ein Kollektiv von Queers innerhalb und außerhalb der Grenzen des Iran, haben uns als Queer Communist Committee zusammengeschlossen, um die Kluft zwischen unseren verstreuten Körpern zu überbrücken und unseren Stimmen mehr Gewicht zu verleihen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Emanzipation von Queers untrennbar mit der Befreiung von Frauen, Arbeiter*innen, Migrant*innen, Behinderten und allen marginalisierten Massen innerhalb des kapitalistischen Systems verbunden ist – einem System, das seine Wurzeln in patriarchalen, heteronormativen und binären Verfassungen hat. Die systematische Unterdrückung von Queers dient der Aufrechterhaltung patriarchaler Familienstrukturen, die seit der Entstehung des kolonialen Kapitalismus die Fortführung des Privateigentums sichern und dies erfolgreich tun, indem sie dafür sorgen, dass immer mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und Mehrwert abgeschöpft werden kann. Diese systematische Unterdrückung kann nur durch die Aneignung politischer, sozialer und religiöser Institutionen aufrechterhalten werden, die alle zum Überleben an das Kapital gebunden sind. Wahre Befreiung kann nur durch die Ersetzung dieser Systeme durch den Kommunismus erreicht werden, der vielfältige soziale Formationen und ein befreites Verständnis von Körpern ermöglicht.

Warum Queer-Kommunismus?

Wir haben durch den historischen Materialismus gelernt, dass der Kapitalismus die Geschichte der Sexualität und des Geschlechts in ihrer heutigen Form beeinflusst und in einer dialektischen Beziehung zur Moderne steht. Diese Perspektive verschafft uns einen klareren Blickwinkel, durch den wir Machtdynamiken und ihre Aneignungsmechanismen innerhalb sozialer Strukturen untersuchen können. Im Rahmen einer patriarchal-kapitalisti-

schen Gesellschaft erweist sich Sexualität als wirksames Instrument zur Ausübung von Kontrolle. Der Kapitalismus produziert sexuelle Subjekte, die sich streng an die Grenzen der Heteronormativität halten, und unterdrückt damit alle Ausdrucksformen, die außerhalb dieses begrenzten Bereichs existieren.

Die kapitalistischen Strukturen grenzen queere Menschen nicht nur aus und setzen sie sozialer, politischer und wirtschaftlicher Isolation aus, sondern setzen sie auch häuslicher Gewalt, sexueller Belästigung, Missbrauch und Arbeitslosigkeit aus. Der Queer-Kommunismus stellt diesen Status quo in Frage und erkennt an, dass Macht sich nicht nur durch offene Zwangsmaßnahmen manifestiert, sondern auch durch fest verankerte familiäre, staatliche und gesellschaftliche Institutionen. Der Queer-Kommunismus geht davon aus, dass der Kampf für die Befreiung queerer Menschen nicht von umfassenderen sozialen und wirtschaftlichen Belangen getrennt werden kann. Er lehnt reduktive neoliberale Narrative ab, die Homophobie und Transphobie als reine kulturelle Phänomene behandeln. Im Rahmen der Kooptationskraft des Neoliberalismus werden die sexuelle Befreiung und die Emanzipation des Körpers queerer Menschen auf eine Reihe von Identitätsformen reduziert, wodurch ihr Konflikt mit dem Kapital zu einer Bewegung der Selbstverwirklichung eines Lebensstils wird. Gleichzeitig werden sie als passive Arbeitskräfte in der *Pink Economy* ausgebeutet, wodurch der Boden für das Aufkommen reformistischer Tendenzen und das Versprechen der vollständigen Verwirklichung der queeren Identität bereitet wird.

Es ist unsere Pflicht, uns mit den grundlegenden Fragen rund um Privateigentum, kapitalistische Produktionsweisen, ihre symbiotische Beziehung zur patriarchalen Familienstruktur und die systemische Unterdrückung queerer Individuen auseinanderzusetzen. Eine solche Analyse erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie und eine kritische Untersuchung der Klassendynamik. Nicola Field hat treffend festgestellt: »Alle ›Lesben- und Schwulenfragen‹ sind in der Politik des Klassenkampfs verwurzelt. Wenn ehrgeizige, bürgerliche

›Gemeindevorsteher‹ versuchen, diese Themen von umfassenderen sozialen und politischen Belangen zu trennen, verkümmert die Lesben- und Schwulenbewegung.« Diese Beziehung zu übersehen, wird die Queer-Bewegung schwächen, da die patriarchale Unterdrückung der Queers in der bürgerlichen Familie verwurzelt ist. Die bürgerliche Familie bildet die Grundlagen des Privateigentums, während die proletarische Familie nur als reproduktive Arbeitskraft fungiert. Unter solchen Umständen wird die queere Bourgeoisie, obwohl sie selbst unterdrückt wird, dazu beitragen, das System, das sie unterdrückt, zu schützen, indem sie das Privateigentum schützt. All dies, während das Leben der queeren Proletarier*innen vollständig der reproduktiven Arbeit und der Produktion von Wert für den Kapitalisten gewidmet ist, obwohl ihre existenzielle Natur gegen den Kapitalismus selbst gerichtet ist. In dieser Phase wird das queere Proletariat zunächst als Arbeitskräfte ausgebeutet und dann als queer negiert, sodass es einer doppelten Form der Unterdrückung ausgesetzt ist.

Der Kommunismus lehrt uns, dass wir, anstatt Identitätspolitik zu betonen, Lösungen für kollektive Solidarität und kontinuierliche und affirmative Kampfmethoden vorschlagen sollten.

»Queer« sollte nicht in die Falle von Definitionen und Identitäten der Geschlechtsorientierung tappen. Es auf diese Erklärungen zu beschränken, ist nicht befreiend. Stattdessen reproduziert es Kontrollsysteme, die zur Segregation verschiedener Gruppen führen. Das kapitalistische System hat es geschafft, eine ungerechte sozioökonomische Verteilung von Gütern und Privilegien zu rechtfertigen, indem es Entbehrungen und Identitäten miteinander verknüpft und daraus moralische und politische Schlussfolgerungen zieht. Diese Politik normalisiert bestimmte Identitäten, während andere stigmatisiert werden.

Ein Blick auf die Geschichte der Geschlechter aus einer Klassenperspektive zeigt uns, dass die Betonung von Identitäten und die Polarisierung von Orientierungen in ihrer heutigen hegemonialen Form, wie beispielsweise die Dichotomie zwischen homosexuell und heterosexuell, ihre Wurzeln in der Angst der Bour-

geoisie hat, Arbeiter*innen, Frauen und Einwanderer*innen nicht kontrollieren zu können. Dieser Trend hat sich aufgrund sexueller und geschlechtlicher Ängste sowohl am Arbeitsplatz als auch innerhalb der Institution Familie weiterentwickelt, mit dem Ziel, diese Gruppen während der Stabilisierungsphase des Kapitalismus in Europa und Amerika zu regulieren.

Der Poststrukturalismus weicht vom Marxismus ab, indem er Queerness in erster Linie durch die Linse des Geschlechter- und Sexualitätskonflikts analysiert. Obwohl die poststrukturalistische Analyse und Erklärung von Geschlecht den Einfluss der Klasse auf die Konstruktion von Geschlechtern und Sexualitäten anerkennt, leugnet sie, wie viele zeitgenössische intersektionale Perspektiven, die zentrale Bedeutung des Klassenkonflikts und die gelebte Erfahrung queerer Individuen. Unser Ziel ist es, dynamische Kollektive zu organisieren, die über sexuelle Orientierungen hinausdenken, um Queers von den Zwängen der Identitätspolitik zu befreien. Wir untersuchen sexuelle/geschlechtliche Konflikte aus der Perspektive des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital. Unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten streben wir einen internationalen Kampf und Solidarität unter den Unterdrückten weltweit an und betonen dabei das revolutionäre Potenzial von Queers.

Warum halten wir es für notwendig, zu unseren revolutionären Wurzeln zurückzukehren?

Wir sind hier, um gemeinsam mit allen, die unter dem neoliberalen Kapitalismus und der Zerstörung der Menschlichkeit gelitten und diese miterlebt haben, einen radikalen Wandel zu organisieren. Wie einer der Gründer und Kämpfer der Black Panthers, Huey P. Newton, glauben wir, dass »Homosexuelle (sprich: Queers) die revolutionärsten Menschen sein können«. Wir sind nicht stolz auf die Regenbogenfahne, sondern auf unsere geballten Fäuste für eine

Revolution, die die Befreiung der Unterdrückten verspricht. Wir glauben, dass die systematische Unterdrückung, die wir täglich erleben, in einer Klassengesellschaft verwurzelt ist, die die Unterprivilegierten zum Vorteil der Privilegierten ausbeutet. Wir sind uns bewusst, dass diese Unterdrückung nicht durch die Ausbeutung unserer täglichen Erfahrungen durch die Rechte und Liberalen beseitigt wird, die damit versuchen, ihr Engagement für die Zerschlagung unserer revolutionären Ambitionen zu verbergen.

Wir erinnern uns ständig daran, dass das, was heute weltweit als Pride-Parade gefeiert wird, seine Wurzeln in den Stonewall-Unruhen, dem Radikalismus der französischen revolutionären Queer-Front, der Gay Liberation Front und anderen Bewegungen hat, die weit entfernt sind von den kontrollierten Festivals, die wir heute kennen.

Obwohl uns in vielen Teilen der Welt sogar diese Feier verwehrt wurde und wir dadurch unsichtbar gemacht wurden, werden wir nicht zulassen, dass unsere Geschichte inmitten der Feierlichkeiten der Rechten verzerrt wird oder dass unser Kampf auf vorübergehende Reaktionen beschränkt bleibt. Wie unser Genosse Pedro Lemebel sagte, sind wir »misstrauisch gegenüber diesem demokratischen Tanz«. Auch wir werden tanzen, aber alle zusammen, auf einem Land, in dem Brot, Arbeit, Freiheit und Gerechtigkeit in den Händen des Volkes liegen.

Letztendlich werden wir durch die Unterstützung unserer Genoss*innen stärker. Deshalb begrüßen wir den Beitritt revolutionärer Einzelpersonen und Gruppen. Nur mit der Unterstützung dieser Kräfte können wir die stereotypen Definitionen und Rollen, die Körpern auferlegt werden, zerstören. Hand in Hand mit unseren Genoss*innen stellen wir uns mit unserer »abnormalen« Existenz gegen das, was die Gesellschaft als »normal« erachtet, und verkünden mutig: »Wir sind hier, wir sind queer, und während die Unterdrücker die Samen des Todes säen, verkörpern wir das Leben. Wir sind der Widerstand.«

Queer Communists Committee

Solidaritätsflyer für Marginalisierte

08.12.2024

Wer könnte besser verstehen, wie schrecklich es ist, ausgegrenzt zu sein und in ständiger Angst zu leben, als diejenigen, deren ganze Existenz seit Jahren an den Rand gedrängt wird? Das Queers Communists Committee macht diese Marginalisierung jedoch nicht zu einer Identität oder einem Opferstatus. Stattdessen nutzt es die Marginalisierung als Ausgangspunkt, um sich mit dem unterdrückerischen Kern der Situation auseinanderzusetzen und Verbündete unter den Unterdrückten und Ausgegrenzten zu suchen – unter afghanischen Migrant*innen, die derzeit in ständiger Angst leben müssen.

Angst vor Militär- und Sicherheitskräften, Zivilbeamten, Nachbar*innen, Passant*innen und Einheimischen. Angst vor Arbeitgebern und Kolleg*innen. Es sind Menschen, die leicht entführt und getötet werden können. Menschen, die aus Schulen und Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden könnten – wenn es überhaupt Schulen oder Arbeitsplätze für sie gäbe. Menschen, die in den Medien permanent stigmatisiert werden, während Armeen von Schlägern und faschistischen Hooligans mit »*Tharallah*«-Stirnbändern oder Löwen- und Sonnen-Tattoos – eine Einheitsfront aus Ariern und Schiiten und sogar Faschisten – sie online bedrohen und offen zu Blutvergießen aufrufen.

All dies wird von unseren Genoss*innen im Queer Communists Committee aus tiefstem Herzen verstanden, die gezwungen waren, alles über sich – selbst vor ihren engsten Vertrauten – zu verbergen, das gesellschaftlich auferlegte Stigma zu tragen und als Aussätzige in der Gesellschaft zu leben.

Dies ist die Stimme der kommunistischen Queers, die sich aus Solidarität mit den afghanischen Migrant*innen aus der Marginalisierung erheben:

Wir sind hier! Wir werden hier bleiben! Wir werden hier leben und kämpfen!

Hier eine Übersetzung der verteilten Flyer:

Wir sind hier
Wir werden diesen Ort weder verlassen noch unter eurer Unterdrückung und Tyrannei schweigen.

Allein durch unsere Anwesenheit durchbrechen wir die starren Mauern des Gefängnisses in euren Köpfen, und mit unserem Widerstand zerstören wir die künstlichen und institutionalisierten Barrieren, die Körpern und Ländern auferlegt wurden.

Wir werden hier bleiben
Wir bleiben, um gegen eure diskriminierenden Gesetze zu kämpfen – Gesetze, die jeden Tag ihren Griff um die Kehlen einer weiteren Gruppe von Menschen verstärken und versuchen, sie zu vernichten.

Die Verbrechen, die diese Regierung heute begeht, und der Verrat derer, die sich mit ihr gegen uns, unser Leben und unseren Körper verbünden, dienen nicht der Sicherheit, der wirtschaftlichen Stabilität oder der Gerechtigkeit.

Vielmehr sind sie die Verkörperung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, vertreten von Anhänger*innen von den Tiefen von Qom bis zu den Küsten von Los Angeles: von opportunistischen Profiteuren bis zu denen, die »Reza Shah, möge deine Seele in Frieden ruhen« rufen, alle vereint in ihrer geteilten Ablehnung.

Wir leben und kämpfen hier

Wir bleiben, um die reaktionären Grundlagen des Nationalstaates aufzudecken, dessen Säulen weder auf Ethik noch auf Logik beruhen.

Wir bleiben, um die Hände derer zu entlarven, die, anstatt sich den Führern dieses kapitalistischen Systems zu widersetzen, den korrupten Arbeitgebern und den kriminellen Managern oder aber den Söldnern – mit Waffen in den Händen – Widerstand zu leisten, die in ihrer Gier nach Gewalt darauf aus sind, unser Blut zu vergießen. Wir bleiben, um Widerstand zu leisten, um uns selbst und andere zu verteidigen, die im letzten Jahrhundert als Kriminelle, Terrorist*innen, Störer*innen, Eindringlinge und Verderber*innen bezeichnet wurden. Wir bleiben, um für die Befreiung unserer selbst und anderer zu kämpfen.

Der rosa Winkel

Der rosa Winkel wurde ursprünglich von den Nazis als Schandzeichen verwendet, um Homosexuelle in Zwangsarbeitslagern zu kennzeichnen. Später wurde er jedoch von Befreiungsbewegungen unter queeren Gruppen als Symbol ihres Widerstands und Kampfes zurückerobert.



Gegen die Hinrichtungen: Das Geheimkomitee der Frauen wird auf der Straße aktiv

23.12.2024

Mit der Ausweitung der Streiks politischer Gefangener während der Kampagne »No to Execution Tuesdays« – Streiks, die zur Verteidigung des Rechts auf Leben von Gefangenen im Ghezel-Hesar-Gefängnis begannen, und sich nun auf mehrere andere Gefängnisse ausgeweitet haben – ging die Akhgaran-Zelle des Geheimkomitees der Frauen gegen Hinrichtungen auf die Straße und klebte Flugblätter an die Wände von Gassen und Straßen. Neben der Verteilung und Anbringung dieser Flugblätter verfassten Genoss*innen der Akhgaran-Zelle eine Erklärung mit dem Titel »Gegen die Hinrichtung als Mittel zur Verstärkung der Klassenunterdrückung«, in der es heißt:

> »Was in der Islamischen Republik geschieht, ist eine systematische Form der ›Tötung der Armen‹ durch den Apparat der Bestrafung und Kontrolle, was gleichbedeutend mit Regierung ist, die den Prozess der ›Verarmung‹ nicht stoppen kann und will, sondern stattdessen auf die Ausrottung der Armen zurückgreift.«

Der vollständige Wortlaut dieser Erklärung lautet wie folgt:

Die Zahl der Hinrichtungen im Iran hat in den letzten Jahren einen beispiellosen Anstieg erlebt. Dies ist keine neue Information, da viele globale Organisationen und Menschenrechtsgremien wiederholt darauf hingewiesen haben. Was jedoch nie an-

erkannt wird – der Grund für die Zunahme der Hinrichtungen wird letztlich der bösartigen Natur der Islamischen Republik zugeschrieben – ist, dass der Anstieg der Hinrichtungen in den letzten Jahren eindeutig auf Klassenunterschieden beruht.

Was in der Islamischen Republik geschieht, ist eine systematische Form der »Tötung der Armen« durch den Apparat der Bestrafung und Kontrolle. Die Regierung will und kann den Prozess der »Verarmung« nicht aufhalten sondern hat sich stattdessen dafür entschieden, die Armen zu vernichten. Selbst bei sogenannten »politischen Verbrechen« hat die Verhängung von Todesurteilen zwar erheblich zugenommen, doch die meisten tatsächlich vollstreckten Hinrichtungen betreffen Personen aus verarmten, marginalisierten und benachteiligten Teilen der Gesellschaft.

Daher steht unserer Ansicht nach das anhaltende Massaker an den Armen in den Gefängnissen der Islamischen Republik – sei es aufgrund politischer oder nichtpolitischer Anklagen – in direktem Zusammenhang mit den Aufständen und Protesten der Unterdrückten seit dem Aufstand im Dezember 2017 sowie mit der Verschärfung der Klassenunterdrückung und der Widersprüche, die sich aus der Regierungsführung der Islamischen Republik ergeben.

Eine Regierung, die Hinrichtungen durchführt, offenbart grundlegend die Unmenschlichkeit ihrer Beziehungen und zeigt, dass sie ohne Hinrichtungen nicht funktionieren und ohne das Opfern von Menschenleben nicht existieren kann. Tatsächlich ist die Hinrichtung ein untrennbarer Teil des Wesens einer Regierung, die, wenn sie die Hinrichtungen einstellen würde, aufhören würde zu existieren, und um weiter zu existieren, muss sie hinrichten. Die höchste Stufe der Unterdrückung, die physische Eliminierung, ist der Grund für das Überleben einer solchen Regierung.

Früher oder später verlieren Hinrichtungen jedoch ihre abschreckende Wirkung. Früher oder später wird klar, dass Hinrichtungen weder Verbrechen – oder das, was als »Verbrechen« bezeichnet wird – verhindern noch alle abweichenden Stimmen

zum Schweigen bringen können. Der Hauptgrund für die Verbrechen, auf die die Islamische Republik mit Hinrichtungen reagiert, liegt in Armut, Marginalisierung und sozialer Ungleichheit. Solange Unterdrückung, Ausbeutung, Ausgrenzung und die Unterwerfung der Benachteiligten existieren, werden solche »Verbrechen« weiterhin begangen werden, und es wird immer Menschen geben, die solche Zustände nicht ertragen können und dagegen vorgehen oder Widerstand leisten.

Daher verdunkeln Hinrichtungen nur die soziale Welt der Menschheit und versuchen, die ungelösten Widersprüche und Konflikte der bestehenden Ordnung zu verschleiern. Aus diesem Grund glauben wir, dass Hinrichtungen einen Klassencharakter haben; sie sind ein Urteil gegen alle Unterdrückten und Ausgebeuteten. Hinrichtungen zeigen, dass Regierungen eine Zahlung verlangen, eine Schuld, die immer mit dem Leben der Unterprivilegierten, der Ausgebeuteten und derjenigen bezahlt werden muss, die sich für diese Unterprivilegierten einsetzen wollen.

Die Forderung der Regierung spiegelt sich in Gesetzen wider, die zum Schutz der herrschenden Klasse erlassen wurden. Die Hinrichtung ist etwas Dauerhaftes und Konstantes – nur die Hälse wechseln. Letztendlich ist die Hinrichtung die brutalste Methode zum Schutz des Kapitals, und so wie das Kapital lebende Arbeit in tote Arbeit verwandelt, verwandelt es durch die Todesstrafe auch lebende Menschen in Leichen und Tote – sei es auf dem Schafott oder unter der Last von Armut, Elend, Hunger und Krankheit. Der Kapitalismus muss Leben nehmen, um seine schändliche Existenz aufrechtzuerhalten. Daher ist der Kampf gegen die Todesstrafe im Zusammenhang mit dem Klassenkampf nicht nur ein Kampf gegen eine einzelne »staatliche Institution«, sondern auch ein Kampf gegen ein System, das, selbst wenn es die Todesstrafe in seinen Gerichtsentscheidungen abschaffen würde, immer noch täglich Tausende von Menschen in der Gesellschaft hinrichten würde, um seine Vorherrschaft aufrechtzuerhalten.

Akhgaran-Zelle – Geheimkomitee der Frauen Dezember 2024


علیه اعدام به مثابه ابزار
تحکیم ستم طبقاتی
نه
آخگران

CrimethInc.

Prekäre Arbeit bedeutet prekäres Leben

Wie die Katastrophe im Hafen von Rajaee den Angriff auf die ethnischen Minderheiten der Belutsch*innen veranschaulicht

19.05.2025

Am 26. April 2025, wenige Tage vor dem Internationalen Tag der Arbeit, erschütterte eine gewaltige Explosion den iranischen Hafen Rajaee, verursachte umfangreiche Zerstörungen an Gebäuden und Industrieanlagen und forderte mindestens 57 Todesopfer und weit über tausend Verletzte. Unter den Opfern befanden sich rassistisch diskriminierte Tagelöhner aus der ethnischen Minderheit der Belutsch*innen, denen die Islamische Republik Iran systematisch offizielle Ausweispapiere verweigert. Der folgende Artikel, der ursprünglich auf Persisch von Dasgoharān, einem belutschischen feministischen Kollektiv im Iran, verfasst und veröffentlicht wurde, untersucht, wie die Kapitalakkumulation über den strategisch wichtigsten Logistikhafen des Iran mit der Rassifizierung und Marginalisierung der belutschischen Gemeinschaften verflochten ist und prekäre Arbeitsbedingungen und prekäre Lebensverhältnisse hervorbringt.

Wir präsentieren diesen Text als Fortsetzung unserer Bemühungen, Verbindungen zwischen sozialen Bewegungen im Iran und Bewegungen, die sich weltweit mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sehen, zu fördern. Der Bericht der Autor*innen darüber, wie der iranische Staat undokumentierte belutschische Arbeiter*innen der Gnade der Kapitalistenklasse ausliefert, bietet auch eine nützliche Perspektive auf aktuelle Er-

eignisse in den Vereinigten Staaten und Europa. Die Autor*innen argumentieren, dass die Schaffung einer Bevölkerung ohne Papiere unter enormem Druck seitens des Staates eine der grundlegenden Methoden ist, mit denen Regierungen den Interessen der Kapitalisten dienen und sicherstellen, dass ein Teil der Arbeiter*innenklasse einer intensiven Ausbeutung ausgesetzt ist. Im Jahr 2017 haben wir in *No Wall They Can Build* eine ähnliche Argumentation über die Rolle von Arbeiter*innen ohne Papiere in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten vorgebracht. Im Jahr 2025, unter Donald Trump, hat sich der Angriff auf Einwanderer*innen in den Vereinigten Staaten – sowohl mit als auch ohne Papiere – erheblich verschärft; bisher scheint es, dass das Hauptziel darin besteht, sie zu terrorisieren und sie noch verletzlicher zu machen.

Das Kollektiv Dasgoharān wurde inmitten des Aufstands *Jin, Jiyan, Azadî* (»Frau, Leben, Freiheit«) im Iran gegründet. Ihr Name bezieht sich auf Dasgohari, eine alte Tradition unter belutschischen Frauen – ein Pakt der Kameradschaft, Solidarität, gegenseitigen Hilfe und Schwesternschaft. Er bedeutet, dass sie und niemand sonst für sie sprechen wird.

Dieser Text wurde von *Zmedia* ins Englische übersetzt, einer zweisprachigen unabhängigen alternativen Medienplattform, die Analysen, Meinungen und Hintergründe zu kritischen Ereignissen liefert. *Zmedia* veröffentlicht auf Farsi und Englisch und konzentriert sich auf den Iran, Afghanistan und die gesamte Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA).

Hintergrund

Der Hafen Rajaee, eine Sonderwirtschaftszone an der Nordküste der Straße von Horms im Persischen Golf, ist der größte Handelshafen des Iran und spielt eine wichtige Rolle für die Logistik und Sicherheit des Landes. Er wickelt über 85 % des iranischen Containerverkehrs und etwa 55 % des gesamten Handels des

Landes ab. Der Hafen ist ein wichtiger Knotenpunkt sowohl im logistischen als auch im militärischen Netzwerk der Islamischen Republik, insbesondere für den maritimen Zweig der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC). Im Jahr 2020 soll Israel einen Cyberangriff gestartet haben, der den Betrieb des Hafens lahmlegte und zu Staus von Lieferwagen und Verzögerungen bei den Lieferungen führte.

Wie schon bei früheren katastrophalen Vorfällen, hat auch nach der Katastrophe im Hafen von Rajaee der Staat die gemeldete Zahl der Opfer systematisch manipuliert, die Familien der Opfer im Stich gelassen und keine transparente Erklärung für die Ursache der Explosion geliefert. Es kursierten zahlreiche Gerüchte und Theorien, die von Behauptungen über einen israelischen Terroranschlag zur Verzögerung der Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran bis hin zu Sabotageakten durch die Nutznießer der US-Sanktionen innerhalb der herrschenden Klassen der Islamischen Republik reichten, die sich gegen diplomatische Fortschritte aussprechen. Eine neue Erzählung bringt die Explosion mit der zunehmenden Abhängigkeit des Iran von China bei der Beschaffung wichtiger Raketentreibstoffkomponenten in Verbindung, nachdem Israels Luftangriff am 25. Oktober 2024 die Produktionskapazitäten des Iran für ballistische Raketen erheblich beschädigt hatte.

Offiziell haben die iranischen Behörden die Explosion auf die Entzündung von im Hafen gelagerten chemischen Stoffen zurückgeführt und das Vorhandensein militärischer Fracht bestritten. Einige Berichte deuten jedoch darauf hin, dass Lieferungen von chemischen Inhaltsstoffen wie Natriumperchlorat und Ammoniumperchlorat – wichtige Substanzen, die in festen Raketentreibstoffen verwendet werden – von China zu iranischen Häfen, darunter Shahid Rajaee, transportiert wurden. Diese Lieferungen trafen ab Januar 2025 ein und wurden Berichten zufolge von der Luftwaffe der Islamischen Revolutionsgarde abgewickelt.

Von prekären Arbeitsverhältnissen zu prekären Lebensumständen

Am Internationalen Tag der Arbeit ist erneut eine Vielzahl von Arbeiter*innen ums Leben gekommen. Angriffe auf Arbeiter*innen werden weiterhin von allen Seiten verübt. Der verheerende Schatten von Krieg, militärischen Drohungen und Sanktionen hat nicht nur die Lebensbedingungen der Arbeiter*innen in Ländern wie dem Iran zunehmend destabilisiert, sondern auch dazu geführt, dass gewerkschaftliche Organisierung und soziale Proteste stärker als je zuvor von der Polizei überwacht und eingeschränkt werden. Während Sanktionen und ausländische Interventionen zweifellos zur Destabilisierung des Lebens der Arbeiter*innenklasse beitragen, muss die offene Unterdrückung durch »einheimische« Kapitalisten im Iran genauer untersucht werden, insbesondere nach der Explosion im Hafen von Rajaee.

Beamte haben angekündigt, dass jeder, der eine vermisste Person in Bandar Abbas hat, eine DNA-Probe einreichen muss – eine Aussage, die auf die hohe Zahl vermisster Personen am Standort des Rajaee-Hafens hindeutet.

Offensichtlich ist die Zahl der vermissten Wanderarbeiter*innen hoch, und es besteht wenig Hoffnung, dass die Behörden genaue Zahlen veröffentlichen werden.

Der Hafen von Rajaee unterliegt strengen Ein- und Ausreisekontrollen. Ohne Genehmigung darf keine Person und kein Fahrzeug den Hafen betreten oder verlassen. Alles wird einer Röntgenkontrolle unterzogen. Trotz dieser strengen Vorschriften weiß noch niemand, was die »nicht genehmigten Container« enthielten oder wie viele Arbeiter*innen ums Leben gekommen sind. Wir wissen jedoch, dass viele Wanderarbeiter*innen ihr Leben verloren haben. Es wird vermutet, dass die Zahl der Todesopfer unter den Belutsch*innen viel höher ist als angegeben. Da belutschische Arbeiter*innen hauptsächlich in der manuellen Arbeit und im Frachtumschlag in den Hafenlagern beschäftigt sind, wird angenommen, dass viele von ihnen während der

Explosion bei der Arbeit ums Leben gekommen sind. Bis jetzt wurden von siebzig identifizierten Opfern elf als Belutsch*innen bestätigt.

Wer sind die belutschischen Arbeiter*innen im Hafen von Rajaee?

Die Sonderwirtschaftszone Shahid Rajaee – und die Provinz Hormozgan im weiteren Sinne – ist zu einem wichtigen Ziel für viele belutschische [Wander]arbeiter*innen geworden. Dies hat viele Gründe: die ständige Nachfrage nach billigen Arbeitskräften in der Zone, die Nähe zur Provinz Sistan und Belutschistan (der Heimatregion vieler belutschischer Arbeiter*innen), die gemeinsamen kulturellen und ethnischen Wurzeln der Belutsch*innen und der Einwohner*innen von Hormozgan, die chronische Arbeitslosigkeit in Belutschistan und die Kriminalisierung prekärer Überlebensstrategien wie Treibstoffschmuggel und Frachttransport. Diese belutschischen Arbeiter*innen stammen aus den ärmsten ländlichen Teilen der belutschischen Bevölkerung. Die meisten sprechen kein fließendes Persisch und arbeiten für die niedrigsten Löhne in der glühenden Hitze des Rajaee-Hafens während der höllischsten Tage des Jahres.

Eine Gruppe dieser belutschischen Arbeiter*innen besteht aus Personen, die trotz eines Bachelor- oder sogar Master-Abschlusses in einfachen Berufen wie dem eines Sicherheitsbeamten im Hafen beschäftigt sind. Eine andere Gruppe besteht hauptsächlich aus Tagelöhner*innen ohne legale Papiere [von denen viele aufgrund der systematischen Verweigerung der zivilrechtlichen Registrierung für belutschische Minderheiten keinen Personalausweis oder keine Geburtsurkunde haben]. Sie betreten den Hafen durch Seiteneingänge wie das Gandami-Tor oder sogar, indem sie über die Mauer klettern, was kein Geheimnis ist. Diese Arbeiter*innen sind in keinen offiziellen Unterlagen erfasst, was es den Arbeitgebern leicht macht, sie auszubeuten.

Im Hafen von Rajaee ist es zwar offiziell verboten, Arbeiter*innen ohne Ausweispapiere oder Wehrdienstausweise einzustellen, dennoch können diese als Tagelöhner*innen beschäftigt werden. Diese Arbeiter*innen sind meist in manuellen Tätigkeiten, Reinigungsarbeiten, im Frachtumschlag und im Baugewerbe tätig. Diejenigen, die in den eigenen Unterkünften des Hafens wohnen, sind in der Regel registrierte Arbeiter*innen. Die nicht-registrierten Arbeiter*innen – von denen die meisten Belutsch*innen sind und aus Iranshahr, Saravan und den umliegenden Dörfern stammen – leben jedoch in der Regel in den nahe gelegenen ländlichen Gebieten.

Prekarität: Ein Instrument zur Disziplinierung der Arbeitskräfte

Im Hafen dient Prekarität als Instrument zur Disziplinierung und Kontrolle der Arbeitskräfte, das von Tag zu Tag intensiver eingesetzt wird. Prekäre Arbeitskräfte können nicht protestieren; ihre Namen sind nirgendwo registriert, sie sind nicht identifiziert und können daher leichter ausgebeutet und ausgegrenzt werden.

Prekarität ist eng mit dem Status als Minderheit verbunden – als Belutsch*in, als Marginalisierte*r, als Undokumentierte*r –, was ihr eine noch gewalttätigere Form verleiht.

Belutschische Tagelöhner*innen leben in der Regel in Dörfern rund um den Hafen, darunter auch Khun-Sorkh. Da diese Wanderarbeiter*innen denselben sunnitischen Hintergrund und dieselbe belutschische ethnische Zugehörigkeit wie ein Teil der lokalen Bevölkerung haben, erhalten sie eine gewisse Solidarität der Einwohner*innen, wodurch sie sich leichter integrieren können.

Khun-Sorkh ist ein strategisch sehr günstiger Standort: Es liegt in der Nähe der Raffinerie, des Stahlwerks, der Meerwasserentsalzungsanlage und des Kraftwerks und damit in der Nähe der meisten Arbeitsstätten. In der Vergangenheit waren in der

Region verschiedene Krankheiten weit verbreitet, doch es gab nie genaue öffentliche Berichte darüber, und es gibt keine Informationen über Todesfälle. Natürlich mangelt es Khun-Sorkh nicht an Luxus: Das große Persian Gulf Hotel beispielsweise ist voll ausgestattet, um diejenigen zu beherbergen, die vom Blut der Arbeiter*innenklasse leben. Aufgrund seiner Lage innerhalb eines Wirtschaftszentrums sind die Grundstückspreise in der Region extrem hoch.

Doch der Anteil dieser Ressourcen, den die belutschischen Arbeiter*innen erhalten, beschert ihnen nur Armut und einen langsamen Tod. Sie mieten in der Regel gemeinsam Wohnungen und leben unter erbärmlichen Bedingungen, sowohl was die Hygiene als auch die wirtschaftlichen Verhältnisse angeht. An ihren freien Tagen kehren diese Arbeiter*innen in ihre Heimatdörfer zurück und beteiligen sich oft an der traditionellen lokalen Wirtschaft – meist an der Dattelernte.

Die Tagelöhner, die in diesen Dörfern leben, werden meist über Mittelsmänner rekrutiert, die sie Arbeitgebern vorstellen und sie für verschiedene Projekte in Gruppen organisieren. Die Arbeitgeber bezahlen die Mittelsmänner, und die Arbeiter*innen erhalten ihren Lohn erst, nachdem die Mittelsmänner ihren Anteil abgezogen haben.

Am Tag des Massakers von Bandar Abbas, als die fassungslosen Arbeiter*innen verzweifelt nach den Namen oder Überresten ihrer Freund*innen und Kolleg*innen suchten, wurde das Dorf Khun-e Sorkh geräumt. Anstatt provisorische Lager einzurichten oder die Arbeiter*innen in der Stadt unterzubringen, forderten die Großarbeitgeber sie auf, das Dorf zu verlassen und in ihre Heimat zurückzukehren – ohne ihnen auch nur einen Cent zu zahlen. Während Bandar Abbas, verwundet und trauernd, seltene und erhellende Szenen der Solidarität erlebte, während Frauen aus Arbeiter*innenfamilien Lebensmittel an Rettungskräfte und Arbeiter*innen verteilten, verweigerten diejenigen, die sich am Blut der Arbeiter*innenklasse laben, den von Schock und Trauer gelähmten Arbeiter*innen jegliche Unterstützung.

Ingenieure und leitende Angestellte flohen aus der Stadt. Nur die Wachen blieben zurück, um die Maschinen zu bewachen – in der giftigen, verseuchten Luft, die die Explosion hinterlassen hatte.

Ungelernte Arbeiter*innen verdienen nicht mehr als zwölf Millionen Toman im Monat (etwa 150 US-Dollar), und eine einfache Busfahrkarte kostet fast eine Million. Die meisten belutschischen Arbeiter*innen reisen aus abgelegenen ländlichen Gebieten in mehreren Etappen an und sind gezwungen, für Teile der Strecke private Autos zu mieten. Am Tag der Katastrophe und am Tag danach wurden diese Arbeiter*innen – hungrig, trauernd und verlassen – völlig allein gelassen, ohne ein Fünkchen Mitgefühl oder Solidarität. Zwei Tage später inszenierten die Behörden ihre Farce des »*Business as usual*« und riefen dieselben niedergeschlagenen Arbeiter*innen zurück an ihren Arbeitsplatz, ohne sie zu bezahlen, nur um zu beweisen, dass alles »normal« sei. In diesem System bedeutet das Leben und Sterben von migrantischen, marginalisierten Arbeiter*innen nichts. Es ist ein System, in dem Arbeitgeber und Staatsbeamte nur eines wollen: die Ausbeutung aufrechterhalten und die Wahrheit auslöschen.

Der kapitalistische Staat und das prekäre Leben

Was auf globaler Ebene als Zentrum-Peripherie-Gefälle bezeichnet wird, besteht auch innerhalb der Nationalstaaten fort. Im Iran nehmen die Peripherie, die Minderheiten und die Randgruppen die Form der Belutsch*innen, Kurd*innen und Araber*innen an. Diese Marginalisierung ist die Voraussetzung für die bestehende Ordnung; sie macht Ausbeutung erst möglich.

Die Minderheiten innerhalb der globalen Ordnung werden als Problem, Hindernis oder sogar als Bedrohung dargestellt. In dieser Welt ist der Transport von Treibstoff [d. h. der Treibstoffschmuggel, mit dem viele Belutsch*innen ihren Lebensunterhalt

verdienen] keine Subsistenzwirtschaft mehr, sondern ein Verbrechen; der Transport von Drogen wird nicht mehr als billige Arbeit angesehen, sondern als Verbrechen; und die Belutsch*innen sind keine Bürger*innen mehr, sondern immer Verdächtige.

Der Staat ist nicht nur Beobachter des Arbeitsmarktes, sondern schafft und erhält aktiv die Bedingungen, die Menschen in prekäre Verhältnisse bringen. Er dereguliert, verzichtet auf die Kontrolle von Beschäftigungspraktiken und gewährleistet »Sicherheit« für Arbeitgeber, indem er bei Streiks oder Protesten gegen Arbeiter*innen vorgeht. Der Staat sieht es als seine Pflicht an, dem Kapital Land, billige Energie und prekäre Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Die bereits innerhalb des iranischen Nationalstaates institutionalisierte Minorisierung und Marginalisierung wird im Dienste der Interessen des Kapitals noch verstärkt. Im Globalen Süden haben Staaten grundsätzlich als Instrumente der kapitalistischen Entwicklung gedient. Informelle und prekäre Arbeit ist kein Randphänomen, sondern steht im Zentrum der globalen Kapitalakkumulation. Staaten spielen eine aktive Rolle bei der Gestaltung und Aufrechterhaltung dieser Arbeits- und Reproduktionsverhältnisse.

Diese vielfältigen Produktions- und Reproduktionsweisen überschneiden sich mit Beziehungen zwischen Klassen, Kasten, Geschlechtern, Ethnien und Religionen. Prekäre Arbeit ist nicht einfach durch das Fehlen eines formellen Vertrags definiert, sondern umfasst komplexe Formen der Produktion und Reproduktion sozialer Beziehungen. Staaten dienen dem Kapital, indem sie das Arbeitsrecht gestalten, Freihandelszonen und Sonderwirtschaftszonen schaffen und die Organisierung von Arbeiter*innen kriminalisieren. Sie schwächen den Arbeitsschutz und stellen sich in Arbeitskonflikten auf die Seite des Kapitals.

Selbst wenn der Staat behauptet, die Arbeiter*innenschaft zu unterstützen, gibt er dies nur vor, während er in der Praxis die Informalisierung fördert und die Prekarität verschärft. Mit staatlicher Zustimmung manipulieren Unternehmen die Arbeiter*innen so, dass die Verhandlungsmacht der Arbeiter*innen ge-

schwächt wird. Schon vor dieser Katastrophe gehörte die Arbeit im Hafen zu den gefährlichsten Tätigkeiten des Landes. Prekäre, informell Beschäftigte verfügen weder über Ausrüstung noch über Uniformen, und weder öffentliche noch private Arbeitgeber haben jemals ihrer körperlichen Sicherheit Priorität eingeräumt. Selbst jetzt, wo die Arbeiter*innen des Rajaee-Hafens mit ansehen mussten, wie ihre Kolleg*innen getötet wurden, dürfen sie ihre Arbeit nicht unterbrechen – nicht einmal für einen Tag. Sie dürfen nicht protestieren. Sie wissen nicht einmal, ob die beiden Tage, an denen der Hafen geschlossen war, offiziell als Urlaub gelten oder von ihrem Lohn abgezogen werden.

Kapitalistische Sozialbeziehungen führen nicht nur zu Ausbeutung. Sie spalten auch die Arbeiter*innenklasse: Mann/Frau, ländlich/städtisch, landwirtschaftlich/industriell, formell/informell, festangestellt/prekär. Im heutigen renten- und militärisch geprägten Kapitalismus im Iran hat die Verflechtung von ethnischer Marginalisierung, geschlechtsspezifischer Unterordnung, Klassenunterdrückung und Prekarität die Arbeiter*innen in unterschiedlichem Maße zu Unterwerfung und Ausbeutung gezwungen. Die prekären Arbeiter*innen von Bandar Abbas stehen auf der untersten Stufe der wirtschaftlichen Hierarchie und werden oft an den Rand der Geografie und Sprache gedrängt. Diejenigen, die gleichzeitig in allen drei Kategorien – Klasse, Ethnie und Geschlecht – untergeordnet sind, stehen im Epizentrum der Gewalt des Kapitals.

Am Rande der Gesellschaft bedeutet Prekarität nicht nur unsichere Arbeit. Die Arbeiter*innen werden vor unseren Augen vernichtet: Sie werden öffentlich gehängt oder auf Schmuggelwegen lebendig verbrannt. Was unsichtbar bleibt, sind die prekären Leben, die an der Schnittstelle von unsicherer Arbeit, ethnischer Unterdrückung und geschlechtsspezifischer und klassenbasierter Ungerechtigkeit ausgelöscht werden. Solange das Verhältnis zwischen Staat, Kapital und Arbeit nicht als Schauplatz des Kampfes um das Leben selbst verstanden wird, solange die Sicherung des Rechts auf Leben für all diejenigen,

die an den Rand gedrängt werden, nicht zum zentralen Thema von Protestbewegungen wird, bleiben wir bloße Trauernde um entpolitisierte, verschwundene Körper. Deshalb ist eine der grundlegenden Fragen des diesjährigen Internationalen Tags der Arbeit, insbesondere nach dieser Katastrophe, die Solidarität zwischen verschiedenen Kämpfen für soziale Gerechtigkeit. Der wichtigste Kampf ist es, die Möglichkeiten des Lebens zu befreien, die Rechte und die Macht der Arbeiter*innen zu verteidigen. Die Bewegung hin zu sozialer Solidarität und autonomer Organisation unter Arbeiter*innen, Frauen und unterdrückter Nationalitäten ist nicht nur ein Slogan, sondern eine Vision für die Zukunft.

Die Fackel, die den Weg des Kampfes für die Rechte der Arbeiter*innen erhellt, ist die Verteidigung des Lebens derjenigen, die marginalisiert, minorisiert und enteignet wurden.

CrimethInc.

Ein Aufstand, der von innen und außen unter Beschuss steht – Drei Perspektiven

07.01.2026

Am 28. Dezember 2025 brach im Iran eine neue Protestwelle aus, die durch wirtschaftliche Not ausgelöst wurde und sich bis hin zu Forderungen nach einem Sturz der Regierung eskalierte. Dies ist mindestens die fünfte Erhebung dieser Art innerhalb eines Jahrzehnts, die an frühere Arbeiter*innenaufstände und feministischem Widerstand anknüpft. Innerhalb dieses Aufstands kämpft die Basisbewegung jedoch gegen reaktionäre Monarchist*innen, die größtenteils außerhalb des Iran ansässig sind und die Unterstützung der Vereinigten Staaten und Israels suchen, um die Macht zu ergreifen.

Dies geschieht inmitten einer turbulenten geopolitischen Lage. Die israelische Regierung hat die Bombardierung des Gazastreifens und des Libanon sowie die Annexion von Land im Gazastreifen, im Libanon und in Syrien intensiviert; sie bereitet den Bau von Siedlungen vor, die das Westjordanland in zwei Hälften teilen werden, um die Gründung eines palästinensischen Staates unmöglich zu machen. Parallel dazu haben die Vereinigten Staaten gerade den Präsidenten Venezuelas und seine Frau entführt, um sich das venezolanische Öl anzueignen, und damit signalisiert, dass sie bereit sind, alles zu tun, um ihre Hegemonie über die Menschen innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen zu sichern.

In Nepal und anderswo haben Demonstrant*innen im Herbst 2025 gezeigt, dass es immer noch möglich ist, dass soziale Bewe-

gungen Regierungen stürzen. Eine erfolgreiche Revolution im Iran könnte eine Welle des Wandels auf der ganzen Welt auslösen. Aber wenn eine solche Revolution von reaktionären Kräften gekapert würde, könnte sie die Befreiungsbewegungen um eine weitere Generation oder mehr zurückwerfen.

Es steht viel auf dem Spiel. Wir sind es den Basisbewegungen im Iran schuldig, uns über sie zu informieren und sie zu unterstützen, sowohl weil sie sich einer verzweifelten Situation gegenübersehen, als auch um sicherzustellen, dass kein Marionettenregime, das Israel und den Vereinigten Staaten dient, an die Macht kommen kann.

Hier präsentieren wir drei Perspektiven auf den Aufstand der letzten anderthalb Wochen.

Bericht über die aktuelle Protestwelle im Iran

Dieser Text stammt von einem Anarchisten aus dem Iran, der die aktuelle Situation aktiv dokumentiert und darüber berichtet. Aus Sicherheitsgründen möchte der Autor anonym bleiben.

Seit fast einem Jahrzehnt erlebt die iranische Gesellschaft immer wieder Wellen von Straßenprotesten gegen das herrschende politische System, die Islamische Republik. Diese Proteste sind zwar durch unterschiedliche unmittelbare Auslöser entstanden, haben jedoch alle ihre Wurzeln in tiefgreifenden und ungelösten strukturellen Krisen – wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art –, die das tägliche Leben im Iran weiterhin prägen.

In all diesen Jahren war die primäre Reaktion des Staates auf öffentliche Proteste systematische Unterdrückung. Auf Protestbewegungen wurde konsequent mit tödlicher Gewalt, Massenverhaftungen, Inhaftierungen und weit verbreiteter Einschüchterung geantwortet. Dieser Ansatz hat jedoch keineswegs zur Lösung der zugrunde liegenden Probleme beigetragen, sondern

vielmehr zur Anhäufung öffentlicher Wut und einem wachsenden Gefühl der Ungerechtigkeit in der gesamten Gesellschaft geführt.

Die jüngsten Proteste wurden ursprünglich durch den dramatischen Zusammenbruch der iranischen Landeswährung und die drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen ausgelöst. Die rasante Abwertung des Rial in Verbindung mit einer galoppierenden Inflation und weit verbreiteter Armut hat große Teile der Bevölkerung an den Rand des wirtschaftlichen Überlebens gedrängt. Diese Umstände haben viele zu der Schlussfolgerung veranlasst, dass die Krise nicht vorübergehend oder reformierbar ist, sondern strukturell und untrennbar mit dem bestehenden Machtsystem verbunden ist.

Im Gegensatz zu früheren Episoden spiegeln die aktuellen Proteste ein breiteres kollektives Bewusstsein wider. Die Demonstrationen beschränken sich nicht mehr auf bestimmte Städte oder soziale Gruppen, sondern haben sich gleichzeitig auf mehrere Regionen ausgeweitet und beziehen verschiedene Teile der Gesellschaft mit ein. Wirtschaftliche Missstände haben sich schnell in explizit politische Forderungen verwandelt, wobei die Demonstrant*innen offen das Ende der autoritären Herrschaft und die Abschaffung der Islamischen Republik fordern.

Gleichzeitig versuchen Teile der Opposition – insbesondere monarchistische Gruppen – aus der Protestbewegung Kapital zu schlagen. Über digitale Medien und soziale Plattformen versuchen diese Akteur*innen, sich als tragfähige politische Alternativen zu präsentieren, indem sie nostalgische Narrative aus der vorrevolutionären Ära bedienen und die Wut der Bevölkerung auf ihre eigenen Machtprojekte zu lenken.

Unterdessen hat die staatliche Repression erheblich zugenommen. Berichten zufolge wurden in den letzten Tagen mehr als zehn Demonstrant*innen getötet und Hunderte verhaftet, wobei die tatsächlichen Zahlen wahrscheinlich höher liegen. Die Sicherheitskräfte haben den Einsatz von Gewalt, Überwachung und willkürlichen Verhaftungen ausgeweitet und üben damit

enormen Druck auf die Demonstrant*innen und die breite Bevölkerung aus.

Insgesamt ist die aktuelle Situation im Iran weit mehr als ein spontaner Ausbruch von Unruhen. Sie signalisiert eine tiefgreifende Legitimitätskrise, den Zusammenbruch des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Regierungsinstitutionen und eine kritische Phase in der Konfrontation zwischen der Gesellschaft und der herrschenden Ordnung. Der weitere Verlauf dieser Situation wird von den Kräfteverhältnissen zwischen sozialem Widerstand, staatlicher Repression und der Fähigkeit der Menschen abhängen, sich unabhängig von der Staatsmacht und den oppositionellen Eliten zu organisieren.

Proteste im Iran inmitten einer Belagerung durch innere und äußere Feinde: Ein Bericht über den jüngsten Massenaufstand

Die folgende Analyse stammt von Roja, einem unabhängigen, linken, feministischen Kollektiv mit Sitz in Paris. Roja entstand nach dem Femizid an Jina (Mahsa) Amini und dem Beginn des Aufstands *Jin, Jiyan, Azadî* im September 2022. Das Kollektiv setzt sich aus politischen Aktivist*innen verschiedener Nationalitäten und politischer Richtungen innerhalb des Iran zusammen, darunter Kurd*innen, Hazara, Perser*innen und andere. Die Aktivitäten von Roja stehen nicht nur im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen im Iran und im Nahen Osten, sondern auch mit lokalen Kämpfen in Paris im Einklang mit internationalistischen Kämpfen, darunter auch zur Unterstützung Palästinas. Der Name »Roja« ist inspiriert von der Resonanz mehrerer Wörter in verschiedenen Sprachen: Im Spanischen bedeutet *roja* »rot«, im Kurdischen bedeutet *roj* »Licht« und »Tag«, im Mazandarani bedeutet *roja* »Morgenstern« oder »Venus«, der als hellster Himmelskörper in der Nacht gilt.

Aktualisierung, 9. Januar: Dieser politische Beitrag wurde von Roja am 4. Januar 2026, dem sechsten Tag der landesweiten Proteste im Iran, verfasst. Seitdem ist viel passiert – vor allem die historisch beispiellose Nacht des 8. Januar, dem zwölften Tag des Aufstands. Der Tag begann mit einem Generalstreik der Ladenbesitzer und der Handelswirtschaft, insbesondere in Kurdistan, zu dem kurdische Parteien aufgerufen hatten. Die Schließung der Geschäfte ging einher mit Mobilisierungen auf den Straßen und an den Universitäten im ganzen Land. Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften breiteten sich in Dutzenden von Städten aus, von der Hauptstadt bis zu den Grenzprovinzen; einem Bericht einer Menschenrechtsorganisation zufolge gab es an diesem Tag Protestaktionen in mindestens 46 Städten in 21 Provinzen. Bei Einbruch der Dunkelheit zeigten kursierende Aufnahmen Menschenmengen von unglaublichem Ausmaß, die von der Polizei nicht unter Kontrolle gebracht werden konnten: Millionen von Menschen eroberten die Straßen zurück und drängten an vielen Orten die Sicherheitskräfte zum Rückzug – eine Atmosphäre, die bei vielen Erinnerungen an die Monate vor der Revolution von 1979 wachrief. Am Abend des 8. Januar, als der Unterdrückungsapparat der Islamischen Republik ins Wanken geriet und die Straßen sich seiner Kontrolle entzogen, verhängte er eine fast vollständige Internetsperre. Diese Sperre besteht zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels weiterhin und ist ein Versuch, die Koordination untereinander zu verunmöglichen und die Dokumentation von Tötungen zu verhindern.

Gleichzeitig wiederholte Donald Trump seine Drohungen mit Vergeltungsmaßnahmen, sollte die Islamische Republik die Tötungen eskalieren lassen, distanzierte sich jedoch – zumindest teilweise – von Reza Pahlavi, indem er sagte, er sei sich nicht sicher, ob ein Treffen angemessen sei, und dass »wir alle gewähren lassen sollten, um zu sehen, wer sich herauskristallisiert«. Die Fixierung auf den »Sohn des Schahs« verdeckt eine andere, nicht weniger reale Tendenz, auf die wir uns in diesem Text konzentrieren: die Aussicht auf einen kontrollierten Übergang durch

interne Umstrukturierungen – einen Wandel ohne Bruch – wie es ähnlich kürzlich in Venezuela geschah.

I. Der fünfte Aufstand seit 2017

Seit dem 28. Dezember 2025 steht der Iran erneut im Fieber weit verbreiteter Proteste. Die Rufe »Tod dem Diktator« und »Tod für Khamenei« hallten durch die Straßen von mindestens 222 Orten in 78 Städten in 26 Provinzen. Die Proteste richten sich nicht nur gegen Armut, steigende Preise, Inflation und Enteignung, sondern gegen ein bis auf die Knochen verfaultes politisches System. Das Leben ist für die Mehrheit unerträglich geworden – insbesondere für die Arbeiter*innenklasse, Frauen, queere Menschen und nicht-persische ethnische Minderheiten. Dies ist nicht nur auf den freien Fall der iranischen Währung nach dem Zwölf-Tage-Krieg (gemeint ist die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Iran und Israel, 13.06.–24.06.2025) zurückzuführen, sondern auch auf den Zusammenbruch grundlegender Infrastruktur, einschließlich wiederholter Stromausfälle, einer sich verschärfenden Umweltkrise (Luftverschmutzung, Dürre, Entwaldung und Misswirtschaft bei den Wasserressourcen) und Massenhinrichtungen (mindestens 2.063 Menschen im Jahr 2025) – all dies hat zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt.

Die Krise der sozialen Infrastruktur steht im Mittelpunkt der aktuellen Proteste, deren letztendliches Ziel die Rückeroberung des Lebens ist.

Dieser Aufstand ist die fünfte Welle in einer Kette von Protesten, die im Dezember 2017 mit dem als »Brot-Revolte« bekannten Aufstand begann. Es folgte der blutige Aufstand vom November 2019, der eine Explosion der öffentlichen Wut über die Erhöhung der Kraftstoffpreise und Ungerechtigkeit war. Der Aufstand von 2021 wurde als »Aufstand der Durstigen« bekannt und von arabischen ethnischen Minderheiten initiiert und angeführt. Diese Welle erreichte ihren Höhepunkt mit dem Aufstand »Frau, Leben,

Freiheit« im Jahr 2022, der die Befreiungskämpfe der Frauen und die antikolonialen Kämpfe unterdrückter Nationalitäten wie der Kurd*innen und Belutsch*innen in den Vordergrund rückte und neue Perspektiven eröffnete. Der heutige Aufstand rückt erneut die Krise der sozialen Reproduktion in den Mittelpunkt – diesmal auf einem Nachkriegsterrain und radikaliserter.

Die Proteste begannen mit Forderungen nach günstigeren Lebenshaltungskosten, zielten aber mit erstaunlicher Geschwindigkeit auf die Machtstrukturen und die korrupte herrschende Oligarchie ab.

II. Ein Aufstand, der von außen und innen bedroht ist

Die anhaltenden Proteste im Iran sind von allen Seiten von äußeren und inneren Bedrohungen umzingelt. Nur einen Tag vor dem imperialistischen Angriff der USA auf Venezuela warnte Donald Trump unter dem Deckmantel der »Unterstützung der Demonstrant*innen«: Wenn die iranische Regierung »friedliche Demonstranten tötet, wie es ihre Gewohnheit ist, werden die Vereinigten Staaten von Amerika zu ihrer Rettung kommen. Wir sind bereit und können loslegen.« Dies ist das älteste Drehbuch des Imperialismus, das die Rhetorik der »Rettung von Menschenleben« nutzt, um Krieg zu legitimieren – sei es im Irak oder in Libyen. Die USA folgen diesem Drehbuch auch heute noch: Allein im Jahr 2025 haben sie direkte Militärangriffe gegen sieben Länder gestartet.

Die völkermörderische israelische Regierung, die zuvor unter dem Motto »Frau, Leben, Freiheit« einen zwölftägigen Angriff gegen den Iran inszeniert hatte, schreibt nun auf Persisch in den sozialen Medien: »Wir stehen hinter euch, Demonstranten.« Die Monarchist*innen, als lokaler Arm des Zionismus, die während des Zwölf-Tage-Krieges Israel unterstützt haben, versuchen nun, sich ihren westlichen Herren als einzige Alternative zu präsentieren. Sie tun dies durch eine selektive Darstellung

und Manipulation der Realität indem sie eine digitale Kampagne gestartet haben, um sich die Proteste anzueignen, um die Straßenparolen zugunsten des Monarchismus zu verfälschen, zu verzerren und zu verändern. Dies offenbart ihre Hinterhältigkeit, ihre Ambitionen auf alleinigen Vertretungsanspruch, ihre Medienmacht und vor allem ihre Schwäche innerhalb des Landes, da ihnen im Iran materielle Macht fehlt. Unter dem Slogan »*Make Iran Great Again*« begrüßte diese Gruppe Trumps imperiale Operation in Venezuela und wartet nun auf die Entführung der Führer der Islamischen Republik durch amerikanische und israelische Killer*innen.

Und natürlich gibt es auch die Pseudolinken – die selbsternannten »Antiimperialist*innen« –, die die Diktatur der Islamischen Republik beschönigen, indem sie ihr eine antiimperialistische Maske aufsetzen. Sie stellen die Legitimität der aktuellen Proteste in Frage, indem sie die abgedroschene Anschuldigung wiederholen, dass »ein Aufstand unter diesen Bedingungen nichts anderes ist als ein Spiel auf dem Feld des Imperialismus«, weil sie den Iran nur durch die Linse geopolitischer Konflikte betrachten können – als ob jede Revolte lediglich ein getarntes Projekt der USA und Israels wäre. Damit leugnen sie die politische Subjektivität des iranischen Volkes und gewähren der Islamischen Republik diskursive und politische Immunität, während sie ihre eigene Bevölkerung massakriert und unterdrückt.

»Wütend auf den Imperialismus«, aber »ängstlich vor der Revolution« – um Amir Parviz Puyans wegweisende Formulierung zu zitieren – ist ihre Haltung eine Form reaktionärer Anti-Reaktion. Uns wird sogar gesagt, wir sollten in internationalen Foren nicht in einer anderen Sprache als Persisch über die jüngsten Proteste, Morde und Unterdrückungen im Iran schreiben, damit wir den Imperialisten keinen »Vorwand« liefern – als gäbe es außerhalb Persiens keine Menschen in der Region oder der Welt, die ein gemeinsames Schicksal, gemeinsame Erfahrungen, Verbindungen und Solidarität im Kampf teilen könnten. Für die

Ewiggestrigen gibt es kein anderes Thema als westliche Regierungen und keine andere soziale Realität als Geopolitik.

Im Gegensatz zu diesem feindlichen Block bestehen wir auf der Legitimität dieser Proteste – auf der Überschneidung von Unterdrückung und auf dem gemeinsamen Schicksal der Kämpfe. Die reaktionäre monarchistische Strömung breitet sich innerhalb der iranischen rechtsextremen Opposition aus, und die imperialistische Bedrohung für die Menschen im Iran – einschließlich der Gefahr einer ausländischen Intervention – ist real. Aber ebenso real ist die Wut der Menschen, die durch vier Jahrzehnte brutaler Unterdrückung, Ausbeutung und des »internen Kolonialismus« des Staates gegenüber nicht-persischen Gemeinschaften geschmiedet wurde.

Wir haben keine andere Wahl, als uns diesen Widersprüchen zu stellen, so wie sie sind. Was wir heute sehen, ist eine aufständische Kraft, die aus den Tiefen der sozialen Hölle des Iran aufsteigt: Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um zu überleben, und sich der Maschinerie der Unterdrückung frontal entgegenstellen.

Wir haben kein Recht, unter dem Vorwand einer externen Bedrohung die Gewalt zu leugnen, die Millionen Menschen im Iran zugefügt wird – oder ihnen das Recht zu verweigern, sich dagegen zu erheben.

Diejenigen, die auf die Straße gehen, haben genug von abstrakten, vereinfachenden und bevormundenden Analysen. Sie kämpfen aus einem inneren Widerspruch heraus: Sie leben unter Sanktionen und erleben gleichzeitig die Ausbeutung durch eine heimische Oligarchie. Sie fürchten Krieg und sie fürchten eine interne Diktatur. Aber sie erstarren nicht vor Angst. Sie bestehen darauf, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen – und ihr Ziel ist, zumindest seit Dezember 2017, nicht mehr eine Reform, sondern der Sturz der Islamischen Republik.

III. Die Ausbreitung der Revolte

Auslöser der Proteste war der freie Fall des Rial – zuerst unter Ladenbesitzern in der Hauptstadt, insbesondere auf den Märkten für Mobiltelefone und Computer –, doch sie weiteten sich schnell zu einem breiten, heterogenen Aufstand aus, der Lohnarbeiter*innen, Straßenverkäufer*innen, Gepäckträger*innen und Dienstleistende in der gesamten Handelswirtschaft Teherans mitriss. Die Revolte breitete sich dann schnell von den Straßen Teherans auf Universitäten und andere Städte aus, insbesondere kleinere Städte, die zum Epizentrum dieser Protestwelle geworden sind.

Von Anfang an richteten sich die Parolen gegen die Islamische Republik als Ganzes. Heute wird die Revolte vor allem von den Armen und Entrechteten vorangetrieben: Jugendlichen, Arbeitslosen, überschüssigen Bevölkerungsgruppen, prekär Beschäftigten und Student*innen.

Einige haben die Proteste abgetan, weil sie im Basar (der Handelswirtschaft Teherans) begonnen haben, der oft als Verbündeter des Regimes und Symbol des kommerziellen Kapitalismus wahrgenommen wird. Sie haben die Proteste als »kleinbürgerliche« oder »regimenahe« gebrandmarkt. Diese Reaktion erinnert an die ersten Reaktionen auf die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich im Jahr 2018: Weil die Revolte außerhalb der »traditionellen« Arbeiter*innenklasse und der anerkannten linken Netzwerke entstand und weil sie widersprüchliche Parolen trug, erklärten viele sie vorschnell für zum Scheitern verurteilt.

Aber wo ein Aufstand beginnt, bestimmt nicht, wohin er führt. Sein Ausgangspunkt legt nicht seine Entwicklung fest. Die aktuellen Proteste im Iran hätten durch jeden Funken wieder entfacht werden können, nicht nur durch den Basar. Auch hier breitete sich das, was im Basar begann, schnell auf die Viertel der städtischen Armen im ganzen Land aus.

IV. Die Geografie der Revolte

Wenn das pulsierende Herz von *Jin, Jiyan, Azadî* im Jahr 2022 noch in den marginalisierten Regionen (Ost-)Kurdistan und Belutschistan schlug, so sind heute kleinere Städte im Westen und Südwesten zu zentralen Knotenpunkten der Unruhen geworden: Hamedan, Lorestan, Kohgiluyeh und Boyer-Ahmad, Kermanshah und Ilam. Die Minderheiten der Lor, Bakhtiari und Lak in diesen Regionen werden doppelt unter den sich überschneidenden Krisen der Islamischen Republik zermalmt: dem Druck der Sanktionen und dem Schatten des Krieges, ethnischer Unterdrückung und Ausbeutung sowie der ökologischen Zerstörung, die ihr Leben bedroht – insbesondere im Zagros-Gebirge. Dies ist dieselbe Region, in der Mojahid Korkor (ein Lor-Demonstrant während des Jina-Aufstands und wo Kian Pirfalak, ein neunjähriges Kind, während des Aufstands von 2022 durch Schüsse der Sicherheitskräfte getötet wurde.

Im Gegensatz zum Jina-Aufstand, der sich von Anfang an bewusst entlang geschlechtlicher/sexueller und ethnischer Konfliktlinien ausbreitete, war der Klassenantagonismus in den jüngsten Protesten jedoch deutlicher zu erkennen, und ihre Ausbreitung folgte bislang eher einer massenbasierten Logik.

Zwischen dem 28. Dezember und dem 4. Januar 2025 wurden mindestens 17 Menschen von den repressiven Kräften der Islamischen Republik mit scharfer Munition und Schrotflinten getötet – die meisten von ihnen waren Lor (im weiteren Sinne, insbesondere in Lorestan und Chaharmahal und Bakhtiari) und Kurden*innen (insbesondere in Ilam und Kermanshah). Hunderte wurden verhaftet (mindestens 580 Menschen, darunter mindestens 70 Minderjährige); Dutzende wurden verletzt. Mit dem Fortschreiten der Proteste eskaliert die Polizeigewalt: Am siebten Tag in Ilam stürmten Sicherheitskräfte das Imam-Kho-

* dient dazu, den Iran bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen des Atomdeals wieder mit Sanktionen belegen zu können

meini-Krankenhaus, um die Verwundeten zu verhaften; in Birjand griffen sie ein Student*innenwohnheim für Frauen an. Die Zahl der Todesopfer steigt mit der Verschärfung der Unruhen weiter an, und die tatsächlichen Zahlen liegen sicherlich über den offiziell bekannt gegebenen.

Die Verteilung dieser Gewalt ist natürlich ungleichmäßig: In kleineren Städten ist die Unterdrückung härter – insbesondere in marginalisierten Minderheitengemeinschaften, die an den Rand gedrängt wurden. Die blutigen Morde in Malekshahi in Ilam und in Jafarabad in Kermanshah zeugen von dieser strukturellen Ungleichheit bei Unterdrückung und Repression.

Am vierten Tag der Proteste kündigte die Regierung – in Abstimmung mit verschiedenen Institutionen – unter dem Vorwand »kaltes Wetter« oder »Energieknappheit« weitreichende Schließungen in 23 Provinzen an. In Wirklichkeit war dies ein Versuch, die Kreisläufe zu unterbrechen, über die sich die Revolte ausbreitete – Basar, Universität, Straße. Parallel dazu verlagerten die Universitäten den Unterricht zunehmend ins Internet, um die horizontalen Verbindungen zwischen den Orten des Widerstands zu unterbrechen.

V. Die Auswirkungen des Zwölf-Tage-Krieges

Nach dem Zwölf-Tage-Krieg hat sich die iranische Regierung – in dem Bestreben, ihre eingebüßte Autorität zu kompensieren – offener der Gewalt zugewandt. Israels Angriffe auf iranische Militärstandorte und Zivilist*innen führten zu einer weiteren Militarisierung und Sicherheitsüberwachung des politischen und sozialen Raums, insbesondere durch die rassistische Kampagne der Massenabschiebung afghanischer Einwanderer*innen. Und während der Staat unermüdlich im Namen der »nationalen Sicherheit« spricht, ist er selbst zu einem zentralen Produzenten von Unsicherheit geworden: verstärkte Unsicherheit des Lebens durch einen beispiellosen Anstieg der Hinrichtungen, die syste-

matische Misshandlung von Gefangenen und verstärkte wirtschaftliche Unsicherheit durch die brutale Einschränkung der Lebensgrundlagen der Menschen.

Der Zwölf-Tage-Krieg – gefolgt von verschärften Sanktionen der USA und der EU sowie der Aktivierung des Snapback-Mechanismus* des UN-Sicherheitsrats – erhöhte den Druck auf die Öleinnahmen, das Bankwesen und den Finanzsektor, wodurch der Zufluss ausländischer Währungen gedrosselt und die Haushaltskrise verschärft wurden.

Vom 24. Juni 2025, als der Krieg endete, bis zu der Nacht, in der am 18. Dezember die ersten Proteste im Basar von Teheran ausbrachen, verlor der Rial rund 40 Prozent seines Wertes. Dies war keine »natürliche« Marktschwankung. Es war das kombinierte Ergebnis eskalierender Sanktionen und der bewussten Bemühungen der Islamischen Republik, die Auswirkungen der Krise durch eine kontrollierte Abwertung der Landeswährung von oben nach unten weiterzugeben.

Die Sanktionen müssen bedingungslos verurteilt werden. Im heutigen Iran fungieren sie auch als Instrument der internen Klassenmacht. Devisen konzentrieren sich zunehmend in den Händen einer Militär-Sicherheits-Oligarchie, die von der Umgehung von Sanktionen und undurchsichtigen Ölgeschäften profitiert.

Die Exporteinnahmen werden praktisch als Geiseln gehalten und nur zu bestimmten Zeitpunkten zu manipulierten Kursen in die formelle Wirtschaft freigegeben. Selbst wenn die Ölverkäufe steigen, zirkulieren die Erlöse innerhalb quasi-staatlicher Institutionen und eines »Parallelstaates« (vor allem der Islamischen Revolutionsgarde) und fließen nicht in den Alltag der Menschen.

Um das durch sinkende Einnahmen und blockierte Rückflüsse entstandene Defizit zu decken, greift der Staat auf Subventionsstreichungen und Sparmaßnahmen zurück. In diesem Rahmen wird der plötzliche Wertverlust des Rial zu einem fiskalischen Instrument: Er zwingt die »als Geisel genommene« Währung unter den Bedingungen des Staates zurück in den Umlauf und

erweitert rasch die Rial-Ressourcen der Regierung – da der Staat selbst zu den größten Dollarbesitzern gehört. Das Ergebnis ist eine direkte Entnahme aus den Einkommen der unteren und mittleren Schichten und die Übertragung der Gewinne aus der Umgehung von Sanktionen und Währungsrenditen an eine kleine Minderheit – was die Klassenunterschiede, die Unsicherheit der Lebensgrundlagen und die soziale Wut verschärft. Mit anderen Worten: Die Kosten der Sanktionen werden direkt von den unteren Schichten und der schrumpfenden Mittelschicht getragen.

Der Zusammenbruch der Landeswährung muss daher als organisierte staatliche Plünderung in einer vom Krieg gezeichneten, durch Sanktionen strangulierten Wirtschaft verstanden werden: als bewusste Manipulation des Wechselkurses zugunsten von Maklernetzwerken, die mit der herrschenden Oligarchie verbunden sind, im Dienste eines Staates, der die neoliberale Preisliberalisierung zu einer heiligen Doktrin gemacht hat.

Campistisch orientierte Pseudolinke reduzieren die Krise auf US-Sanktionen und die Dollar-Hegemonie und blenden dabei die Rolle der herrschenden Klasse der Islamischen Republik als aktive Akteure der Enteignung und finanziellen Akkumulation aus. Rechte campistische Manager, die in der Regel mit dem westlichen Imperialismus sympathisieren, geben allein der Islamischen Republik die Schuld und behandeln die Sanktionen als irrelevant. Diese Positionen spiegeln sich gegenseitig wider – und jede Seite hat klare Interessen daran, sie zu vertreten. Entgegen beiden Positionen bestehen wir darauf, die Verflechtung von globaler und lokaler Ausbeutung und Plünderung anzuerkennen. Ja, Sanktionen zerstören das Leben der Menschen – durch Medikamentenknappheit, fehlende Industrieteile, Arbeitslosigkeit und psychische Zermürbung –, aber die Last wird auf die Bevölkerung abgewälzt, nicht auf die Militär-Sicherheits-Oligarchie, die durch die Kontrolle der informellen Währungs- und Ölkreisläufe enormen Reichtum anhäuft.

VI. Die Widersprüche

Auf den Straßen sind widersprüchliche Parolen zu hören, von Aufrufen zum Sturz der Islamischen Republik bis hin zu nostalgischen Appellen für die Monarchie. Gleichzeitig skandieren Student*innen Parolen, die sowohl gegen den Despotismus der Islamischen Republik als auch gegen die monarchische Autokratie gerichtet sind. Pro-Schah- und Pro-Pahlavi-Slogans spiegeln reale Widersprüche vor Ort wider – sie werden jedoch auch durch Verzerrungen in den rechten Medien verstärkt und künstlich aufgebläht, darunter die widerwärtige Ersetzung der Stimmen der Demonstrant*innen durch monarchistische Slogans. Der Hauptverantwortliche für die Manipulation der Medien ist *Iran International*, das zu einem Sprachrohr für zionistische und monarchistische Propaganda geworden ist. Sein Jahresbudget beläuft sich Berichten zufolge auf rund 250 Millionen Dollar, finanziert von Personen und Institutionen, die mit den Regierungen Saudi-Arabiens und Israels in Verbindung stehen.

In den letzten zehn Jahren ist die Geografie des Iran zu einem Spannungsfeld zwischen zwei soziopolitischen Horizonten geworden, vermittelt durch zwei unterschiedliche Modelle der Organisation gegen die Islamische Republik. Auf der einen Seite steht eine konkrete, tief verwurzelte soziale Organisierung entlang der Bruchlinien von Klasse, Geschlecht/Sexualität und Ethnizität – am deutlichsten sichtbar in den sich überschneidenden Netzwerken, die während des Jina-Aufstands 2022 entstanden sind, sich vom Evin-Gefängnis bis zur Diaspora erstrecken und eine beispiellose Einheit zwischen verschiedenen Kräften hervorgebracht haben, von Frauen bis zu kurdischen und belutschischen ethnischen Minderheiten, die sich gegen die Diktatur stellen und gleichzeitig feministische und antikoloniale Horizonte aufzeigen. Auf der anderen Seite steht eine populistische Mobilisierung, die als »nationale Revolution« inszeniert wird und darauf abzielt, über Satellitenfernsehnetze eine homogene Masse atomisierter Individuen zu schaffen. Mit Unterstützung Israels

und Saudi-Arabiens versucht dieses Projekt, ein Gremium zu bilden, dessen »Kopf« – der Sohn des gestürzten Schahs – später von außen durch eine von ausländischen Mächten unterstützte Intervention eingesetzt und ihm aufgepfropft werden kann. In den letzten zehn Jahren haben Monarchist*innen, ausgestattet mit massiver Medienmacht, die öffentliche Meinung in Richtung eines extremen, rassistischen Nationalismus getrieben – wodurch ethnische Spaltungen vertieft und die politische Vorstellungskraft der iranischen Völker fragmentiert wurden.

Das Wachstum dieser Strömung in den letzten Jahren ist kein Zeichen für die politische »Rückständigkeit« der Menschen, sondern das Ergebnis des Mangels an einer breiten linken Organisierung und Medienmacht, die einen alternativen gegenhegemonialen Diskurs hervorbringen könnte – ein Mangel und eine Schwäche, die zum Teil durch Unterdrückung und Erstickung hervorgerufen wurden und diesem reaktionären Populismus Raum eröffneten. In Ermangelung einer starken Erzählung seitens linker, demokratischer und nicht-nationalistischer Kräfte können selbst universelle Slogans und Ideale wie Freiheit, Gerechtigkeit und Frauenrechte leicht von Monarchist*innen vereinnahmt und dem Volk in einer scheinbar progressiven Hülle verkauft werden, die den autoritären Kern verbirgt. In einigen Fällen wird dies sogar in sozialistisches Vokabular verpackt – genau hier verschlingt die extreme Rechte auch das Terrain der politischen Ökonomie.

Gleichzeitig haben sich mit der Verschärfung des Antagonismus mit der Islamischen Republik auch die Spannungen zwischen diesen beiden Horizonten und Modellen verschärft; heute zeigt sich die Kluft zwischen ihnen in der geografischen Verteilung der Protestparolen. Da das Projekt der »Rückkehr Pahlavis« einen patriarchalen Horizont repräsentiert, der auf persischem Ethnonationalismus und einer tief rechtsgerichteten Ausrichtung basiert, sind an Orten, an denen sich basisdemokratische Arbeiter*innen- und Frauenorganisationen gebildet haben – an Universitäten und in kurdischen, arabischen, belutschischen, turkmenischen, arabischen und türkischen Regionen –, pro-monarchistische Parolen

weitgehend abwesend und rufen oft negative Reaktionen hervor. Diese widersprüchliche Situation hat zu verschiedenen Missverständnissen hinsichtlich des jüngsten Aufstands geführt.

VII. Der Horizont

Der Iran steht an einem entscheidenden historischen Wendepunkt. Die Islamische Republik befindet sich in einer ihrer schwächsten Positionen in der Geschichte – international nach dem 7. Oktober 2023 und der Schwächung der sogenannten »Achse des Widerstands« und intern nach Jahren wiederholter Aufstände und Revolten. Die Zukunft dieser neuen Welle bleibt ungewiss, aber das Ausmaß der Krise und die Tiefe der Unzufriedenheit in der Bevölkerung sorgen dafür, dass jederzeit eine weitere Welle von Protesten ausbrechen kann. Selbst wenn der momentane Aufstand unterdrückt wird, wird er zurückkehren. In dieser Konjunktur kann jede militärische oder imperiale Intervention den Kampf von unten nur schwächen und die Hand der Islamischen Republik stärken, um Repressionen durchzuführen.

In den letzten zehn Jahren hat die iranische Gesellschaft kollektives politisches Handeln von unten neu erfunden. Von Belutschistan und Kurdistan im Jina-Aufstand bis hin zu kleineren Städten in Lorestan und Isfahan. In der aktuellen Protestwelle hat sich die politische Handlungsfähigkeit – ohne jegliche offizielle Vertretung von oben – auf die Straße, auf Streikkomitees und auf lokale, informelle Netzwerke verlagert. Trotz brutaler Unterdrückung bleiben diese Fähigkeiten und Verbindungen innerhalb der Gesellschaft lebendig; ihre Fähigkeit, zurückzukehren und sich zu politischer Macht zu verdichten, besteht weiterhin. Aber die Anhäufung von Wut ist nicht das Einzige, was ihre Kontinuität und Richtung bestimmen wird. Die Möglichkeit, einen unabhängigen politischen Horizont und eine echte Alternative aufzubauen, wird sich ebenfalls als entscheidend erweisen.

Dieser Horizont ist zwei parallelen Bedrohungen ausgesetzt. Einerseits kann er von rechten Kräften außerhalb des Landes vereinnahmt oder an den Rand gedrängt werden – Kräften, die das Leiden der Menschen instrumentalisieren, um Sanktionen, Krieg oder militärische Interventionen zu rechtfertigen. Andererseits arbeiten Teile der herrschenden Klasse – sei es aus militärisch-sicherheitspolitischen Fraktionen oder reformistischen Strömungen – hinter den Kulissen daran, sich dem Westen als »rationalere«, »kostengünstigere« und »zuverlässigere« Option zu präsentieren: als interne Alternative aus den Reihen der Islamischen Republik, die nicht mit der bestehenden Herrschaftsordnung brechen, sondern sie unter einem anderen Gesicht neu gestalten will. (Donald Trump strebt etwas Ähnliches in Venezuela an, indem er Elemente der herrschenden Regierung seinem Willen unterwirft, anstatt einen Regierungswechsel herbeizuführen.) Dies ist eine kalte Kalkulation des Krisenmanagements: Eindämmung sozialer Wut, Neukalibrierung der Spannungen mit den Weltmächten und Reproduktion einer Ordnung, in der den Völkern die Selbstbestimmung verwehrt wird.

Angesichts dieser beiden Strömungen ist die Wiederbelebung einer internationalistischen Politik der Befreiung notwendiger denn je. Dabei handelt es sich nicht um einen abstrakten »dritten Weg«, sondern um die Verpflichtung, die Kämpfe der Menschen in den Mittelpunkt der Analyse und des Handelns zu stellen: Organisierung von unten statt von oben von selbsternannten Führern vorgegebener Drehbücher, statt von außen konstruierter falscher Gegensätze. Heute bedeutet Internationalismus, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die Verpflichtung zur Bekämpfung aller Formen der Herrschaft – sowohl interner als auch externer – miteinander zu verbinden. Ein echter internationalistischer Block muss auf gelebter Erfahrung, konkreter Solidarität und unabhängigen Kapazitäten aufgebaut werden.

Dies erfordert die aktive Beteiligung linker, feministischer, antikolonialer, ökologischer und demokratischer Kräfte am Aufbau einer breiten, klassenbasierten Organisierung innerhalb

der Protestwelle – sowohl um das Leben zurückzugewinnen als auch um alternative Perspektiven der sozialen Reproduktion zu eröffnen. Gleichzeitig muss sich diese Organisierung in Kontinuität mit der befreienden Perspektive früherer Kämpfe und insbesondere der *Jin, Jiyan, Azadî*-Bewegung verorten, deren Energie noch immer das Potenzial hat, die Diskurse der Islamischen Republik, der Monarchist*innen, der Islamischen Revolutionsgarde und der ehemaligen Reformist*innen, die nun von einem kontrollierten Übergang und einer Wiedereingliederung in die Akkumulationszyklen der USA und Israels in der Region träumen, zu stören.

Dies ist auch ein entscheidender Moment für die iranische Diaspora: Sie kann dazu beitragen, eine Politik der Befreiung neu zu definieren, oder sie kann die erschöpfte Dichotomie von »innerem Despotismus« und »ausländischer Intervention« reproduzieren und damit die politische Pattsituation verlängern. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, dass die Kräfte in der Diaspora Schritte zur Bildung eines echten internationalistischen politischen Blocks unternehmen – eines Blocks, der klare Grenzen sowohl gegen den internen Despotismus als auch gegen die imperialistische Herrschaft zieht. Diese Haltung verbindet den Widerstand gegen imperialistische Interventionen mit einem expliziten Bruch mit der Islamischen Republik und lehnt jede Rechtfertigung von Unterdrückung im Namen der Bekämpfung eines externen Feindes ab.

Die Sichtweise aus Syrien

Dies ist ein Auszug aus einer Erklärung anarchistischer Internationalist*innen vor Ort in Nordsyrien.

Der Iran ist ein wichtiger Akteur in der Geopolitik des Nahen Ostens. Sein Einfluss hatte auch während der Assad-Ära starke Auswirkungen auf Syrien. Schmuggel- und andere Transportwege führten durch Syrien und versorgten die Hisbollah. Nach

dem Sturz des Assad-Regimes wurde der Iran aus Syrien verdrängt und hat generell seine frühere Macht in der Region verloren. Die Schäden, die während der israelischen Angriffe im Juni 2025 entstanden sind, wurden zu einem weiteren Faktor, der die Lage der Islamischen Republik beeinflusste.

Im Iran kam es regelmäßig zu Protesten. Die Proteste von 2022 unter dem Slogan »Frau, Leben, Freiheit« sind weltweit bekannt. Wie damals breiteten sich die Proteste auch jetzt im ganzen Land aus. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung breitete sich aufgrund wirtschaftlicher Faktoren aus – Inflation, steigende Preise und Armut –, führte aber schließlich zu Forderungen nach einem Sturz des Regimes. Die Demonstrant*innen liefern sich auf den Straßen Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei einige getötet und verletzt wurden.

Während der Eskalation zwischen Israel und dem Iran im Jahr 2025 waren die Aussagen von Netanjahu und Trump zur absichtlichen Destabilisierung des Iran mit dem Ziel eines Regimewechsels ein aufschlussreiches Detail. Dabei handelt es sich um die übliche Vorgehensweise der USA gegenüber »unbequemen« Regierungen in Regionen, die für sie von Interesse sind: Sie ebnen den Weg für kooperativere Politiker*innen, wie sie es auch in Afghanistan versucht haben.

Während der jüngsten Eskalation des Krieges zwischen Israel und dem Iran gab es Gerüchte, dass es bereits eine vorläufige »demokratische« Führungsfigur gibt, die von den Vereinigten Staaten unterstützt und vorbereitet wird. Obwohl diese Information nicht bestätigt wurde, können wir uns gut vorstellen, dass sie wahr sein könnte, wenn man die Methoden der Vereinigten Staaten in anderen Fällen betrachtet (z. B. die kürzliche Entführung des venezolanischen Präsidenten). In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung von Trumps erklärter Absicht, den iranischen Demonstrant*innen zu Hilfe zu kommen, wenn der Iran »friedliche Demonstranten grausam tötet, wie sie es tun«, deutlich.

Das iranische Kurdistan, Rojhilat, ist eine der rebellischen Regionen des Iran. Ihre Versuche, die Autonomie zu erklären,

sind seit Jahrzehnten erfolglos, aber der Guerillakampf auf dem Territorium des Iran geht weiter.

Die PJAK (Partei für ein freies Leben in Kurdistan) hat die Demonstrant*innen unterstützt und erneut das derzeitige Regime verurteilt.

Die kurdische Befreiungsbewegung kämpft nicht nur in Syrien oder der Türkei für Freiheit. Nachrichten aus Rojhilat machen zwar etwas seltener Schlagzeilen, aber die Lage im Iran ist für den Befreiungskampf besonders schwierig. Zu den PJAK-Kräften gehört auch ein bewaffneter Frauenflügel, der im Kontext einer Diktatur, die »moralische Kontrolle« über die Bevölkerung ausübt und denen der Schutz der schwächsten Gruppen dieser Gesellschaft, zu denen auch Frauen zählen, besonders wichtig ist.

Instabilität in Teheran könnte für die kurdische Region von Vorteil sein und die imperialistischen Allianzen der Achse Russland-Iran-China schwächen. Dennoch wird eine von den USA, Israel oder anderen installierte Marionettenregierung die Kurdenfrage im Iran nicht lösen. Darüber hinaus kann die Lösung der Kurdenfrage in einem neoliberalen imperialistischen Rahmen keine echte Lösung für einen multiethnischen und multireligiösen Nahen Osten bieten. Der demokratische Konföderalismus, der bereits im Nordosten Syriens von der Demokratischen Unionpartei (Partiya Yekîtiya Demokrat, PYD) umgesetzt und von der PJAK in Rojhilat befürwortet wird, bietet eine vielversprechendere Option für die Herbeiführung von Frieden.

Freedom News/ Gabriel Fonten

Der Aufstand ist »echte Selbstorganisation durch einfache Menschen«

Interview mit Mitgliedern der Anarchist Front, einem Kollektiv, das Informationen über Ereignisse im Iran, in Afghanistan und Tadschikistan verbreitet

05.01.2026

Der Aufstand im Iran dauert nun schon über eine Woche an. Es handelt sich nicht nur um einen wirtschaftlichen Protest, sondern auch um eine Revolte gegen die Staatsmacht als solches. Die Menschen haben die Kontrolle über die Straßen übernommen, die Symbole der Repression zerstört und sich den Gewehrläufe entgegen gestellt. Das ist Anarchie in Aktion: Lähmung der Regierungsmaschinerie von unten, ohne die Notwendigkeit sie durch eine neue Macht zu ersetzen.

Das Regime reagierte mit Schüssen, Razzien in Krankenhäusern und Massenverhaftungen, aber bisher ist die Repression gescheitert. Aufflammende und dynamische Taktiken (Autos anzünden, Kameras zerstören und Zufahrtswege blockieren) haben die Macht vom Zentrum an den Rand verlagert und einen Raum für echte Selbstverwaltung geschaffen: Massenspenden, Verteidigung von Krankenhäusern und direkte Verbreitung von Informationen.

Um mehr zu erfahren, haben wir einige Fragen an Anarchist Front geschickt, ein Kollektiv, das Informationen über Ereignisse im Iran, in Afghanistan und Tadschikistan verbreitet.

Wie groß ist die Unterstützung für die Streiks in der Bevölkerung?

Die Unterstützung für radikale Streiks und Proteste im Iran ist extrem weit verbreitet. Von den zweiunddreißig Provinzen des Iran haben sich nur zwei oder drei nicht an diesen Streiks und Protesten beteiligt.

Wie würdet ihr den aktuellen Generalstreik im Iran charakterisieren? Was hat den Streik ausgelöst?

Derzeit finden Streiks und Proteste gleichzeitig statt, und die Situation eskaliert rapide. Was als friedliche Schließung des Großen Basars von Teheran durch Ladenbesitzer begann, wurde nach dem Eingreifen der Sicherheitskräfte gewalttätig. Von dort aus breiteten sich die Proteste schnell auf Städte im ganzen Land aus.

Im Zentrum dieser Unruhen steht der unerträgliche wirtschaftliche Druck und eine galoppierende Inflation, die das tägliche Leben für große Teile der Gesellschaft unmöglich gemacht haben. Die ersten Streiks entstanden unter den Verkäufern von Mobiltelefonen, angetrieben durch das Chaos schwankender Wechselkurse und die steigenden Kosten für importierte Waren.

Diese Proteste sind völlig spontan und selbstorganisiert. Es gibt keine Führung, keine politische Fraktion, die sie leitet, und keine zentrale Kommandozentrale, die Befehle erteilt. Es handelt sich um Wut, die direkt aus der Bevölkerung kommt.

Gleichzeitig versucht der Sohn des ehemaligen iranischen Königs erneut, aus der Situation Kapital zu schlagen. Immer wenn es im Iran zu Protesten kommt, beeilt er sich, sie für sich zu beanspruchen. Zwar hat er einige Anhänger im Land, doch die überwiegende Mehrheit seiner Anhängerschaft lebt im Ausland. Abgesehen von den Royalist*innen hat die jahrzehntelange Unterdrückung durch die Islamische Republik die Möglichkeit, dass andere organisierte Oppositionskräfte im Land entstehen, praktisch zunichte gemacht.

Wie werden die Proteste organisiert und welche Gruppen versuchen, davon zu profitieren?

Diese Welle begann mit der Schließung der Märkte als Reaktion auf den katastrophalen Zusammenbruch des Rial, die extreme Inflation, steigende Steuern und die völlige Unfähigkeit des Regimes, die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Sie verwandelte sich schnell in eine angesammelte Wut gegen die gesamte Machtstruktur. Slogans wie »Tod für Khamenei« und »Basij, Sepah, ISIS – ihr seid alle gleich« spiegeln die Tiefe dieser Wut wider.

Die Ursachen sind der totale wirtschaftliche Zusammenbruch des Regimes, der auf systemische Korruption, massive Militärausgaben und ausländische Sanktionen zurückzuführen ist. Die Sanktionen sind jedoch nur ein Vorwand, den das Regime benutzt, um die Unterdrückung zu rechtfertigen.

Die Organisation ist weitgehend horizontal und dezentralisiert: über soziale Netzwerke, lokale Aufrufe von Basarhändlern und die organische Ausbreitung der Wut auf der Straße – ohne einen zentralen Anführer oder eine leitende Partei. Genau darin liegt ihre Stärke: echte Selbstorganisation von einfachen Menschen gegen die Herrschaft.

Hier liegt jedoch auch die Gefahr. Exilierte Oppositionsgruppen – insbesondere Royalist*innen, die mit Reza Pahlavi verbündet sind – sind auf den Plan getreten und versuchen, diesen Volksaufstand zu kapern. Durch Aufrufe aus dem Ausland verbreiten sie Slogans wie »Lang lebe der Schah«, um die Proteste in Richtung der Wiederherstellung einer weiteren erblichen Diktatur zu lenken – einer Diktatur, die zuvor das Volk durch die SAVAK blutig unterdrückte und nun versucht, durch diplomatisches Lächeln und leere Versprechungen die Macht zurückzugewinnen.

Über diese Gruppen hinaus unterstützen auch Anarchist*innen, Teile der Kommunist*innen, Teile der Liberalen und Republikaner diese Bewegung und würden vom Sturz der Islamischen Republik profitieren.

Unterdessen versuchen Teile der Islamischen Republik selbst, diesen Aufstand als interne Reformbewegung darzustellen, um das Regime in modifizierter Form zu erhalten.

Könntet ihr euch als Kollektiv vorstellen: Woher kommt ihr, was ist euer Ziel, wie seid ihr organisiert?

Die Anarchistische Front ist die neueste Form eines Weges, der 2009 begann – ein Weg, der von vielen Höhen und Tiefen geprägt war, von The Voice of Anarchism bis zur Federation of the Era of Anarchism. Heute, mit einer erneuerten Struktur, die erfahrene Genoss*innen und neue Kräfte zusammenbringt, legen wir erneut den Schwerpunkt auf Selbstorganisation und radikalen Kampf – sowohl bei der Schärfung des politischen Bewusstseins als auch bei der aktiven Förderung und Unterstützung von Kämpfen vor Ort.

Die Anarchist Front basiert auf den Prinzipien der Solidarität, des Antiautoritarismus und des unerbittlichen Widerstands gegen alle Formen der Herrschaft. Wir wollen die bestehende Ordnung nicht reformieren, sondern zerstören – damit keine Macht, keine Klasse und keine Grenzen mehr bestehen. Unser Kampf ist in den historischen Protesten und Widerständen der Menschen im Iran und in Afghanistan verwurzelt, während wir gleichzeitig eng mit der globalen anarchistischen Bewegung verbunden bleiben.

Obwohl unser Hauptaugenmerk auf dem Iran und Afghanistan liegt, reicht unser Horizont weit über diese Grenzen hinaus. Wir streben nach einer Welt, in der Freiheit, Gleichheit, Solidarität und echte gegenseitige Hilfe verwirklicht sind – ohne jegliche Form von Herrschaft oder Ausbeutung. Für uns ist Anarchismus nicht nur eine Theorie, sondern eine Lebensweise, eine Handlungsweise und der Prozess des Aufbaus einer Welt, die frei von Macht, Unterdrückung und Lügen ist.

Ein Großteil eurer Berichterstattung konzentriert sich auf Gewalt gegen Frauen. Betrachtet ihr das als Teil des aktuellen Streiks?

Heute sind Frauen, Studierende und Jugendliche aktiv auf den Straßen präsent. Sie bildeten den sozialen Kern der Bewegung »Frau, Leben, Freiheit«. Daher ja – die aktuellen Streiks stehen im Einklang mit den Forderungen der Jina-Bewegung und den Kämpfen für Frauenrechte.

Wir glauben, dass diese Bewegung, während sie den Geist von »Frau, Leben, Freiheit« bewahrt, auch passiveren und konservativeren Teilen der Gesellschaft die Möglichkeit eröffnet hat, sich dem kollektiven Kampf gegen die Islamische Republik anzuschließen und sich mit anderen zu vereinen.

Unser Hauptanliegen – neben der Konfrontation mit der kriminellen Islamischen Republik, die allein letzte Nacht mehr als sieben Menschen in unserer Region getötet hat – ist die Konfrontation mit royalistischen Strömungen, die die Bewegung infiltriert haben und die Situation ausnutzen. Ihre frauenfeindlichen Tendenzen sind sowohl in ihren Diskursen als auch in ihrer politischen Praxis deutlich zu erkennen.

Wie ist die Lage des Anarchismus im Iran und in Afghanistan, und welchen Herausforderungen sehen sich Aktivist*innen gegenüber?

Drohungen, Vorladungen, Schläge, Morddrohungen, Inhaftierungen und sexualisierte Gewalt sind Realitäten, mit denen Anarchist*innen in den letzten zwei Jahren und sogar schon zuvor konfrontiert waren.

Allein in den letzten fünf Monaten wurden zwei unserer Genoss*innen verhaftet und vier weitere vorgeladen. Die Bedingungen im Iran sind für uns extrem gefährlich. Derzeit ist einer unserer direkten Genoss*innen aus der Anarchistischen Front, Afshin Heyratian, im Evin-Gefängnis inhaftiert. Andere anar-

chistische Genoss*innen sind in Gefängnissen in der Provinz Yazd inhaftiert.

Wir hoffen, dass wir durch unseren Kampf unsere Genoss*innen befreien und sichere Bedingungen für uns selbst schaffen können.

Seht ihr die Gefahr einer ausländischen Intervention im Iran? Was wäre das Ergebnis?

Wie bereits erwähnt, sind Royalist*innen und Anhänger*innen von Reza Pahlavi stark von den westlichen Mächten abhängig. Zusammen mit anderen Teilen der Opposition haben sie Bedingungen geschaffen, unter denen westliche Regierungen – unter dem Deckmantel der Hilfe für das iranische Volk – offen über militärische Angriffe oder Medieninterventionen im Iran diskutieren.

Trump und Netanjahu haben den Iran wiederholt mit militärischen Maßnahmen bedroht, insbesondere in Zeiten aktiver Proteste.

Wir nutzen diese Gelegenheit, um unsere absolute und bedingungslose Ablehnung jeglicher militärischer Besetzung oder ausländischer Intervention westlicher Staaten im Iran – auf jeder Ebene und in jeder Form – zum Ausdruck zu bringen.

So wie wir während des zwölftägigen Iran-Israel-Konflikts in den Bereichen Berichterstattung, gegenseitiger Hilfe und Widerstand innerhalb des Iran präsent waren, bestehen wir darauf, dass wir im Falle einer ausländischen Intervention sowohl den Willen als auch die Bereitschaft haben, uns dieser entgegenzustellen.

Wir sind eine lokale Kraft, die sich aus horizontalen und vielfältigen Netzwerken anarchistischer Aktivist*innen zusammensetzt, die zuvor gemeinsam in der Federation of the Era of Anarchism organisiert waren. Wir sind in erster Linie keine militaristische Gruppe. Je nachdem wie sich die Zukunft entwickelt können wir jedoch neue Positionen einnehmen und uns entsprechend vorbereiten.

Wir betrachten die iranische Gesellschaft insgesamt nicht als begierig auf ausländische Interventionen.

Wie können Menschen im Ausland sich über die Ereignisse im Iran und in Afghanistan auf dem Laufenden halten?

Wir bieten Echtzeitberichterstattung und Organisierung auf Persisch. Unsere Reporter*innen stehen in direktem Kontakt und sind physisch in den großen iranischen Städten präsent. Am Ende jedes Tages veröffentlicht die Nachrichten- und Journalismusplattform der Anarchistischen Front einen umfassenden Tagesbericht auf Persisch.

Darüber hinaus veröffentlichen wir täglich Nachrichten auf Italienisch, Spanisch (Argentinien), Arabisch, Englisch und gelegentlich auf Deutsch und Schwedisch. Es gibt auch eine Plattform für Genoss*innen aus nicht-persischsprachigen Ländern, einschließlich einer internationalen Koordinierungsgruppe. Wir erhalten Berichte aus der ganzen Welt und agieren als anarchistische politische Kraft, die während der anhaltenden Krisen Solidarität und Unterstützung bietet.

Was Afghanistan und Tadschikistan betrifft: Unsere Genoss*innen sind in Afghanistan präsent, und wir haben auch Genoss*innen in Tadschikistan. Ähnlich wie im Iran engagieren wir uns in diesen Regionen sowohl in der Nachrichtenarbeit als auch in praktischen Aktionen.

Unsere letzte Forderung ist das anhaltende Bewusstsein freier Menschen aller Tendenzen auf der ganzen Welt. Wir bitten sie, ihre Augen nicht von den spezifischen Bedingungen im Nahen Osten und Nordafrika – insbesondere im Iran und in Afghanistan – abzuwenden und sich gegen falsche Informationen, irreführende Narrative und große Erzählungen zu wehren, die die Gesellschaft, ihre Dynamik und ihre Forderungen aus der politischen Analyse ausblenden.

Wir rufen auch zu Solidarität und gegenseitiger Zusammenarbeit auf.

Anarchist Front

Erste Erklärung – 30. April 2025

»Ein kurzer Rückblick auf sechzehn Jahre ununterbrochener anarchistischer Aktivität«

Es ist fast sechzehn Jahre her, seit wir diesen Weg eingeschlagen haben – eine Reise, die von vielen Höhen und Tiefen geprägt war.

Unser erstes anarchistisches, selbstorganisiertes Kollektiv wurde am 15. August 2009 außerhalb der Grenzen des Iran unter dem Namen »Voice of Anarchism« gegründet.

Von 2011 bis 2014 durchliefen wir einen Umstrukturierungsprozess und setzten unsere Aktivitäten unter dem Namen »Anarchist Network« fort.

Die Website »Asr-e Anarshism« (Die Ära des Anarchismus) nahm 2013 ihre Arbeit auf und wurde ab Mitte 2014 unter demselben Namen weitergeführt.

Nachdem sich uns 2015 Genoss*innen aus Afghanistan angeschlossen hatten, vereinigten wir alle Aktivitäten unter dem Dach des später als Asr-e Anarshism Collective bekannten Kollektivs.

Im Jahr 2018 gelang es uns gemeinsam mit dem Asr-e Anarshism-Kollektiv und zwei weiteren anarchistischen Gruppen (eine mit Sitz im Iran und eine weitere in Afghanistan), die Union der Anarchisten Afghanistans und des Irans zu gründen.

Schließlich führte der Beitritt neuer Genoss*innen im Jahr 2020 zur Gründung der Föderation von Asr-e Anarshism.

Nun ist die Zeit für einen Wandel gekommen – eine neue Phase der Selbstorganisation.

Aufgrund struktureller und organisatorischer Veränderungen werden wir unseren Kampf von nun an unter einem neuen Namen fortsetzen, der unsere derzeitige Stärke und Organisationsform widerspiegelt. Gemeinsam mit unseren neuen Genoss*innen werden wir uns erneut reorganisieren, vereint bleiben und den anarchistischen Kampf unter dem Namen fortsetzen:

Die Anarchistische Front

Mit Schwerpunkt auf dem Iran, Afghanistan und der umliegenden Region.

Anarchistfront.noblogs.org

t.me/anegogromworldgap

Hasse-Nima Golkar

Die Logik der Macht im Iran!

Eine anarchistische Perspektive auf Internetabschaltungen und die Militarisierung des städtischen Raums.

17.01.2026

Hunderte von Stunden gezielter und vollständiger Internetabschaltungen sowie der offene Einsatz von Streitkräften mit schwerem militärischem Gerät in den Straßen und Stadtvierteln iranischer Städte haben ein Bild geschaffen, das, obwohl es offiziell nicht als »Kriegsrecht« bezeichnet wird, in der Praxis viele seiner Merkmale aufweist: Kontrolle der Kommunikation, Demonstration von Zwangsgewalt und die Verhängung eines permanenten Ausnahmezustands.

Aus anarchistischer Perspektive ist diese Situation keine vorübergehende Anomalie, sondern eine klare Manifestation der Logik des modernen Staates.

Der Staat und das Gewaltmonopol

In der anarchistischen Theorie ist der Staat vor allem eine Institution, die ein Monopol auf organisierte Gewalt besitzt und ihre Legitimität nicht aus der freien Zustimmung der Gesellschaft, sondern aus ihrer Fähigkeit zum Einsatz von Gewalt bezieht.

Wenn gepanzerte Fahrzeuge, schwere Waffen und Streitkräfte den städtischen Raum besetzen – selbst ohne direkten Einsatz –, stellt dies eine Form der »Machtdemonstration« dar: Eine visuelle Botschaft, die die Bewohner daran erinnert, dass die herrschende Ordnung auf der Möglichkeit der Unterdrückung beruht. Dies steht im Einklang mit dem Gewaltmonopol und dem, was wir als das eigentliche Wesen staatlicher Macht erkennen.

Abschottung als soziale Belagerung

Heute ist das Internet nicht nur ein technisches Kommunikationsmittel, sondern ein Netzwerk, das horizontale Solidarität, den freien Informationsfluss und kollektives Handeln ermöglicht.

Ihre umfassende Störung ist eine Form der Belagerung; nicht die Belagerung einer Stadt, sondern die Belagerung des Bewusstseins und der sozialen Bindungen. Der Staat versucht durch die Unterbrechung dieser Netzwerke, die Gesellschaft in isolierte Einheiten zu spalten, von denen jede für sich genommen leichter zu kontrollieren ist.

Der Ausnahmezustand als Regel

Was im Namen »besonderer Umstände« oder »Sicherheitsbedürfnisse« gerechtfertigt wird, ist die Aufrechterhaltung eines permanenten Ausnahmezustands; eines Zustands, in dem das Gesetz außer Kraft gesetzt und durch die Entscheidung des Herrschers ersetzt wird. Unter solchen Umständen verschwindet die Grenze zwischen normaler Zeit und einem Krisenzustand, und die Gesellschaft wird in einem permanenten Zustand der Alarmbereitschaft und der Aussetzung von Rechten gehalten. Ein versteckter Ausnahmezustand funktioniert genau nach dieser Logik; ohne formelle Erklärung, sondern durch die praktische Umsetzung derselben Mechanismen.

Die Stadt als Kaserne

Die Militarisierung des städtischen Raums verändert die symbolische Funktion der Stadt. Eine Stadt, die ein Raum für gemeinsames Leben, Vielfalt und freie Interaktion sein sollte, wird zu einem Ort der Machtentfaltung und Überwachung. Diese Transformation offenbart, dass der Staat die Gesellschaft nicht als eine Ansammlung selbstverwalteter Individuen betrachtet, sondern als eine potenziell gefährliche Bevölkerung, die ständiger Fürsorge und Kontrolle bedarf.

Bottom-up-Ordnung versus aufgezwungene Ordnung
Im Gegensatz zu dieser Logik betonen wir Anarchist*innen die Möglichkeit einer anderen Art von Ordnung: einer, die nicht aus der Drohung des Gewehrlaufs entsteht, sondern aus freiwilliger Zusammenarbeit, gegenseitiger Hilfe und horizontalen Solidaritätsnetzwerken. Historische und soziale Erfahrungen haben gezeigt, dass Menschen verschiedene Formen der Selbstorganisation und des Zusammenlebens schaffen können, ohne sich auf den Apparat der Unterdrückung zu stützen. Was der Staat im Grunde fürchtet, ist nicht Unordnung, sondern genau diese Möglichkeit einer staatenlosen Ordnung.

Die Abschaltung des Internets und der Einsatz von Streitkräften auf den Straßen können als zwei Seiten derselben Strategie gesehen werden:
Die Kontrolle der Gesellschaft durch Isolation und Angst. Aus anarchistischer Perspektive ist diese Situation kein vorübergehender Fehler, sondern die Enthüllung des wahren Gesichts der Macht; ein Gesicht, das in Krisenmomenten seine rechtliche und administrative Maske ablegt und in seiner ursprünglichen Sprache spricht: der Sprache der Gewalt. Eine solche Analyse fordert uns auf, über alltägliche Ereignisse hinauszudenken und diese grundlegende Frage zu stellen:

Muss soziale Ordnung notwendigerweise auf organisierter Gewalt beruhen, oder können wir uns Formen des Zusammenlebens vorstellen, die auf Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Selbstverwaltung beruhen?

Freedom News / Rob Latchford, Gabriel Fonten

Iran unter Kriegsrecht

19.01.2026

»Nachts hallen Gesänge aus den Häusern der Menschen wider«, nachdem Tausende getötet und das Internet abgeschaltet wurden

Der Iran steht de facto unter Kriegsrecht, da mit harter Hand gegen die Aufstände vorgegangen wird, die das Land erschüttert haben. Trotz der anhaltenden Abschaltung des Internets kursieren weiterhin Augenzeug*innenberichte und Videos von Toten und Verletzten in den sozialen Medien. Ein Video zeigte Leichen von Patient*innen, die in Krankenhausbetten hingerichtet wurden, während ihre Körper noch an lebenserhaltenden Geräten angeschlossen waren. Ein anderes zeigte Leichensäcke im Kahrizak Forensic Medicine Center in Teheran.

Am Samstag (17. Januar) gaben iranische Beamte an, dass 4.500 Zivilist*innen bei den Protesten getötet worden seien, aber regimekritische Quellen beziffern die Zahl auf über 20.000. Am Samstag gab es auch Berichte aus mehreren Orten, dass Ärzte und Krankenschwestern, die Verletzte behandelt hatten, vor Gericht geladen worden seien.

Die Internetsperre im Iran dauert nun schon über 240 Stunden an und wurde nach einer kurzen, stark gefilterten Wiederherstellung ausgewählter Google- und Messaging-Dienste erneut verhängt. *Netblocks* berichtete, dass »während dieser Zeit einige Iraner*innen in der Lage waren, aktuelle Informationen über das Ausmaß der Krise vor Ort zu liefern«. Laut dem iranischen anarchistischen Schriftsteller Hasse-Nima Golkar ist »die Abschaltung des Internets, von Starlink, Telefonen und allen Kommunikationsmitteln nicht nur eine Sicherheitsmaß-

nahme, sondern ein Versuch, die horizontalen Bande der Solidarität und gegenseitigen Hilfe unter den Menschen zu durchtrennen«.

Die Proteste, die Ende Dezember begannen, führten zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften in über 180 Städten, von der Hauptstadt bis zu den Grenzprovinzen, in denen Kurd*innen, Aserbaidschaner*innen und andere Minderheiten leben. Während einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats warnten die Mitglieder vor weiteren Sanktionen und forderten die sofortige Freilassung der Inhaftierten und die Einstellung der Hinrichtungen. US-Präsident Donald Trump drohte mit militärischen Maßnahmen gegen das Regime, zog diese Drohungen jedoch später zurück.

Ein Genosse aus Teheran berichtete auf dem Blog von Anarchist Front, dass Stellvertreterkräfte, darunter schiitische irakische Aufständische der Hashd al-Shaabi, an Sicherheitskontrollpunkten präsent waren, insbesondere in Teheran, Mashhad und Zahedan, mit unbestätigten Berichten aus anderen Städten. »Sie schießen mit scharfer Munition direkt auf Demonstrant*innen«, berichtete der Genosse. »Wer nicht an den Kontrollpunkten anhält oder auch nur Anzeichen von Frustration oder Widerstand zeigt, wird schwer geschlagen und brutal behandelt.

Die Stadt ist voller Wut und Spannung. Die Geduld der Öffentlichkeit ist erschöpft, und die Begegnungen werden immer härter und explosiver. Nachts hallen Sprechchöre aus den Häusern der Menschen. Ein bis zwei Stunden lang sind Rufe wie ›Tod dem Diktator‹ zu hören – manchmal mit Unterbrechungen, manchmal ununterbrochen«, schrieb der Genosse.

Die Anarchist Front hat zu »permanenten anarchistischen und internationalistischen Sitzstreiks« auf den Straßen weltweit aufgerufen, um auf die »dramatische Veränderung der Weltlage« vom Iran über Venezuela bis Palästina, von Grönland bis zum Sudan aufmerksam zu machen. »Es ist an der Zeit, Hoffnung statt Angst zu mobilisieren, und das ist nur durch die Schaffung von Solidarität und stabilen Netzwerken möglich, die durch Af-

finität, Aktionen, unabhängige Berichterstattung und Pluralität das Kräfteverhältnis verändern können.«

Über 500 iranische Feministinnen in der Diaspora unterzeichneten eine Erklärung gegen die Massenmorde. Sie beschrieben den Aufstand als »Fortsetzung langjähriger Forderungen nach Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit« und forderten »eine demokratische, säkulare und geschlechtergerechte Zukunft für den Iran«.

In Warschau wurden Mitglieder der ZSP am 17. Januar von monarchistischen Organisatoren aus einer Solidaritätsdemonstration entfernt, nachdem sie ein Transparent mit der Aufschrift »Weder Schah noch Ayatollah – Solidarität mit dem iranischen Volk« getragen hatten.

Hasse-Nima Golkar

Eine politische Analyse ob der Möglichkeit eines Krieges im Iran aus anarchistischer Perspektive

25.01.2026

Derzeit kursieren in einigen Medien und sozialen Netzwerken Spekulationen über einen bevorstehenden Angriff der Vereinigten Staaten, unterstützt von Israel, gegen den islamisch-schiitischen Staat Iran. Ist ein solcher Angriff möglich?

Wenn es zu einem Krieg käme, welche Folgen hätte dies aus anarchistischer Sicht und angesichts der Realitäten vor Ort für die Region des Nahen Ostens, insbesondere für den Iran?

1. Kurzer Überblick über die Geschichte der Beziehungen zwischen dem Iran, den USA und dem Nahen Osten

Historischer Hintergrund

Die aktuellen Spannungen zwischen dem iranischen Regime und den Vereinigten Staaten haben weit zurückliegende historische Wurzeln. Die Spannungen zwischen den beiden Länder begannen mit dem blutigen Putsch von 1953, der mit Unterstützung der CIA gegen die nationalistische Regierung von Mohammad Mossadegh (dem damaligen Premierminister) durchgeführt

wurde, und verschärften sich später mit der Machtübernahme des islamisch-schiitischen Regimes von Ayatollah Khomeini im Jahr 1979 und der Besetzung der US-Botschaft. Diese bittere historische Erfahrung hat dazu geführt, dass jede Intervention der USA im Iran bis heute mit heftigen innenpolitischen Protesten und tiefem Misstrauen einhergeht.

Jüngster historischer Hintergrund

- In den 2010er Jahren rückte das iranische Atomprogramm in den Mittelpunkt der Verhandlungen und führte zu Spannungen mit dem Westen. Aus den Verhandlungen resultierte JCPOA (2015), einem Abkommen, das vorübergehend zur Entspannung beitrug. Mit dem Rückzug der USA aus dem Ankommen im Jahr 2018 nahmen die Spannungen jedoch erneut zu.

- Im Jahr 2020 führte die Ermordung von Qassem Soleimani (ein hochrangiger Kommandeur der Quds-Truppe – dem extraterritorialen Zweig der Islamischen Revolutionsgarde) durch die Vereinigten Staaten im Irak zu einer erheblicher Verschärfung der Spannungen. Dieses Ereignis offenbarte die ernsthafte Möglichkeit einer direkten Konfrontation zwischen den beiden Ländern im Nahen Osten (auch wenn es nicht zu einem umfassenden Krieg führte).

- Im Jahr 2025 erreichten die militärischen und politischen Spannungen ein höheres Niveau:

  – Die Vereinigten Staaten führten begrenzte Luftangriffe gegen iranische Nuklearanlagen durch, woraufhin ein vorübergehender Waffenstillstand verkündet wurde.

  – Gleichzeitig kam es innerhalb des Irans aufgrund einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Krise zu mehreren großen Protesten, die die größten regierungs-

feindlichen Demonstrationen seit 1979 darstellten und Tausende von Toten und zahlreichen Verletzten zur Folge hatten.

- Anfang 2026 verschärften sich die internen Spannungen, und es wurde über mediale Angriffe und sogar Anzeichen von Cyber-Attacken zugunsten der Opposition berichtet (einschließlich der Ausstrahlung von Botschaften zur Unterstützung von Reza Pahlavi in den offiziellen Medien).

- Die Beziehungen des herrschenden Staates im Iran zum Westen wurden auch von regionalen Allianzen und Rivalitäten beeinflusst, insbesondere im Nahen Osten. Strategische Analysen zeigen, dass die Vereinigten Staaten zwar nicht mehr – wie in der Vergangenheit – versuchen, die Region direkt zu kontrollieren, aber auch, dass sie – wenn ihre vitalen Interessen (wie der Öltransit oder die Sicherheit Israels) bedroht sind – nicht passiv bleiben werden.

2. Warum sind interne und internationale Spannungen miteinander verknüpft?

Zwei wichtige Faktoren sind miteinander verbunden:

a) Interne Krise und das Aufkommen weit verbreiteter Proteste
Die Proteste von 2025–2026 waren die größte soziopolitische Herausforderung im Iran in den letzten Jahrzehnten, begleitet von massiver Repression, erheblichen menschlichen Opfern und dem landesweiten Abschalten des Internets.

b) Verschärfung regionaler und internationaler Rivalitäten
Streitigkeiten über das Atomprogramm, den Einfluss im Irak und in Syrien sowie die Unterstützung von Stellvertretergruppen haben die Außenpolitik der USA und ihrer Verbündeten sowie die des iranischen Regimes in einem Zustand hoher Spannung gehalten.

3. Steht ein militärischer Angriff der USA/ Israels gegen den herrschenden Staat im Iran unmittelbar bevor?

Auf Grundlage der bisher dokumentierten Daten kann dies momentan nicht sicher beantwortet werden.

Mehrere Analysen von politisch-militärischen Experten in etablierten und glaubwürdigen Medien deuten darauf hin, dass, trotz der hohen Spannungen und der Diskussion militärischer Szenarien, ein direkter und groß angelegter Angriff – insbesondere in naher Zukunft – für die Vereinigten Staaten strategisch ungewiss ist. Zudem ein solcher Angriff im Vergleich zu anderen Themen wahrscheinlich eine geringere Priorität hat.

Die Medienberichterstattung und politische Proteste können solche Unklarheiten noch verstärken.

Viele Berichte über einen »bevorstehenden Angriff« basieren auf Spekulationen, Medienanalysen oder politischen Agenden und deuten nicht unbedingt auf eine endgültige Entscheidung hin.

Obwohl die israelische Regierung eine wichtige Rolle spielt, ist ein direkter Krieg mit dem Iran komplexer. Israel hat wiederholt seine Besorgnis über die Nuklear- und Raketenprogramme des Iran zum Ausdruck gebracht und bei Treffen mit US-Beamten zu Maßnahmen aufgerufen, was jedoch nicht unbedingt den »Beginn eines Krieges« bedeutet.

Wenn sich die Spannungen aufgrund von Krieg oder schweren Sanktionen zu einer größeren politischen und militärischen Krise entwickeln – Flucht der Elite, anhaltende Proteste oder bewaffneter Aufstand –, sind verschiedene Szenarien denkbar. In internationalen Analysen werden in der Regel die folgenden Szenarien untersucht:

a) Umfassender Krieg

Ein groß angelegter Angriff der USA und ihrer Verbündeten gegen das iranische Regime, ähnlich wie in Libyen, Irak oder

Afghanistan, der aufgrund seiner extrem hohen menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Kosten kurzfristig als am wenigsten wahrscheinlich gilt.

b) Begrenzter Konflikt oder gezielte Angriffe
Wahrscheinlicher ist Druck in Form von begrenzten Angriffen, militärischer Aufklärung oder Operationen gegen bestimmte Infrastrukturen (kein umfassender Krieg), beispielsweise mit Schwerpunkt auf Nuklearanlagen oder Verteidigungssystemen.

c) Geringfügige Spannungen durch Stellvertreter
Indirekte Konfrontationen durch Stellvertretergruppen im Irak, in Syrien, im Libanon, im Jemen oder am Persischen Golf, die in der Regel wahrscheinlicher sind als direkte Konfrontationen zwischen dem US-Militär und dem iranischen Regime.

4. Mögliche Aussichten im Falle eines Krieges

a) Direkte militärische Folgen
- Zahlreiche menschliche Opfer auf beiden Seiten.
- Schäden an der Infrastruktur, einschließlich Öl, Energie, Häfen und Transportwesen.

b) Wirtschaftliche Folgen
- Anstieg der weltweiten Öl- und Gaspreise.
- Störung des Handels und der regionalen Lieferketten.
- Verstärkte Sanktionen und wirtschaftlicher Druck auf die unteren Schichten.

c) Politische und soziale Folgen
- Bürgerkrieg und verstärkte Unterdrückung im Iran und in den von der Krise betroffenen Ländern.
- Verschärfung der Flüchtlings- und Migrationskrise in benachbarten und weiter entfernten Ländern.

- Weiterer Vertrauensverlust in Regierungen und internationale Institutionen.

5. Mögliche »Übergangs«- oder Entmachtungsszenarien des herrschenden Regimes

Erstes Szenario: Übergang ohne militärischen Krieg
Wenn das Regime aufgrund interner Proteste und Spaltungen innerhalb der Sicherheitsinstitutionen und Streitkräfte geschwächt wird, kann es zu einem Regimewechsel innerhalb der Gesellschaft kommen, ähnlich wie in anderen globalen Beispielen ohne ausländische Angriffe.

Zweites Szenario: Krieg mit ausländischer Intervention
Wenn die USA/Israel sich für eine direkte oder sehr umfangreiche Intervention entscheiden, könnte dies zu einem schnelleren Zusammenbruch des Regimes führen, jedoch mit extrem schwerwiegenden und unvorhersehbaren menschlichen, regionalen und geopolitischen Folgen.

Drittes Szenario: Militärisch-pragmatischer Übergang (ohne religiöse Herrschaft)
In diesem Szenario wird nach dem Zusammenbruch des Regimes die Macht kontrolliert an militärische oder paramilitärische Kräfte ohne religiöse Ideologie übertragen – möglicherweise an Kommandeure der Streitkräfte oder Teile der ehemaligen Sicherheitsstruktur –, die unter dem Motto »Stabilität und Sicherheit für wirtschaftlichen Fortschritt« durch die Bildung einer »vorübergehenden Militärregierung« versuchen, die Lage zu stabilisieren.

6. Die mögliche Rolle und Position rechter Kräfte (Monarchist*innen)

Wenn sich die Lage drastisch ändert und das derzeitige Regime geschwächt, gestürzt oder beiseite geschoben wird, kann die Rolle von Gruppen wie den Monarchist*innen verschiedene Verläufe annehmen, aber diese Rolle ist nicht garantiert und hängt von den internen und internationalen Realitäten ab.

a) Historisches Bewusstsein und öffentliches Misstrauen
Die historische Erinnerung an den Staatsstreich von 1953 – der mit Hilfe der USA durchgeführt wurde und zur Stärkung der Herrschaft des Schahs führte – bleibt für viele Iraner*innen ein Symbol für ausländische Einmischung und den Verlust der politischen Unabhängigkeit. Diese Erfahrung könnte dazu führen, dass große Teile der Gesellschaft der Idee einer »Wiederherstellung der Monarchie« misstrauisch gegenüberstehen, selbst wenn sie das derzeitige Regime ablehnen, da die historischen Verbindungen des Schahs zum Westen Erinnerungen an Intervention und Unterdrückung wachrufen.

b) Die politische Rolle von Reza Pahlavi
Reza Pahlavi hat in den letzten Jahren versucht, sich als liberal-demokratische Persönlichkeit zu präsentieren, die sich gegen das islamische Regime stellt und die »Demokratie« verteidigt, nicht unbedingt als Wiederhersteller der absoluten Monarchie. Er hat auch versucht, durch Kontakte zu Politiker*innen in den USA, Europa und dem Nahen Osten sowie durch den Dialog mit Teilen der rechten Opposition seine Position zu stärken (obwohl das tatsächliche Ausmaß seiner Unterstützung innerhalb des Landes nicht genau gemessen werden kann). Die heutige iranische Gesellschaft ist jedoch sehr vielfältig, jung und weitgehend nicht bereit, zu der gestürzten Ordnung der Vergangenheit zurückzukehren.

Wir dürfen nicht vergessen: Reza Pahlavi legte im Alter von 18 Jahren in Kairo (Ägypten) als Erbe seines Vaters den Kö-

nigseid ab und ist zutiefst fasziniert von Staatsmacht und Autoritarismus – »ob ich Schah oder Präsident bin«.

c) Herausforderungen für Monarchist*innen im Falle eines Regimewechsels

Viele linke und demokratische Iraner*innen innerhalb und außerhalb des Landes ziehen eine radikale Demontage der Machtstrukturen und die Errichtung eines demokratischen Systems (wie sie es definieren) der Wiederherstellung der Monarchie vor – insbesondere wenn die Monarchie als von ausländischen Mächten unterstützt oder legitimiert interpretiert wird.

In einer solchen Atmosphäre werden verschiedene republikanische Fraktionen, von Sozialdemokrat*innen über Linke und Kommunist*innen bis hin zu anderen Oppositionsgruppen – mit Ausnahme der Anarchist*innen, die sich kategorisch gegen die Bildung und Beteiligung an jeglicher staatlicher und hierarchischer Struktur aussprechen – politisch um die Staatsmacht konkurrieren.

Wenn das derzeitige Regime geschwächt wird oder zusammenbricht, wird die Rolle der Monarchist*innen und Reza Pahlavi ungewiss und umkämpft sein und keinen garantierten Weg zur Wiederherstellung der Monarchie darstellen, da die historischen Erfahrungen und sozialen Realitäten im Iran höchstwahrscheinlich eine schnelle und breite Akzeptanz einer Rückkehr zur absoluten Monarchie verhindern werden.

7. Die mögliche Rolle und Position linker Kräfte

Wenn das herrschende islamische Regime infolge eines Krieges oder eines plötzlichen Zusammenbruchs fällt, wird das Kräfteverhältnis von mehreren entscheidenden Faktoren abhängen, nicht nur von »historischer Legitimität« oder vergangenen Kämpfen.

In Bezug auf kommunistische und sozialistische Kräfte lassen sich mehrere wichtige Punkte festhalten:

Sozialkapital und Organisation
Die kommunistischen und sozialistischen Kräfte im Iran sind intellektuell und historisch tief verwurzelt, wurden jedoch in den letzten hundert Jahren sowohl durch die königliche Diktatur von Mohammad Reza Schah als auch durch das faschistische Regime von Ayatollah Khomeini stark unterdrückt und geschwächt. Infolgedessen ist es ihnen einerseits nicht gelungen, eine starke organische Verbindung zur Arbeiter*innenklasse und den unteren Schichten der Gesellschaft aufzubauen, und andererseits sind sie organisatorisch stark fragmentiert.

Daher haben kommunistische, sozialistische und demokratische linke Kräfte nur dann eine Chance, mit monarchistischen Kräften (von denen viele faschistische Tendenzen haben, die sich hinter der Rhetorik der »nationalen Rettung« verbergen) auf Augenhöhe zu konkurrieren, wenn sie:

- über eine echte soziale Basis im Land unter Arbeiter*innen, Bäuer*innen, Frauen, Lehrer*innen, Rentner*innen, Arbeitslosen, marginalisierten Bevölkerungsgruppen usw. verfügen – was nicht der Fall ist.

- ein klares praktisches Programm für eine soziale Revolution haben, nicht nur Parolen zum Sturz des Regimes und andere radikale Schlagworte wie Freiheit, Gleichheit, Brot, Arbeit, Wohnraum usw., meist innerhalb politischer Netzwerke im Exil im Ausland – was sie nicht haben.

- eine Einheit des Handelns zwischen den breitestmöglichen republikanischen Kräften herstellen, von Kommunist*innen und Sozialist*innen bis zur demokratischen Linken – was ihnen bisher nicht gelungen ist.

Wenn die linken Kräfte insgesamt sich nicht im Voraus als praktische und geeinte Alternative präsentieren können, wird ihre Rolle wahrscheinlich eher die einer »mächtigen sozialen Opposition« bleiben als die einer Hauptkraft, die die politische Macht ergreift und in Zukunft den von ihnen gewünschten Staat bildet.

Einfach ausgedrückt: Es gibt eine historische Chance für die Linke, aber sie ist nicht automatisch gegeben. Ohne Organisation, Einheit, ein Programm und organische Verbindungen zur Gesellschaft wird die politische Arena von denen erobert werden, die bereit sind, sie zu erobern, und nicht unbedingt von denen, die gerechter denken.

8. Schlussfolgerung und Strategien aus anarchistischer Perspektive

a) Die Möglichkeit eines direkten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran besteht, aber die politischen Realitäten und vorherrschenden Narrative deuten darauf hin, dass ein groß angelegter Krieg kurzfristig nicht sicher ist und sich die meisten Szenarien um begrenzte oder stellvertretende Spannungen drehen.

b) Wenn die Spannungen eskalieren, werden die menschlichen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen – insbesondere für die normale Bevölkerung, nicht für die Regierungen – extrem schwerwiegend sein.

c) Da der Charakter, das Ziel und die Strategie des Anarchismus darin bestehen, jede Form der Staatsmacht abzulehnen, basieren sein Diskurs und seine Praxis zweifellos auf der Ablehnung staatlich geprägter Machtstrukturen und dem Vertrauen auf gemeinschaftsbasierte Initiativen, die auf Selbstverwaltung und horizontaler Selbstorganisation beruhen. Im Falle eines Krieges gehören zu den besten Ansätzen Solidarität, gegenseitige Hilfe,

kollektiver Widerstand und der Einsatz von Mitteln, die dazu beitragen, Menschenleben und Würde zu bewahren und die Fortsetzung der Gewalt zu verringern.

d) Je nach Einschätzung der konkreten Bedingungen: gewaltfreier, gemeinschaftsbasierter Widerstand durch die Stärkung lokaler Hilfsnetzwerke zum Schutz der Zivilbevölkerung und internationaler Solidaritätsdialog.

e) Kritische Aufklärung und Sensibilisierung für kriegstreiberische oder propagandistische Nachrichten und Bekämpfung des mediengetriebenen Militarismus.

f) Konzentration auf Wahrheitsfindung und unabhängige Analyse statt Spekulation.

g) Planung des Wiederaufbaus und der horizontalen Zusammenarbeit (ohne Parteihierarchie und Führung) statt Konzentration auf die Staatsmacht.

Wenn die Arbeiter*innenklasse und die Zivilgesellschaft vorbereitet und stark sind, können sie letztendlich auf die Schaffung selbstverwalteter Räte, die Bildung demokratischer föderalistischer Strukturen und die Entwicklung sozialer, medizinischer und bildungspolitischer Solidarität hinarbeiten, auch wenn dieser Weg äußerst schwierig und riskant ist.

Mit dem Wunsch nach Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Wohlstand, Frieden und einer Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg für alle Arbeiter*innen im Iran und auf der ganzen Welt.

Nieder mit dem islamisch-faschistischen kapitalistischen Staat, der das Gebiet des Iran regiert!

Frau – Leben – Freiheit!

Hasse-Nima Golkar

Eine umfassende Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen politisch-sozialen Lage im Iran aus anarchistischer Perspektive

26.02.2026

Angesichts der Verwirrung und des Fehlens eines Programms unter den verschiedenen republikanischen und sozialistischen linken Kräften sowohl innerhalb als auch außerhalb des Iran stellt sich die Frage, ob sich die monarchistischen Aktivitäten unter der Führung von »Reza Pahlavi« ausweiten und verschärfen. Seine eifrigsten Anhänger*innen antworten auf jegliche Kritik oder Opposition gegen das monarchistische Regime mit Gewalt und haben Zugang zu verschiedenen Propagandamaschinerien der persischsprachigen Mainstream-Medien. Unterstützt werden sie durch die aktuelle US-Regierung unter Donald Trump und der aktuellen israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu. Könnte dies den Machtantritt von »Reza Pahlavi« ermöglichen? Welche potenziellen Szenarien könnten im hypothetischen Fall einer Machtübernahme durch Reza Pahlavi – trotz des Widerstands von Anarchist*innen, der Mehrheit der demokratischen politischen Kräfte und der ethnischen Gemeinschaften, die sich gegen die Monarchie stellen – die zukünftige soziopolitische Lage im Iran beeinflussen?

1. Könnten eine stärkere Medienpräsenz, externe Unterstützung und ein größerer Zusammenhalt unter den Monarchist*innen die Chancen von Reza Pahlavi auf eine Macht- übernahme erhöhen?

a) Eine Rolle spielen Schlüsselakteure, darunter Donald Trump und Benjamin Netanjahu. Zudem verfügen die Monarchist*innen über relative Vorteile, wenn man es rein aus der Perspektive des »diskursiven und organisatorischen Wettbewerbs« betrachtet. Angesichts der Zersplitterung linker republikanischer politischer Kräfte, die unter theoretischen und organisatorischen Schwächen leiden, könnten mehrere Faktoren zugunsten dieser autoritären Bewegung wirken:

– Zentralisierte Führung und eine einheitliche Botschaft in Krisenzeiten; Kräfte mit einer spezifischen Symbolfigur verfügen in der Regel über eine größere Fähigkeit zur schnellen Mobilisierung als andere Kräfte.

– Der Zugang zu den Massenmedien ist ein Instrument zur Schaffung eines »Machtbildes«. Dies bedeutet nicht unbedingt eine »tatsächliche soziale Basis«, kann aber eine »günstige Atmosphäre« schaffen.

– Unterstützung oder Annäherung durch ausländische Regierungen in der internationalen Politik sowie »Legitimität« können finanzielle Ressourcen, eine Plattform und ein diplomatisches Netzwerk bieten. Für den Iran ist dies jedoch ein zweischneidiges Schwert, da die historische Sensibilität gegenüber »ausländischer Einmischung« so hoch ist, dass sie die »innere Legitimität« schmälern kann.

Selbst wenn all das zusammenkommt, hängt die tatsächliche politische Macht im Iran auch von anderen Faktoren ab. Erheb-

liche Einschränkungen für Veränderungen innerhalb der derzeitigen Machtstruktur, ohne eine Spaltung der Streitkräfte und der Bürokratie, machen einen Machtwechsel extrem schwierig.

b) Die soziale Basis, insbesondere innerhalb des Landes; die grenzüberschreitenden Medien; zivilgesellschaftliche und soziale Organisationen; Streiks der Arbeiter*innen und anderer unterdrückter Gruppen; demokratische Räte sowie lokale und regionale Netzwerke sind ebenfalls entscheidende Faktoren.

– Akzeptanz unter den verschiedenen Oppositionskräften in einer Übergangsphase; keine einzelne Bewegung kann allein für Stabilität sorgen. Folglich können Medienaufmerksamkeit und externe Unterstützung das »diskursive Gewicht« erhöhen, reichen aber allein nicht aus, um an die Macht zu kommen.

Angesichts eines hypothetischen Machtantritts der Monarchisten mit Reza Pahlavi als einzige Führungsperspektive und Widerstand seitens eines bedeutenden Teils der soziopolitischen Gruppen und ethnischen Gemeinschaften lassen sich mindestens vier mögliche Szenarien skizzieren:

Szenario 1: Zentralistischer Übergang und hohe Spannungen

– Eine mächtige Zentralregierung und Widerstand seitens der Bevölkerung in ethnischen Randregionen

– Potenzial für zivilen Ungehorsam, Selbstverwaltungsbewegungen und Sicherheitsinstabilität

Szenario 2: Föderaler Kompromiss / Dezentralisierung

– Machtumverteilung auf die einzelnen Regionen – Anerkennung soziopolitischer und sprachlich-kultureller Rechte

– Abbau von Spannungen und Dezentralisierung der Zentralmacht

Szenario 3: Autoritärer Kreislauf

– Zentralisierung der Macht zur »Wahrung der territorialen Integrität«

– Einschränkung des soziopolitischen Raums

– Reproduktion des zentralistischen Staatsmodells (unabhängig von der Regierungsform)

Szenario 4: Scheitern des Projekts der Machtübergabe

– Zusammenbruch der Koalition, Fragmentierung der Macht und eine anhaltende quasi-revolutionäre Situation

2. Die politisch-anarchistische Analyse fasst das Problem grundsätzlich wie folgt zusammen:

a) Die Frage lautet nicht »Wer regiert?«, sondern vielmehr, warum es eine konzentrierte Machtstruktur geben sollte. Aus dieser Perspektive sind Monarchie, zentralisierte Republik und jeder ideologische Staat Formen hierarchischer Machtkonzentration, denen sich der Anarchismus entschieden widersetzt.

b) Kritik an Charisma und individueller Führung

Der Anarchismus steht einem symbolischen Führer und der auf eine Einzelperson ausgerichteten (Medien-)politik kritisch gegenüber und lehnt diese ab, da er darin die Reproduktion eines Herrschaftsverhältnisses sieht.

c) Die ethnische Frage
Die anarchistische Lösung beruht auf lokaler und regionaler Selbstverwaltung (Selbstorganisation und Selbstverwaltung), horizontaler Konföderation und direkter Demokratie, ohne jegliche Form eines »zentralisierten Nationalstaats«.

d) Die Rolle ausländischer Regierungen
Aus anarchistischer Perspektive verfolgt jede Staatsmacht ihre eigenen Interessen, und eine von Regierungen unterstützte »Befreiung von oben« ist ein struktureller Widerspruch.

3. Um die »tatsächliche soziale Basis« im heutigen Iran zu untersuchen, müssen mehrere methodische Punkte berücksichtigt werden:

Da es keine freie politische Aktivität gibt, ist eine genaue Einschätzung wie in »demokratischen Gesellschaften« nicht möglich, und die Daten sind indirekter Natur: Proteste und Streiks von Gewerkschaftsnetzwerken, vergangenes Wahlverhalten und der virtuelle Raum haben fließende und sich überschneidende Grundlagen (eine Person kann gleichzeitig mehreren Gruppierungen angehören). Unter Berücksichtigung dieser Vorbehalte lässt sich ein relativ realistisches Bild zeichnen:

a) Die Kräfte innerhalb des Regimes und ihre soziale Basis
Zum harten Machtkern gehören: die soziale Basis von Teilen des Militärs und der Sicherheitskräfte, die Staatsbürokratie, politisch-wirtschaftliche Netzwerke sowie Schichten der traditionell-religiösen Klassen, deren Hauptforderungen lauten: Erhaltung der bestehenden politischen Struktur, Stabilität und Sicherheit, eine staatlich/parastaatliche Wirtschaft sowie die Abwehr des Drucks von außen. Obwohl diese Basis sozial gesehen

viel kleiner geworden ist als in der Vergangenheit, bleibt sie organisatorisch mächtig.

b) Die Regierungsreformist*innen verfügen über eine geschwächte soziale Basis, bestehend aus der städtischen Mittelschicht, Teilen der Wirtschaft, Beamten und einigen Akademiker*innen. Ihre Forderungen sind: eine Verringerung der kulturellen und sozialen Unterdrückung, bessere Beziehungen zur kapitalistischen Welt und wirtschaftliche Verbesserungen ohne Zusammenbruch des Systems. Seit 2021 ist ihre soziale Basis stark erodiert, und sie sind in eine Vertrauenskrise geraten.

c) Städtische Mittelschicht (pluralistisch, weltlich/säkular)
Dieser Teil der Bevölkerung war die Hauptantriebskraft hinter den diskursiven Veränderungen im letzten Jahrzehnt. Zu ihrer sozialen Zusammensetzung gehören: Angestellte, Fachkräfte, kulturelle Aktivist*innen und Studierende sowie Teile der neuen Mittelschicht. Ihre Kernforderungen sind: individuelle und soziale Freiheiten, die Trennung von Religion und Staat, die Einbindung in die kapitalistische Welt, wirtschaftliche Stabilität und ein freier Lebensstil. Die politische Ausrichtung in dieser Schicht ist nicht monolithisch und umfasst: säkulare Republikaner*innen (die neue Linke), Verfechter*innen der Verfassung und absolute Monarchist*innen. Die »neue Linke« ist genau jene Gruppe, die eine Schlüsselrolle im revolutionären Aufstand »Frau, Leben, Freiheit« spielte.

d) Die Arbeiter*innenklasse und andere Lohnempfangende
Sie bilden eine reale und sehr wichtige Basis, sind jedoch in den Medien unterrepräsentiert. Dazu gehören: Industriearbeiter, Leiharbeiter in der Öl- und Gasindustrie, Lehrer*innen, Pflegekräfte, Fahrer und Rentner*innen. Deren Hauptforderungen lauten: inflationsangepasste Löhne, Arbeitsplatzsicherheit, unabhängige Gewerkschaften, ein Ende der rentenorientierten Privatisierung sowie soziale Dienstleistungen. Die Art ihrer Forderungen war historisch gesehen und ist nach wie vor weitgehend wirtschaftlicher und ge-

werkschaftlicher Natur, doch im Laufe der Kämpfe des vergangenen Jahrzehnts haben sie sich allmählich politisiert. Diese Schicht besaß schon immer ein entscheidendes Potenzial für jeden echten Übergang hin zu einem radikalen Wandel und wird dies auch weiterhin tun.

e) Die in den Städten marginalisierten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen, darunter informell Beschäftigte, Arbeitslose, Binnenmigrant*innen und Bewohner*innen informeller Siedlungen, deren Forderungen sich auf Überleben und Lebensunterhalt, Arbeit, Wohnraum und Sozialleistungen beziehen. Diese Gruppe spielte eine zentrale Rolle bei den spontanen, landesweiten Protesten von 2017 und 2019, ohne Anführer*in oder eine stabile politische Organisation.

f) Zu den ethnischen Regionen gehören (Ost-)Kurdistan, Belutschistan, Chuzestan, Lorestan, Aserbaidschan usw., deren gemeinsame Forderungen lauten: die Beseitigung struktureller Diskriminierung, wirtschaftliche Entwicklung, das Recht auf die Muttersprache sowie die Teilhabe an lokaler Macht und Entscheidungsfindung. Einige Regionen zeichnen sich durch die Verflechtung von identitätsbezogenen, sozioökonomischen und politischen Forderungen aus. Natürlich sind die sozialen und politischen Netzwerke in Kurdistan und Belutschistan stärker und tiefer verwurzelt als in anderen Regionen des Iran.

4. Die soziale Basis der Monarchist*innen und Konstitutionalist*innen

Entgegen der Darstellung in den Medien liegt ihre tatsächliche Basis im Land größtenteils bei den folgenden Gruppen:

– Ein Teil der städtischen Mittelschicht, der mit der aktuellen Regierung unzufrieden ist.

– Ein Teil der älteren Generation, der Nostalgie für die Zeit vor der »Islamischen Revolution« empfindet.

– Ein Teil der jungen Menschen mit einer »anti-islamisch-republikanischen« Ausrichtung (nicht unbedingt monarchistisch im klassischen Sinne). Ihre Hauptforderung betrifft weniger die »Monarchie« als vielmehr einen raschen Systemwechsel, einen säkularen Staat, Stabilität und Wohlstand; ihre »negative« Basis ist stärker als ihre »positive«.

5. Die verschiedenen demokratischen, sozialistisch-linken und anarchistischen politischen Kräfte

Diese verfügen über eine reale soziale Basis unter Gewerkschaftsaktivist*innen, Lehrer*innen, Studierende, Intellektuellen und einem Teil der Frauenbewegung. Zu deren Forderungen gehören: Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Rätedemokratie, eine soziale Wirtschaft, universelle Sozialleistungen und so weiter.

Das Hauptproblem liegt jedoch in politischer und theoretischer Schwäche, einem Mangel an landesweiter Organisierung und historischer Entfremdung. Anarchist*innen sind jedoch eine aufstrebende Kraft im Iran, die im Gegensatz zu anderen gegen alle Formen von Macht und Herrschaft durch den »Nationalstaat« kämpft. Und zusätzlich zu den oben genannten Forderungen legen sie größeren Wert auf demokratischen Räteföderalismus, direkte Demokratie, eine genossenschaftlich-partizipative Wirtschaft, horizontale Selbstorganisation (ohne jegliche Hierarchie) und Selbstverwaltung. Im Gegensatz zu anderen politischen Kräften streben sie unter keinen Umständen danach, die staatliche oder parlamentarische Macht zu ergreifen.

6. Einige Fragen stellen und die soziale Landkarte des heutigen Iran aus anarcho-syndikalistischer Perspektive zusammenfassen

Die Mehrheit der Gesellschaft verbindet nicht eine bestimmte Ideologie, sondern vielmehr folgende Forderungen:

Ein Ende der aktuellen politisch-wirtschaftlichen Situation, individuelle Würde und Freiheiten, die Beseitigung von Korruption und Vetternwirtschaft, Zukunftssicherheit, normale Beziehungen zur kapitalistischen Welt und auf spezifischerer Ebene: soziale Gerechtigkeit (die Arbeiter*innenklasse), Dezentralisierung (ethnische Regionen), Säkularismus (die Mittelschicht).

Unter den gegenwärtigen Umständen verfügt keine politische Bewegung über eine hegemoniale soziale Basis oder eine absolute Mehrheit; vielmehr ist die Gesellschaft zersplittert, im Umbruch begriffen und ihre Forderungen werden radikaler. Die bedeutendste Kluft verläuft nicht zwischen Monarchie und Republik, sondern vielmehr zwischen der Elite und den Massen, dem Zentrum und der Peripherie sowie den Privilegierten und den Benachteiligten.

Die Fragen lassen sich jedoch wie folgt stellen:

– Welcher Schicht wird im Falle einer landesweiten Krise als erste in Erscheinung treten?

– Welche Kraft hat die größten Chancen, zur »Hegemonie« zu werden?

– Wie nimmt ein Szenario der Machtteilung auf der Grundlage sozialer Bündnisse Gestalt an?

– Besteht die Möglichkeit, dass sich im Iran eine auf Räten basierende Alternative bildet?

Um dies zu beantworten, müssen wir zunächst die Logik der »Krisen-Dynamik« im Iran betrachten. Das heißt, welche Kräfte verfügen sowohl über einen unmittelbaren Anreiz, die Fähigkeit zum kollektiven Handeln als auch über die Fähigkeit sich auf das Wagnis einzulassen; im weiteren soll die Rolle von Streiks an strategischen Knotenpunkten sowie die Möglichkeit der Bildung selbstverwalteter Räume untersucht werden.

Das realistischste Szenario der Reihenfolge des Eintretens der sozialen Kräfte:

– Die städtische Unterschicht und die Marginalisierten, deren Hauptmotiv die Existenzsicherung und das Überleben ist, zeichnen sich durch schnelle, explosive Reaktionen, mangelnde Organisierung und hohe Risikobereitschaft aus, da sie wenig zu verlieren haben. Zu ihren unmittelbaren Forderungen gehören Freiheit, Brot, Wohnraum, Arbeit, Energie und so weiter. Dieser Sektor liefert in der Regel den Funken für eine Krise, kann diese jedoch allein nicht in eine strukturelle Veränderung verwandeln.

– Die städtische Mittelschicht, insbesondere junge Menschen und Frauen, verfügt über eine politisch-kulturelle Triebkraft und einen Lebensstil, der durch Diskursbildung, schnelle Vernetzung, Medienkompetenz und die Fähigkeit gekennzeichnet ist, vereinzelte Proteste durch Slogans und politische Perspektiven wie »Frau-Leben-Freiheit« in eine breite Bewegung zu verwandeln. Ohne die Einbeziehung dieser Schicht wird die Krise nicht weitreichend und allumfassend (national).

– Die organisierte Arbeiter*innenklasse und andere Lohnempfangende (der entscheidende Faktor). Dies umfasst folgende Schlüsselbereiche/-gruppen: Öl und Gas, Petrochemie, Elektrizität, Transport, Lehrer*innen und Rentner*innen, die entscheidend dafür sind, ob die Krise zu einem Machtwechsel führt oder nicht.

Warum sind sie entscheidend? Weil sie die Wirtschaft zum Stillstand bringen und der Regierung den Zugang zu finanziellen Ressourcen abschneiden können.

Die Rolle des Streiks bei der Bestimmung des Kräfteverhältnisses
Ein Streik im Iran ist nicht nur ein gewerkschaftliches Instrument; vielmehr kann er in einer politischen Krise zu einem Instrument für den Machtwechsel von oben nach unten werden. Streiks an kritischen Punkten:

– Öl und Gas haben als Haupteinnahmequelle unmittelbare Auswirkungen auf den Staatshaushalt (die wirtschaftliche Phase des finanziellen Drucks auf die Regierung).

– Stromausfälle lähmen Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten (die psychologische Phase eines Zusammenbruchs im Sinne von Kontrollverlust).

– Der Verkehr (LKW, Eisenbahn, Häfen) bringt die Vertriebskette zum Erliegen und erzeugt einen weitreichenden psychologischen Effekt auf den »Markt«, der auch eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses signalisiert (die politische Phase eines Bruchs in der Machtstruktur).

Gebiete, die für lokale und regionale Selbstverwaltung prädestiniert sind
Aus anarchistischer Perspektive entsteht Selbstverwaltung, wenn drei Bedingungen erfüllt sind: ein hohes Maß an sozialer Solidarität und gegenseitiger Hilfe, selbstorganisierte und selbstverwaltete Netzwerke sowie eine relative Entfernung vom Zentrum.

– Kurdistan, das aufgrund seiner Merkmale über ein größeres Potenzial verfügt, darunter: historische Erfahrung, Organisierung, das Vorhandensein tief verwurzelter Organisationen und Parteien, Solidarität und gegenseitige Hilfe,

lokale Selbstverwaltung sowie eine auf Räten basierende Struktur.

– Belutschistan verfügt aufgrund seiner Merkmale, darunter lokale soziale Netzwerke, die Autorität indigener Strukturen und eine Geschichte der Selbstständigkeit, über ein großes Potenzial; es ist jedoch mit extremer Armut und sehr hohem Repressionsdruck konfrontiert.

– Khuzestan (unter bestimmten Bedingungen): Wenn Öl- und Gasstreiks mit freien Arbeiter*innenräten und lokalen Forderungen verknüpft werden, werden sie eine sehr entscheidende Rolle spielen.

– Einige Stadtviertel in Großstädten sind im Falle eines Zusammenbruchs der zentralen Kontrolle in der Lage, die Steuerung der Verteilung sicherzustellen und durch die Bildung lokaler Komitees die Sicherheit im Stadtviertel zu gewährleisten.

Eine entscheidende Voraussetzung für einen auf Räten basierenden Übergang ist die Verknüpfung eines Generalstreiks mit Betriebs- und Nachbarschaftsräten. Ohne diese drei Verbindungen wird lokale Selbstverwaltung nicht nachhaltig sein.

7. Schlussfolgerung

In einer landesweiten Krise im Iran könnte die wahrscheinliche Reihenfolge des Eintretens sozialer Kräfte wie folgt aussehen:

Die städtischen Massen entzünden den Funken, die Mittelschicht macht die Bewegung landesweit, und die organisierte Arbeiter*innenklasse entscheidet zusammen mit anderen Lohnabhängigen über das Schicksal der herrschenden Macht, denn ohne einen Generalstreik ist die Machtübergabe sehr schwierig. Daher wird der eigentliche entscheidende Faktor nicht nur die

Straße als politischer Faktor sein, sondern der Streik in den systemrelevanten Sektoren der Wirtschaft sowie die lokale Selbstverwaltung in einigen Gebieten, die nachhaltig mit einem landesweiten Netzwerk föderalistischer Räte verbunden ist.

Freedom News/ Gabriel Fonten

»Wir organisieren uns weiter und leisten Widerstand«

Zweites Interview mit Anarchist Front über Unterdrückung und Widerstandsfähigkeit, regionalen Krieg und Internet-Sperren

10.03.2026

Als ihr zuletzt mit *Freedom News* gesprochen habt, breiteten sich die Proteste im Iran rasch aus und verschärften sich, aber auch die Unterdrückung nahm zu. Könnt ihr uns einen Überblick darüber geben, was seitdem passiert ist und was eure Gruppe unternommen hat?

Seit unserem letzten Interview hat sich die Lage im Iran auf gewaltsame und beispiellose Weise verändert. Die weit verbreiteten Proteste in vielen Städten wurden mit harter Repression beantwortet. Sicherheitskräfte griffen Demonstrant*innen mit scharfer Munition an; Tausende wurden getötet oder verletzt, Zehntausende verhaftet. Eine Atmosphäre schwerer Sicherheitsvorkehrungen breitete sich im ganzen Land aus. Es gibt auch Berichte und dokumentierte Beweise dafür, dass unter den aktuellen Kriegsbedingungen einige Gefangene an Orten festgehalten werden, die Luftangriffen ausgesetzt sind, und praktisch als menschliche Schutzschilde benutzt werden.

Inmitten dieser Situation, bevor die Bewegung die Möglichkeit hatte, sich neu zu organisieren, kam es zu einer weiteren Entwicklung: Am 28. Februar 2026 begannen groß angelegte Militäran-

griffe der Vereinigten Staaten und Israels gegen den Iran, bei denen Hunderte von Zielen im ganzen Land getroffen wurden. Bei diesen Angriffen wurden mehrere hochrangige Kommandeure und Politiker der Islamischen Republik getötet, und das Land befindet sich nun im Kriegszustand. Die Machtstruktur der Islamischen Republik steht vor einer schweren Krise, doch die politische Zukunft des Landes bleibt ungewiss und umstritten.

Die US-amerikanischen und israelischen Streitkräfte haben zahlreiche Ziele im Iran angegriffen, wobei neben militärischen Zielen auch Zivilist*innen getötet wurden. Gleichzeitig hat die Islamische Republik ihre Raketenkapazitäten genutzt, um Ziele in der Region anzugreifen. Diese Konfrontationen bedrohen das Leben von Millionen von Menschen in der gesamten Region, und bisher haben Hunderte von Zivilist*innen ihr Leben verloren. Die historische Erfahrung der Region zeigt auch, dass ausländische Interventionen selten zu echter Freiheit geführt haben und oft neue Formen der Herrschaft, Instabilität und geopolitischer Konkurrenz zur Folge hatten.

Unter diesen Bedingungen haben wir unsere Aktivitäten als Anarchist*innen fortgesetzt. Wir haben versucht, zu verhindern, dass diese Stimmen inmitten von Unterdrückung und Krieg zum Schweigen gebracht werden, indem wir Ereignisse dokumentiert, Erklärungen veröffentlicht, Netzwerke internationaler Solidarität aufrechterhalten und die Stimmen von Arbeiter*innen, Frauen und verschiedenen Bereichen der Gesellschaft nach außen getragen haben. Gleichzeitig haben wir einen Schwerpunkt darauf gelegt, Diskussionen über Selbstorganisation und horizontale Organisierung in Nachbarschaften, Arbeitsstätten und Universitäten auszuweiten und diese Kerne mit breiteren Netzwerken sozialer Solidarität zu verbinden. Wir glauben, dass ohne solche sozialen Grundlagen jede Protestwelle anfällig für staatliche Repressionen bleiben wird.

Konnten sich die Menschen gegen die Repressionen, denen sie ausgesetzt waren, verteidigen?

In vielen Fällen haben die Menschen versucht, sich auf unterschiedliche Weise zu verteidigen: von der Schaffung solidarischer Netzwerke zur Versorgung der Verletzten und Unterstützung der Familien von Inhaftierten bis hin zu verschiedenen Formen des Straßenwiderstands. Wir müssen jedoch realistisch sein: Der Repressionsapparat der Islamischen Republik ist äußerst umfangreich und gut organisiert, was eine kollektive Verteidigung erschwert.

Unter solchen Bedingungen haben die Menschen Methoden wie schnelle Zerstreuung auf den Straßen, anonyme Organisierung und gegenseitige Unterstützung innerhalb der Nachbarschaften entwickelt. In einigen Regionen wie (Ost-)Kurdistan und Belutschistan, wo es eine längere Geschichte des sozialen Widerstands gibt, konnten sich die lokalen Gemeinschaften in einigen Fällen besser schützen. In den großen Städten war die Repression jedoch extrem hart.

Die am stärksten gefährdete Gruppe sind nach wie vor politische Gefangene, insbesondere diejenigen, die während der jüngsten Proteste festgenommen wurden. Sie werden unter extrem gefährlichen Bedingungen festgehalten und sind weiterhin von schweren Strafen oder sogar der Hinrichtung bedroht. Die Erfahrungen dieser Zeit zeigen, dass lokale soziale Solidaritätsnetzwerke eine wichtige Rolle bei der sozialen Verteidigung und der Aufrechterhaltung des Widerstands spielen können.

Als wir Anarchist Front das letzte Mal interviewt haben, hatte die iranische Regierung gerade das Internet komplett abgeschaltet. Gab es seitdem wesentliche Veränderungen in Bezug auf eure Möglichkeiten zur Kommunikation und zum Zugang zum Internet? Konnten die Menschen diese Einschränkungen umgehen?

Die iranische Regierung nutzt weiterhin Internetabschaltungen oder -beschränkungen als eines ihrer wichtigsten Unterdrückungsinstrumente. In den letzten Jahren fiel eine weitreichende Abschaltung des Internets in der Regel mit gewaltsamen Razzien und

direkten Schüssen auf Demonstrant*innen zusammen. Mit dem Ausbruch des Krieges wurden erneut großflächige Internetabschaltungen durchgeführt, wodurch Millionen von Menschen die Möglichkeit der Kommunikation geraubt wurde. Schon vor dem Krieg, während der jüngsten Proteste, waren die Internetbeschränkungen strenger und länger als zuvor geworden, wodurch die Kommunikation zwischen Aktivist*innen wochenlang unterbrochen war.

Dennoch haben die Menschen wichtige Erfahrungen und Fähigkeiten im Umgehen dieser Einschränkungen gesammelt. Tools wie V2Ray-Protokolle und Anwendungen wie Psiphon und Lantern sind weit verbreitet, und wann immer eine Verbindung verfügbar ist, bleibt *Telegram* eine der wichtigsten Kommunikationsplattformen. Auch Satelliten-Internet ist für einige Aktivist*innen wichtig geworden, obwohl der Zugang dazu nach wie vor begrenzt ist.

Gleichzeitig hat die Erfahrung dieser Jahre gezeigt, dass sich keine soziale Bewegung allein auf das Internet verlassen kann. Die eigentliche Grundlage jeder sozialen Bewegung bilden direkte Beziehungen, gegenseitiges Vertrauen und echte Verbindungen zwischen den Menschen.

Ihr habt vor der Gefahr gewarnt, dass Royalist*innen (die bei den Protesten eine kleine Minderheit darstellten) versuchen könnten, diese als Ausgangspunkt für ihre eigene politische Bewegung zu nutzen. Inwieweit sind sie eurer Meinung nach damit erfolgreich gewesen?

Monarchistische Strömungen haben versucht, sich mithilfe der von ihnen kontrollierten Medienplattformen und mit Unterstützung bestimmter ausländischer Regierungen als einzige politische Alternative zu präsentieren. Reza Pahlavi und seine Anhänger*innen haben aktiv versucht, sich als Übergangsregierung zu positionieren, und wurden dabei von persischsprachigen Medien und einigen westlichen Regierungen unterstützt.

Die tatsächliche soziale Basis dieser Strömung innerhalb des Iran ist jedoch weitaus begrenzter, als ihre Medienpräsenz ver-

muten lässt. Viele der Menschen, die an den Protesten teilgenommen haben, sind im Wesentlichen gegen alle Formen des Autoritarismus auf die Straße gegangen und sehen die Rückkehr der Monarchie nicht als Lösung an.

Tatsächlich ist sich ein großer Teil der iranischen Gesellschaft sehr wohl bewusst, dass es keine Lösung ist, eine Form des Autoritarismus durch eine andere zu ersetzen. Aus diesem Grund betonen wir weiterhin, dass die Zukunft der Freiheit im Iran weder in der Wiederherstellung der Monarchie noch in der Fortführung anderer autoritärer Strukturen liegt, sondern in der sozialen Selbstverwaltung und demokratischen Formen der Gesellschaftsorganisation.

Aus unserer Sicht kann die Befreiung des iranischen Volkes nicht das Ergebnis von Projekten sein, die von ausländischen Mächten aufgezwungen werden. Freiheit kann nur aus dem Kampf und dem Willen des Volkes selbst entstehen, und die Umwandlung sozialer Bewegungen in Instrumente staatlicher Rivalitäten wird letztendlich der Gesellschaft schaden.

Gibt es noch etwas, das unsere Leser*innen über die Situation im Iran wissen sollten, und gibt es Möglichkeiten, wie sie Unterstützung leisten können?

Es ist wichtig zu verstehen, dass das iranische Volk kein passives Opfer dieses Krieges ist. Innerhalb der iranischen Gesellschaft gibt es viele soziale Bewegungen: Arbeiter*innen, Frauen, Studierende, ethnische Gemeinschaften und anarchistische Aktivist*innen, die unter extrem schwierigen Bedingungen weiterhin Widerstand leisten und sich organisieren. Die iranische Gesellschaft ist komplex, multiethnisch und dynamisch, und der Kampf für Freiheit wird in vielen Formen fortgesetzt. Am wichtigsten ist die internationale Solidarität zwischen den Volksbewegungen, nicht die Unterstützung staatlicher Projekte oder von oben auferlegter Alternativen.

Lesende außerhalb des Iran können eine wichtige Rolle spielen, indem sie unabhängige Stimmen verstärken und übersetzen,

Solidaritätsveranstaltungen organisieren und dazu beitragen, soziale Kämpfe im Iran sichtbarer zu machen. Je mehr diese Stimmen gehört werden, desto schwieriger wird es, sie zum Schweigen zu bringen.

Wir sind hier. Wir organisieren uns weiter und leisten Widerstand. Weder Mullahs noch Schah! Frau! – Leben! – Freiheit!

CrimethInc.

Der Iran zwischen Unterdrückung, Kooption und Krieg: Drei Wellen der Konterrevolution

19.03.2026

In der folgenden Analyse zeigt Somayeh Rostampour auf, wie die Repression, die die iranische Regierung zur Niederschlagung von Protesten ausübt, der monarchistische Versuch, Oppositionsbewegungen zu kooptieren und nach rechts zu drängen, sowie der militärische Angriff, den die USA und Israel derzeit gegen den Iran führen, verschiedene Fronten innerhalb einer einzigen Konterrevolution darstellen, die sich gegenseitig verstärken und gemeinsam die Möglichkeit einer echten Befreiung unterdrücken.

*Somayeh Rostampour ist eine kurdische feministische Aktivistin aus dem Iran, die sich in einem internationalistischen Netzwerk und einem feministischen, antiimperialistischen, linken Kollektiv in Paris engagiert, das 2022 von im Exil lebenden Aktivist*innen aus dem Iran, Afghanistan und Kurdistan nach dem Aufstand »Jin, Jiyan, Azadî« gegründet wurde. Das Kollektiv unterstützt subalterne Kämpfe im Iran.*

Zwischen Unterdrückung und Krieg

> 2024 nahm Donald Trump an Kundgebungen teil, auf denen nebeneinander Slogans wie Seid unregierbar! und Massenabschiebungen jetzt! zu lesen waren. Der Faschismus ist nicht nur deshalb unser Erzfeind, weil er genau das Gegenteil von uns will, sondern weil er seinem Projekt einen revolutionären Anstrich verleiht, die Dynamik und die Leidenschaft der Revolten für seine eigenen Zwecke nutzt und sich dadurch zur letzten Bastion der Zentren machen. Putin, Meloni, Le Pen und andere Faschist*innen profitieren von der Frustration und der Entwürdigung der seit dem jüngsten Wandel des Kapitalismus noch stärker prekarisierten arbeitenden Klasse, indem sie vorgeben, gegen das System zu sein, während sie es eigentlich festigen. Sie behaupten, alles verändern zu wollen, damit letztlich alles gleich bleibt. Die Reaktionären radikalisieren sich zunehmend, während sich die Progressiven in Zurückhaltung üben.
>
> *Revolutionen unserer Zeit: Ein internationalistisches Manifest*,
> Les Peuples Veulent

Ende 2025 brach vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise und einer wachsenden Ablehnung des theokratischen Regimes ein neuer Aufstand im Iran aus, der in den vorangegangenen Revolutionszyklen verwurzelt war. Seit 2017 hat eine Kombination aus wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen die iranische Gesellschaft jenseits jeglicher reformistischer Perspektive radikalisiert.

In den letzten zehn Jahren kam es im Iran zu mindestens fünf landesweiten Aufständen und Tausenden von Massenprotesten. Steigende Arbeitslosigkeit, Inflation, Armut und Ungleichheit haben das Land zu einem fruchtbaren Boden für Mobilisierungen der Bevölkerung gemacht, die von Generalstreiks bis hin zu sozialen Aufständen reichen. Diese wiederkehrenden Krisen haben tiefe Unzufriedenheit geschürt, insbesondere unter der

Arbeiter*innenklasse, Studierenden, Rentner*innen und arbeitslosen Jugendlichen, die wiederholt auf die Straße gegangen sind, um diese Ungerechtigkeiten anzuprangern. Der Mangel an Freiheit und Perspektiven – insbesondere für eine Generation, die mit Arbeitslosenquoten von fast 50 Prozent konfrontiert ist – war einer der zentralen Auslöser der Aufstände. Wenn 80 Prozent der Arbeiter*innen von befristeten Verträgen mit einer Laufzeit von weniger als sechs Monaten leben, wenn Rentner*innen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst umgerechnet oft nur 100 Dollar im Monat erhalten, während die Mieten in Teheran ein Niveau erreichen, das mit dem in europäischen Städten vergleichbar ist, ist es kaum verwunderlich, dass der Iran zu einem der turbulentesten und konfliktreichsten Länder in Westasien geworden ist.

Diese strukturellen Faktoren anzuerkennen bedeutet nicht, die Aufstände auf bloße wirtschaftliche Revolten zu reduzieren. Diese Analyse, die von bestimmten »campistischen« (das heißt *selektiv »antiimperialistischen«*) Strömungen vertreten wird, ist sowohl irreführend als auch politisch konservativ: Sie stellt den Aufstand ausschließlich als Reaktion auf Not dar, während sie die Art und Weise verschleiert, wie die Demonstrant*innen sich bewusst dafür entscheiden, sich gegen Autoritarismus, Patriarchat und das Regime zu stellen. Indem die Ursache der Krise externalisiert und Sanktionen oder imperiale Aggression gegenüber den eigenen Formen der Herrschaft und Unterdrückung des Regimes in den Mittelpunkt gestellt werden, wird die Islamische Republik normalisiert und entschuldigt.

Diese Mobilisierungen sind sowohl ihrer Form als auch ihrem Inhalt nach zutiefst politisch. Sie stellen nicht nur Ungleichheit und Verarmung in Frage, sondern die gesamte Herrschaftsstruktur: autoritäre Staatsmacht, geschlechtsspezifische Unterdrückung, die Verweigerung von Freiheiten, die Verengung demokratischer Horizonte. Neben der Forderung nach besseren Lebensbedingungen bringen sie die Ablehnung jener Ordnung zum Ausdruck, die diese Bedingungen hervorbringt – daher ihre

wiederkehrende Tendenz, in Form einer offenen Forderung nach dem Sturz des Regimes aufzutreten.

In jedem Protestzyklus hat die Unterdrückung die soziale Wut in direkten Widerstand gegen das Regime selbst verwandelt. Der Aufstand von Januar 2025–2026, der breiter angelegt war als die vorherigen, begann auf dem Basar von Teheran und griff rasch auf Studierende, die städtische arme Bevölkerung, Arbeiter*innen, Kleinunternehmer*innen und marginalisierte Randgebiete über, bis er schließlich mehr als 210 Städte in 31 Provinzen erfasste. Das Regime reagierte auf die Wut der Bevölkerung mit einer im modernen Iran beispiellosen Gewalt, schaltete Telefonnetze und das Internet ab und festigte seine Kontrolle durch einen Repressionsapparat, der durch autoritäre Überwachungstechnologien und digitale Kontrollmodelle gestützt wurde, die mit seinen Verbündeten China und Russland in Verbindung stehen. Das Regime tötete innerhalb weniger Nächte Tausende von Menschen.

Sechs Wochen später, am 28. Februar 2026, startete eine US-israelische Koalition einen Luftangriff auf das Land. Ali Khamenei, der Oberste Führer, wurde bei der Bombardierung seines Anwesens von Akteuren getötet, die selbst Völkermord begangen haben. Kurz nach der Bestätigung seines Todes feuerte Teheran Raketensalven auf Israel ab, was darauf hindeutet, dass seine Befehlskette auch in Abwesenheit seiner höchsten Autorität funktionsfähig blieb. Der Iran weitete seine Angriffe auch auf andere Länder aus, insbesondere auf Golfstaaten, in denen sich US-Militärstützpunkte befinden, darunter Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Kuwait.

Diese Abfolge von Ereignissen wirft eine dringende Frage auf: Wie kommt es, dass sich nach einem revolutionären Moment im Jahr 2022 der Horizont der Emanzipation zugunsten einer Rückkehr zur autoritären Ordnung im Jahr 2026 verschließen konnte? Wir müssen untersuchen, wie dies nicht nur als Folge staatlicher Repression geschieht, sondern auch durch eine diffusere Konterrevolution, die von medialen Narrativen und neuen

politischen Allianzen vorangetrieben wird und sich hinter der Rhetorik der »Befreiung« verbirgt.

Um den heutigen Iran zu verstehen, bedarf es mehr als einer Analyse der Revolution – es erfordert auch eine Analyse der Konterrevolution. Es reicht nicht aus, Aufstände zu untersuchen; man muss auch die Kräfte begreifen, die versuchen, sie zu neutralisieren, umzulenken, auszuhöhlen oder in Richtung eines autoritären Ausgangs zu lenken.

Die Unterdrückung des Aufstands vom Januar 2026 durch die Islamische Republik und der am 28. Februar 2026 begonnene militärische Angriff der USA und Israels sind weder zwei getrennte Ereignisse noch zwei gegensätzliche Formen der Gewalt, von denen die eine »böse« und die andere »befreiend« sei. Sie müssen vielmehr als Teil eines einzigen konterrevolutionären Prozesses verstanden werden, der lange vor der Eskalation zu militärischen Aktionen begann.

Noch vor dem Massaker im eigenen Land und vor dem Krieg im Ausland hatte bereits eine frühere Phase begonnen: eine politische, mediale und symbolische Konterrevolution, die insbesondere von der iranischen nationalistischen und monarchistischen Rechten (vor allem innerhalb der Diaspora) vorangetrieben wurde, welche darauf abzielte, die Bedeutung des Slogans *Jin, Jiyan, Azadî*, um ihn in eine chauvinistische, autoritäre, linksfeindliche und letztlich militaristische Agenda einzubetten. Obwohl die 2022 begonnene Revolution die Legitimität der Islamischen Republik zutiefst untergraben hatte, gelang es dem Regime, sich nach dem 7. Oktober 2023 und, noch entscheidender, nach dem ersten Angriff der USA und Israels im Juni 2025 wieder zu stabilisieren.

Diese wiedergewonnene Legitimität wurde durch das Massaker im Januar 2026 schwer erschüttert. Doch nur wenige Wochen später vertiefte ein neuer Angriff Israels und der imperialistischen Vereinigten Staaten die konterrevolutionäre Entwicklung, indem sie den Iran mit derselben Gewaltmaschinerie ins Visier nahmen, die bereits auf Gaza, den Libanon und

andere Teile Westasiens losgelassen worden war. Unter falschen Vorwänden geführt, hat dieser Krieg bereits Schulen und Krankenhäuser zerstört und Hunderte Zivilist*innen im Iran getötet. Trotz der Verwüstung hat er dem Regime auch ein gewisses Maß an Legitimität zurückgegeben, insbesondere international und in Teilen der globalen Linken. Zeitweise hat diese Linke dem Massaker an Iraner*innen durch imperialistische Waffen mehr Gewicht beigemessen als dem Massaker an Iraner*innen durch die Kugeln des Regimes.

Wie der Oberste Führer Ruhollah Khomeini während des Iran-Irak-Kriegs (1980–1988) wiederholt betonte: »Krieg ist ein Segen für die Islamische Republik Iran.« Er dient dazu, Zusammenhalt zu erzwingen, interne Dissidenz zum Schweigen zu bringen und die Legitimität des Regimes zu erneuern.

Der Krieg gegen den Iran im Jahr 2026 darf also nicht als Bruch mit der Konterrevolution verstanden werden, sondern vielmehr als deren militärische Vollendung. Anstatt den Zusammenbruch des Regimes herbeizuführen, wird der Krieg wahrscheinlich nur den staatlichen Nationalismus stärken und die Möglichkeit einer autonomen Transformation durch das Volk zunichte machen.

Selbst wenn das Regime zusammenbricht, wird das, was danach kommt, als Folge dieses Krieges noch reaktionärer sein.

Der Krieg hat den Ethnonationalismus und den innenpolitischen Zusammenhalt bereits gestärkt. Dies zeigt sich in der Bestätigung von Mojtaba Khamenei als neuem Obersten Führer. Interne Repression und externer Krieg verstärken sich gegenseitig. Unter solchen Bedingungen wird die Zivilgesellschaft ausgehöhlt, die Opposition stigmatisiert und jeder Weg aus der Krise erschwert.

So verstanden erscheinen das Massaker im Januar und der Krieg im Februar nicht als zwei Brüche, sondern als zwei asymmetrische Phasen derselben bewaffneten Konterrevolution – intern durch den iranischen Staat und extern durch imperialistische Mächte –, die auf den royalistischen Versuch folgten, die

Mobilisierungen der Bevölkerung nach rechts zu drängen. In allen drei Fällen ist nicht nur ein Regime oder eine Bevölkerung das Ziel, sondern die Möglichkeit einer emanzipatorischen Transformation von unten an sich.

Von der *Jin-Jiyan-Azadî*-Revolution zur Konterrevolution von 2026

Um die Abfolge der Ereignisse von 2022 bis 2026 zu verstehen – ohne sie auf entscheidende historische Ereignisse wie den Putsch von 1953, die Weiße Revolution von 1963 oder die Islamische Revolution von 1979 zurückzuführen –, müssen wir erkennen, dass die Konterrevolution weder mit dem Massaker im Januar begann, noch mit dem Krieg, der im Februar ausbrach, sondern schon früher, im politischen, medialen und symbolischen Bereich. Der Aufstand unter dem Motto *Jin, Jiyan, Azadî* stellte nicht nur die Verschleierungspflicht in Frage oder verurteilte staatlichen Mord; er eröffnete einen feministischen, populären und dekolonialen revolutionären Horizont und machte eine Transformation von unten denkbar, die von Frauen, von marginalisierten Bevölkerungsgruppen (insbesondere Kurd*innen und Belutsch*innen), von Jugendlichen, Arbeiter*innen und vernachlässigten Regionen vorangetrieben wird. Er destabilisierte zudem sowohl monarchistische als auch reformistische Narrative, indem er aufzeigte, wie Geschlechterdominanz, Klassenverhältnisse und der »interne Kolonialismus« des Staates miteinander verflochten sind.

Genau dieser Horizont wurde zum Ziel der ersten konterrevolutionären Offensive, die nicht nur vom Regime, sondern auch von Teilen der Opposition angeführt wurde, insbesondere von nationalistischen und monarchistischen Kreisen in der Diaspora. Diese Kräfte versuchten, den Slogan *Jin, Jiyan, Azadî* seiner Substanz zu entleeren, ihn durch Formeln wie »Mann, Heimat, Wohlstand« zu ersetzen und ihn in eine maskulinistische, zen-

tralistische, antilinke und kriegsbefürwortende Grammatik umzugestalten. Diese Umkehrung ging so weit, dass *Jin, Jiyan, Azadî* mit kolonialer Gewalt vereinbar erschien – zum Beispiel, als es neben israelischen Flaggen gezeigt und auf die Ruinen von Gaza geschrieben wurde, um Völkermord zu rechtfertigen.

Im Jahr 2023 versammelten sich iranische Rechtspolitiker im Namen der Einheit an der Georgetown University, um über einen Iran *nach Jina* zu diskutieren. Obwohl dieser Versuch, ein Bündnis zu schmieden, letztendlich scheiterte, vertiefte er bestehende Spaltungen und trug zum Rückzug progressiver Kräfte bei – ganz im Gegensatz zur Solidarität, die 2022 geschmiedet worden war. Die Teilnehmer*innen versuchten systematisch, die Vorreiterkräfte des Aufstands zu diskreditieren: Sie beleidigten kritische Feministinnen, diffamierten Studierende mit dem Etikett »Mojahedin« (ein Verweis auf die Volksmudschaheddin-Organisation), beschuldigten Kurd*innen und Belutsch*innen des »Separatismus« und reduzierten jede Forderung nach Autonomie oder Pluralismus auf eine Bedrohung der »territorialen Integrität«.

Ihre Ausrichtung auf Newroz (das kurdische Neujahrsfest) verdeutlichte diese Logik. Teile der zentralen Eliten und rechtsgerichtete Nationalist*innen stellten diesen Ausdruck der Volkskultur gleichermaßen als separatistische Bedrohung dar. Ein offener Brief an den Staat, unterzeichnet von 800 Intellektuellen aus dem »Zentrum« (politisch, geografisch, sprachlich und ethnisch gesehen), von denen die meisten iranische Republikaner*innen waren, bot einen paradigmatischen Ausdruck dieser Tendenz. Drei Konsequenzen ergaben sich daraus: die weitere Ausgrenzung ethnisch-nationaler Gruppen, wachsendes Misstrauen gegenüber dem »Zentrum« (einschließlich seiner patriotischen Linken) und eine geringere Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppen am Aufstand von 2026. Gleichzeitig zerfiel die Linke – die bereits als Kraft geschwächt war, die den 2022 eröffneten Horizont aufrechterhalten hatte – noch weiter.

Die Folgen der Umkehrung der Bedeutung von *Jin, Jiyan, Azadî* zeigten sich in bestimmten linken Kreisen, in denen das Handeln

unterdrückter Vevölkerungsgruppen, insbesondere der Kurd*innen, pathologisiert wurde. Ähnlich wie die frauenfeindliche Logik, die Überlebende sexueller Übergriffe für »provokative Kleidung« verantwortlich macht, stellten einige linke Analysen die Mobilisierung der Kurd*innen oder Belutsch*innen implizit als Provokation dar, die staatliche Gewalt oder ausländische Interventionen heraufbeschwor. Dies ist sowohl ethisch als auch theoretisch unhaltbar, da es den Kampf aus seinem materiellen Kontext abstrahiert, die Verantwortung für das Leid von den Herrschaftsstrukturen auf diejenigen verlagert, die sich ihnen widersetzen, und sich unbeabsichtigt mit genau jenen Kräften verbündet, denen es angeblich entgegensteht. In diesem Klima wurde sogar die Erinnerung an den Aufstand von *Jin, Jiyan, Azadî* zum Schlachtfeld.

Sein radikales Versprechen wurde nach und nach durch eine hegemoniale Ordnung ersetzt, die sich um militarisierte Normalität herum organisierte.

Unterdessen trugen die israelische Offensive und die Propaganda, die von rechten und rechtsextremen Medien wie *Manoto* und *Iran International* verbreitet wurde, dazu bei, das radikale Versprechen von *Jin, Jiyan, Azadî*, das auch ethnische Hierarchien in Frage stellt und Souveränität als Gemeingut neu definiert, zu unterdrücken, um eine rassistisch geprägte, zentralistische und militarisierte Ordnung zu fördern.

Geopolitische Neuausrichtungen beschleunigten diesen Wandel. Der »Zwölf-Tage-Krieg«, den Israel im Juni 2025 gegen den Iran führte, stärkte sowohl den Nationalismus als auch die rassifizierende Macht des Staates, indem er es erleichterte, die Teilnehmer*innen des Aufstands (insbesondere Kurd*innen und Belutsch*innen) als »Separatist*innen« darzustellen. Allmählich wichen die pluralistischen Bestrebungen von 2022 einer Logik der Sicherheit, Ausgrenzung und Disziplin. Einige ehemalige »Patrioten« trugen dazu bei, die Staatsmacht als »Bollwerk« gegen den äußeren Feind zu legitimieren; der Nationalismus verhärtete sich, verfestigte ethnische und geschlechtsspezifische Hierarchien und senkte die politischen Kosten eines persienzentrierten und xeno-

phoben Diskurses. Die staatliche Kampagne gegen afghanische Migrant*innen (einschließlich der Zwangsausweisung von mehr als zwei Millionen Menschen) wurde sowohl von Stellvertretern des Regimes als auch von Monarchist*innen und Nationalist*innen unterstützt, was den Rassismus im sozialen Bereich weiter normalisierte. In diesem Klima stießen die zunehmenden Hinrichtungen von Kurd*innen und Afghan*innen, denen Spionage für Israel vorgeworfen wurde, auf wenig Widerstand.

Die Schürung von Afghanophobie und Kurdophobie war kein Zufall. Sie war integraler Bestandteil der Ordnung nach dem Aufstand.

Dies wurde besonders deutlich im Fall des Bündnisses von fünf kurdischen Parteien, das am 22. Februar 2026 bekannt gegeben wurde und das den Sturz des Regimes mit dem Selbstbestimmungsrecht Kurdistans innerhalb eines demokratischen Irans verband, während es die Werte Demokratie, Frauenrechte, Ökologie und Gleichberechtigung in den Vordergrund stellte. Das Bündnis wurde sowohl vom monarchistischen »Kronprinzen« Reza Pahlavi als auch von den Medienplattformen der Islamischen Republik sofort als »separatistisch« gebrandmarkt. Ersterer berief sich auf eine »nationale Pflicht« zur Verteidigung der »territorialen Integrität«, während letztere das Bündnis als »Bestandteil eines US-amerikanisch-israelischen Projekts« darstellten. Ein Teil der Republikaner*innen in der iranischen Opposition (hauptsächlich Liberale aus ehemaligen reformistischen Strömungen) verteidigt ebenfalls die Idee eines säkularen und demokratischen Staates, der auf einem zentralistischen Nationalismus basiert.

So zieht sich ein roter Faden durch die ansonsten gegensätzlichen Lager: die Ablehnung der Autonomie unterdrückter Bevölkerungsgruppen. Diese Trennlinie zeigt, wer an den Prinzipien des Aufstands von 2022 festhält und wer nicht.

Innerhalb dieser Polarisierung hat sich die Opposition zunehmend um zwei Blöcke herum strukturiert: auf der einen Seite der revolutionäre Horizont, der sich 2022 um *Jin, Jiyan, Azadî* auftat *und* der darauf abzielt, Machtverhältnisse sowie nationale

und geschlechtliche Identitäten von unten her zu transformieren; auf der anderen Seite ein rechter – ja, zuweilen sogar rechtsextremer – konterrevolutionärer Block, angeführt vom Pahlavismus (Monarchist*innen), der jedoch darüber hinausgeht, zentralistische Staatlichkeit mit Militarismus verbindet und auf die Wiederherstellung der alten Ordnung ausgerichtet ist. Dies sind jene in der Diaspora, die auf den Straßen des Westens tanzten und den Krieg feierten, während imperialistische Bomben auf die iranische Bevölkerung und seine Häuser niederprasselten.

Reza Pahlavi verfügte zuvor nur über eine begrenzte Anhänger*innenschaft und einen schwachen Organisationsapparat, doch er nutzte die sich nach 2022 bietende Gelegenheit. Durch eine nationalistische und linksfeindliche Linie gelang es ihm, Teile der Opposition zu vereinen, die der führenden Rolle von Frauen, Kurd*innen, Belutsch*innen und Arbeiter*innen ablehnend gegenüberstanden, und gleichzeitig den Wunsch nach einem vom Westen unterstützten »schnellen Sturz« für sich zu gewinnen. Seine früheren Versuche, sich einer Achse aus Revolutionsgarden und Reformist*innen anzuschließen, waren gescheitert, doch insbesondere nach dem 7. Oktober 2023 profitierte er von der Unterstützung eines Akteurs, der zwar klein, aber dennoch mächtig ist. Nämlich Israel.

Die nationalistischen, sexistischen, homophoben, rassistischen und linksfeindlichen Parolen, die 2026 sowohl auf den Straßen als auch an den Universitäten auftauchten, sind Teil einer konterrevolutionären Gegenbewegung. Dies ist eine antilinke Gegenoffensive, die von der Angst vor der Macht marginalisierter Gruppen – der Avantgarde von 2022 – und derer, die sie unterstützten, aber auch von politischer Erschöpfung und einem Gefühl der Hilflosigkeit angesichts der Widerstandsfähigkeit des Regimes angetrieben wird. Die wahrgenommenen Misserfolge früherer Strategien trugen dazu bei, die Übergabe der Initiative an reaktionäre Kräfte zu legitimieren, notfalls auch durch Krieg.

Tatsächlich sind diese Formationen, ob staatlich geführt oder oppositionell, nicht nur reaktionär – sie sind auch parasitär. Sie

nähren sich von der kreativen Energie der Aufstände, nur um sie zu neutralisieren und auf nationalistische oder imperiale Ziele umzulenken. Dies zeigt sich nicht nur in Israels unaufrichtiger Darstellung des Krieges als »Befreiung«, sondern auch in der Art und Weise, wie der rechte Flügel der iranischen Diaspora westliche Anerkennung anstrebt, indem er die feministischen, kurdischen und queeren Dimensionen des Aufstands ausblendet. Diese Akteur*innen zielen darauf ab, sich die von *Jin, Jiyan, Azadî* entfesselte aufständische Kraft anzueignen, während sie gleichzeitig daran arbeiten, deren Rückkehr in emanzipatorischer Form zu verhindern. Die Parallelen zu anderen feministischen Aufständen, wie beispielsweise *Ni Una Menos* (»Nicht eine mehr«) in Lateinamerika, sind auffällig. In beiden Fällen stießen radikale Visionen von Geschlechtergerechtigkeit und kollektiver Verweigerung auf eine strafende, militärische und ideologische Gegenreaktion. Was sich über diese Kontexte hinweg abzeichnet, ist das, was Verónica Gago als globale Architektur der Gegenreaktion beschreibt: Demonstrant*innen werden kriminalisiert, repressive Technologien zirkulieren transnational, und Krieg wird zu einem Mittel, politisches Verlangen zu disziplinieren.

Die interne Unterdrückung durch das Regime und der Krieg im Ausland haben lediglich mit Waffengewalt einen bereits in vollem Gange befindlichen konterrevolutionären Prozess vollendet. Aus dieser Perspektive erscheint der jüngste Krieg als letzte Phase dieses Prozesses: nicht als Mittel zur »Befreiung des Iran«, sondern als Versuch, die letzten Überreste der 2022 entfesselten Dynamik auszulöschen und einen von außen orchestrierten Regimewechsel durchzusetzen. Mit anderen Worten: Die Bombardements zielen nicht auf Emanzipation ab, sondern auf die Mobilisierung konterrevolutionärer Kräfte für eine neue regionale und globale Ordnung – auf Kosten massiver Zerstörung, ziviler Todesopfer und der langfristigen Verhinderung jeglicher Möglichkeit einer Transformation durch die Bevölkerung für kommende Generationen.

Die Dämonisierung der Linken: Ein Tor zur extremen Rechten

Die vom Regime durchgeführte Repression war nur die erste Phase der Konterrevolution. Mensch muss auch verstehen, wie »die Linke« als allumfassende Kategorie des Feindes konstruiert wurde. In dieser Operation wird alles, was für Gleichheit, Autonomie, sprachliche und politische Pluralität, Frauenrechte, Selbstbestimmung, die Emanzipation unterdrückter Völker oder soziale Gerechtigkeit eintritt, auf »die Linke« reduziert und als existenzielle Bedrohung dargestellt.

Das tut das Regime. Das tun auch die Monarchist*innen. Und das tun auch bestimmte iranische Reformist*innen oder Republikaner*innen, wenn auch auf subtilere Weise.

Diese Dämonisierung der Linken hat den Weg für den Aufstieg der extremen Rechten geebnet. Das ist zudem nichts Neues. Schon unter den Pahlavis (1919–1980) wurden linke Kräfte mit Chaos, Subversion, Abhängigkeit vom Ausland oder Entwicklungsfeindlichkeit in Verbindung gebracht.[1] Nach 1979 weitete die Islamische Republik diese Logik aus und radikali-

1 Die Linke im Iran ist seit jeher in einer starken historischen Tradition verwurzelt, was zum Teil auf die Nähe des Landes zur Sowjetunion und deren Einflusssphäre zurückzuführen ist. Während der Verfassungsära (der iranischen Revolution von 1905–1911) wurden Sozialdemokrat*innen, Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und von der Russischen Revolution geprägte Gruppen von konservativen religiösen Kräften, der feudalen Aristokratie und später vom zentralistischen Staat unterdrückt. In den folgenden Jahrzehnten, insbesondere nach der Gründung der Tudeh-Partei in den 1940er Jahren und der Ausbreitung ihres Einflusses unter Arbeiter*innen, Intellektuellen, Frauen und sogar Teilen des Militärs, breitete sich im gesamten Staatsapparat und am Königshof eine strukturelle Angst vor dem Kommunismus aus, die in dem von den USA und Großbritannien unterstützten Staatsstreich von 1953 gipfelte, durch den Premierminister Mohammad Mossadegh gestürzt wurde. Dieser Moment markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der systematischen Unterdrückung der iranischen Linken.

sierte sie, indem sie unabhängige linke Gruppen auslöschte; Hinrichtungen (wovon die Massengräber von Khavaran noch immer Zeugnis ablegen); Säuberungen; Repressionen in Kurdistan im Namen des »Dschihad« gegen die Kurd*innen; und die Kriminalisierung von Aktivist*innen unter Bezeichnungen wie »Kommunist«, »Atheist«, »verwestlicht« oder »konterrevolutionär« – und das alles, während sie sich paradoxerweise bestimmte Formulierungen zu sozialer Gerechtigkeit, Antiimperialismus und der palästinensischen Sache zu eigen machte.

Staatlicher »Antiimperialismus« führt keine Tradition der Emanzipation oder des antikolonialen Kampfes fort. Er eignet sich das Simulacrum dieses Kampfes an, um interne Gewalt zu rechtfertigen, Opposition zu kriminalisieren, eine autoritäre Ordnung als Haltung des Widerstands darzustellen und die Geschlechterapartheid im Namen der »kulturellen Authentizität« zu legitimieren – eine Fassade, die ihn vom Westen abgrenzen soll. Diese ausbeuterische und unehrliche Aneignung, die auf den ersten Blick an Modelle wie den Stalinismus oder den Nasserismus erinnern mag, nahm im Iran eine spezifische Form an. Emanzipatorische Konzepte wurden in eine religiöse und mystische Sprache umformuliert, während der staatliche Antiimperialismus als »zivilisatorischer« Widerstand gegen den Westen neu konfiguriert wurde. Die Linke wurde somit sowohl wegen ihres Säkularismus als auch wegen ihrer Fähigkeit, das Monopol des Regimes auf die Sprache der sozialen Gerechtigkeit und die Palästinafrage in Frage zu stellen, zum Feind.

Der Iran präsentierte sich auf der internationalen Bühne zu seinem eigenen Vorteil als Kern der »Achse des Widerstands«, während er im eigenen Land eine tyrannische Ordnung aufrechterhielt. Dies ebnete den Weg für die Festigung einer patriarchalisch-islamistischen Ordnung. Auf diese Weise wurde ein Diskurs der Befreiung in einen Diskurs der Herrschaft umgekehrt, der die Autonomie der Frauen unterdrückte und die demokratische Opposition kriminalisierte.

Der Reformismus – die einzige Strömung innerhalb der zugelassenen politischen Parteien, die im Iran konsequent die Macht

mit den Islamisten geteilt hat, darunter siebzehn Jahre lang das Präsidentenamt – spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle bei dieser Dämonisierung, indem er durch Zeitschriften, Leitartikel und verschiedene kulturelle Produktionen eine diffusere Anti-Links-Kritik verbreitete. Im Namen von Stabilität, Mäßigung und Entwicklung setzten sie die Linke mit *Irrationalität, Dogmatismus, Gewalt* oder *Abhängigkeit vom Ausland* gleich, während sie den von den USA unterstützten Putsch von 1953 und die Unterdrückung progressiver Kräfte nach 1979 herunterspielten.

Gleichzeitig diente der reformistische Diskurs oft dazu, die Armen und die Arbeiter*innenklasse zu delegitimieren, indem er sie als soziale Basis des religiösen Konservatismus oder gar als politisch ignorante Masse darstellte, die für eine autoritäre Vereinnahmung bereitstand. Sozioökonomische Aufstände wurden als Ausdruck der vermeintlichen »Natur« der Armen dargestellt, eine Darstellung, die wir während der Aufstände von 2017–2018 und bei jüngeren Mobilisierungen erneut beobachteten.[2] In Krisenzeiten griffen einige Reformist*innen sogar auf eine auf »Sicherheit« fokussierte Rhetorik zurück, bezeichneten Demonstrant*innen als »Terroristen« und versuchten, radikale Forderungen durch die Verbreitung von Angst zu neutralisieren.

Der Reformismus, der nach dem Iran-Irak-Krieg (1980–1988) als Weg des schrittweisen Wandels »von innen heraus« – durch Wahlbeteiligung, parlamentarisches Handeln und die Formel »Druck von unten, Verhandlungen von oben« – präsentiert wurde, hat das politische Feld konsequent auf die beiden Alternativen Reform oder Zusammenbruch beschränkt. Diese Darstellung entzog jedem emanzipatorischen Bruch die Legitimität, indem sie ihn mit *einer »Syrisierung«*, Extremismus und dem Verrat an den nationalen Interessen in Verbindung brachte.

2 Mehr dazu in dem Artikel von Yashar Darolshafa, einem linken politischen Aktivisten, der in den letzten Jahren mehr als vier Jahre im iranischen Gefängnis verbracht hat. https://www.radiozamaneh.com/876428/

Nach fast zwei Jahrzehnten der Erfahrung erschienen die Reformist*innen weniger als Alternative zum Regime, sondern vielmehr als einer der Mechanismen seiner Reproduktion. Der Slogan von 2017–2018 – »Reformisten, Konservative, für euch beide ist das Spiel vorbei« – bringt dies deutlich genug zum Ausdruck.

Doch trotz seiner Legitimitätskrise reproduziert sich die reformistische Strömung weiterhin, sowohl im Iran als auch in der Diaspora, insbesondere unter bestimmten nationalistischen Eliten und manchmal auch in campistisch orientierten.

So veröffentlichte beispielsweise Fariba Adelkhah, eine französisch-iranische Anthropologin und Wissenschaftlerin an der französischen Universität Sciences Po, die von 2019 bis 2023 im Iran inhaftiert war, am 14. Januar 2026 – nur wenige Tage nach den blutigen Massakern vom 8. und 9. Januar – einen Text, der sich nahtlos in einen diasporischen Reformismus einfügt, der unter dem Deckmantel methodologischer Vorsicht ein Framing reproduziert, das der Linken und dem Sturz des Regimes feindlich gegenübersteht.[3] Nach reformistischer Auffassung könnte eine Form der internen Vermittlung innerhalb des Regimes – die es den Menschen ermöglicht, »ohne Rückgriff auf Gewalt zu debattieren«, wie Adelkhah es formuliert – noch möglich sein, trotz des offensichtlichen Scheiterns dieser Perspektive in den

3 Fariba Adelkhah geht auf die staatliche Gewalt im Januar – ein in der modernen iranischen Geschichte beispielloses Massaker – nur am Rande ein und stellt sie stets in den Kontext von Bedenken hinsichtlich Ordnung, Stabilität, Sicherheit und der Ablehnung ausländischer Einmischung. Indem sie der Regierung ein gewisses Maß an Vertrauen entgegenbringt, strukturell manipulierte Wahlen als »wirklich kompetitiv« darstellt, den institutionellen Zwang zur Verschleierung herunterspielt und am Ende einer Woche des Blutbads andeutet, dass »vor der Abschaltung des Internets die Debatte im Iran vielleicht noch nie so offen gewesen sei«, entschuldigt sie den iranischen Autoritarismus und spielt die politische Spaltung herunter, die die iranische Gesellschaft seit mindestens 2017 durchzieht. Der Text liest sich weniger wie eine getreue Schilderung der Lage, sondern eher wie der Ausdruck eines persönlichen Wunsches.

Parolen, Praktiken und Formen der Politisierung, die die jüngsten Aufstände geprägt haben. Indem er jede nicht-reformistische Alternative ablehnt und sich im Namen der Anti-Einmischung dem campistischen Ddenken annähert, hat der Reformismus indirekt dazu beigetragen, den Monarchismus zu rehabilitieren.

Die Tatsache, dass bestimmte campistische, dekoloniale oder pseudo-antiimperialistische Persönlichkeiten ihre Interpretation von Adelkhah in Frankreich verbreitet haben, offenbart die Nähe zwischen campistischen Argumentationsmustern und konterrevolutionären Positionen iranischer Reformist*innen. Im Namen der Vorsicht und der Ablehnung von Einmischung neigen diese Positionen dazu, die Diskussion von der Unterdrückung abzulenken, Aufstände zu delegitimieren und eine indirekte Rechtfertigung für die Gewalt zu liefern, die autoritäre postkoloniale Staaten ausüben.

Campistische Strömungen, die jede iranische Krise auf eine Folge von Sanktionen oder westlicher Einmischung reduzieren, beschönigen letztendlich das iranische Regime. Indem sie Kämpfe um Klasse, Geschlecht und Befreiung einer abstrakten Geopolitik unterordnen, tragen sie dazu bei, den Begriff der Emanzipation seines konkreten Inhalts zu entleeren, wodurch die Rechte das Monopol auf radikale Kritik an der bestehenden Ordnung behält.

Wenn mensch sich weigert, den internen Krieg zu durchdenken, den das Regime gegen seine eigene Bevölkerung geführt hat, bleibt jede Anprangerung des externen Krieges politisch unvollständig. Das war die Logik, die bestimmte dekoloniale campistische Strömungen dazu veranlasste, den revolutionären Jina-Aufstand von 2022 zu diffamieren, indem sie ihn als »Frau, Leben, Zionistin« brandmarkten, wie es Paroles d'Honneur (PDH) in Frankreich tat. Das Ergebnis ist dasselbe: die Schließung des 2022 eröffneten revolutionären Horizonts, die Isolation der populären Kräfte und der Linken sowie die Verdrängung des Wunsches nach einem Bruch zugunsten reaktionärer Lösungen.

Aus dieser reformistischen und campistischen Perspektive wird jedes emanzipatorische Projekt, das von der Realpolitik ab-

weicht, als »Radikalismus« umgedeutet und aus dem Rahmen der legitimen Politik verdrängt. Diese Strategie der Diskreditierung hat der Rechten ein Monopol auf den Radikalismus verschafft; folglich werden diese beiden Strömungen, wenn schon nicht zu Verbündeten, so doch zumindest zu Komplizen beim Aufstieg der Royalist*innen, deren im Ausland lebender Zweig heute eine Form der extremen Rechten darstellt.

Innerhalb der Diaspora haben die Monarchist*innen die Dämonisierung der Linken systematisiert und intensiviert. Mit der Unterstützung internationaler Mächte und Israels sowie mit beträchtlichen finanziellen und medialen Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, schreiben sie die Geschichte neu, indem sie die Krisen des Iran auf die *fitna* (»Aufruhr«) von 1979 und den »Verrat der Linken« reduzieren. Sie nutzen die Fehler eines Teils der Linken, wie etwa die Unterstützung der Tudeh-Partei für die Islamische Republik im Namen des Antiimperialismus, als Vorwand dafür und setzen die Linke mit der Islamischen Republik gleich, ähnlich wie die russische Linke historisch mit dem Stalinismus assoziiert wurde.[4] Als Etikett wird »die Linke« so zu einem Schimpfwort, zu einem Instrument der Ausgrenzung, das sich gegen jeden richtet, der sich dem Pahlavismus widersetzt – einschließlich Menschenrechtsaktivist*innen, Republikaner*innen, Liberalen und sogar politischen Gefangenen wie Narges Mohammadi, die sich nie als links identifiziert hat.

Dies ist ein Mittel, um die Verantwortung monarchistischer Strukturen und des Westens zu entpolitisieren und gleichzeitig die soziale Wut in eine konterrevolutionäre Nostalgie zu lenken. In diesem Zusammenhang werden Campist*innen, die die »Achse des Widerstands« durch die Beschönigung der Verbrechen des Regimes unterstützen, zu unfreiwilligen Handlanger*innen der

4 Bei bestimmten nationalen Minderheiten kommt ein weiterer Vorwurf hinzu: Für viele Kurd*innen, Belutsch*innen, Araber*innen und Türk*innen wird die Linke manchmal als eine Form des Mehrheitsnationalismus dargestellt, der am internen Kolonialismus mitschuldig ist.

extremen Rechten. Indem sie darauf bestehen, dass es im Falle eines Sturzes des Regimes keine Alternative zum Monarchismus gäbe, kommen sie letztlich zu dem Schluss, dass überhaupt kein Aufstand stattfinden sollte. Dies eröffnet Raum für faschistischen Populismus und die extreme Rechte, insbesondere in der Diaspora, während Radikale im Exil isoliert werden.

Reformist*innen und Monarchist*innen, die sich beide oft in einem neoliberalen Horizont verorten und beide dem ethnisch-nationalen Pluralismus weitgehend ablehnend gegenüberstehen, verstärken sich gegenseitig und werden bisweilen zu tatsächlichen Verbündeten. Der populäre Satz »*Die Linke hat es nie verstanden*«, der kurz vor dem Aufstand von 2026 von beiden Lagern mit Nachdruck wiederbelebt wurde, verdeutlicht die Wirksamkeit des linksfeindlichen Diskurses.

Es entsteht eine dreiseitige Konvergenz zwischen der Islamischen Republik, den Reformist*innen und den Monarchist*innen: Trotz ihrer erklärten Gegensätze neigen alle dazu, emanzipatorische Alternativen, die von der Linken, dem Feminismus und unterdrückter Bevölkerungsgruppen ausgehen, zu neutralisieren und damit den Horizont zu verschließen, der sich 2022 mit Slogans wie »Weder Monarchie noch Oberster Führer: Freiheit und Gleichheit« eröffnet hatte. Die Rechte dieser Gruppen werden als existenzielle Bedrohung für verschiedene Formen des Autoritarismus dargestellt, sei es theokratisch, säkular-zentralistisch oder monarchisch. Die Bezeichnung »der Linken« als Hauptfeind ebnet den Weg für eine rechte Konterrevolution oder, falls nötig, für einen Krieg.

Krieg als Konterrevolution unter dem Deckmantel der Befreiung

Die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands *Jin, Jiyan, Azadî* im Jahr 2022 durch die Islamische Republik veränderte die Bedingungen, unter denen »Freiheit« selbst in weiten Teilen der iranischen Gesellschaft überhaupt noch vorstellbar war.

Indem das Regime die Forderungen der Bevölkerung nach Geschlechtergerechtigkeit, demokratischem Wandel und ethnisch-nationaler Autonomie zurückwies, verschärfte es eine ohnehin schon schwere Legitimitätskrise und zerbrach das, was vom Gesellschaftsvertrag noch übrig war. Die Folge war nicht nur der Zusammenbruch des Vertrauens zwischen Staat und Gesellschaft, sondern auch eine Schwächung der kollektiven Fähigkeit, *Befreiung als internes politisches Projekt* zu *begreifen*.

Dieser Bruch schuf ein gefährliches politisches Terrain. Da Wege für Reformen, Anerkennung und Teilhabe systematisch versperrt wurden, verflocht sich die Idee der *Freiheit* zunehmend mit Hoffnungen auf eine Lösung von außen. Krieg, einst vor allem als zerstörerisches Gegenteil von Emanzipation verstanden, wurde – in bestimmten Kreisen, sogar unter einigen antikolonialen Denker*innen – zunehmend ambivalenter wahrgenommen: nicht als etwas an sich Erstrebenswertes, sondern als mögliches Mittel, ein gewaltsam festgefahrenes Regime zu stürzen.

Diese Verschiebung sollte nicht mit einer Befürwortung des Militarismus verwechselt werden. Vielmehr offenbart sie einen tiefgreifenden Wandel in der politischen Subjektivität – für den die Islamische Republik die Verantwortung trägt.

Durch jahrzehntelange Unterdrückung – und insbesondere durch sein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Aufstände von 2022 und Januar 2026 – hat das Regime Reformen nicht nur verhindert; es hat auch den Rahmen verändert, innerhalb dessen Gewalt, Bruch und Befreiung verstanden werden. In *Frames of War* argumentiert Judith Butler, dass ein Staat, wenn er Teile der Bevölkerung unerkennbar oder entbehrlich macht, die affektiven und epistemischen Bedingungen neu gestaltet, in denen Gewalt verstanden wird. Im Falle des Iran hat dies zu einer gefährlichen Verwischung der Grenze zwischen Vernichtung und Erlösung, Zerstörung und Befreiung beigetragen.

Die Ereignisse vom 8. und 9. Januar 2026 bieten hierfür ein besonders eklatantes Beispiel. Während des jüngsten massiven revolutionären Aufstands erzwang das Regime eine fast vollstän-

dige Abschaltung der Internet- und Telefonverbindungen und versuchte, durch eine Kombination aus Unterdrückung, Isolation und Terror die »Ordnung« wiederherzustellen. Im Januar veröffentlichte ein prominenter Augenarzt ein Video, in dem er erklärte, dass allein in einem einzigen Krankenhaus (*Farabi*) in Teheran in der Nacht des 8. Januar tausend Operationen durchgeführt worden seien, um Demonstrant*innen zu behandeln, denen mit scharfer Munition direkt ins Auge geschossen worden war. Krankenhäuser wurden zu Haftanstalten statt zu Orten der Versorgung, und viele der Verwundeten wurden in Gefängnisse verlegt, in denen sie zunehmend hingerichtet wurden. Die Leichen der getöteten Demonstrant*innen wurden in Kühlwagen gestapelt; einige von ihnen waren aufgrund der ihnen zugefügten Brutalität nicht mehr zu erkennen. Videos zeigen Familien in Leichenhallen, die weinend nach ihren Kindern suchen oder versuchen, die Leichen ihrer Angehörigen zu identifizieren. Unter diesen Bildern sind Säuglinge und Jugendliche zu sehen, die durch Schüsse getötet wurden.

Viele Opfer werden noch immer vermisst. Einem Bericht einer iranischen Universität zufolge wurden mindestens fünfzig Frauen anonym beigesetzt, da sie nicht identifiziert werden konnten. Leichen, die an die Familien zurückgegeben wurden, wurden manchmal nur gegen Bezahlung freigegeben, oft unter dem Vorwand einer »Projektilgebühr«, oder die Familien wurden gezwungen zu erklären, dass ihre Angehörigen Mitglieder der Basij [einer paramilitärischen Freiwilligenmiliz innerhalb des Korps der Islamischen Revolutionsgarden] gewesen seien und von Demonstrant*innen getötet worden seien. Die Bestattungen, die oft unter starkem Sicherheitsdruck durchgeführt wurden, fanden stillschweigend, sehr früh am Morgen oder spät in der Nacht statt. In einigen Fällen wurden die Leichen beigesetzt, ohne dass die Familien überhaupt informiert wurden. Die Zahlen belaufen sich auf rund 10.000 Tote, mehr als 11.730 noch in Untersuchung befindliche Fälle, mehr als 25.000 Verletzte, mehr als 52.000 Festnahmen und mindestens 337 erzwungene

Geständnisse. Das Regime setzte Gewalt nicht nur zur Unterdrückung, sondern auch zur Terrorisierung der Gesellschaft ein.

Die Geschichten von Tod, Verschwinden und Verhaftung verleihen dem Slogan konkrete Bedeutung: »*Basij, Sepah, unser Daesh, das seid ihr*.« [*Sepah* ist eine Bezeichnung für das Korps der Islamischen Revolutionsgarden; *Daesh* ist eine Bezeichnung für den Islamischen Staat.]

In dem durch diese staatliche Gewalt entstandenen politischen Vakuum fanden monarchistische und rechte Kräfte eine Gelegenheit, an Einfluss zu gewinnen. Pahlavis Aufstieg war weniger Ausdruck einer ideologischen Massenbewegung hin zum Monarchismus als vielmehr ein Zeichen für die wachsende Überzeugung, dass ein Bruch mit dem Regime ohne Einmischung von außen nicht möglich sei. Als die Persönlichkeit, die am deutlichsten mit internationaler Unterstützung – insbesondere israelischer Unterstützung – in Verbindung gebracht wurde, verkörperte er für einen Teil der Bevölkerung das glaubwürdigste Mittel für eine von außen erzwungene »Befreiung«. Pahlavis Anziehungskraft beruhte weniger auf einem positiven Wunsch nach einer Wiederherstellung der Monarchie als vielmehr auf der Wahrnehmung, dass er praktisch gesehen ein Projekt des Regimewechsels durch Krieg verkörperte.

Das Regime reagierte seinerseits mit einer Verschärfung seines Diskurses über »Sicherheit«, indem es Demonstrant*innen als »Terroristen«, »Spione« und ausländische Agenten brandmarkte und den Weg für neue Hinrichtungen unter Anklagen wie *Moharebeh* (»Krieg gegen Gott«) ebnete. Es entstand ein Teufelskreis: Die Unterdrückung versperrte emanzipatorische Möglichkeiten von innen, während das dadurch entstandene Vakuum die Menschen zu reaktionären Lösungen von außen hinführte. Das war der Kontext, in dem die Konterrevolution als Rettung getarnt werden konnte.

Die israelisch-amerikanische militärische Eskalation gegen den Iran in den Jahren 2025 und 2026 muss in diesem Zusammenhang verstanden werden. Nach außen hin wurde der Krieg

mit Rhetorik über die »Befreiung« des Iran gerechtfertigt. Dieser Diskurs wurde nicht bloß von außen durch imperiale Gewalt aufgezwungen; insofern ihn bestimmte Teile der iranischen Gesellschaft akzeptierten, war dies das Ergebnis der Verwüstung, die das Regime selbst angerichtet hatte.

Die Tatsache, dass eine offensichtlich zynische Aneignung feministischer und demokratischer Sprache durch einen Siedlerkolonial- und Apartheidsstaat irgendjemandem glaubwürdig erscheinen könnte, ist an sich schon ein Maß für das Ausmaß der Verzweiflung im Iran. Netanjahus groteske Beschwörung der »Freiheit« ist ein eklatantes Beispiel für die imperiale Vereinnahmung des Diskurses über Befreiung. Die symbolische Vereinnahmung der emanzipatorischen Sprache von *Jin, Jiyan, Azadî* wurde nicht nur von Teilen der iranischen Rechten begünstigt, sondern auch von bestimmten westlichen liberalen Feministinnen, deren selektive Solidarität mit iranischen Frauen mit ihrem Schweigen über Völkermord, koloniale Herrschaft und Krieg in der Region vereinbar blieb.

Das ist nichts Neues. Wie Wissenschaftler*innen wie Lila Abu-Lughod und Mahmood Mamdani gezeigt haben, haben imperialistische Mächte wiederholt die Sprache der Frauenrechte, des Schutzes von Minderheiten und der Demokratie instrumentalisiert, um militärische Interventionen zu legitimieren – zum Beispiel im Irak und in Afghanistan. Bemerkenswert ist hier das Ausmaß, in dem dieser Diskurs in einer durch autoritäre Herrschaft geschädigten Gesellschaft Resonanz finden konnte. Jahrelange Unterdrückung, ideologischer Zwang und nationalistische Konsolidierung haben das politische Bewusstsein so stark gespalten, dass das, was normalerweise als imperiale Aggression erkannt würde, manchen als die einzig vorstellbare Lösung erscheinen könnte. Dies ist die Folge der systematischen Zerstörung innerer politischer Alternativen. Die Aufgabe der Analyse besteht daher nicht darin, moralische Urteile über diese Wahrnehmung zu fällen, sondern zu verstehen, was sie hervorgebracht hat. Was für ein Regime treibt die Menschen so weit, dass

die Bomben eines externen imperialistischen Aggressors weniger unerträglich erscheinen als die Fortsetzung der innenpolitischen Herrschaft?

Hätte das Regime auf *Jin, Jiyan, Azadî* mit auch nur einem Funken Verantwortungsbewusstsein reagiert oder auch nur den kleinsten Raum für einen demokratischen Wandel geöffnet, wäre die Darstellung des Krieges als Erlösung eine Randerscheinung geblieben. Stattdessen kriminalisierte das Regime abweichende Meinungen, verschärfte die Unterdrückung von Kurd*innen, Belutsch*innen, Frauen und anderen oppositionellen Kräften und stellte jede Forderung nach Gerechtigkeit als ausländische Unterwanderung dar. Damit zerstörte es nicht nur die Voraussetzungen für einen inneren Wandel, sondern bereitete auch den Boden dafür, dass sich imperialistische Mächte unehrlicherweise als Befreier präsentieren konnten. Innerer Autoritarismus und äußerer Militarismus stehen nicht in einem einfachen Gegensatz zueinander; sie bedingen sich gegenseitig, auch wenn sie asymmetrisch bleiben.

Es ist entscheidend, diese Asymmetrie zu betonen. Es ist ein schwerwiegender analytischer und politischer Fehler, Israel und die Islamische Republik als gleichwertige Akteure zu behandeln. Während Israel die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten genießt, bleibt es der wichtigste externe Aggressor: ein Siedlerkolonialstaat, der in Gaza Völkermord begeht, die Westbank dauerhaft besetzt hält und ein umfassenderes Projekt der militarisierten regionalen Vorherrschaft verfolgt. Im Gegensatz dazu ist die Islamische Republik nicht der Architekt dieser imperialen Ordnung, sondern eines ihrer Ziele – auch wenn sie ein autoritäres und patriarchales Regime bleibt, das durch seine eigenen expansionistischen, quasi-imperialen Ambitionen (insbesondere in Syrien, wo ihre Intervention zu Massengräueln beitrug) tief in die Militarisierung der Region verwickelt ist. Israel und der Iran sind keine symmetrischen Mächte, aber sie sind tief miteinander verflochten. Jede nutzt auf ihre Weise den Krieg, um Krisen zu bewältigen: Israel, indem es militarisierte Gewalt nach

außen richtet, die Islamische Republik, indem sie sich auf externe Bedrohungen beruft, um interne Unterdrückung zu rechtfertigen. In beiden Fällen fungiert der Krieg als konterrevolutionäre Kraft: Er zügelt die Hoffnung, schränkt die politische Vorstellungskraft ein und setzt patriarchale, nationalistische und etatistische Formen der »Ordnung« wieder durch – gegen den pluralistischen, feministischen und subalternen Horizont, den *Jin, Jiyan, Azadî* eröffnet haben.

Die politische Herausforderung ist also eine doppelte. Wir müssen dem Imperialismus nicht nur als militärischer Aggression entgegentreten, sondern auch als diskursivem Projekt, das sich die Sprache der Freiheit aneignet, um emanzipatorische Politik zu zerstören. Gleichzeitig müssen wir die innerstaatlichen autoritären Strukturen abbauen, die solche imperialen Aneignungen plausibel erscheinen lassen. Eine der iranischen Gegenwart angemessene Antikriegspolitik muss daher sowohl antiimperialistisch als auch antiautoritär sein. Sie muss die falsche Wahl zwischen Bomben und Massakern, zwischen Verwüstung und Gefängnissen, zwischen ausländischer Intervention und innerstaatlicher Unterdrückung zurückweisen.

Eine solche Politik aufrechtzuerhalten bedeutet, den revolutionären Inhalt von *Jin, Jiyan, Azadî* als lebendigen politischen Horizont wiederzugewinnen. Dieser Horizont lehnt die Reduzierung von Politik auf Militarismus ab, weigert sich, die Befreiung durch Krieg definieren zu lassen, und verhindert, dass sowohl imperialistische Mächte als auch nationalistische Eliten sich feministische, kurdische und subalterne Kämpfe aneignen. Die Frage ist nicht nur, wie mensch ein autoritäres Regime stürzt, sondern wie mensch verhindert, dass der Sturz der heutigen Ordnung den Weg für die Tyrannei von morgen ebnet. Solange der Wunsch nach Veränderung zwischen innerstaatlichem Autoritarismus und imperialer Aggression gefangen bleibt, wird Zerstörung als Erlösung getarnt.

Ein abschließendes Wort

Der Iran lässt sich nicht anhand simplistischer Gegensätze verstehen – Regime gegen Opposition, Krieg gegen Frieden, Reform gegen Revolution. Es ist sinnvoller, die gegenwärtige Situation als eine Konfrontation zwischen zwei Horizonten zu begreifen. Der erste, der durch *Jin, Jiyan, Azadî* eröffnet wurde, ist ein emanzipatorischer Horizont, der auf sozialer Gerechtigkeit, Pluralität und einem Wandel von unten beruht. Der zweite ist ein konterrevolutionärer Horizont, der verschiedene Formen annimmt – theokratisch, reformistisch, monarchistisch, campistisch, militarisiert, imperial.

Autoritarismus stützt sich nicht allein auf Repression. Er funktioniert auch dadurch, dass er Symbole vereinnahmt, linke Alternativen dämonisiert, innere Feinde erfindet, die Vorstellungskraft der Bevölkerung von Möglichkeiten entleert und Krieg als Lösung für Krisen legitimiert. Nach der Niederschlagung des Jina-Aufstands im Jahr 2022 ermöglichten Erschöpfung und Desillusionierung – geprägt von den Erinnerungen an die Jahre 2009, 2017 und 2019 – sowohl der Islamischen Republik als auch Teilen der im Exil lebenden Opposition, staatszentrierte Logiken, seien sie theokratischer oder nationalistischer Natur, wieder durchzusetzen und die revolutionäre Öffnung innerhalb des vertrauten Diskurses über Sicherheit, Männlichkeit und Ethnonationalismus einzudämmen.

Doch die Gewalt der Konterrevolution offenbarte zugleich die Kraft des Aufstands, den sie zu zerschlagen suchte. Wie es in *Revolutionen unserer Zeit. Ein internationalistisches Manifest* heißt: »Hinter jedem Faschismus verbirgt sich eine gescheiterte Revolution.« Israels Angriff auf den Iran sowie die begrenzte Unterstützung, die er von Teilen der iranischen Opposition erhalten hat, müssen als reaktionäre Reaktion auf einen abgebrochenen revolutionären Prozess verstanden werden. Die Unterdrückung von *Jin, Jiyan, Azadî* war nicht das Ende der Bewegung, sondern ein Beweis für ihre politische Kraft. Indem sie die Verflechtung

von Geschlecht, Klasse, ethnischer Zuschreibung und Territorium in der autoritären Ordnung des Iran aufdeckte und einen Horizont pluralistischer Solidarität eröffnete, verfolgt sie die Gegenwart weiterhin als latente Alternative zur militarisierten Normalität unserer Zeit.

Wenn wir den Blick zurückwerfen, erkennen wir, dass die Abfolge der Repressionen im vergangenen halben Jahrzehnt einer einzigen Logik folgte. Die revolutionäre Möglichkeit, die sich 2022 eröffnete, wurde zunächst symbolisch von Nationalist*innen angegriffen – darunter reformistische, republikanische, campistische und monarchistische Strömungen, insbesondere in der Diaspora –, dann vom Regime niedergeschlagen, vor allem im Massaker vom Januar 2026, und schließlich vom imperialistischen Krieg im Februar überrollt. In jedem Fall wurde die Möglichkeit eines Iran unterdrückt, der auf Gleichheit, Autonomie, Pluralität, sozialer Gerechtigkeit, der politischen Zentralität von Frauen und queeren Kämpfen sowie der Selbstbestimmung unterdrückter Bevölkerungsgruppen gegründet wäre.

Externe Intervention vollendet die Revolution nicht. Vielmehr negiert sie diese. Sie verlagert den politischen Schwerpunkt weg vom Kampf der Bevölkerung, schwächt die Voraussetzungen für autonome Organisation und zwingt eine geopolitische Agenda auf, die der internen Dynamik fremd ist. Washington und Tel Aviv wollen keinen freien Iran, sondern einen Iran, der militärisch **geschwächt**, durch autoritäre Mittel intern **stabilisiert** und auf eine **untergeordnete** Position innerhalb der regionalen und globalen Ordnung reduziert ist – einen Iran, der so **gezügelt** ist, dass er keine geopolitische Bedrohung mehr darstellt, einen Iran, der wieder an den Westen gebunden und ausreichend **kontrolliert ist**, um die regionale Ordnung nicht zu stören. Sie wollen einen Iran, der nicht in der Lage ist, das Kräfteverhältnis neu zu gestalten, der keinen Einfluss auf den Kapitalfluss, die Einflusskorridore oder den Zugang zu Energieressourcen, insbesondere Öl, ausüben kann. Diese Art von »Stabilität« ist nicht der Frieden der Völker, sondern die politische Form, die erforderlich

ist, um den Iran regierbar und ausbeutbar zu machen, damit er in die globale kapitalistische und imperiale Ordnung integriert werden kann.

Die Zukunft des Iran hängt daher davon ab, die politische Autonomie der populären Kämpfe zu bewahren. Das bedeutet, die Islamische Republik, die monarchistische Restauration, den sich anpassenden Reformismus und die von den imperialen Mächten auferlegte Kriegslogik abzulehnen. Die Herausforderung besteht nicht einfach darin, ein Regime zu beenden, sondern gleichzeitig zu verhindern, dass eine andere Form der Herrschaft entsteht.

Hasse-Nima Golkar

Die politische Zukunft des Iran: Eine anarchosyndikalistische Perspektive

23. März 2026

Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen im Nahen Osten, insbesondere die Verschärfung der militärischen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Israel und der Islamischen Republik Iran, haben erhebliche Fragen hinsichtlich der politischen Zukunft des Iran und ihrer regionalen Auswirkungen aufgeworfen. Dieser Artikel untersucht auf Grundlage des theoretischen Rahmens des Anarchosyndikalismus mögliche Szenarien unter den Bedingungen des Krieges. In diesem Rahmen werden mehrere Hauptszenarien analysiert, darunter die Machtkonzentration in militärisch-sicherheitspolitischen Strukturen, die Fortsetzung des Status quo und die Möglichkeit innerer Krisen. Die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs, Veränderungen innerhalb der Elite sowie die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf das Machtgleichgewicht im Nahen Osten werden ebenfalls untersucht.

Der Ausbruch eines groß angelegten militärischen Konflikts zwischen den Streitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika und Israels gegen die Islamische Republik Iran, begleitet von umfangreichen Luftangriffen auf militärische Infrastruktur, gilt als eine der bedeutendsten geopolitischen Krisen im Nahen Osten der letzten Jahrzehnte. Eine solche Situation wirft typischerweise Fragen zur Stabilität von Staaten, zur Wahrscheinlichkeit politischer Veränderungen und zur Entstehung einer neuen regionalen Ordnung auf.

Eine Analyse der Zukunft der iranischen Politik allein aus der Perspektive des Staatswettbewerbs reicht jedoch nicht aus. Kritische Ansätze, insbesondere anarchosyndikalistische, versuchen, diese Entwicklungen in einem breiteren Rahmen von Machtstrukturen, Klassenverhältnissen und sozialer Organisation zu analysieren.

Der Beginn des gemeinsamen Zweiten Krieges durch die US-Militär- und Sicherheitskräfte (der »Epische Zorn«) und Israel (der »Brüllende Löwe«) sowie die intensiven, verheerenden und tödlichen Bombardements, die seit dem 9. Esfand 1404 (28. Februar 2026) bis heute andauern, haben es noch immer nicht geschafft, die regierende islamische Regierung des Iran zur Kapitulation zu zwingen. Vielleicht kam ihnen nicht in den Sinn, dass sie das Regime nicht so schnell und so leicht zur Machtabgabe zwingen könnten, ohne mehrere tausend Bodentruppen auf das Schlachtfeld zu schicken, obwohl sie Ali Khamenei und viele andere wichtige Entscheidungsträger in der Regierung ausgeschaltet hatten.

Was auf den Straßen iranischer Städte zu beobachten ist, ist eine Form des verdeckten Kriegsrechts, das von der Islamischen Revolutionsgarde und dessen Hilfstruppe, der Basij-Miliz, verhängt wurde, um potenzielle Proteste oder Ausschreitungen zu verhindern. Daher die aktuelle Situation:

1. Sind Szenarien wie ein klassischer Staatsstreich denkbar, unter Mitwirkung der Armee und opportunistischer Politiker im In- und Ausland?
2. Ist ein weitreichender Bürgerkrieg wahrscheinlich?
3. Ist ein bewaffneter Volksaufstand zum Sturz des gesamten Regimes der »Islamischen Republik« möglich?

1. Die Möglichkeit von drei realen, aber komplexen Szenarien, abhängig von den aktuellen Kriegsbedingungen

a. **Eine Machtkonzentration in den Händen der Streitkräfte**
In vielen Ländern übernimmt das Militär während eines Krieges größere politische Kontrolle. Im Iran verfügt die Revolutionsgarde zudem über militärische Macht, eine weitreichende Wirtschafts- und Sicherheitsstruktur sowie ein politisches Netzwerk innerhalb der Regierung. Folglich könnte die Regierung de facto, ohne einen offiziellen Staatsstreich, als Militär- und Sicherheitsstaat geführt werden, was einem »internen sanften Staatsstreich« gleichkäme.

b. **Ein offizieller Staatsstreich**
Dieses Szenario wäre plausibel, wenn die Führungsstruktur vakant würde oder sich eine tiefe Kluft zwischen den Machtzentren auftun würde. In einem solchen Fall könnte eine Fraktion der Revolutionsgarde und der Armee die Macht ergreifen, um »das Regime zu erhalten« (was laut Ayatollah Khomeini »die wichtigste aller Pflichten« ist) oder um »das Land zu retten«. Die Realität sieht jedoch so aus, dass im Iran die Revolutionsgarden selbst die Hauptstütze des Regimes ist. Daher ist ein echter Staatsstreich gegen die Regierung weniger wahrscheinlich.

c. **Aufrechterhaltung des Status quo.**

2. Ist ein Bürgerkrieg wahrscheinlich?

Obwohl dies eine der größten Sorgen ist, sind mehrere Bedingungen notwendig und unerlässlich, damit ein Bürgerkrieg ausbricht.

Erste Voraussetzung: Zusammenbruch der Zentralregierung
Solange die Pasdaran, die Basij-Milizen und die Sicherheitskräfte die Kontrolle über das Land aufrechterhalten können, ist ein Bürgerkrieg unwahrscheinlich.

Zweite Voraussetzung: Eine weitverbreitete Bewaffnung der sozialen Kräfte, die einen Umsturz anstreben.
Da die Arbeiterklasse und andere Werktätige im Iran derzeit nicht in großem Umfang bewaffnet sind, ist die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs, ähnlich wie in Syrien oder Libyen, geringer.

Dritte Voraussetzung: Das Entstehen rivalisierender bewaffneter Kräfte
In einigen Regionen, wie Kurdistan, Belutschistan oder anderen Grenzgebieten, gibt es bewaffnete Gruppen, und sollte die Zentralregierung geschwächt werden, könnte dies zu weitreichenden (lokalen bis regionalen) Konflikten und einer Form von bewaffnetem Volksaufstand führen, anstatt zu einem Bürgerkrieg.

Die realistischsten Szenarien für die Zukunft des Iran und des Nahen Ostens

Unter Berücksichtigung der Auswertung der bisher verfügbaren Daten lassen sich folgende mögliche Entwicklungen vorhersehen:

a. **Ein kurzer Krieg und eine Rückkehr zu Verhandlungen**
   Nach den bisherigen öffentlichen Äußerungen ist das Hauptziel der USA und Israels die vollständige Zerstörung des Atomprogramms und der Raketeninfrastruktur, nicht unbedingt der Sturz der regierenden islamischen Regierung oder die Einführung der Demokratie im Iran. Wenn diese Haltung nicht geändert wird, wird der Krieg mehrere Wochen oder Monate andauern, woraufhin ein Waffenstillstand oder neue Verhandlungen eingeleitet

werden. Diese Art von Szenario kam in der Geschichte des Nahen Ostens sehr häufig vor.

b. Starke Schwächung der iranischen Regierung, aber Erhalt des Regimes
In diesem Szenario würde die militärische und wirtschaftliche Infrastruktur schwer beschädigt, das »politische System« bliebe jedoch intakt, ähnlich wie im Irak der 1990er Jahre, im Serbien der Milošević-Ära (Balkan-Kriege) oder in der Ukraine.

c. Innere Krise und politischer Wandel
Sollten eine schwere Wirtschaftskrise, eine schwere militärische Niederlage und eine Spaltung innerhalb der herrschenden Elite gleichzeitig eintreten, ist ein politischer Wandel innerhalb des Regimes oder ein Machtwechsel möglich. Dies beginnt in der Regel innerhalb der Elite und nicht auf der Straße.

Die Zukunft des Nahen Ostens

Sollte dieser Krieg andauern, wird er mehrere potenzielle schwerwiegende Folgen haben:

– Die Ausweitung des Konflikts durch regionale Kräfte, darunter die Hisbollah im Libanon, die Volksmobilisierungskräfte im Irak, die Houthis im Jemen usw., wird sich fortsetzen.

– Ein wirtschaftlicher Schock für den Markt durch einen starken Anstieg der Öl- und Gaspreise aufgrund der Sperrung der Straße von Hormus im Persischen Golf.

– Es würde eine Schwächung der Regierungsführung im Iran folgen, was das regionale Machtgleichgewicht verändern wür-

de, wobei die Regierungen der Türkei, Saudi-Arabiens und Israels stattdessen gestärkt würden.

Zusammenfassung der Szenarien

I. In vielen Kriegen ist »Regimebeständigkeit mit Fokus auf Sicherheitsmacht« das häufigste Szenario. Denn wenn ein Land einem Angriff von außen ausgesetzt ist, gewinnen seine Sicherheits- und Streitkräfte in der Regel an Macht, der politische Raum wird enger, und die Regierung nutzt den Slogan der »nationalen Verteidigung«, um ihre Kräfte zu mobilisieren.

   In einer solchen Situation können die Revolutionsgarde und die Armee eine weitaus prominentere Rolle in der Führung des Landes übernehmen, die politische Struktur des Staates kann zu einer Form konzentrierter sicherheits-militärischer Regierung werden, und es können einige oberflächliche Reformen und Veränderungen umgesetzt werden, um Unzufriedenheit einzudämmen.

   Die Regierung ist geschwächt, bricht jedoch nicht zusammen. Historische Parallelen: der Balkan, der Irak, die Ukraine usw.

II. In vielen Ländern vollzieht sich politischer Wandel nicht unbedingt durch eine Revolution, sondern vielmehr innerhalb der herrschenden Elite. Im heutigen Iran gibt es drei wichtige Machtzentren: die Revolutionsgarde, die Führungsinstitution und die mit der Regierung verbundenen wirtschaftspolitischen Netzwerke.

   Sollte sich der Krieg daher hinziehen und die Krise noch schwerwiegender werden als derzeit, könnten einige Mitglieder der Elite zu dem Schluss kommen, dass zur Erhaltung des Regimes die Führung oder die politische Struktur geändert werden muss, was verschiedene Formen annehmen könnte, darunter die Übertragung der Macht an einen Führungsrat,

eine stärkere Rolle des Militärs oder Verfassungsänderungen. Historische Parallelen: die Veränderungen in der sowjetischen Regierung nach ihren Krisen, die Machtübergabe in bestimmten lateinamerikanischen Militärregimes.

III. Wenn eine militärische Niederlage, eine schwere Wirtschaftskrise und eine Spaltung innerhalb der Eliten gleichzeitig eintreten, wird der »Zusammenbruch des herrschenden Regimes« wahrscheinlich. In dieser Situation schwindet die Autorität der Zentralregierung, und die Gefahr, die Kontrolle über bestimmte Regionen zu verlieren, steigt. Unter solchen Umständen wird es möglich, dass lokal-regionale bewaffnete Gruppen, ethnische Parteien und andere oppositionelle Kräfte aktiver werden.

Es ist jedoch anzumerken, dass die aktuelle Lage im Iran mehrere Merkmale aufweist, wie beispielsweise:

eine relativ starke Zentralregierung, die von vierzehn bis siebzehn Sicherheitsinstitutionen sowie deren bewaffneten Flügeln unterstützt wird; die Armee + die Islamischen Revolutionsgarden + die Basij-Milizen, die harte und rücksichtslose Unterdrückung jeglicher abweichender Stimmen aus Arbeiter*innenräten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, das Vorhandensein chronischer politisch-ideologischer Spaltungen und Zersplitterung innerhalb der politischen Opposition, das Fehlen einer weit verbreiteten und nachhaltigen Selbstorganisation und Selbstverwaltung, vor allem das Fehlen einer weit verbreiteten und kohärenten Bewaffnung der Bevölkerung macht den Zusammenbruch des herrschenden Regimes unwahrscheinlich. Sollte dies doch geschehen, wird das nicht rasch passieren, sondern unter Schwierigkeiten und schrittweise, entgegen der irreführenden Propaganda der Mainstream-Medien und der pro-monarchistischen Anhänger unter der Führung von Reza Pahlavi (Sohn des ehemaligen Diktators Mohammad Reza Schah).

IV. Manchmal führt ein Krieg mit einer externen Macht letztendlich zu umfassenden Verhandlungen und einer politischen Neuordnung. In einem solchen Fall könnte ein regionales oder internationales Abkommen zustande kommen. Die herrschende Regierung des Iran würde gewisse Zugeständnisse machen, und im Gegenzug würde die Sicherheit des Regimes oder die Lockerung der Sanktionen bis zu einem gewissen Grad garantiert werden. Ein ähnliches historisches Beispiel: die Abkommen, die den Iran-Irak-Krieg beendeten, sowie frühere Atomabkommen.

Eine realistische Alternative aus anarchosyndikalistischer Perspektive

Im Allgemeinen wird keine grundlegende Bewegung, sofern sie nicht von einer sozialistisch-libertären Revolution begleitet wird, in der Lage sein, die Fundamente des ausbeuterischen und autoritären kapitalistischen Systems, samt all seinen vielfältigen Akteuren und Verteidigern, hinwegzufegen und es der Geschichte zu überlassen, so wie es mit vergangenen Gesellschaftssystemen geschah.

Es ist notwendig, daran zu erinnern, dass der »Anarchismus« eine Denkschule ist, die verschiedene politische Strömungen umfasst: sozialer Anarchismus, Anarchosyndikalismus, kommunitaristischer Anarchismus, individualistischer Anarchismus, queerfeministischer Anarchismus, ökologischer Anarchismus usw.. Es gibt jedoch mehrere grundlegende und gemeinsame Prinzipien, die den meisten dieser Strömungen eigen sind:

a. Ablehnung jeglicher »Nationalstaaten« (von den kleinen und schwachen bis zu den großen und mächtigen) und Kampf gegen alle Formen von Autorität und Herrschaft, wie hierarchische Strukturen, beispielsweise Parlamente, Militär, Polizei, Bürokratie und den Komplex aus Gefängnis, Folter und Hinrichtung.

b. Die Betonung von Revolution und sozialer Selbstverwaltung in Verbindung mit einer partizipativ-kooperativen Wirtschaft, horizontaler Selbstorganisation und Selbstverwaltung innerhalb von Gemeinschaften, der Bildung demokratischer lokaler und regionaler (föderalistisch-konföderalistischer) Komitees und Räte, Solidarität, gegenseitiger Hilfe sowie freiwilliger und freier Zusammenarbeit.

Unter Berücksichtigung aller bisher angesprochenen allgemeinen Punkte lässt sich nun eine spezifische Analyse und Zusammenfassung aus anarchistischer Perspektive anbieten:

Im Wesentlichen werden Kriege, Staatsstreiche und Machtkämpfe zwischen Staaten als Folge der Struktur zentralistischer Staaten angesehen. Das heißt, Staaten konkurrieren miteinander, um Macht und Einfluss zu erhalten. Es sind jedoch immer die Arbeiter*innenklasse und andere einfache Menschen, die den höchsten Preis für die von ihnen verursachten Krisen, Kriege und Zerstörungen zahlen.

Der Anarchismus verlagert daher typischerweise den Schwerpunkt der Debatte von der Frage »Welcher Staat wird gewinnen?« hin zu der Frage: Wie können Menschen ihr Leben und ihre Gesellschaft ohne hierarchische Machtstrukturen organisieren und gestalten?

Daher fallen die meisten der hier beschriebenen Szenarien immer noch in den Rahmen »konzentrierter staatlicher« Strukturen, wie zum Beispiel:

Reform

Der vom Anarchismus vorgeschlagene Ersatz: In vielen anarchistischen Theorien sind die vorgeschlagenen Alternativen der horizontalen Selbstorganisation und Selbstverwaltung

Veränderungen innerhalb der Regierung, des Militärstaates, einer reformierten Republik oder eines parlamentarischen Systems.
Der Anarchismus vertritt jedoch die Ansicht, dass selbst wenn sich Regierungen ändern, bleibt ein anhaltendes Risiko der Reproduktion von Autoritarismus, Ungleichheit und Unterdrückung - solange die zentralisierte Machtstruktur nihct angetastet wird, bestehen.

Der vom Anarchismus vorgeschlagene Ersatz: In vielen anarchistischen Theorien lauten die vorgeschlagenen Alternativen der horizontalen Selbstorganisation und Selbstverwaltung wie folgt:

Demokratische lokale und regionale Räte sowie föderalistisch-konföderalistische Selbstverwaltungen, gewerkschaftliche Vereinigungen, unabhängige und freie zivilgesellschaftliche Institutionen, freiwillige Kooperations- und Solidaritätsnetzwerke zwischen verschiedenen ethnischen Gemeinschaften anstelle eines mächtigen Zentralstaates. Dies liegt daran, dass in einem solchen Modell alle Entscheidungen partizipativ auf lokaler und regionaler Ebene getroffen werden und die Macht des Volkes in der Gesellschaft dezentral und nicht-hierarchisch verteilt ist.

Selbst viele anarchistische Denker*innen erkennen an, dass der Übergang zu einer solchen Gesellschaft in der Regel ein langer und schrittweiser Prozess ist und sich oft parallel zu anderen politischen Strukturen entwickelt.

Daher ist aus ihrer Sicht kurzfristig gesehen vielleicht das Wichtigste, dass durch die Stärkung der Zivilgesellschaft, lokaler und regionaler Netzwerke sowie selbstorganisierter Institutionen die vollständige Abhängigkeit der Gesellschaft vom Staat verringert wird.

Fazit

Wir fassen zusammen:

a. Politische Krisen und Kriege sind oft das Ergebnis des Wettbewerbs zwischen zentralisierten Staaten.

b. Der Wechsel einer Regierung bedeutet nicht zwangsläufig das Ende von Herrschafts- und Autoritätsstrukturen.

c. Die langfristige Lösung liegt in der Ausweitung sozialer Selbstverwaltung, der Dezentralisierung von Macht, gegenseitiger Hilfe, freiwilliger Zusammenarbeit und nachhaltiger Solidarität unter den arbeitenden Menschen.

Anarchistische Front

Verwüstete Landschaft: Die Regierungen zerstören den Iran von Grund auf

23. März 2026

Wir befinden uns nun im dreiundzwanzigsten Tag des Krieges, und die Lage verschlechtert sich zunehmend.

Donald Trump hat ein 48-Stunden-Ultimatum gestellt: Öffnet die Straße von Hormus oder rechnet mit einem Angriff auf Irans Kraftwerke. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels bleiben weniger als 15 Stunden. Die Islamische Republik weigert sich, nachzugeben. Der israelische Sender Channel 11 berichtet, dass Netanjahu bereit ist, sobald die Frist abläuft, einen Angriff auf die Energieinfrastruktur anzuordnen.

Was mit Angriffen auf militärische und sicherheitsrelevante Ziele begann, hat sich nun zu etwas völlig anderem entwickelt: zur systematischen Zerstörung der zivilen Infrastruktur, von der rund 90 Millionen Menschen abhängig sind – Strom, Wasser, Krankenhäuser und die Lebensgrundlagen selbst.

Die »verbrannte Erde«, die das Regime immer versprochen hat, wird nun von jemand anderem verwirklicht.

Seit Jahren droht die Islamische Republik, dass sie, sollte sie jemals gezwungen sein, die Macht abzugeben, lieber eine Politik der verbrannten Erde betreiben und alles zerstören würde, als dem Volk ein Leben ohne sie zu ermöglichen. Heute wird diese verbrannte Erde durch eine Kombination aus US-amerikanischen und israelischen Militäroperationen und der Entscheidung des Regimes, die Straße von Hormus zu sperren, zur Realität. Nicht

als Folge einer Revolution, sondern als Ergebnis dessen, was Regierungen schon immer getan haben: das Leben gewöhnlicher Menschen zu zerstören, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Trump sagt offen, er strebe keinen Regimewechsel an. Er sagt, der Iran müsse den Preis für 47 Jahre Politik der Islamischen Republik zahlen. Netanjahu sagt, eine Revolution sei etwas, das die Iraner selbst tun müssten; seine Aufgabe sei es, die Bedrohung für Israel zu beseitigen. Washington und Tel Aviv handeln in ihrem eigenen nationalen Interesse.

Die pro-monarchistischen Oppositionsmedien, die den Iraner*innen wochenlang erzählt hatten, diese Bomben seien ein Geschenk der Freiheit, schweigen nun. Ihre Glaubwürdigkeit ist zusammen mit der zivilen Infrastruktur zusammengebrochen.

Wir haben schon immer gesagt: Regierungen befreien keine Menschen. Sie dienen ihren eigenen Interessen.

Es lohnt sich, genau zu verstehen, wie die Vereinigten Staaten die Lichter eines Landes ausschalten können.

Eine der am besten dokumentierten Methoden ist die Graphitbombe (BLU-114/B), eine Waffe, die nicht darauf ausgelegt ist, die Infrastruktur dauerhaft zu zerstören, sondern sie außer Gefecht zu setzen.

Die Bombe setzt eine Wolke aus chemisch behandelten, ultrafeinen Kohlenstoff-Graphitfasern frei. Wenn sich diese leitfähigen Fasern auf unisolierten Hochspannungsanlagen (Transformatoren, Stromleitungen, Schaltanlagen) absetzen, verursachen sie weitreichende Kurzschlüsse und stürzen ganze Gebiete in völlige Dunkelheit. Dies ist keine neue Waffe. Im Golfkrieg 1991 legten Graphitmunitionen rund 85 Prozent der irakischen Stromversorgung lahm. Im Jahr 2003 wurden sie erneut eingesetzt, um Umspannwerke im gesamten Irak außer Betrieb zu setzen (das 400-kV-Umspannwerk in Nasiriyah war 30 Tage lang ohne Strom). Die Vereinigten Staaten haben diese Waffe zweimal gegen unser Nachbarland eingesetzt.

Nun hat Trump das iranische Stromnetz im Visier. Aber diejenigen, die im Dunkeln sitzen werden, sind nicht die Generäle, son-

dern Patient*innen an Beatmungsgeräten. Babys in Inkubatoren. Die Zerstörung von Stromnetzen, Wasserversorgungssystemen und medizinischer Infrastruktur tötet, wenn auch indirekt. Durch den Zusammenbruch von Krankenhäusern, den Zerfall der Arzneimittelversorgungskette und das Versagen der sanitären Grundversorgung. Untersuchungen zu den Folgen von Krieg für Umwelt und öffentliche Gesundheit zeigen, dass der Schaden weit über die unmittelbaren Opfer hinausgeht: Boden- und Wasserverschmutzung, die Zerstörung von Ökosystemen und Gesundheitskrisen, die Generationen überdauern. Der Iran-Irak-Krieg hinterließ Millionen von Landminen, die noch immer töten. Dieser Krieg stellt eine Zerstörungskraft in weitaus größerem Ausmaß dar.

Anarchistische Analyse ist keine Abstraktion, sondern basiert darauf, worin wir leben.

Die Machtkonzentration in staatlichen Strukturen und das Monopol auf Gewalt führen zu systematischer Zerstörung, nicht nur für den »Feind", sondern auch für die Menschen, die im selben Gebiet leben. Sich in Sicherheitsfragen auf irgendeinen Staat zu verlassen, ist eine strukturelle Gefahr. Die Islamische Republik hat ihr eigenes Volk 47 Jahre lang gefährdet. Nun vollenden die Regierungen, die sie angreifen, diese Verwüstung.

In der Zwischenzeit – eine Sicherheitswarnung:

Genoss*innen im Iran sollten sich bewusst sein, dass regimenahe Akteur*innen Werbeanzeigen auf Telegram nutzen, um Nutzer*innen zu hacken und dadurch Zugriff auf ihre Geräte erlangen. Klickt nicht auf solche Anzeigen. Öffnet sie nicht. Eure digitale Sicherheit ist eure physische Sicherheit.

Unsere politische Position bleibt klar:

Wir wollen keine Islamische Republik. Wir wollen keine amerikanischen und israelischen Bomben. Wir wollen keine Rückkehr der Monarchie. Wir wollen, dass die iranische Bevölkerung – Arbeiter*innen, Frauen, ethnische Gemeinschaften, ob organisiert oder nicht – über ihre eigene Zukunft entscheidet, ohne Einmischung von außen und ohne dass ein Herrscher den anderen ablöst.

Die iranische Bevölkerung hat diesen Krieg nicht gewählt. Sie bezahlt den Preis mit ihrem Leben, ihrer Infrastruktur und ihrer Zukunft. Die Schuld für die Misere liegt bei den Regierungen, die sie verursacht haben. Bei allen.

Nein zu imperialistischem Krieg und Staatsterrorismus!

Nein zur kriminellen Islamischen Republik, die den Iran regiert!

Nein zu den Mullahs! Nein zum Schah!

Jin – Jiyan – Azadî

Weitere Bücher bei immergrün:



Indonesien: Anarchistische Stimmen aus den Aufständen

978-3-910281-26-4

Die Proteste, die in den letzten fünf Jahren Indonesien erschütterten und ihre Ursache in den verschiedensten Faktoren haben (Änderungen des Wahlrechts, Korruption, wirtschaftliche Missstände und Unzufriedenheit mit der Regierung und der Brutalität der Polizei) flammten im August 2025 neu auf, als es zu einer massiven Steuererhöhung kam, während sich die politischen Eliten ihre Gelder erhöhten. Als am 28. August der Kurierfahrer Affan Kurniawan von der Polizei ermordet wurde, weitete sich der Protest zu Aufständen von Lieferant*innen, Anarchist*innen und Jugendlichen aus. Demonstrant*innen plünderten mehrere Polizeistationen, brannten die Häuser von Politikern nieder und steckten Regierungsgebäude in Brand.



Les Peuples Veulent
Revolutionen unserer Zeit. Internationalistisches Manifest

978-3-910281-28-8

Begegnungen von einem Kontinent zum anderen, aus unserem Exil heraus, auf unseren Reisen und in unseren Kämpfen, aus den Volksversammlungen, feministischen Streiks, Widerstandskomitees, von den besetzten Kreisverkehren und aus den besetzten Wäldern heraus. Im Getümmel der Straßenkämpfe, in den Gesten, die sich von einem Land zum anderen wiederholten, in den Worten, die in vielen Sprachen widerhallten, haben wir uns wiedererkannt. Wir haben verstanden, dass wir Teil eines transnationalen Kampfes sind. Dass wir es mit international organisierten Mächten zu tun haben. Und dass wir nichts ausrichten können, wenn wir voneinander isoliert bleiben. Aus dieser Erfahrung heraus sind all jene verbunden, die unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion oder ihrer Sprache tief in ihrem Herzen und ihrem Körper das Entstehen eines neuen revolutionären Zyklus erkannt haben.